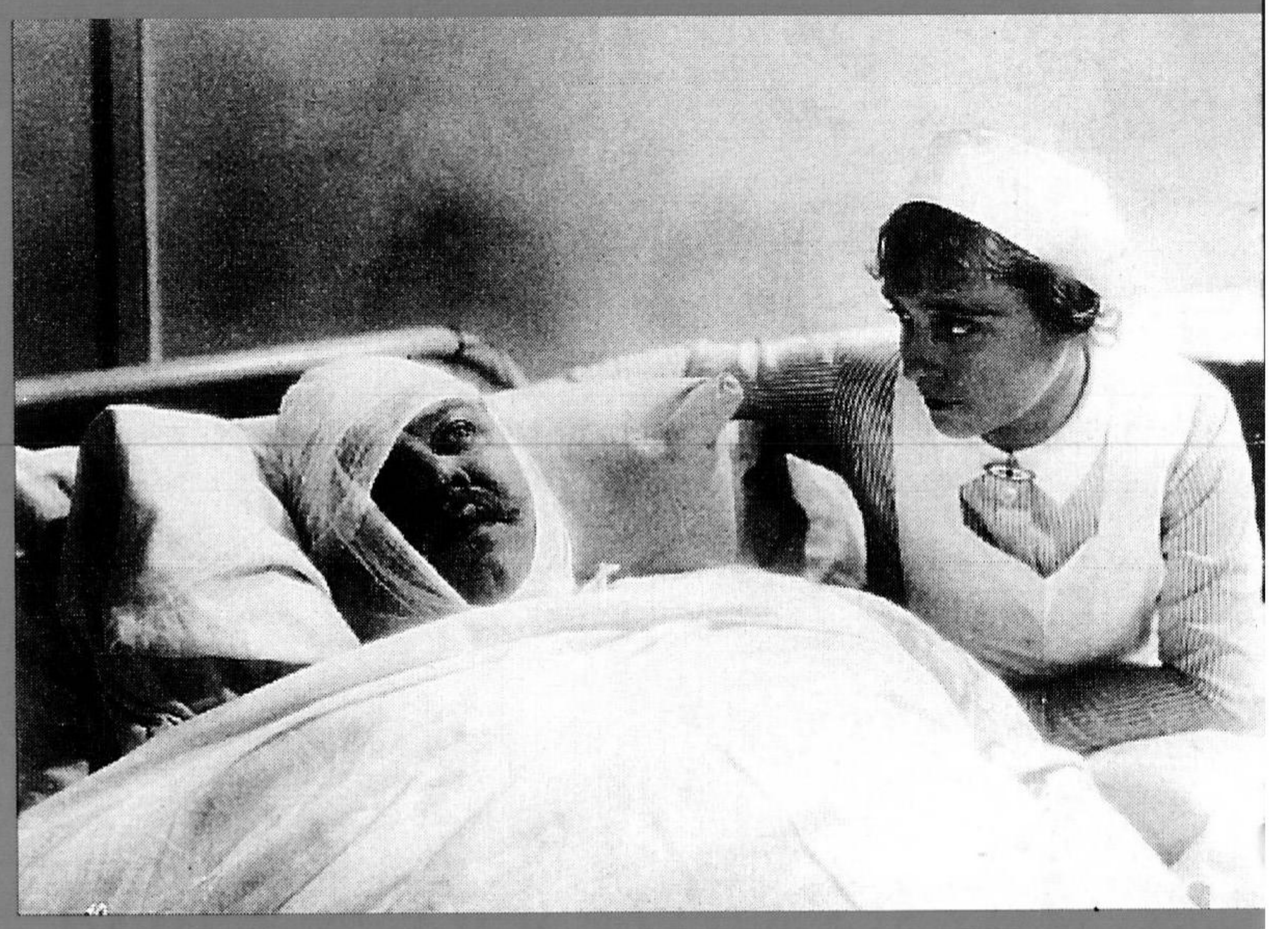
Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift



Das politische System

Nr. 2 ● 1995 53. Jahrgang Einzelpreis 40 Schilling

Hey, bezahlen bringt's!

Liebe »Weg und Ziel«-Abonnentin!
Lieber »Weg und Ziel«-Abonnent!
Im Mai werden wir den Erlagschein für das Abo 1995 versenden. Wir bitten, diesen umgehend einzuzahlen; ebenso die noch nicht bezahlten Abos 1994 — Mahnungen wurden bereits verschickt.
Bei Nicht-Bezahlung stellen wir die Zusendung von »Weg und Ziel« ein!
Die Redaktion

Neu bei uns im Vertrieb!

»Newsletter« – Zeitschrift für Internationale Kommunikation.

Nichtregierungsorganisationen, Basisgruppen und einzelne Aktivisten und andere aus dem Trikont kommen hier im O-Ton zu Wort.
»Newsletter« ist eingebunden in ein Netzwerk von aktiven Gruppen und Menschen in 121 Ländern in aller Welt.

Einzelheft 7 DM,
Abo (6 Ausgaben) 30 DM zzgl. Versandkosten

ANARES Nord

Versandbuchhandlung,
Postfach 2011,
D-31315 Sehnde

Austauschinserate

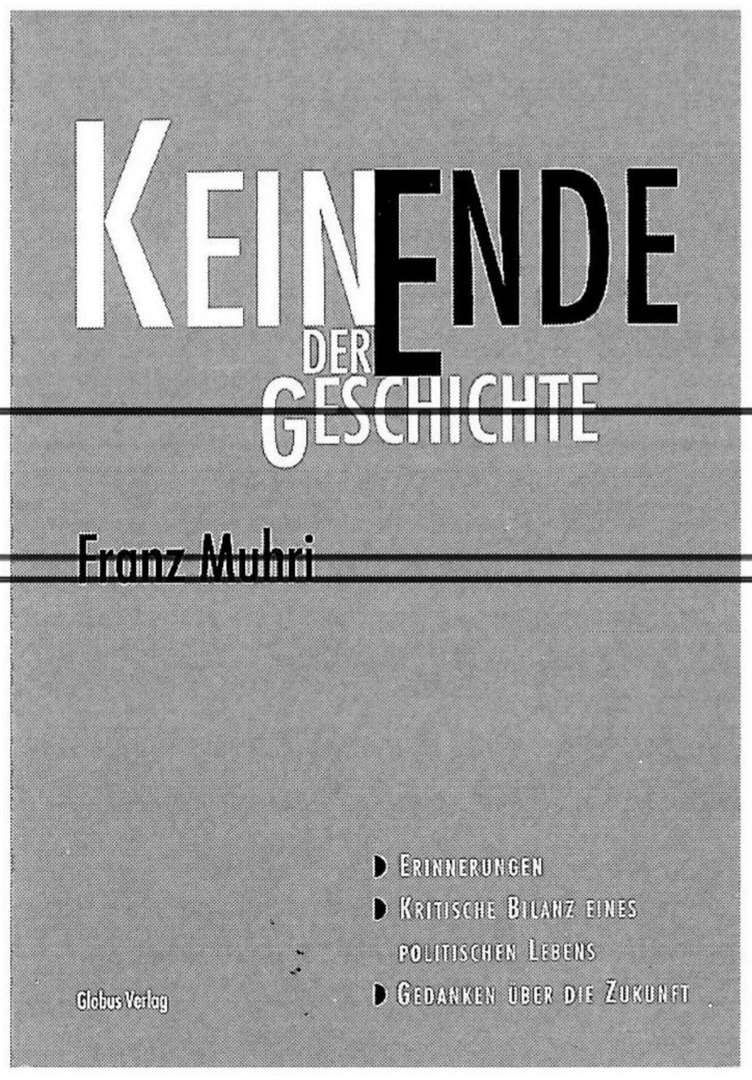
ÖkoLinX 17

★ **Anti-EU-Gipfel in Essen** ★ Peter Bierl/Toni Menninger: **ÖDP** ★ Jutta Ditfurth: **Pariser Commune 1871** ★ Peter Bierl: **Graswurzelrevolution: Vereinsmeier** ★ T. Menninger: **Bevölkerungswissenschaft** ★ Eckart Spoo: **Cuba** ★ Dieter Asselhoven: **EU-Apartheidsystem der Regionen** ★ Tamara Schaaf: **PDS & Gysi** ★ usw.

Ich bestelle: ❑ **Probeheft 6 DM** ❑ **Abo 36 DM** (6 Ausg./Jahr)
☆ **Außerdem:** ❑ **Infos** über die Ökologische Linke bundesweit **(7 DM)**
Kontakt: Ökologische Linke, c/o M. Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/M.

Lieferung nur gegen Vorkasse

Franz Muhri: Kein Ende der Geschichte



221 Seiten, 230 Schilling

Franz Muhri war bereits mit 15 Jahren aktiv in der antifaschistischen Widerstandsbewegung und später 25 Jahre lang Vorsitzender der KPÖ. Der Autor beschränkt sich in dieser Schrift nicht auf persönliche Erinnerungen und Autobiographisches. Er bezieht aus einer kritischen und selbstkritischen Sicht Position zu vielen Fragen und Problemen, die nicht nur in der kommunistischen Bewegung, sondern vielfach in der gesamten Linken diskutiert werden.
Ein Buch für alle, die sich um die Zukunft Sorgen machen.

Aus dem Inhalt:

- Warum scheiterte der erste sozialistische Versuch?
- Ende des Kapitalismus oder Ende der Menschheit?
- Der „Sozialismus chinesischer Prägung".
- Die internationale Neuformierung der Linken.
- Stalin und die KPÖ.
- Der steinige Weg der Erneuerung.
- Überlegungen für ein neues Sozialismuskonzept.
- Nach 50 Jahren — von der Zweiten zur „Dritten Republik"?

Erhältlich beim: Globus-Verlag, Trattnerhof 1, 1010 Wien, Tel.: 533 50 22, Fax 533 50 22-11

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Günter Klodner
Mag. Julius Mende
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. Maria Wölflingseder

Achtung neue Adresse:

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Karin Springer, KPÖ,
Trattnerhof 2/14,
1010 Wien,
Tel.: 0222/533 60 23

Bürozeiten:
Mo – Fr. 13 – 16^{30}

Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich

Abonnement-Preise:
5 Hefte 200,- S; 35,- DM

Lay-out:
Michael Baiculescu,
Werkstatt für
digitales Gestalten

Druck:
Druckerei Gerstmayer
Ges.m.b.H., Schönbrunner
Straße 215

Die nächste Nummer

erscheint Anfang Juli 1995

Themenschwerpunkt: Architektur

Inhalt

Nr. 2, Mai 1995, 53. Jahrgang

MARXISMUS IN DISKUSSION

Adam SCHAFF: Was muß die Linke wissen? 2

GENTECHNOLOGIE

Lisbeth N. TRALLORI: „Verbesserung“ und Vernichtung 6

THEMA: DAS POLITISCHE SYSTEM

Julius MENDE: Einleitung 12
Walter BAIER: Für eine linke Alternative 13
Franz SCHANDL: Politik – Zur Kritik eines bürgerlichen Formprinzips . . 17
Lutz HOLZINGER: Das große Geld – Aspekte der Dialektik von Wirtschaft und Politik in Österreich 25
Stephan GANGLBAUER: „Der Fremde ist der Feind“ – Über Carl Schmitts Begriff des Politischen 31
Fritz VERZETNITSCH: Gewerkschaftliche Interessen im Wandel 38
Hubert SCHMIEDBAUER: Europäische Gewerkschaftsaktionen als Überlebensstrategie 42
Oswald BROZ: Reformen in AK und ÖGB 46
Thomas SCHMIDINGER: Jugendbeiräte – Alibiinstitutionen oder Mitbestimmungsmöglichkeiten? 49

LITERATUR

Judith GRUBER: Vom Wagnis, ein Geschichtenerzähler zu sein – Die späte Anerkennung des Schriftstellers Franz Kain 50

PSYCHOLOGIE

Martin POTSCHKA: Hypnose ist eine erlernbare menschliche Verhaltensrolle 53
Peter MOESCHL: Zur Kritik der Hypnose 61
LeserInnenbriefe. 62

Titelbild: Heinrich George. Standfoto aus „Berlin-Alexanderplatz“ D 1931, Regie: Piel Jutzi

Was muß die Linke wissen?

Adam SCHAFF

Ich nehme hier die Frage, die ich am Ende des vorigen Gesprächs gestellt habe, wieder auf: Wozu brauchen wir heute den Marxismus, wenn es doch auch ohne ihn klar ist, daß der Sozialismus in dieser oder jener Form und unter diesem oder einem anderen Namen kommen wird?

Diese Frage sollte man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Ich habe wiederholt gemeint, daß die Frage nach der Zukunft des Sozialismus im positiven Sinn leicht zu beantworten ist, basierend lediglich auf Tatsachenkenntnis und der Fähigkeit zu einer rationellen Denkweise. Ich bin überzeugt, daß es wirklich so ist, zum ersten Mal in der Geschichte ist die Sache so einfach und so überzeugend. Aber wozu brauchen wir dann den Marxismus, den ja viele als überholt betrachten? Warum bekenne ich mich zum Marxismus? Das ist eine ernste Frage und wir sollten versuchen, darauf eine ernste Antwort zu geben, wenn wir nicht revolutionärer Nostalgie oder der Anhängerschaft an veraltete Stereotypen bezichtigt werden wollen.

Aber so schlimm ist es nicht, kann ich doch erstens den Marxismus auch zu anderen Zwecken als nur zur Prognose von Veränderungen des gesellschaftlichen Systems anwenden. Zweitens aber ist es möglich, daß man mit seiner Hilfe zur besseren und tieferen Einsicht in die Problematik der Unabwendbarkeit des zukünftigen Sozialismus kommen kann. Das ist nicht unwichtig. Ich bleibe also ruhig und fühle mich ganz sicher, wenn ich dieses Problem aufnehme. Ich bin davon überzeugt, daß ich es aufnehmen muß, wenn auch nur, um jener Geistesverfassung Widerstand zu leisten, die die Rolle der Theorie und der sich auf sie stützenden marxistischen Ideologie verneint. Diese Situation ist jedenfalls, verbunden mit dem Zusammenbruch des Realen Sozialismus, oder auch wenn es sich sonst um die Linke handelte, in dieser oder jener Weise in vielen Ländern zum Vorschein gekommen.

Wozu brauchen wir heute den Marxismus?

Also wozu brauche ich jetzt den Marxismus in Theorie und Praxis? Oder anders gesagt, welchen pragmatischen Wert um ihn handelt es sich doch hier in erster Linie besitzt der Marxismus heute? Diese Formulierung befreit unsere Frage von einer subjektivistisch-individualistischen Deutung. Denn wie ich es verstehe, geht es hier um die objektive Gestalt, die diese Problemstellung für die Linke im praktischen Kampf um die Verwirklichung ihrer Ziele annimmt.

Beginnen wir also mit Fragen des weltanschaulichen und werteformierenden (axiologischen) Charakters, die zwar nur indirekt mit dem menschlichen Handeln verbunden sind, aber ohne die dieses Handeln unmöglich wäre. Meistens geschieht das in einer Weise, die dem Menschen, der die Motivierungen seines Tuns durch eine bestimmte Erziehung in einer gewissen Umgebung oft über die Religion erhält, unbewußt ist. Wenn es sich dabei um Menschen auf einem gewissen Bildungsniveau handelt, setzt sich dieser Einfluß der Umgebung durch die bewußte Annahme einer bestimmten Weltanschauung, und dieser implizit, bestimmter Werthaltungen, durch. Je höher das Bildungsniveau eines gegebenen Menschens, desto bewußter verläuft dieser Prozeß. Das geschieht sowohl im Falle einer wissenschaftlichen Theorie wie auch eines bewußt gewählten religiösen Glaubens. Anders wäre das bewußte Handeln eines Menschen, auf dieser Stufe der geistigen Entwicklung, unmöglich.

Persönlich schätze ich die Philosophen nicht sehr. Vielleicht deswegen, weil ich als „Professionist" auf diesem Gebiet nur zu gut weiß, daß sie meistens eine lose Zunge haben, wovon sie auch leben. Leider aber kann man ohne irgendeine Philosophie, die man bewußt oder unbewußt akzeptiert, nicht handeln. (Am schlimmsten sind die Amateure, die wie der berühmte Herr Jourdain aus Molieres Komödie plötzlich entdecken, daß sie, ohne es zu wissen lebenslang Prosa gesprochen haben). Um sich klar zu werden, in welcher Welt er lebt und wie er in der Folge handeln soll, um seine Ziele zu erlangen, muß der Mensch ein Wertsystem besitzen, mit dessen Hilfe er entscheiden kann, was für ihn gut ist und was schlecht, welchen Zielen er in der Konsequenz zustreben soll und welche er meiden sollte. Es könnte scheinen, die Sache wäre so einfach und so selbstverständlich, daß es nicht lohnt, sich damit zu befassen. Und doch ist sie sehr kompliziert, wenn man beginnt, darüber nachzudenken. Jeder Mensch, der eine gewisse Stufe seiner Entwicklung erreicht hat, ist dazu verurteilt. Das ist ein organischer Teil der sogenannten *conditionis humanae* (des menschlichen Seins) und diese ist wiederum ein Teil der sogenannten *philosophiae aeternis* (der ewigen Philosophie). In Wirklichkeit ist jeder Mensch auch der primitivste unbewußt ein Philosoph, der das Los des oben genannten Herrn Jourdain teilt.

Man muß eine Wahl treffen

Ich bin einer von jenen, die entdeckt haben, daß sie ob sie es wollen oder nicht philosophieren, wenn sie handeln. Als „Professionist" auf diesem Gebiet bin ich mir aber nicht nur dieser Tatsache bewußt, ich weiß auch, daß es auf diesem Gebiet verschiedene Lösungsvorschläge gibt. Ich kenne sie, weiß viel über sie, und ich muß unter ihnen wählen. Hier etwas ganz Neues zu schaffen, ist eine Illusion der Eingebildeten.

Nach tiefem Nachdenken bin ich zum Schluß gekommen, daß die Wahl der marxistischen Philosophie die beste ist. Ich werde aber die Gründe meiner Wahl hier nicht entwickeln; ich denke einfach, daß die Vorschläge, die uns der Marxismus auf diesem Gebiet präsentiert, die besten sind. Man kann mit mir diskutieren, ob diese Wahl die richtige ist, aber wenn meine Diskussionspartner kompetente Menschen sind, so wissen sie wohl, daß auf diesem Gebiet keine eindeutige Entscheidung des Streites möglich ist. Wir befinden uns doch im Reich der *philosophiae aeternis*, in deren Grenzen wie es das Eigenschaftswort „ewige" besagt die Lösung der Grundprobleme in der Feststellung liegt, worin die Essenz der Unterschiede besteht. Schließlich gehen die Gesprächspartner jeder in seiner Richtung auseinander, weil es kein ent-

scheidendes Argument für eine der Seiten des Streites gibt. Wie zum Beispiel im Streit zwischen einem Gläubigen und einem Ungläubigen, wenn es sich um die Entscheidung des Problems handelt, ob Gott existiert. Und doch muß man eine Wahl treffen, weil das für das Handeln unumgänglich ist, und die Menschen treffen auch ihre Wahl, kämpfen um ihre Richtigkeit, manchmal in einer grausamen Weise.

Das ist also die erste Gabe, die mir der Marxismus schenkt. Ich weiß, wenn ich diese Wahl treffe, daß andere sie verwerfen und eine andere bevorzugen. Aber ich weiß auch, ohne meine Gegner davon überzeugen zu können, warum ich diese, und nicht eine andere Wahl getroffen habe. Der Grund ist nämlich folgender: Meines Erachtens hilft sie mir besser als diejenige meiner Gegner, die mich umgebende Welt zu verstehen, und in der Folge besser als sie zu handeln, um die von mir bevorzugten Ziele zu erreichen. In dieser Weise zeigt sich, daß, was in meiner Entscheidung für den Marxismus nur indirekt mit meinem Handeln verbunden war, wichtig zur Erreichung meiner Ziele ist. Der Marxismus besitzt also auch in diesem Bereich eine pragmatische Funktion. Und eben darum bin ich unter anderem ein Marxist und nicht Anhänger einer anderen philosophischen Denkschule, zum Beispiel der kantianischen oder hegelianischen. Ich schätze das Neue sehr, das diese Richtungen in das philosophische Denken gebracht haben. Mehr noch, einen Teil dessen versuche ich meiner Deutung der Welt zu inkorporieren, wenn es in mein System des Denkens paßt. Aber der Marxismus ist für mich noch mehr als diese Richtungen, weil er meines Erachtens ein besseres und umfassenderes Bild der Welt verschafft und in der Folge mein Handeln in dieser Welt erleichtert. Ich habe mir aber selbstverständlich das Recht reserviert, Änderungen an den Thesen der marxistischen Philosophie anzubringen, wenn es die Entwicklung der Welt und unserer Realitätskenntnisse notwendig machen. Aber das ist die Gangart jeder wissenschaftlichen Theorie.

Der „autonome" Humanismus

Ich nehme jetzt ein anderes Element der marxistischen Philosophie auf: Die marxistische Theorie des menschlichen Individuums und des marxistischen Humanismus, den ich als „autonomen" bezeichne. Es ist zwar nur ein Teilproblem der marxistischen Philosophie, aber speziell in unserer Zeit von einer außerordentlichen Wichtigkeit. Sogar im Milieu der „orthodoxen" Marxisten sind das immer noch wenig bekannte und anerkannte Probleme, doch ihre Bedeutung ist meines Erachtens nicht nur eine theoretische, sondern auch eine praktische. Ohne das Fundament dieser Theorien könnte ich zum Beispiel meine Aktivität im Rahmen der Bewegung des ökumenischen Humanismus, den ich zusammen mit gläubigen Christen zu entwickeln bemüht bin, nicht fortführen.

Was verstehe ich jetzt unter den Begriffen der marxistischen Theorie des menschlichen Individuums und des autonomen Humanismus? Es ist klar, daß ich hier nicht den ganzen Gedankengang zu diesem Thema entwickeln werde, sondern nur die Grundpunkte der Argumentation. Es handelt sich um drei Thesen:

Erstens, daß das menschliche Individuum der Ausgangspunkt jeder richtigen Analyse der sozialen Probleme ist (Marx und Engels in der „Deutschen Ideologie").

Zweitens das Verständnis des menschlichen Wesens (im Sinne des menschlichen Individuums) als einer Ganzheit von gesellschaftlichen Verhältnissen und als deren Produkt (Karl Marx, „Thesen über Feuerbach", These 6).

Drittens endlich die Auffassung, daß der Mensch selbst der Bildner seiner sozialen Wirklichkeit (*homo autocreator*) und daher in der Folge der Marxsche Humanismus (im Sinne der Auffassung der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wirklichkeit, deren zentralen Punkt der Mensch mit seinen vielfachen Interessen bildet) autonom ist. Das heißt er braucht keine Ingerenz außermenschlicher Kräfte, im Gegensatz zum heteronomischen Humanismus, vor allem demjenigen, der vom religiösen Glauben unterstützt wird und sich auf Befehle und Verbote beruft, die von außermenschlichen Kräften stammen.

Das ist die theoretische Quintessenz jener Problematik, über die man viele Volumina schreiben könnte. Dem Schein nach sind diese Thesen bescheiden, aber sie beinhalten einen Reichtum an wichtigen Ideen. Die französischen Existentialisten haben das sehr gut verstanden, sie schöpften ja ihre Inspiration von Marx, was sie auch offen zugegeben haben. Für den „offiziellen" Marxismus blieb das aber unter dem Tabu seiner stalinistischen Interpretation leider lange unverständlich.

Wenn ich das hier schreibe, gehe ich von meiner eigenen Auffassung dieser Probleme aus, aber und das ist eine Art Warnung an die Leser ich möchte hinzufügen, daß ich keinen Schritt in meinen gesellschaftlichen Analysen machen könnte, ohne den festen Grund jener theoretischen Prämissen zu fühlen. Ich bin überzeugt, daß mir das auf diesem Gebiet, auch wenn es sich um die Praxis handelt, eine Überlegenheit über meine Widersacher sichert, die diese Basis nicht besitzen. Die Theorie ist hier organisch mit dem praktischen Handeln verbunden, und das ist eben jene pragmatische Funktion des Marxismus, die wir hier erwägen.

Die marxistische Entfremdungstheorie

Der nächste Schritt zur Enthüllung der Funktion des Marxismus in unserer Epoche führt uns zur Marxschen Theorie der Entfremdung. Die Theorie der Entfremdung, die man manchmal fälschlicherweise nur dem jungen Marx zuschreibt, wurde von ihm bis zu seinem Lebensende angewandt (ich habe das in meiner Monographie über dieses Thema, „Entfremdung als ein soziales Phänomen", Wien 1978, klar bewiesen). Sie spielt nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis des Marxismus eine große Rolle. Weil diese Theorie als Instrument einer kritischen Analyse der gesellschaftlichen Systeme auch im Falle des sozialistischen Systems ihre Anwendung findet, hat die Nomenklatura des Realen Sozialismus ihr gegenüber Furcht empfunden (in China dauert es heutzutage noch an) und sie als eine „Abweichung" vom Marxismus bezeichnet. Das muß man als eine „ideologische" Fälschung anprangern. Andererseits jedoch wurde sie nicht nur von den Existentialisten, sondern auch von verschiedenen soziologischen und psychologischen Denkschulen als wertvolles Instrument der Sozialforschung akzeptiert. Die Sache geht heute so weit, daß sie in offiziellen Dokumenten der katholischen Kirche zum Wort gekommen ist, etwa in der Enzyklika *Redemptor Hominis* des Papstes Johannes Paul II.

Die Problematik des Klassenkampfs

Auf der weiteren Suche nach Beweisen des aktuellen pragmatischen Sinns der marxistischen Theorie kommen wir zur kompetenten Kennern des Marxismus allgemein bekannten Pro-

blematik der Klassen, des Klassenkampfes und der Revolution. Sicherlich hat man diesen Themenkomplex an der Spitze meiner selektiven Aufzählung der uns interessierenden Elemente des Marxismus erwartet. Ich mache es absichtlich anders, um die Augen der Suchenden nicht mit dem Licht von bekannten und anerkannten Dingen zu blenden, wenn ich einige für das traditionelle Denken dieser Milieus weiter entlegenere Probleme behandle. Übrigens gibt es ganze Bibliotheken voller Literatur zu diesem Thema, und es genügt schon, die Aufmerksamkeit der Suchenden darauf zu lenken.

Um die kuriose Seite dieser Frage zu unterstreichen, erinnern wir uns doch der in Fachkreisen gut bekannten Tatsache, daß es sich hier zwar um einen wichtigen Bestandteil der marxistischen sozialen Lehre handelt, daß das Problem aber von Marx nur entwickelt wurde. Denn seine wirklichen Autoren waren die französischen Historiker der Restauration, wie Thiers, Thierry und Guizot. Das sagte Marx in seinem bekannten Brief an Weydemeyer selbst. Diejenigen, die jetzt den wissenschaftlichen Wert dieser Theorie ablehnen wollen, versuchen in Wirklichkeit, die Gesellschaftstheorie nicht nur in prämarxistische Zeit, sondern sogar in die Entwicklungsepoche der Gesellschaftswissenschaften vor der großen Französischen Revolution zurückzuverlagern. Diese politische Manipulation zum Schaden der Wissenschaft wird auch von nichtmarxistischen Wissenschaftlern zurückgewiesen. Als Beispiel möchte ich einen Artikel des vor einigen Jahren verstorbenen Nestors der französischen Historiker, Fernand Braudel, anführen, den er für „Le Monde" anläßlich eines Jubiläums zum Todestag von Marx verfaßt hat. In diesem Artikel hat er geschrieben wiederholen wir, daß er kein Marxist war es wäre ihm unmöglich, in seinen Forschungen auch nur einen Schritt ohne das Instrumentarium des Marxismus zu machen. Jeder Wissenschaftler, der seine Forschungen auf diesem Gebiet ernst nimmt, sollte diese These bejahen. Den Anhängern des Marxismus empfehle ich ein erneutes Studium der marxistischen Revolutionstheorie. Angesichts der Erschütterungen, die durch den Zerfall der Staaten des Realen Sozialismus hervorgerufen wurden und der damit verbundenen Zweifel an der Richtigkeit der Marxschen Revolutionstheorie, ist es angebracht, diese nicht nur von ihrer Fehlinterpretation durch den Marxismus-Leninismus zu säubern, sondern sich dann auch von ihrer Aktualität in ihrer authentischen Gestalt zu überzeugen.

Der historische Materialismus

Ich möchte diesen selektiven Exkurs in das Gebiet der marxistischen Gesellschaftslehre mit der Perle in der Krone des Marxismus, dem historischen Materialismus, im Sinne einer Methodologie der Sozialwissenschaften, beenden. Diejenigen, die sich dieses Instrumentariums in ihrem tagtäglichen wissenschaftlichen Schaffen bedienen manchmal ohne sich davon Rechnung abzulegen, daß es sich um marxistische Methodologie handelt, weil sie eben in den Organismus der modernen Sozialwissenschaften einverleibt wurde irren sich, wenn sie die marxistische Genese ihres Charakters verneinen. Es ist die höchste Ehre für eine Theorie, wenn sie so organisch in den Körper der Wissenschaft eingesaugt wurde, daß man ihre Genese vergißt. Aber das heißt nicht, daß sie aufgehört hat, zu existieren. Niemand verneint die allgemeine Geltung der Gravitationstheorie in der modernen Wissenschaft, kein kompetenter Mensch wird auch verneinen, daß es sich um eine Theorie von Newton handelt. Solche Beispiele kann man in beliebiger Menge anführen. Der Marxismus ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Dieses Thema ist übrigens zu bekannt, um es weiter zu entwickeln, ich deute es darum nur an.

Nachdem wir das alles gesagt haben, um den aktuellen pragmatischen Wert des Marxismus in Theorie und Praxis hervorzuheben, müssen wir auch hinzufügen, daß nicht alles im Marxismus so wie vor 150 Jahren besteht. Das ist das Los jeder wissenschaftlichen Theorie, und der Marxismus ist eben eine solche und kein religiöser Glaube.

Teile sind veraltet

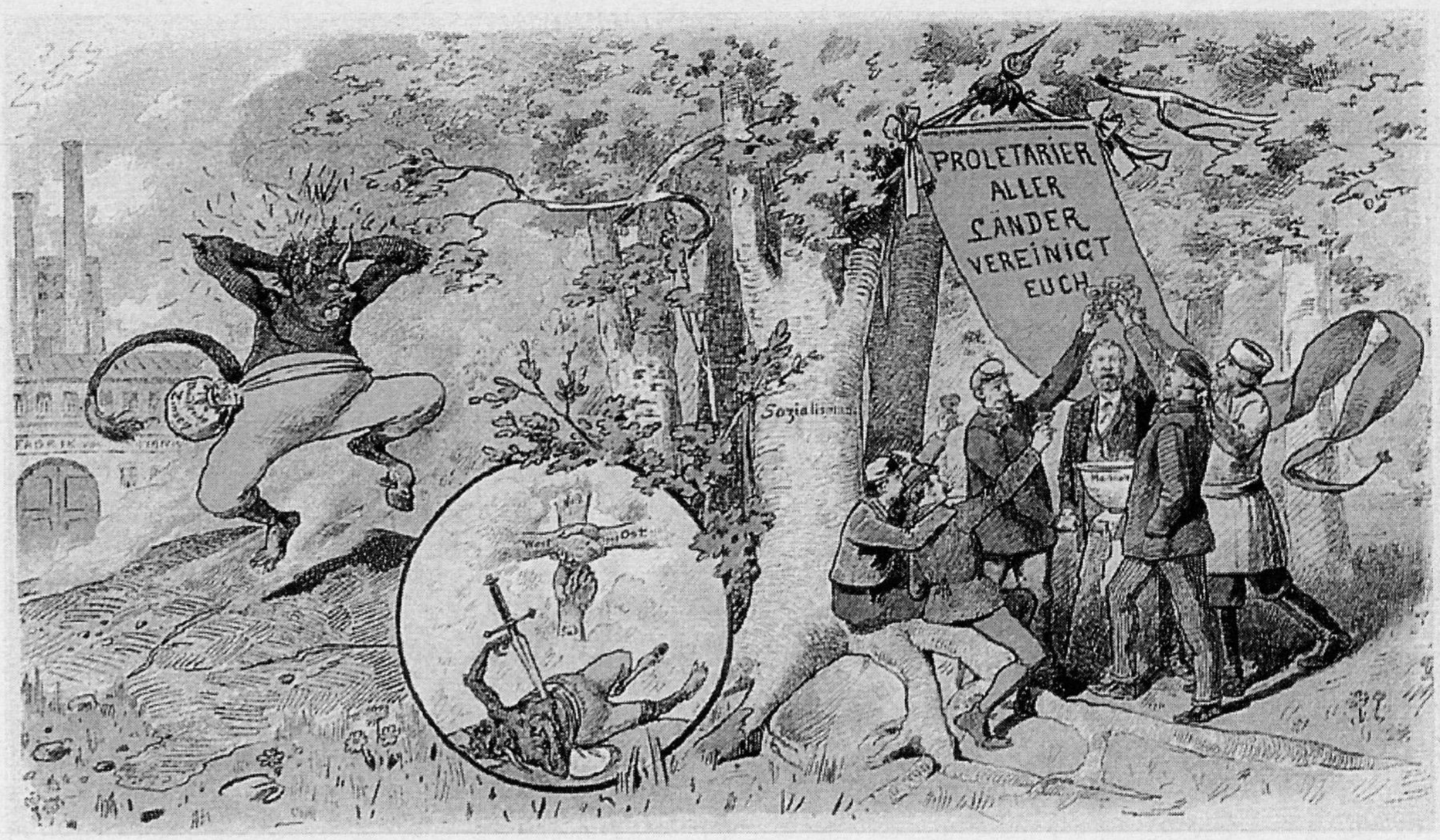
Es gibt also Teile des Marxismus, die heute veraltet sind, weil sich die gesellschaftliche Wirklichkeit in manchen Fällen revolutionär geändert hat. Man sollte darin eine Ehre sehen, weil das unter anderem ein Beweis des wissenschaftlichen Charakters der Theorie ist und keine beschämende Tatsache, so wie manche glauben, die dann rund um diese Probleme eine Geheimnistuerei treiben, um das Gesicht zu wahren. Im Zuge der vor sich gehenden industriellen Revolution, die das Absterben der Arbeit (im heutigen Sinn des Wortes) und in der Folge des Proletariats verursacht, werden noch viele Erscheinungen dieser Art auftreten. So soll es auch sein, im Einklang mit den Worten von Marx und Engels, daß ihre Theorie kein Dogma ist.

Es gibt auch Teile des Marxschen Werkes, die in der Konfrontation mit der Wirklichkeit falsifiziert wurden, das heißt sich als falsche Ideen erwiesen haben. Wie zum Beispiel die These über das Absterben der Mittelklassen, die nihilistische Bewertung der Marktkräfte in der Entwicklung der Gesellschaft, die Einschätzung des religiösen Glaubens in menschlichen Handlungen, usw. Auch in diesem Fall gibt es nichts Beschämendes, das man vertuschen sollte. Marx und Engels waren Wissenschaftler, keine Propheten irgendeines religiösen Glaubens, die *ex definitione* unfehlbar sein müssen. Sie waren geniale Denker, aber es ist normal und selbstverständlich, daß sie Fehler begehen konnten und Fehler begangen haben. Keine wissenschaftliche Theorie verkündet absolute Wahrheiten, mit Ausnahme und auch in diesem speziellen Fall nur in gewissen Grenzen der Mathematik.

Es gibt Teile des Marxschen Werkes, die nicht zu ihrem logischen Ende gebracht wurden, begrifflich „vernebelt" oder vieldeutig sind, auch in Bereichen, die für uns heute speziell interessant und wertvoll wären, wie zum Beispiel das Problem des Staates, der Demokratie usw. Behalten wir doch im Gedächtnis, daß der Tod Marx von seiner Arbeit am Dritten Band des Kapitals eben zu jenem Zeitpunkt fortriß, als er diese Gedanken erläutern wollte. Das öffnete Tür und Tor für Mißverständnisse und Meinungsverschiedenheiten auch unter seinen getreuen Schülern. Darum konnte Marx, mit so einer Situation konfrontiert, sagen: „Ich weiß, daß ich kein Marxist bin." Heute müßte er das, im Zusammenhang mit der Interpretation einiger seiner Ansichten in den Ländern des Realen Sozialismus, oft wiederholen.

Ein unentbehrliches Instrument

Nachdem man aber auf all das hingewiesen hat, muß man mit ganzer Kraft beteuern, daß das Gerüst der Marxschen Lehre, wie wir es oben am Beispiel einiger wichtiger Teile seiner Doktrin gezeigt haben, nicht nur seine volle Vitalität und seinen aktuellen Sinn behalten hat, sondern weiterhin ein unentbehrli-



Die Maifeier wirkt derartig auf den Kapitalteufel, daß er sich vor Verzweiflung alle Haare ausrauft, »Der wahre Jacob« Nr. 124/1891

ches Instrument zur Lösung vieler wichtiger Fragen bleibt, mit denen die heutige Linke konfrontiert ist.

Einige davon gehören zum alten Waffenlager des sozialistischen Gedankens, auch wenn das heute anders aussieht. Zum Beispiel die Frage des Privateigentums an den Produktionsmitteln, insofern in der Epoche der Automation und Robotisation das Problem des Mehrwerts zum großen Teil verschwinden, aber das Mehrprodukt bleiben wird. Oder wenn die „Gesellschaft der vollen Beschäftigung" verschwinden und die „Gesellschaft der vollen Aktivität" ihrer Bürger neu erscheinen wird. Oder das Verelendungsgesetz, welches im Lichte der heutigen Beziehungen zwischen den Ländern des Südens und des Nordens ein neues Gesicht zeigt, usw.

Andere Probleme sind neu. Der alte Sozialismus konnte sie nicht erblicken, weil sie im neunzehnten Jahrhundert noch nicht existierten oder nur ihre Keime zum Vorschein kamen. Für die Linke sind diese Probleme aber umso wichtiger, als sie neu und aktuell sind. Z. B. die Folgen des Übergangs zur Gesellschaft der „Informatisation", verbunden mit dem Absterben der traditionellen Arbeit und des Proletariats, welches wiederum im Zusammenhang mit der Automatisation und Robotisation zu sehen ist.

Aber die heute wichtigste Aufgabe der Neuen Linken, die früher oder später zur politischen Antriebskraft der durch die gegenwärtige industrielle Revolution verursachten Transformation der Gesellschaft anwachsen wird, ist eine neue Analyse des modernen Kapitalismus und seiner monopolistischen Institutionen (der sogenannten *multinationals* und *transnationals* inklusive der Existenz des übernationalen Finanzkapitals). Anders gesagt, das Bedürfnis nach einem neuen „Kapital" von einem neuen Marx, und eines „Finanzkapitals" von einem neuen Hilferding wächst an.

Die neue Linke

Ohne dies wird die Neue Linke nicht funktionieren können. Wer ist befugt, diese Postulate einzulösen? Jeder, der die dazu notwendigen Fähigkeiten, aber auch die Sensibilität für die schnell anwachsenden gesellschaftlichen Bedürfnisse, die mit dieser Situation verbunden sind, besitzt. Die größten Möglichkeiten in dieser Hinsicht haben meines Erachtens doch Denker, die das wissenschaftliche Instrumentarium des Marxismus beherrschen. Es gibt keinen Widerspruch zwischen dieser These und dem weiter oben ausgesprochenen Gedanken, daß man aufgrund der heutigen Situation zur Idee der Zwangsläufigkeit des Sozialismus auch ohne den Marxismus kommen kann. Es handelt sich doch nicht nur um die Voraussicht, sondern auch um die Wege der besten Verwirklichung dieser Voraussicht. Beachten wir die scheinbar triviale These des Marxismus, daß der Wandel der gesellschaftlichen Basis unvermeidlich auch den Wandel des ganzen gesellschaftlichen Überbaus verursacht. Wenn man das breit genug versteht, handelt es sich um die ganze Zivilisation. Versteht man dies, so erleichtert es unser Handeln in der Gesellschaft. Solcher „Banalitäten" gibt es eine ganze Menge.

Behalten wir es im Bewußtsein, daß diese scheinbar trivialen Wahrheiten ihre revolutionäre Potenz zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus so direkt zeigen. Die Prognosen auf diesem Gebiet wurden früher durch die menschliche Ungeduld der Revolutionäre, auch wenn es sich um solche Denker wie Marx und Engels handelte, getrübt. Heute ist es anders: Die Wirklichkeit entwickelt sich schneller, als vorsichtige Theoretiker es voraussehen können. Ich konnte das öfters in Kontakten mit Technologen feststellen, die meine, wie sie meinten zu langsamen Prognoseschritte kritisiert haben. Eben darum wird der Marxismus nach der Ernüchterung der Linken vom Schock, den der Zusammenbruch des Realen Sozialismus verursacht hat dank seiner pragmatischen Funktion wieder seinen vollen Glanz als Theorie und Ideologie erlangen. So lautet meine Antwort auf die Frage, warum ich auch jetzt dem Marxismus treu bin und was er mir aus theoretischer wie praktischer Sicht gibt. ■

Emer. Univ.-Prof. Dr. Adam SCHAFF ist Philosoph. Er lebt in Warschau und in Wien.

„Verbesserung“ und Vernichtung

Zum Selektionsparadigma in der Humangenetik

Lisbeth N. TRALLORI

Spätestens seit dem Bau der ersten Atombombe, an dem „fortschrittliche“ Physiker und erklärte Anti-Nazis mitgewirkt haben, seit dem atomaren Holocaust in Hiroshima und Nagasaki, hat die neuzeitliche Wissenschaft sichtbar ihre Unschuld verloren. Spätestens seit diesem Zeitpunkt kann das viel strapazierte Argument, die Grundlagenforschung sei von der Anwendung dieser Forschung zu trennen, nicht mehr hingenommen werden. Dasselbe gilt für die Gen- und Reproduktionstechniken.

Auch sie sind weder im leeren sozialen Raum entstanden noch wertneutral. Wie die feministische Wissenschaftskritik gezeigt hat, sind soziale Verhältnisse Teil jeder Technologie und widerspiegeln sich in ihr. Was von einer Technik brauchbar oder unbrauchbar, was gut oder schlecht ist, läßt sich nicht erst nach deren Einsatz abklären, wie es der herkömmliche naturwissenschaftliche Argumentationsstrang suggeriert. Vielmehr wider-legen die Gen- und Reproduktions-techniken diese ohnehin schon ausgedünnte Legitimierung. Entschei-dend für beide Techniken ist die Aus-sonderung von erwünschten und uner-wünschten Partikeln, Zellen, Genen sowie die Vernichtung des Uner-wünschten. „In der Tat, Fortpflanzungs- und Gentechnik würde ohne diese Prinzipien der Selektion und Elimination keinen Sinn ergeben“, konstatiert Maria Mies. „Warum sollte sich jemand für Genetik interessieren, wenn er nicht den Wunsch hätte, die schnellere Entwicklung des Typus vor-anzutreiben, den man als wertvoller als andere ansieht? Das stimmt sowohl für die Humangenetik als auch für die Tier- und Pflanzengenetik. Es ist glei-chermaßen wahr für die Fortpflan-zungstechnik, die auf der Selektion fruchtbarer Elemente (Spermien, Eier) und ihrer Kombination außerhalb des weiblichen Körpers beruht.“ (1992, 54)

Ein weiteres Moment, das den kontextuellen Erkenntniszugang systematisch vernebelt, liegt in der vorherrschenden Geschichtslosigkeit. Ihr ist es zu verdanken, daß man nolens volens die Gen- und Reproduktionstechniken auseinanderdividiert, ihren Entstehungs- und Anwendungszusammenhang vielfach negiert. Was veranlaßte die Wissenschaftler überhaupt an Vererbung, Fortpflanzung und deren Gesetzmäßigkeiten zu forschen? War es männliche Entdeckungslust, Faszination des Wissens oder jene der Kontrollausübung und Macht? Oder waren sie vom Pathos der Optimierung durchdrungen, das ihnen die Realisierung der „Schönen Neuen Männerwelt“ versprach?

Als Antwort darauf werde ich einige Schnittstellen bei der Herausbildung moderner Genetik herausarbeiten, an denen das selektionstheroretische Paradigma und die darauf beruhenden Anwendungsstrategien des „Human Betterment“ deutlich werden.

Von der Personenstufe zur Zellstufe

Um die Jahrhundertwende steckte die Genetik noch in ihren Anfängen und beruhte, etwas vereinfacht ausgedrückt, auf den Mendelschen Erbregeln, dem darwinistischen Evolutionskonzept und einem starren biologischen Determinismus, der besagte, daß sämtliche menschliche Eigenschaften und Verhaltensweisen erblich gesteuert seien. Als Wissenschaft von der Vererbung war sie im Kontext mit dem Sozialdarwinismus entstanden und eng mit den eugenischen Prinzipien verknüpft (Weß 1989). Ausgehend von dem englischen Gelehrten Francis Galton verspricht die Eugenik, die Lehre von der guten Zeugung, auf rationaler Grundlage die menschliche Fortpflanzung planbar und lenkbar zu machen. In Deutschland greifen diese Lehre Wilhelm Schallmayer und vor allem Alfred Ploetz auf, der den Begriff „Rassenhygiene“ (1895) dafür benutzt und später zum Politikberater im NS-Regime avancierte.

Die Eugenik erhebt für sich den Anspruch, einen kategorialen Bestimmungs- und Begriffsrahmen für die Definition der „guten“ und „schlechten“ Elemente des Reproduktionsvorgangs zu liefern. Das erklärte Ziel von Galton, die menschliche Fortpflanzung nach qualitativen Kriterien zu beurteilen und zu steuern, setzt eine Differenzierung und zugleich Bewertung in „fit“ bzw. „unfit“ voraus. Diese Einstufungen erweisen sich insofern folgenreich, als daran disziplinierende Handlungsanweisungen je nach dem Bewertungsgrad gekoppelt sind. Die sogenannte „positive“ Eugenik strebte nach Verbesserung der menschlichen Reproduktion durch züchterische Planung, nach höherer Intelligenz, besserer körperlicher Konstitution, Schönheit, während die „negative“ Eugenik auf die Ausschaltung all jener drängte, die diese einmal unterstellte Entwicklung zum „Höheren“ hemmten. Von Beginn an war sie sozialtechnologisch orientiert (Weingart et al. 1988). Über das vererbungstheoretische und eugenische Deutungsmuster wurden soziale Probleme, wie zum Beispiel gesundheitsschädliche Folgen der Industrialisierung, Zuwanderungen in die städtischen Ballungszentren, Verarmung, Kriminalität Wohnungsnot biologisiert, zum anderen sollten gerade diese Probleme mit sozialpolitischen Interventionen staatlicher Einrichtungen gelöst werden. Als Maßnahmen werden Eheverbote, Zwangsverwahrung, -sterilisierung und Kastration empfohlen. Auf wissenschaftlicher Grundlage wurden faktisch politisch-ökonomische Säuberungen durchgeführt. Man hat Menschen mit gesellschaftlich unerwünschten Merkmalen herausgegriffen, wie sozial Unangepaßte, Arme, Alte, Behinderte und Kranke, sie verwahrt, zwangssterilisiert[1] und zu einem späteren historischen Zeitpunkt, unter der NS-Herrschaft den Rädern rassistischer Vernichtungspolitik preisgegeben.

Mit Alfred Ploetz, dem Initiator und einer der Leitfiguren der deut-

schen Rassenhygiene, begegnen wir einem Humanisten sozialistischer Prägung. Er war Mediziner, zählte Gerhart Hauptmann und Frank Wedekind zu seinen Freunden, ebenso wie den Mitbegründer der sozialistischen Bewegung, August Bebel. In seinen Überlegungen ist bereits verankert, was die Gentechnik und Humangenetik später einlösen. Ploetz war von der Optimierbarkeit des Menschen überzeugt – allerdings unter der Voraussetzung, daß eine gesellschaftlich gesteuerte Selektion an die Stelle der „natürlichen" Selektion trete, nachdem diese durch den Zivilisationsfortschritt nicht mehr wirke. In seinen „Grundlinien einer Rassenhygiene" (1895) empfiehlt Ploetz, Ehe und Fortpflanzung nur „hochwertigen" Paaren zu gestatten sowie eine medizinische Überwachung der Schwangerschaft und die Begutachtung jedes neugeborenen Babies, dem, wenn es „ein schwächliches oder mißgestaltetes Kind" ist, „ein sanfter Tod bereitet (wird), sagen wir durch eine kleine Dose Morphium".[2] Ploetz ist sich darüber voll im klaren, daß diese „Ausjäte" – sein Begriff für den Tötungsakt – Teil einer „rücksichtslosen Rassenhygiene" und tunlichst zu vermeiden sei. Deshalb sein Vorschlag, diese „Ausjäte" auf das „Niveau der Keimzellen zu verschieben". Er appelliert an die wissenschaftliche Forschung, sie solle „Möglichkeiten der künstlichen Auslese der Keimzellen ... entwickeln." Dezidiert spricht er über die „Abwälzung der Ausmerzung von der Personenstufe auf die Zellstufe". Und er kommt zu dem Schluß: „...wenn keine Schwachen mehr erzeugt werden, brauchen sie auch nicht mehr ausgemerzt werden". Sein Appell sollte Gehör finden.

Ausgangspunkt für die moderne Humangenetik war die Defektheitshypothese, auf darwinistischer Basis. Das Zustandsbild, das führende Experten und Wissenschaftler über die genetische menschliche Ausstattung zeichneten, fiel äußerst düster aus. Als Ursache für die von ihnen konstatierte Verschlechterung werden die moderne Technik und soziale Einrichtungen bzw. der Wohlfahrtsstaat genannt. Die heutige Gesellschaft sei bereit, Hilfestellungen an die Schwächeren zu leisten, ohne die sie in früheren Zeiten nicht überlebt hätten. Dadurch haben sich die Bedingungen verändert, unter denen sich früher der existenzielle „Kampf ums Dasein" akzentuierte – so lautete der Tenor ihrer Aussagen (Vgl. Jungk/Mundt 1966).

Auf Grundlage der Defektheitstheorie treten sie für die Methoden der Auslese von Ei- und Samenzellen ein, für die Lagerung von Keimzellen mittels Gefrierverfahren, für „klonische Fortpflanzung" und die außerkörperliche Befruchtung im Labor. Ihr Votum für Manipulationen am menschlichen Gen bzw. für künstliche Fortpflanzungstechniken entspringt dem Konstrukt, die Evolution im Sinne der geplanten Optimierung wissenschaftlich zu beschleunigen. Die seit den siebziger Jahren rasant vor sich gegangene Entwicklung der Reproduktionsmedizin mit den Möglichkeiten der In-vitro-Fertilisierung, Experimenten an Embryonen, Gen-Analysen und pränataler Diagnostik hat erlaubt, die eugenische Selektion tatsächlich „von der Personenstufe auf die Zellstufe" umzupolen, sozusagen molekulare Eugenik zu betreiben.

Die führenden Genetiker waren sich bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren darüber einig, daß die ständige Verschlechterung des menschlichen Genpools nicht effizient genug durch eine Ausmerze-Politik bekämpft werden konnte. Neue Erkenntnisse aus der Strahlen- und Populationsgenetik hatten zu diesem Konzept geführt, das den Erfassungsmodus wesentlich radikalisiert (Roth 1986). Die Voraussetzung für tatsächlich wirksame Eingriffe sahen sie nicht auf dem Boden der Klassengesellschaft. Zur Durchführung einer allumfassenden Selektion der gesamten menschlichen Erbsubstanzen müßten jedoch die Klassenschranken fallen und eine neue Gesellschaft auf demokratischer Basis errichtet werden. Das heißt, anstelle der politisch gesteuerten Selektion unter dem Nationalsozialismus, von dem sie sich mehrheitlich distanzierten, sollte eine „objektive", durch wissenschaftliche Erkenntnisse fundierte treten. Aus diesem Grund plädierten sie für eine rationale Geburtenplanung und den Aufbau der Humangenetik, die eine vorgeburtliche Selektion erlaubt.

Demokratisierung der Täter?

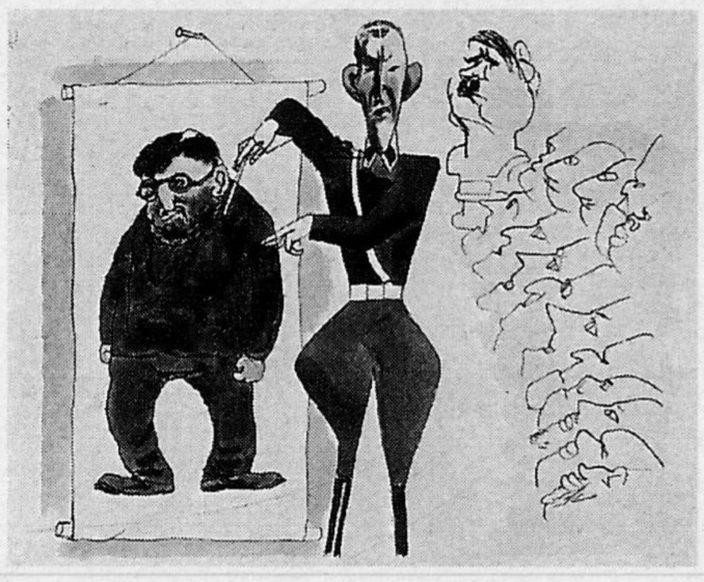
Eines war klar: Nach Auschwitz und den Nürnberger Ärzteprozessen konnte am Auslese- und Ausmerzeprogramm, an der Praxis der erbbiologischen Erfassung, Zwangssterilisierung und Euthanasie, wie unter dem Nationalsozialismus, nicht mehr unmittelbar festgehalten werden – trotz des Bedauerns mancher Forscher. Die Kontinuität der Eugenik und damit der Rassenhygiene manifestierte sich durch eine personelle Kontinuität ihrer Verfechter während und nach der Nazi-Ära. Denn mehrheitlich gelang es den NS-Wissenschaftlern, sich nach 1945 im akademischen Betrieb wieder zu integrieren. Es handelte sich um Wissenschaftler, die wesentlich an den Kriterien zur Auslese und rassistischen Verfolgungen beteiligt waren, die begutachteten, klassifizierten und mitunter die Aktionen zur Totalerfassung bis hin zu den Tötungen vorbereiteten.[3] Der erste Lehrstuhlinhaber für Rassenhygiene in Deutschland, Fritz Lenz, erhielt bereits 1946 eine Professur in Göttingen, wo er am Institut für menschliche Erblehre wirkte. Er hatte entscheidend an den Beratungen zu den Euthanasiegesetzen teilgenommen und Euthanasie als einen Akt der „Humanität" bezeichnet. (Müller-Hill 1984) Einer der führenden Rassenhygieniker und Erbbiologen im „Dritten Reich", Otmar von Verschuer, der unter anderem Zwillingsforschung betrieb, wechselte nach 1945 auf die Humangenetik über. Aus dem Vernichtungslager Auschwitz hatte ihm sein Assistent, niemand anderer als Josef Mengele, die für seine Forschungen nachgefragten „Organpräparate" an das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut geliefert.

Eine beispiellose Karriere in der Nachkriegsgesellschaft konnte der „Biostatiker" Siegfried Koller verzeichnen. Auf der Grundlage des populationsgenetischen Modells hatte er sich während der NS-Ära für die Erfassung sogenannter „Gemeinschaftsunfähiger" eingesetzt – eine Diktion, die man vor allem auf Roma und Cinti anwandte. 1941 schätzte er die Anzahl der „Gemeinschaftsunfähigen" auf rund eine Million. Mit seinen Arbeiten hatte er wesentlich an der Vorbereitung ihrer Deportation und Vernichtung mitgewirkt. Dieser Mann, ein Paradebeispiel für den Typus des „Schreibtischtäters", arbeitete anschließend im Statistischen Bundesamt. Auf ihn gehen alle Erfassungs- und Datensysteme sowie Statistiken zur Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik in Deutschland zurück. Von ihm wurde in den fünfziger Jahren der Mikrozensus entwickelt. Das „Schwergewicht des Mikrozensus lag auf der Bestandsaufnahme der sozialen Konfliktpunkte und der gesundheitlichen Verhältnisse, häufiger Wohnungswechsel, Gelegenheits- und Schwarzarbeit. Seit Oktober 1957 werden vierteljährlich umschichtig ein Prozent der bundesdeut-

schen Bevölkerung auf diese Weise totalerfaßt" (»E.coli-bri« 1988, 26). Koller bewirkte auch eine Veränderung der Medizinalstatistik zu einer „Sozialpathologie", womit ein wesentlicher Schritt zur angewandten Sozialbiologie erfolgt war. Für seine wissenschaftlichen Leistungen erhielt er 1982 das Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik, 1988 war er als „unbestechlich wissenschaftlicher Ratgeber" gefeiert worden (Berndt 1994, 101).

Ende der sechziger Jahre entsteht der neue Begriff „Sozialgenetik". Damit sollten die schweren politischen Belastungen, die mit der Eugenik, ihrer Bewertung, ihren Zielen und ihrer Praxis unter dem Nationalsozialismus verbunden waren, ausgeschaltet werden. Sozialgenetik präsentierte man als eine „wertfreie" Wissenschaft. Auf dem Marburger Forum Philippinum (1969) traten für diese neue Disziplin vor allem der Humangenetiker Peter Emil Becker und der Bevölkerungswissenschaftler Hans Wilhelm Jürgens ein. Im Zuge des „Wiederaufbaus" hatte sich Jürgens auf dieses Terrain der sozialbiologischen Begabungsforschung spezialisiert. Unter seiner Leitung wurden Untersuchungen an Schulkindern – zunächst in Kiel – und schließlich an rund einer halben Million Schülerinnen und Schülern im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Ziel war es einmal, die Begabten aus der Unterschicht zu erkennen, um sie damit zugleich politisch zu neutralisieren. Durch das Versprechen von Aufstieg und Bildung sollte ihnen ihr brisantes Potential genommen werden. „Jeder Aufstiegswillige kann die Schicht verlassen. In letzter Konsequenz kommen wir auf diese Weise zu einer sozialen und politischen Entmündigung der Unterschicht", stellt Jürgens fest.[4]

Ein wichtiges Forschungsgebiet lag in der Beobachtung der Wanderbewegungen von Flüchtlingen und den ehemaligen Zwangsarbeitern, um soziale Zusammenballungen zu vermeiden. Der stetige Zustrom von Gastarbeitern und der Rückgang „nationaler" Geburten bildeten ein weiteres Untersuchungsthema. In einer Reihe von sozialanthropologischen Studien wurden vor allem diejenigen Bevölkerungsteile ins Visier genommen, die nicht in den Aufbau der Leistungsgesellschaft integriert werden konnten oder wollten, für die das Stigma der sogenannten „Asozialen" und „Gemeinschaftsunfähigen" wiederum bereitstand. Ihnen widmete Jürgens sein besonderes Interesse. Anfang der sechziger Jahre habilitierte er sich mit einem Werk über „Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem", das im übrigen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert wurde. Darin schreibt er: „Da jede demokratische Lebensform an das Gemeinschaftsbewußtsein größere Anforderungen stellt, ergibt sich um der Gemeinschaft willen die Notwendigkeit, Menschen



George Grosz, Nazi und Jude, ca. 1935

ohne soziales Gewissen, die sich in diesem Verband nicht einfügen, besonderes Augenmerk zu widmen." (Jürgens 1961, V f). Er stellt die Forderung nach einer sorgfältigen Erfassung dieses Personenkreises in den Jugend-, Fürsorge-, Gesundheits- und Arbeitsämtern auf. Zur stärkeren Bekämpfung der „Asozialität" schlägt er Verwahrung und Sterilisierungen vor, wobei er der letzteren Maßnahme den Vorzug gibt. Zumal er davon ausgeht, daß „im Zuge der Aufklärung weiter Volkskreise ... in einigen Generationen auch die zwangsweise Sterilisierung für jeden Kulturstaat ähnlich selbstverständlich sein wird, wie gegenwärtig der Impfzwang" (1961, 155f). Anfang der siebziger Jahre arrivierte Hans Wilhelm Jürgens zum Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden.

Atomare Verseuchung und Humangenetik - ein vernachlässigter Zusammenhang

Entscheidend für die Etablierung der Neo-Eugenik waren die Auswirkungen der Atombombe. Humangenetiker haben den Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki als riesiges Massenexperiment der Strahlenbiologie verstanden und ausgewertet (»E.coli-bri« 1988). Bereits vor dem Abwurf war eine medizinische Analyse der Strahlenschäden geplant. Unter der Leitung von James V. Neel und durch Forschungsgelder des US-Militärs unterstützt, bildete sich eine Kommission, die mit dem genetischen Untersuchungsprogramm an den japanischen Bombenopfern und ihren Nachkommen begann. Für ihre wissenschaftliche Arbeit waren die Bedingungen günstig: „Die Furcht vor einer Schädigung der Kinder und die Aussicht auf medizinische Versorgung und eine zusätzliche Lebensmittelkarte brachte die meisten betroffenen Frauen dazu, sich von der Kommission untersuchen zu lassen. Bis 1954 wurden fast 80.000 Schwangere und 20.000 Säuglinge untersucht" (Weß 1989, 41). Fehlgeburten, Mißbildungen, Geburtsgewichte und Überlebensraten sollten Aufschlüsse über genetische Veränderungen geben. Heute ist auch bekannt, daß Einheiten der US-Infantrie ebenso wie die Bewohner der Südsee oder die australischen Ureinwohner „mit voller wissenschaftlicher Absicht der Strahlung und dem Fall-Out der Testbomben ausgesetzt wurden" (»E.coli-bri« 1988, 27). Die 1946 gegründete Atomenergiekommission, in deren Kompetenz die Kontrolle über die zivile und militärische Nutzung der Atomtechnologie fiel, finanzierte bis in die sechziger Jahre den Aufbau der humangenetischen Forschungszentren in den USA.

Aufgrund des Atombombenabwurfs versuchte Hermann J. Muller 1949 sein Konzept von der „Genetischen Bürde" („genetic load") zu formalisieren.[5] Daraus ergaben sich Schätzungen über die menschliche Mutationsrate, aber auch neue Fragen an die Humangenetiker: „Wie hoch war die Mutationsrate und war sie im Steigen begriffen? Welche Rate war tolerierbar und in welchem Maße schlug die natürliche Selektion noch zu?" Auswertungen des genetischen Materials von Bombenopfern sollten darüber Aufschluß geben. Auf dem 1. Internationalen Kongreß für Humangenetik 1956 in Kopenhagen forderten die dort anwesenden Wissenschaftler im Hinblick auf die vorliegenden Ergebnisse nicht etwa ein Ende des atomaren Wettrüstens, den Atomstopp, sondern begleitende humangenetische Forschungsprogramme, zum anderen auch ein größeres Budget für die Grundlagenforschung.

Auf diesem Kongreß wie auch an einer im Anschluß daran stattfindenden Tagung – im übrigen von der WHO finanziert – nahm Otmar von Verschuer teil. Er tat dies stellvertretend für die deutschen Humangenetiker, aber auch offiziell im Auftrag des BM für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft.

Diese Allianz zwischen Humangenetikern und Atomministerium sollte während der nächsten Jahre der Motor für seine – Verschuers – Arbeit sein. Das Atomministerium nämlich finanzierte den Aufbau eines Genetik-Registers, mit dem Verschuer und seine Mitarbeiter 1957 begannen. Es ging dabei um die Durchforstung der Bewohner des Regierungsbezirkes Münster. Im Laufe der nächsten zehn Jahre wurden die Befunddokumentationen aus 149 Krankenhäusern, 16 Gesundheitsämtern durchgesehen. Dazu kamen Hebammenbücher, Totenscheine, Akte der Körperbehinderten- und psychiatrischen Fürsorge, der Mütterberatung und Schulgesundheitsbögen. Fand sich auf diesen Dokumenten ein Hinweis auf eines von etwa 200 Erbmerkmalen (die Liste reichte von Lippen-Kiefer-Gaumenspalten über erbliche Stoffwechselstörungen bis hin zum „angeborenen Schwachsinn"), so wurde eine Karteikarte angelegt und die Daten auf Lochkarten verschlüsselt. 1961 waren insgesamt bereits 2,2 Millionen Befunde (aus den Jahren 1950-57) analysiert und die Ergebnisse auf 37.000 Lochkarten gespeichert. Dieses Register diente als Grundmaterial für Fallstudien über die Verbreitung bestimmter Krankheitssyndrome, und das Fernziel davon war „eine möglichst lückenlose Erfassung aller Mutanten in einer bestimmten Bevölkerung", wie es in einem Dokument dazu hieß. Verschuer legte Wert auf die neuesten Methoden und hatte seine Mitarbeiter ständig in die USA gesandt, in die Zentren der genetischen und epidemiologischen Forschung. Einer seiner wichtigsten Mitarbeiter, Hans Christian Ebbing, wurde danach Leiter des Referates für Statistik des Gesundheitswesens im Statistischen Bundesamt Wiesbaden.

Neben diesem lokalen Register wurde ein anderes bundesweites Modell zur Erfassung von Erbkranken gefordert, wiederum mit den Mitteln des Atom- und Gesundheitsministeriums. Es handelt sich dabei um das sogenannte „Marburger Modell" unter der Leitung von Hans Nachtsheim, Georg Gerhard Wendt und Friedrich Vogel. Dieses Register umfaßt 1959 bereits über fünftausend Kranke, die mutmaßlich an Chorea Huntington litten, nebst zehntausend Verwandten. Während nach dem Tode von Verschuer die Arbeit faktisch eingestellt wurde, hat man das Register in Marburg weiter ausgebaut. Daraus haben sich dann die Konzepte für Humangenetische Beratungsstellen entwickelt.

Germinal Choice

Mit dem Projekt zur Keimzellen-Auslese, wie es von Hermann J. Muller auf dem Zweiten Internationalen Kongreß für Humangenetik 1961 in Rom präsentiert wurde, deutete sich eine Wende von der sozialtechnologischen zur gentechnologischen Selektionsstrategie an. Nach seiner Berechnung der Mutationsrate drohte weiterhin die Gefahr der genetischen „Degeneration", sodaß nicht bloß eine Verhinderung genetischer Defekte, wohl aber die bewußte Förderung des genetischen Fortschritts angesagt war. Die technologische Revolutionierung seit den fünfziger Jahren bildete den Rahmen, innerhalb dessen sein Konzept realisierbar erschien und Keimzellen in gefrorenem Zustand über längere Zeit verfügbar waren. Daran schließt sich die Frage nach der Auswahl der Keimzellen, deren Qualität „hervorragend" sein muß, aus Sorge um die nachfolgenden Generationen.

Die professionellen Weltverbesserungsideen sind auf die selektive Praxis angewiesen, deren Blick nicht mehr auf eine bestimmte Personengruppe im sozialdarwinistischen Sinne, sondern nur mehr auf deren „genetisches Material" gerichtet ist. „Weshalb", fragt Joshua Lederberg, „sollen wir uns jetzt mit der somatischen Selektion aufhalten, die in ihrer Wirkung so langsam ist? Mit einem Bruchteil dieser Anstrengung könnten wir bald die Manipulierung von Chromosomenploidität, Homozygosis, gametischer Selektion und die gesamte Diagnose von Heterozygoten lernen, um in ein oder zwei Generationen eugenischer Praxis das zu erreichen, wozu wir heute zehn oder hundert brauchen." (1966, 294) Anlaß für den intellektuellen Austausch zwischen den Größen der Wissenschaftsgemeinde bot das Symposion über die „Zukunft des Menschen", das am Beginn der sechziger Jahre in London stattfand. Unabhängig davon, ob es sin ihrem

in ihren Konzepten darum ging, eine Elite zu produzieren, oder sie faktisch vom „Klonen" sprachen, Krankheiten abschaffen wollten, oder ob sie selektive Praktiken zur Reproduktionskontrolle ersannen – all das zielte auf eine Optimierung, auf einen mit „besseren Genen" ausgestatteten Menschen, ja auf einen Menschen, der befähigt ist, sich den radikalen Veränderungen in der Umwelt oder den Anforderungen des modernen Zeitalters, zum Beispiel der Raumfahrt zu stellen. (Jungk/Mundt 1966) Zur Voraussetzung bei allen eugenisch-genetischen Erneuerungen wird jedoch eines: das Prinzip der Freiwilligkeit und der Demokratisierung. Dieses Prinzip gilt in erster Linie für die Bewohner der westlichen Hemisphäre. Für jene in den Ländern der Dritten Welt, wo das Anwachsen der Geburtenrate als bedrohlich empfunden wurde, gelten andere Kriterien. In Indien konnte man sich durchaus Zwangsmaßnahmen vorstellen, insbesondere dann, wenn es um eine „Eindämmung" des Wachstums geht; deshalb werden rigorose Verhinderungsstrategien diskutiert. Gregory Pincus wünscht sich die Anwendung von „chemotherapeutischen Waffen" – sprich Anti-Baby-Pille –, an deren Entwicklung er maßgeblich beteiligt war, generell für die Frauen der Dritten Welt.

Als eine der wichtigsten künftigen Aufgaben betrachtet Hermann J. Muller, die Wandlung der „sittlichen Anschauungen" herbeizuführen und Vorurteile gegenüber den zur Auswahl stehenden Techniken abzubauen, die zur „Verbesserung des Menschen" führen. „Wenn die Wahl nicht unter Einfluß, sondern freiwillig und demokratisch erfolgt, werden die gesunden Werte, die fast überall von der Menschheit geschätzt werden, als Hauptmotive die Richtung der Wahl bestimmen. Alle Menschen schätzen im Grunde schöpferische Kräfte, Weisheit, Brüderlichkeit, Freundlichkeit ... Lebensbejahung, Mut, Willenskraft, Langlebigkeit. Wenn sie die Gelegenheit haben, ihre Kinder näher an diese Ziele heranzuführen, als es ihnen selbst gelang, werden sie diese Chance nicht verpassen." (1966, 289) Daß die von Muller genannten humanistischen Werte nichts anderes als soziale Wertkategorien sind, die wiederum ins Biologische rückübersetzt werden, wird spätestens bei der heutigen Praxis der Samenbanken und In-vitro-Fertilisierung klar.

Individualisierung humangenetischer Techniken

Was allerdings das Prinzip der Freiwilligkeit betrifft, so erlischt sein Glanz angesichts gesundheitsökonomischer Rationalisierung. Das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Werten und neuen Technologien wird bloß zu einem privaten Verhältnis verkürzt, und die Problematik des selektionstheoretischen Paradigmas lediglich individualisiert.

Seit den sechziger Jahren forcierte

man den Ausbau humangenetischer Techniken und Disziplinen. Genetic engineering, ein Begriff der Mitte des Jahrzehnts auftaucht, signalisiert dann den Übergang zum „genetic fix", der Möglichkeit einer umfassenden genetischen Planung. Die Ära des Screenings zur Entdeckung bestimmter Defekte begann. Inzwischen werden Neugeborene weltweit den verschiedenen Tests, die Stoffwechselstörungen oder vererbbare Krankheiten anzeigen, unterworfen.[6] In der Arbeitsmedizin finden Gen-Screenings als Routineuntersuchungen statt. Entwickelt und verfeinert wurden die Methoden der pränatalen Diagnose, wodurch die genetische Beratung ein Instrument erhielt, mit dessen Hilfe zwar Krankheiten aufgespürt, aber nicht geheilt werden können. Die stürmische Weiterentfaltung in den siebziger Jahren führte schließlich zur Genetic-marker-Technologie, durch welche die prädiktive Medizin entstand, das heißt bereits bei der Geburt werden Dispositionen für bestimmte Krankheiten, die im späteren Erwachsenenalter auftreten (können), feststellbar. Die Verbreitung und Umsetzung dieser Techniken heute erfolgt nicht mehr zwanghaft durch Institutionen, mit „Gesetz und Beil", sondern erweckt eine große Nachfrage. Denn das Pathos von der optimierbaren Gesundheit, vom stetigen „Human Betterment" sorgte dafür, daß es zunehmend schwieriger wird, sich den Technikangeboten zu entziehen. Die individualisierte Verantwortung für die Bewältigung von Sozial- und Umweltproblemen, von gesellschaftlichen Krisen mithilfe der Technik verschleiert aber das, was ehemals noch als Selektion „unwerten" Lebens galt. Im Diskurs von Peter Singer und Helga Kuhse, die ihre Thesen am siebten Internattionalen Kongreß für Humangenetik 1986 in Berlin vortrugen, wird das Selektionsparadigma nochmals grell erhellt: Dem Verbrauch, der Nutzung und Vernichtung von Keimzellen, embryonalen Zellen, Föten, kranken Kindern oder alten Menschen – kurzum der Aussonderung des „Unproduktiven" – bescheinigen sie insofern eine Unbedenklichkeit, als die Entscheidung darüber von Experten und Institutionen getragen wird.

Festzuhalten bleibt: Mit der Integration der Humangenetik in das breite Feld der Medizin hat sich auch ihr Gegenstand von der Populationsgenetik zur Individualgenetik verschoben. Am selektionstheoretischen Charakter der bereitstehenden Technologien, auch wenn die Entscheidung darüber den Einzelnen überlassen ist, veränderte sich jedoch nichts. Am deutlichsten ist er noch bei der pränatalen Diagnostik erkenntlich, wo deren Ergebnisse durch Amniozentese, Chorionbiopsie etc. stets an die fakultative Ausmerze zur Verhinderung von Defektheit gebunden ist. Defektheit umfaßt, wie es die vorgeburtliche Selektionspraxis in Ländern wie Indien und China zeigt, stets auch das weibliche Geschlecht. Dies alles deutet darauf hin, daß nicht der Imperativ der Entscheidungsstrukturen aufschlußreich für die Präsenz und Kontinuität des Selektionsparadigmas innerhalb der Humangenetik ist, sondern das wissenschaftstheoretische Fundament der Forschung, auf dem die angewandten Techniken beruhen.

Biologische Waffen

An einen anderen zerstörerischen Forschungs- und Praxiszusammenhang, in dem die Gentechnik steht, möchte ich abschließend erinnern. Durch das Vorantreiben des genetic engineering in den siebziger Jahren erhielt die biologische Waffenforschung enormen Aufschwung. Gezielte Eingriffe in die Erbstruktur von Mikroorganismen mithilfe gentechnischer Verfahren und die Methode der Rekombination schufen die Voraussetzungen dafür. Aus der Kriegstechnik, die vor diesem Zeitpunkt liegt, ist die Verwendung von Viren, Bakterien oder Giften, die in der Natur vorkommen, bereits bekannt. Neu daran ist, daß mit der Gentechnik Bio-Waffen quasi „maßgeschneidert" im Labor hergestellt werden können.

Als im Jahre 1972 ein internationales Übereinkommen hinsichtlich der B-Waffen abgeschlossen wurde, verzichtete man auf deren Entwicklung, Herstellung und Lagerung. Dieser Verzicht dürfte den unterzeichneten Staaten nicht schwer gefallen sein, denn Lagerung und Transport solcher Kampfstoffe galten als äußerst problematisch. Ein Jahr nach Abschluß der Konvention wurde deutlich, in welcher Richtung sich die Genforschung entfalten würde. An der Universität Stanford gelang den beiden Molekularbiologen Herbert Boyer und Stanley Cohen erstmals die Herstellung genmanipulierter Bakterien im Labor. Die Möglichkeiten der Gentechnik öffneten die Büchse der Pandora, die Chance auf ein biotechnologisches Waffen-Design rückte damit näher. Nunmehr erschien eine gezielte Krankheits- und Seuchenverbreitung insofern praktizierbar, als die „eigene Truppe", das „eigene Volk" vor dem Einsatz dieser Biowaffen gezielt immunisiert werden konnte. Aufgrund der gentechnischen Perspektive veränderte sich die Haltung der Politiker grundlegend. Der ehemalige Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Douglas J. Feith (1986), brachte diese Kehrtwende rückblickend zum Ausdruck: „Das Verteidigungsministerium war seinerzeit mit Präsident Nixon der Meinung, daß biologische Waffen bei der damaligen Technologie militärisch bedeutungslos waren. Jetzt, mit der neuen Technologie, ist klar, daß Bio-Waffen militärisch von höchstem Interesse sind. Wir haben unsere Meinung über den militärischen Nutzen biologischer Waffen seither geändert."

Geändert hat sich auch die Diktion. Seither ist von der Entwicklung eines biologischen „Schutz"-Programms die Rede. Das war die Hintertür, die man sich bei dem B-Waffen-Abkommen offen gelassen hatte. Nicht mehr die kriegerische Offensive, wohl aber „Biological Defense" gab die Folie für eine Intensivierung der Forschung ab. Zusammenhängend damit wurden drei militärische Projekte in den USA 1980 gestartet, 1983 sind bereits über 14 bekannt. Sprunghaft gestiegen sind die Investitionen zur Herstellung von Impfstoffen und Diagnostika gegen verschiedene „Bio-Agentien". Das Pentagon finanzierte diese Forschungen mit einem ständig ansteigenden Budget. Im Vergleich mit den Ausgaben für das Offensiv-Programm in den sechziger Jahren haben sich jene für die „Schutz"-Forschung nach der Konvention um 500 Prozent erhöht (Kiper/Streich 1990, 38).

Auch Deutschland zog mit einem hochdotierten Forschungsprogramm für „wehrmedizinische Enwicklungsaufträge" nach. Gentechnische Institute arbeiten in direktem oder losem Zusammenhang mit den Wehrmedizinern. Inzwischen ist eine Reihe von Instituten bekannt, in denen „Schutz"-Forschungen durchgeführt, die Ergebnisse zuweilen experimentell an Tieren und Menschen getestet werden.[7] Woran wird geforscht? Prinzipiell kann die Gentechnik das genetische Material von hochpathogenen Mikroorganismen kopieren und es in tierische oder pflanzliche Zellen einschleusen. Im Rahmen des wehrmedizinischen Projekts „Herstellung monoklonaler Antikörper gegen Bakterien und Toxine" lag ein Schwerpunkt in der Arbeit mit den Erregern des Maltafiebers, der Tu-

larämie (bekannt auch als Hasenpest oder Lemming-Fieber), an den Botulinusbakterien, die in winzigsten Dosen bereits tödliche Lebensmittelvergiftungen bei Menschen verursachen. Der Defensivcharakter solcher Untersuchungen wird von einigen Wissenschaftlern selbst in Frage gestellt. Man könne die „Herstellung eines Impfstoffes logistisch nicht vom Einsatz biologischer Waffen trennen", er sei nur Voraussetzung dafür, – so der Virus-Experte John Collins (»Der Spiegel« 11/1987). Bereits 1974 schlugen einige der Wissenschaftler auf der Konferenz von Asilomar vor, grundsätzlich über Experimente der Gentechnik, ihre Anwendungen und Folgen nachzudenken. Seit den Entscheidungen des US-Amtes anfangs der achtziger Jahre, genmanipulierte Mikroorganismen patentrechtlich anzuerkennen, hat sich die Chance auf eine Nachdenkpause zerschlagen.

Biowaffen zielen auf die Vernichtung von Leben in den Kampfgebieten, lassen jedoch die ökonomisch-technischen Strukturen intakt, bewahren die Einrichtungen und Bauten. Als strategische Waffen sind sie den Nuklearwaffen zu bevorzugen, denn Landgewinn ohne technische Zerstörung erscheint aus militärischer Sicht vorteilhaft. Unter den vielen Varianten wird speziell der Pockenvirus als idealer biologischer Kampfstoff angesehen. „Er ist stabil, leicht einzusetzen, leicht zu züchten und (er verursacht) eine schreckliche Krankheit mit hoher Letalität." (Sipri 1985, 131) Mit der rekombinierten Methode kann aus einem ansonst ganz harmlosen Bakterium, wie beispielsweise E.coli, das im menschlichen Körper eine wichtige Funktion übernimmt, eine Waffe werden. Wenn man diese nützlichen Bakterien als Wirtszellen benutzt, welche „die Produktion von krankheitserregenden Toxinen regulieren, dann können sie zu Fabriken von tödlich wirkenden Toxinen werden." (Piller/Yamamoto 1989, 27) Militärs und Forscher interessiert vor allem die Frage, wie sich diverse Krankheitserreger, zum Beispiel bei Milzbrand, Pest, Botulismus, unter „aerosolierten" Bedingungen verhalten (Kiper/Streich 1990, 78), das heißt, wenn sie durch Sprüheinsätze verbreitet werden.

Aller Voraussicht nach ist die Nutzung des biotechnologischen Arsenals nicht nachweisbar. Biologische Waffen sind, so Douglas J. Feith (1986), „mit der neuen Technologie leicht so zu gestalten, daß man sie nach dem Einsatz nicht mehr identifizieren kann. Ihre Effekte können so aussehen wie endemische Krankheiten." Beispiele aus der Tumor-Virologie legen den Verdacht nahe, mit dieser Waffengattung könnte zweckgerichtet die Ausmerze ethnischer Gruppen künftig betrieben werden. (Sipri 1985)

Szenarien dieser Art ließen sich noch beliebig fortsetzen, doch darum geht es nicht. Vielmehr darum, daß in den modernen Wissenschaften und Techniken die Idee des Fortschritts und der Verbesserung als untrennbare Einheit mit dem Vernichtungspotential und den Vernichtungsstrategien zu begreifen sind. Wie formulierte es doch Oppenheimer: „Es war technisch verlockend, wir mußten es einfach machen."

Dr. Lisbeth N. TRALLORI ist Soziologin.

Anmerkungen

1 Zur praktischen Anwendung der Eugenik in den Bundesstaaten der USA vgl. Gena Corea (1986).

2 Dokumentiert sind die „Grundlinien" von Ploetz in dem von Ludger Weß herausgegebenen Band (1989), ebenso wie grundlegende Aussagen und Manifeste der Genetiker-Elite.

3 Ausführlich dazu vgl. Benno Müller-Hill (1984). Darin sind aufschlußreiche Interviews mit den Tätern oder ihren Nachkommen enthalten.

4 Eine umfassende Darstellung zu Hans Wilhelm Jürgens befindet sich in dem von Heidrun Kaupen-Haas herausgegebenen Sammelband (1986).

5 Im folgenden beziehe ich mich auf die Berichte in »E.col-ibri« 4/1988. Hermann J. Muller erhielt 1946 den Nobelpreis für seine Strahlen-Experimente an Fruchtfliegen.

6 Über Fehldiagnosen des Screening am Beispiel der auf PKU getesteten Kinder vgl. Etzioni (1977, 29).

7 So geschehen am Institut für Medizinische Mikrobiologie, Infektions- und Seuchenmedizin an der Tierärztlichen Fakultät in München. Aufgrund einer Annonce hatten sich die Testpersonen „freiwillig" gegen Honorar zur Impfung gemeldet. Über den Hintergrund der Tests, daß es sich dabei um einen Bundeswehrauftrag handelte, wurden sie nicht informiert. Vgl. Kiper/Streich (1990, 70 ff).

Literatur

Berndt, Heide: „Wertefreie" Sozialmedizin? Hans Schäfers Einfluß auf die akademische Sozialmedizin nach dem Zweiter Weltkrieg, in: Heidrun Kaupen-Haas/Christiane Rothmaler (Hg.): Naturwissenschaften und Eugenik, Frankfurt/M. 1994.

Corea, Gena: MutterMaschine. Reproduktionstechnologien. Von der künstlichen Befruchtung zur künstlichen Gebärmutter, Berlin 1986.

»Der Spiegel«, Nr. 11/1987.

»E.col-ibri« Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie, Nr. 4, Hamburg 1988.

Etzioni, Amitai: Die zweite Erschaffung des Menschen, Manipulationen der Erbtechnologie, Opladen 1977.

Feith, Douglas, J.: Testimony on Biological and Toxin Weapons Before the Subcommittee on Oversight and Evaluation of the House Permanent Select Committee on Intelligence, 8. August 1986.

Lederberg, Joshua: Die biologische Zukunft des Menschen, in: Robert Jungk/Hans Josef Mundt (Hg.): Das umstrittene Experiment: Der Mensch. Elemente einer biologischen Revolution, München 1966.

Kiper, Manuel/Jürgen Streich: Biologische Waffen: Die geplanten Seuchen. Gene, Gifte und Mikroben gegen Menschen, Reinbek bei Hamburg 1990.

Jungk, Robert/ Hans Josef Mundt (Hg.): Das umstrittene Experiment: Der Mensch. Elemente einer biologischen Revolution, München 1966.

Jürgens, Hans Wilhelm: Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem, (Habilitationsschrift) Stuttgart 1961.

Mies, Maria: Wider die Industrialisierung des Lebens, Pfaffenweiler 1992.

Muller, Hermann, J.: Genetischer Fortschritt durch planmäßige Samenwahl, in: Robert Jungk/Hans Josef Mundt (Hg.): Das umstrittene Experiment: Der Mensch. Elemente einer biologischen Revolution, München 1966.

Müller-Hill, Benno: Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945, Reinbek bei Hamburg 1984.

Piller, Charles/ Keith R. Yamamoto: Der Krieg der Gene. Das Militär und die Gentechnik, Hamburg 1989.

Roth, Karl-Heinz: Schöner neuer Mensch. Der Paradigmenwechsel der klassischen Genetik und seine Auswirkungen auf die Bevölkerungsbiologie des „Dritten Reichs", in: Heidrun Kaupen-Haas (Hg.): Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik, Nördlingen 1986.

Sipri (Stockholm International Peace Research Institute): Gentechnik als Waffe, Reinbek bei Hamburg 1985.

Weingart, Peter et. al.: Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt/M. 1988.

Weß, Ludger (Hg.): Die Träume der Genetik. Gentechnische Utopien von sozialem Fortschritt, Nördlingen 1989.

Warnung vor Brüchen

Das politische System im Umbruch

Einige Leser haben sich erschreckt über den Artikel zur Geschichte der KPÖ bis 1955. Der Beitrag von Fritz Keller war selbstverständlich nicht als parteioffizieller Text zu den diversen 50-Jahr-Jubiläen gedacht, sondern als Provokation. Im Sinne des Wortes sollte er Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit kritischen Positionen von außerhalb der KPÖ hervorrufen. Meiner Meinung nach gereicht es einer Partei zur Zier, wenn sie sich so offen mit Kritik auseinandersetzt. Der Text beansprucht schon der polemischen Form nach nicht, eine objektive Analyse zu sein, ebensowenig wie Parteigeschichten geschrieben von Beteiligten einen solchen Anspruch erheben können. Die Wahrheit zu finden kann nur im Prozeß der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Zugängen zu ihr und nur in Annäherung an sie gelingen.

Der mitunter wissenschaftliche Charakter von Beiträgen in dieser Zeitung erweist sich durch die Bereitschaft zum wohlbegründeten Streit.

In diesem Sinne ist auch der Text von Franz Schandl zu verstehen. Ausgehend von der von ihm konstatierten Demokratiekrise und der Überholtheit des Politischen im herkömmlichen Sinne des bürgerlichen Parlamentarismus, stellt er konsequent auch das Parteien- und Verbändesystem in Frage. Die Arbeiterbewegung ist für ihn gestorben und Parteien traditionellen Typs sind für ihn auch nur Facetten der bürgerlichen Demokratiespiele, die allesamt vom Kapital gegängelt würden. Selbstverständlich gilt das auch für die KPÖ, meint der Autor.

Die Leser können davon ausgehen, daß der Parteivorsitzende der KPÖ, Walter Baier, der im gleichen Heft das politische System in Österreich analysiert, nicht zum gleichen Schluß kommt.

Den Abschluß des Themenblockes bilden drei Artikel zur Rolle der Gewerkschaften international und in Österreich. Der Präsident des österreichischen und des europäischen Gewerkschaftsverbandes Fritz Verzetnitsch begründet die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung aus der Geschichte und in den heutigen Aufgabenstellungen angesichts der Deregulierungstendenzen und der offensiven Politik des internationalen Kapitals. Allerdings setzt er unmißverständlich auf Partnerschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital — systemerhaltend, wie Franz Schandl konstatieren würde. Die realen Kräfteverhältnisse im Zeichen der Internationalisierung der Kapitalstrategien und die Verringerung der Handlungsspielräume werden von Hubert Schmiedbauer und Oswald Broz für die europäische Gewerkschaftsbewegung und für den ÖGB drastisch gezeichnet. Während Verzetnitsch parallel zur Logik der Sachzwänge argumentiert, drängen die Kollegen vom Linksblock auf die Einsicht, daß diese schließlich von Machtinteressen diktiert seien, gegen die es anzugehen gelte.

Mit diesen Polen sind die Bruchlinien dieses Schwerpunktes beschrieben. Von der radikalen Infragestellung der bürgerlichen Demokratie (die andersrum der politischen Rechten auch nicht ungelegen kommt) bis zum Festhalten am politischen Auftrag und der mobilisierbaren Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse reicht der Bogen der Positionen. Jedenfalls sollte eine kommunistische Partei, die ihr gesellschaftliches Veränderungspotential nach wie vor in breiten Teilen der Lohnabhängigen sieht, die Strukturveränderungen der Arbeiterklasse und die sich daraus ergebenden Bewußtseinshaltungen genau studieren, und dazu möchte dieses Heft anregen. Den ökonomischen Hintergrund liefert Lutz Holzinger mit seiner Analyse des Finanzkapitals und seines segensreichen Wirkens in Österreich, während Stephan Ganglbauer den alten, neuen rechten Polittheoremen auf den Grund geht. Der Themenschwerpunkt ist als Ganzes zu verstehen und nicht einzelne Texte als Politkonzepte der »Weg und Ziel«-Herausgeber oder der Redaktion. Das prinzipielle Herangehen in der Entfaltung der Widersprüche ist Grundkonsens der Redaktion und der Autoren. Festungsmentalität kann zum endgültigen Aus für „töne(r)n(d)e Kulissen" führen.

Julius Mende

Für eine linke Alternative

Walter BAIER

Österreich steht an einem Wendepunkt. Nicht nur, was seine wirtschaftlichen Strukturen bzw. sozialen und politischen Verhältnisse betrifft; selbst seine eigenstaatliche Existenz droht zu einer Art nostalgischer Restfunktion zu verkommen.

Bekanntlich hatten sich die politischen Eliten Österreichs einschließlich der namhaftesten sozialdemokratischen Führer und der Mehrzahl der Intellektuellen schon einmal in der jüngeren Geschichte gegen die staatliche Unabhängigkeit entschieden, die – hier kann man dem postmodernen antinationalen Diskurs folgen – bloß abstrakt genommen keinen Wert für sich darstellt, aber angesichts der damals und auch heute einzigen realen Alternative zur nationalen Selbstbestimmung, nämlich Appendix deutscher Großmachtpolitik zu sein, doch ihre positiven Seiten hat.

Nun muß man aber einschätzen, daß mit der Einrichtung der Großen Koaliton 1986 unter Franz Vranitzky ein weiteres Mal eine Weichenstellung in eine fatale Richtung erfolgte. Die Zerstörung der Verstaatlichten Industrie, wofür vor allem ideologische Gründe ausschlaggebend waren, die für die europäische Sicherheit desaströse Teilhabe an der Auflösung Jugoslawiens, der EU-Beitritt und die jetzt inszenierte Debatte um die Neutralität samt der in ihr freigesetzten chauvinistischen Untertöne ergeben eine eindeutig identifizierbare Linie der Außen- und Innenpolitik. Geht man von einer illusionsfreien politischen Bestandsaufnahme aus, so lautet die strategische Frage heute nicht mehr, ob wir uns auf dem Weg in einen „Anschluß", plus autoritäre Wende der Innenpolitik befinden, sondern wie weit wir auf diesem Weg noch gehen bzw. welche Kräfte des Widerstandes sich entwickeln, die nicht nur das Schlimmste verhindern, sondern sich auf Sicht als eine Alternative zur herrschenden Politik zu präsentieren vermögen.

Internationaler Kontext

Exakt ein halbes Jahrhundert ist vergangen, ehe sich das deutsche Großkapital von seiner militärischen, politischen und moralischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg erholt hat. Ja mehr noch: Das neu entstandene Großdeutschland scheint auf ökonomischem Weg jene europäische Position zu erreichen, um derenthalben es diesen Krieg ausgelöst hatte. Man muß sich auch klarmachen: Der neuerliche Aufstieg Deutschlands zur europäischen Führungsmacht ist noch nicht abgeschlossen. Österreichs Wirtschaft wird nach der Entstaatlichung dem deutschen Großkapital auf einem Silbertablett präsentiert. Deutsches Kapital durchdringt die Wirtschaften Osteuropas. Möglicherweise wird es erst nach Abschluß dieser Prozesse so etwas wie seine „kritische Masse" erreicht haben. Doch schon heute werden historisch überwunden geglaubte Fragen, wie die der Sudeten„deutschen" auf revanchistische Weise neu thematisiert und territoriale Ansprüche leben wieder auf.

Das CDU-Konzept von „Kerneuropa", wozu sich Alois Mock ungefragt bekannt hat, bedeutet angesichts der wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht weniger als ein Europa unter deutscher Führung. Nichts ist vorderhand sichtbar, was diesen Expansionsdrang wirksam eindämmen könnte. Die Sowjetunion als kontinentale Gegenmacht existiert nicht mehr, die Führungen ihrer Nachfolgestaaten stellen sich um D-Mark Kredite an; Bill Clinton hat bei seinem Staatsbesuch die deutsche Vormachtstellung in Europa anerkannt und die geplante Osterweiterung der NATO dient vor diesem Hintergrund vor allem der Herstellung einer Pax Germanica. Selbst Frankreich scheint sich ins Unvermeidliche zu fügen und lenkt seine ökonomische und politische Aufmerksamkeit von Mittel- und Osteuropa weg in den Süden.

Folgt aber aus dieser Bestandsaufnahme, daß man sich wie die Lemminge neuerlich in einen schicksalshaften Zug einordnen soll, wie uns das die Regierung nahelegt?

Was heißt „Dritte Republik"?

Will man über die „Dritte Republik" schreiben, so sollte man zunächst definieren, was man für das Wesen der Zweiten halten will. Dabei ist weniger die geschriebene Verfassung als die reale Verfaßtheit Österreichs zu beachten, der artikulierte bzw. stille Konsens der die Republik tragenden Kräfte bezüglich Strukturen und Perspektiven des Landes, wenn man so will: die vorherrschende österreichische Staatsidee. Daß es eine solche der Zweiten Republik gibt, wird auch durch die Tatsache erhärtet, daß sich ZeitgeschichtlerInnen und PolitologInnen über ihre prägenden Elemente weitgehend einig sind.

1. *Staatsvertrag und Neutralität* und eine auf dieser Grundlage definierte Außenpolitik setzten einen Konsens zwischen den staatstragenden Kräften voraus, der allerdings Mitte der achtziger Jahre durch die Einigung auf die Westintegration Österreichs ersetzt wurde.[1] Nachfolgende und heutige Differenzen zwischen den Parteien beziehen sich allenfalls noch auf das Tempo, in dem der ökonomischen Integration die außenpolitische und militärische folgen soll.[2]

2. Die *Verstaatlichte Industrie* war in den siebziger Jahren neben den traditionellen Instrumenten keynesianischer Wirtschaftspolitik ein Hauptheb el beschäftigungs-, struktur- und regionalpolitischer Eingriffe. Auch der diesbezügliche Konsens der Großparteien hat sich sowohl hinsichtlich der Ziele (Vollbeschäftigung etc.) als auch der Methoden der Wirtschaftspolitik aufgelöst. Dem mußte letztendlich auch das öffentliche Eigentum an Großbetrieben und Großbanken weichen.

3. *Der „Sozialstaatliche Kompromiß"* wurde, wie sich heute zeigt, auch im Hinblick auf die sozialpolitische Herausforderung des benachbarten „Realsozialismus" geschlossen, der für große Teile der Arbeiter, Angestellten und Pensionisten soziale Sicherheit ermöglichte.

Auch hier werden die Prioritäten

verschoben. Nicht mehr wohlfahrtsstaatliche Indikatoren, sondern abstrakte monetäre Größen wie Geldwertstabilität bzw. die Maastricht-Konvergenzkriterien stehen an der Spitze der wirtschaftspolitischen Agenda und prägen der Sozialpolitik als Restgröße ihren Stempel auf.

4. Die *„Sozialpartnerschaft"* wurde in Österreich zu weit mehr als einem verteilungspolitischen Instrument ausgebaut, nämlich zu einem tiefgestaffelten, differenzierten System der Herrschaftsausübung, zu einer auf der Ebene der Verbände geschlossenen, von parlamentarischen Konstellationen unabhängigen, stabilen, in viele gesellschaftliche Bereiche durchschlagenden Dauerkoalition zwischen SPÖ und ÖVP. Gesellschaftskritisches Potential und Demokratie in den Gewerkschaften wurden den Mitgliedern durch Reallohnsteigerungen sozusagen „abgekauft". Paradoxerweise werden nun diese paternalistischen und autoritären Züge der „Sozialherrschaft" zur Lokomotive des rechten Populismus, dessen gesellschaftspolitische Vorstellungen selbstredend noch viel autoritärer und rigider als das bisherige System sind.

5. Das auf der „Sozialpartnerschaft" aufbauende *Zwei-Parteiensystem*, zeichnet sich vor allem durch Kooperation aus, und wurde feinsinnig austariert über Jahrzehnte stabil gehalten. Der „sozialpartnerschaftlichen Legitimationskrise" entspricht die Erosion der Machtbasis von ÖVP und SPÖ. Nicht nur neue Regierungskonstellationen, sondern auch neue Formen der Herrschaftsausübung werden dadurch immer wahrscheinlicher.

„Dritte Republik" oder „Dritte Republik"

Summarisch kann eingeschätzt werden: Das Österreich der Zweiten Republik wurde nach Ausgrenzung und Selbstausgrenzung der Kommunisten von den staatstragenden Kräften konsensual auf eine kapitalistische Grundlage gestellt. Teil dieses Konsenses bildete allerdings auch eine vorsorgliche Selbstbeschränkung nach außen und innen. Die vordergründige jahrzehntelange Stagnation der gesellschaftlichen Entwicklung erlaubte es dem Kapital, heimlich still und leise, aber umso nachhaltiger, das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verändern. Der Paternalismus des „sozialpartnerschaftlichen" Systems gestattet ihm nun auch, das Zurückdrängen gewerkschaftlicher Einflußmöglichkeiten oder den Abbau des Arbeitsschutzes als Modernisierung, Reform, ja als Freiheitsgewinn zu präsentieren.

Inwieweit dies alles zu einer Veränderung der staatsrechtlichen Grundlagen der Zweiten Republik führen muß („Dritte Republik" im engeren Sinn) sei dahingestellt. Entscheidender ist, daß dem bisherigen gesellschaftspolitischen Konsens der Boden entzogen wurde. Die in den Medien inszenierte Diskussion über die „Dritte Republik" bezieht sich einerseits auf – wenn auch gewichtige – Details, sie dient aber wesentlich der Ablenkung von diesem fundamentalen Prozeß: „Dritte Republik" ist nämlich nicht, wie unausgesetzt behauptet wird, die von Jörg Haider verkörperte negative Sozialutopie, und sie hängt auch mit den bonapartistischen Allüren des Herrn Klestil nur am Rande zusammen, sondern sie wird in immer größerem Tempo von der Großen Koalition verwirklicht. Der Umstand, daß die meisten der heutigen politischen Akteure den Umbruch der politischen Verhältnisse, den sie selbst betreiben, in ihren bisherigen Funktionen nicht überleben, scheinbar zu seinen Opfern werden, ist unwesentlich, ja verstellt den Blick aufs Wesentliche.

Einer hat gewonnen

Im traditionellen Parteiensystem Österreichs scheint kein Stein auf dem anderen zu bleiben. Jüngste Umfragen sehen die SPÖ näher der 30- als der 40-Prozentmarke, ÖVP und F gleichauf, sowie Grüne und Liberales Forum als etablierte Größen des politischen Spektrums. Bedenkt man die erhobenen Altersschichtungen in den diversen Anhängerschaften, so wird es für die ehemaligen Großparteien in einigen Jahren noch enger werden. Die populärwissenschaftliche und mediengerechte These von der „Auflösung traditioneller Parteibindungen" ist leider nur deskriptiv und sagt wenig über ihr zugrundeliegende Vorgänge. Völlig absurd wird es allerdings, wenn der Beschreibung ihre Wertung als „emanzipatorisch" beigestellt wird.

Doch was heißt hier Emanzipation? Massenparteien inklusive der Arbeiterparteien, die sich im 19. Jahrhundert konstituierten und politische Prozesse seither prägten, bilden in sich je eine speziell strukturierte Öffentlichkeit. Bedeutet die Auflösung dieser Teilöffentlichkeit schon „Emanzipation"? Zumindest hinsichtlich ihrer Rolle als Machtträger hinterläßt ihr Verfall kein Vakuum, da umstandslos andere Parteien oder andere gesellschaftliche Instanzen in ihre Funktion einrücken. Es verflüchtigt sich nicht die von den Parteien ausgeübte Macht, was zumindest in einer individualistischen Sicht als „Emanzipation" verstanden werden könnte, es wechseln nur ihre Inhaber. Herrschaft verschwindet daher auch nicht, sie wird nur neu verteilt und allenfalls unsichtbar. Deshalb lassen sich auch Verlierer und Gewinner des Umverteilungsprozesses identifizieren. Je rascher sich die Linke klar zu machen versteht, daß sie bislang der Hauptverlierer des Umbruchs im Parteiensystem ist, um so eher wird sie von der Schadensbegrenzung zum Wiederaufbau übergehen können.

Verfall der Sozialdemokratie

Was die Sozialdemokratie betrifft, fällt die Bilanz der Ära Vranitzky eindrucksvoll aus: Verlust nahezu aller absoluten Mehrheiten innerhalb eines Jahrzehnts, Niederlage bei den Präsidentenwahlen, Schließung der »AZ«, Diskreditierung der Institutionen der Arbeiterbewegung bis hin zum „Konsums"-Desaster.

Dieser Verfall verlief über mehrere Etappen, jede von ihnen Glied einer fatalen Kette, jede Fehlentscheidung Folge einer ihr vorangehenden. Fast hat es den Anschein, als gehorchte der Verlauf den dramatischen Gesetzen einer klassischen Tragödie. Ähnliche Fatalität scheint zu obwalten, wenn über die Unfähigkeit, der Rechtsentwicklung Wirksames entgegenzusetzen, reflektiert wird.

Die hier vertretene These lautet demgegenüber: Die qualitative Veränderung in der Produktionswelt („Post-fordismus") und die Verwerfungen des überkommenen politischen Systems ergeben sich nicht zwingend auseinander. Neue Technik und Arbeitsorganisation haben etwa in den meisten entwickelten kapitalistischen Staaten zu Entsolidarisierung und Rückgang der Gewerkschaften geführt. Mußte das allerdings so geschehen?

Neue gesellschaftliche Konfliktlinien bestätigen bei näherer Untersuchung marxistische Grundthesen. Deren nicht erfolgte Weiterentwicklung hatte allerdings nicht gesetzmäßigen Charakter. Sie ist der dogmatischen bzw. reformistischen Deformation der

real existierenden Arbeiterbewegung ebenso wie einem Verfall ihrer intellektuellen Kultur zu verdanken.

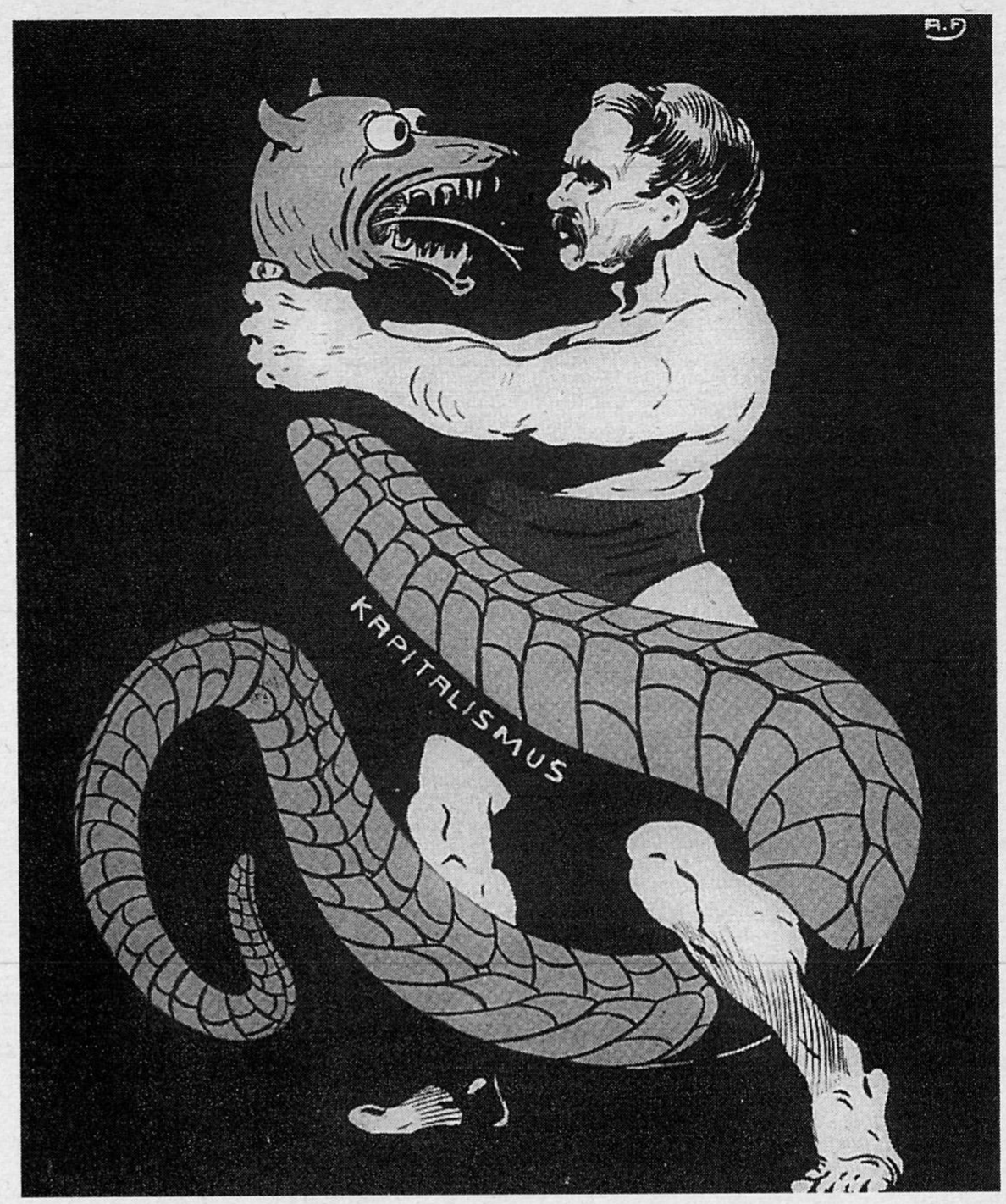
„Soziologistische" Verkürzungen in der Interpretation der politischen Umbrüche führen also, wie ich meine, in die Irre. Denn offenkundig kommt (Fehl)-entscheidungen und -entwicklungen in politischer und kultureller Hinsicht, dem berühmten subjektiven Faktor eine viel zentralere Rolle zu, als MarxistInnen häufig annehmen.

Beobachten wir die politische Entwicklung aus der Perspektive der Rechten: Nicht nur, daß die ÖVP in den Bundesländern und Gemeindestuben ihre Machtposition behaupten kann, gleiches gelingt ihr in den meisten beruflichen Interessenvertretungen. Dort, wo die alte Partei des Bürgertums versagt – sei es aus politischen oder soziostrukturellen Gründen – tritt an ihre Stelle die F, eine moderne Massenpartei, die mediale Massenkommunikation mit den traditionellen Formen parteipolitischer Kommunikation (Freiluft-Kundgebungen, Saalgroßveranstaltun- gen etc.) verbindet.

Trotz dramatischer Krise der ÖVP kein Schimmer von einer Auflösung des bürgerlichen Lagers oder vom Ende „der" bürgerlichen Parteien. Im Liberalen Forum etablierte sich eine dritte bürgerliche Partei, deren sozialpolitisches Profil mit dem des „Arbeitgeberflügels" der VP ident ist. Und selbst die Grünen artikulieren sich zunehmend als „liberale Partei des Bürgertums".[3] Egal, welche Regierungskonstellation die nächsten Wahlen ermöglichen wird, das Parlament wird eine solide, „bügerliche" Mehrheit sehen.

Muß man also schließen, daß Megatrends ausschließlich für die Linke gelten?

Anders gesagt: Was wir auf der Linken erleben ist ein historischer Niedergang bisheriger Parteien der Arbeiterbewegung. Verantwortlich dafür ist aber kein ehernes Gesetz der „kapitalistischen Entwicklung" oder die soziostrukturelle Verschiebung, sondern das Scheitern bisheriger politischer Konzeptionen.



Ich bin ein Proletar, »Süddeutscher Postillon«, 1902

Die „Allianz der Anständigen"

Das Problem einer wirksamen Strategie gegen die Rechtsentwicklung interessiert heute weniger unter politologischen als unter praktischen Gesichtspunkten, ist es doch Zeit, die Debatte um eine eigenständige, die Herausforderungen der Zeit aufgreifende linke Politik zu eröffnen. Dabei erschwert ein Umstand die Verständigung, daß nämlich durchaus strittig ist, was genau genommen unter „Rechtsentwicklung" verstanden wird. Kann man sie zur Diskussion stellen, ohne den EU-Beitritt und seine negativen sozialen und politischen Konsequenzen in Rechnung zu stellen? Gehört der regierungsoffizielle Konsens über die Privatisierung, einschließlich jener von Post, Bahn und Rundfunk, nicht auch dazu? Zu sprechen wäre schließlich auch über die neue Philosophie der Bildungspolitik, die NATO-Phantasien des Bundespräsidenten und vieles mehr. Strittig ist mit anderen Worten, ob Rechtsentwicklung eher das Entstehen und Wachsen einer rechtspopulistischen, rassistischen Massenbewegung, den Aufstieg der F, die Verschiebung des politischen Konsenses der Regierenden oder alles zusammen meint.

Je nach Antwort ergeben sich unterschiedliche bis entgegengesetzte Schlußfolgerungen: Wer die Rechtsentwicklung auf Jörg Haider fokussiert und ihm eine „Allianz der Anständigen"[4] gegenüberstellen will, neigt dazu, unter seinem Druck und dem Diktat einer Realpolitik der Schadensbegrenzung selbst immer weiter nach rechts zu rutschen. Auch die Vertreter dieser Allianz gehen mit der gegenwärtigen Regierung hart ins Gericht: Der von ihnen in Richtung der Mächtigen eingeforderte Konsens, der „neue Gesellschaftsvertrag" für eine „Republik der Solidarität", schlägt sich ganz offensichtlich mit dem vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftskonzept und wird auch mit den Köpfen der derzeitigen Koalitionsregierung nicht zu haben sein. Doch wie sonst? Die seit neuestem von interessierten Medien (»Standard«, »News« und »Falter«) ins Gespräch gebrachte „Ampelkoalition" (SPÖ, Grüne und LIF) scheint allenfalls das Personalproblem lösen zu wollen: Frau Petrovic hat sich bereit erklärt, die Vizekanzlerin zu machen und Peter Pilz erhebt Anspruch auf das Innenressort.

Doch auf welcher Grundlage soll das alles stattfinden, auf welche Interessen will sich eine solche Koalition stützen? Welche wirtschafts- und sozialpolitischen Hebel ansetzen? Unter welchen Kräfteverhältnissen würde sie ihr Reformprojekt auf die Beine stellen? Bislang war nichts außer einem Appell an „erneuerte Konsensbereitschaft" zu hören. Wirtschaft und Regierung mögen doch zum „bewährten sozialpartnerschaftlichen Kompromiß" zurückkehren, im Gegenzug sei auch Verständnis für die angeblichen Zwänge im Rahmen der Budgetkonsolidierung aufzubringen. Appelle dieser Art verhallten allerdings wirkungslos, vor allem weil sie keine Adressaten finden: Der angesprochene „Betroffene", der Dauerarbeitslose, die alleinerziehende Mutter oder der Wohnungssuchende fühlen sich in ihrer Frustration von Jörg Haider besser verstanden. Und die „Mächtigen", die „Reichen"? Sie kündigen den bisherigen sozialpo-

litischen Konsens nicht ohne Vorbedacht. Sie sehen die Notwendigkeit seit längerem, und nun auch die Möglichkeit, die bisherigen Verteilungsverhältnisse nachdrücklich zu verändern. Bis zu welchen Punkt, wird immer mehr zur Frage der Kräfteverhältnisse, erfordert selbständige Interessensvertretung, außerparlamentarische Aktionen und institutionell vor allem eine Neubestimmung der Rolle der Gewerkschaften.

Politische Parteien könnten in diesem Prozeß vor allem als Katalysatoren eines neuen Selbstbewußtseins der Arbeiter, Angestellten, Frauen etc., als Teilöffentlichkeiten, in denen alternative Meinungs- und Willensbildung stattfindet, eine positive Rolle spielen.

Politische Eckpunkte

Notwendig dazu ist aber eine inhaltliche Positionierung. Als wichtigste Eckpunkte stellen sich dabei meiner Auffassung nach dar:

1. Sozialpolitik (Überwindung der Arbeitslosigkeit, Sicherung des Sozialsystems, Grundversorgung, Wohnungsnot, Gleichberechtigung etc.) wird immer mehr zum zentralen Feld gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Jede Sozialpolitik kann aber nur funktionieren, wenn sie auf einem stabilen Erwerbssystem aufbaut. Sie erfordert daher vor allem den Kampf um Vollbeschäftigung. Jegliche Regierungskonstellation und jede Partei wird von breiten Teilen der Bevölkerung und auch von aktiven GewerkschafterInnen daran gemessen werden. Zu berücksichtigen ist auch die Tatsache, daß Frauen nicht nur zu den Hauptbetroffenen sozialer Verschlechterungen gehören, sondern daß sie auch zunehmend ein aktives und kämpferisches Potential entwickeln.

2. Der Sozialstaat wird nur dann eine Zukunft haben, wenn er im Zusammenhang mit nachhaltiger, umweltgerechter und einer auf solidarische Beziehungen mit der Dritten Welt orientierten Wirtschaftsentwicklung verbunden ist. Darin sind ein Umbau der Produktionsstruktur nach ökologischen Gesichtspunkten, ein umweltfreundliches Verkehrssystem und eine ökologische Energiewirtschaft eingeschlossen. Politisch bedeutet das auch, daß es an der Zeit ist, ein kooperatives Verhältnis zwischen ökologischen und gewerkschaftlichen Bewegungen herzustellen.

3. Eine solche Orientierung wird sich auf absehbare Zeit nicht mit den in der EU herrschenden politischen Tendenzen vereinbaren lassen. Daher besteht ein Zusammenhang mit der österreichischen Integrationspolitik. Welchen Trend wird etwa die österreichische Regierung in der Vorbereitung der Maastricht-2-Konferenz verstärken? Unabhängig davon wäre dafür einzutreten, daß sich Österreich die politischen und wirtschaftlichen Freiräume einer unabhängigen Politik erkämpft. Daraus ergibt sich die nächste Frage: Wie wird Österreich auf die im Maastricht-Vertrag vorgesehene Integration der WEU in die EU und damit auf den mehr oder weniger sanften Zwang zum NATO-Beitritt reagieren? Jede dem Anspruch nach auch noch irgendwie fortschrittliche Regierungskonstellation wird sich dem gegenüber durch eine klare Entscheidung zugunsten von Paktfreiheit und Neutralität abheben müssen. Sie wird aber auch auf längere Sicht danach trachten müssen, die Option eines Wiederaustritts aus der EU offenhalten.

4. Eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik läßt sich nur formulieren, wenn man bereit ist, in die Tabuzonen des gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Diskurses vorzustoßen: Sie wird mit dem Dogma, daß Wirtschaftsregulierung nur über den Markt erfolgen dürfe, brechen müssen. Sie wird sich der Frage der Verteilung nicht nur von Einkommen, sondern auch von Vermögen stellen müssen. Und sie wird schließlich auch vor der Frage staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Eigentums nicht zurückschrecken dürfen. Anders gesagt: Eine solche Politik wird mit den Dogmen der radikalen Marktwirtschaft, der Privatisierung, der Flexibilisierung und der Deregulierung theoretisch und praktisch aufräumen müssen.

Widerstand ist Opposition

Mißt man an derartigen politischen Mindeststandards eine heute zur Diskussion gestellte „Ampelkoalition", so ergibt sich: Die SPÖ hat sich von ihren sozialpolitischen und reformistischen Traditionen so weit entfernt, daß mit einer Umkehr aus eigenem Antrieb nicht zu rechnen ist. Das Liberale Forum, dessen Wirtschafts- und Sozialprogramm der FPÖ entlehnt ist, würde sich einem solchen Kurswechsel eher widersetzen als zu seinen Trägern zu gehören. Bleiben die Grünen, deren Programmentwicklung aber auch zunehmend von marktwirtschaftlichen Prämissen ausgeht. Es ist also nicht sichtbar, auf welche Weise eine „Ampelkoalition", sollte sie überhaupt zustande kommen, tatsächlich zu einer politischen Alternative zur Rechtsentwicklung beitragen könnte.

Wo also liegt der tatsächliche Ausweg? Zunächst in der lapidaren Erkenntnis, daß unter den heutigen Kräfteverhältnissen Politik gegen die Rechtsentwicklung nur als glaubwürdige Oppositionspolitik wirksam werden kann. Unter den heutigen Kräfteverhältnissen würde eine rot-grüne oder „Ampelkoalition" entweder die Grundrichtung der politischen Entwicklung nicht verändern oder nicht zustande kommen. Das Hauptinteresse linker Politik wird sich daher nicht auf die Koalitionsfrage richten können, sondern darauf, ob sich jenseits der etablierten politischen Parteien und Institutionen Bewegungen des Widerstandes gegen die kapitalistische Generaloffensive und die Rechtsentwicklung herausbilden. Bewegungen gegen den Sozialabbau, die immer radikaler die Fragen der Verteilung thematisieren; Bewegungen gegen den Ausverkauf der Neutralität und Unabhängigkeit und Bewegungen gegen die immer drastischer werdende Einschränkung der Menschenrechte, gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Es liegt aber auch auf der Hand, daß sie solche Bewegungen politisch und wahlpolitisch artikulieren müssen. Ceterum censeo: Es ist an der Zeit die Debatte um eine eigene linke wahlpolitische Identität außerhalb von Sozialdemokratie und Grünen zu eröffnen. ■

Mag. Walter BAIER ist Bundesvorsitzender der KPÖ.

Anmerkungen

1) Vereinigung Österreichischer Industrieller, Memorandum an die Bundesregierung vom November 1986
2) »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 20. 3. 1995, Der Grundkonsens in Österreich ist nicht gefährdet. Ein Gespräch mit Bundeskanzler Vranitzky. Hier heißt es unter anderem: „Die Unterschiede zu beiden seien im Blick auf Sicherheits- und Neutralitätspolitik inhaltlich nicht wirklich gravierend..."
3) Vgl. »News«, Nr. 9, März 1995, „Partei des liberalen Bürgertums"
4) Peter Pelinka, Chefredakteur von »News« und Kommentator des »Falter« hat die Variante und das dazu gehörige Schlagwort in die politische Diskussion gebracht.

Politik – Zur Kritik eines bürgerlichen Formprinzips

Franz SCHANDL

Normalerweise geht es in einem Artikel über Politik über eine bestimmte Politik. Diese wird begründet und erklärt, kritisiert oder verworfen. Ganz anders in diesem Beitrag: Er beschäftigt sich mit dem gesellschaftlichen Formprinzip der Politik schlechthin, stellt also nicht einer Politik eine andere gegenüber, sondern stellt diese selbst in Frage. Kurzum, die Gesellschaftskritik kann sich heute nicht mehr darauf beschränken, diese oder jene Politik zu kritisieren und eine andere einzufordern, sondern sie hat zu einer Kritik der Politik als Formprinzip der Moderne vorzudringen.

Fälschlicherweise wird nämlich davon ausgegangen, daß es Politik immer gegeben hat, sie parallel zur menschlichen Gesellschaftlichkeit laufe. Politik wird dahingehend als abstrakt-ontologische, nicht konkret-historische Bedingung angesehen. Wahr ist vielmehr, daß Politik – auch wenn sie wie andere Termini des öffentlichen Bereichs aus der Antike entnommen ist – ein Phänomen der kapitalistischen Moderne ist. Ebensowenig wie der Staat als *die* gesellschaftliche Allgemeinheit verstanden werden kann, sondern nur als *eine*, ist die Politik nicht *die* gesellschaftliche Verallgemeinerung, sondern nur *eine*. Die bürgerliche nämlich.

Wie halt so oft: Nicht alles, was geläufig ist, ist auch ewig. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das Wort „Politik" in unseren Breiten noch weitgehend unbekannt. Bei Kant und Hegel etwa kommt dieser Terminus erst embryonal vor. Politik als Begriff machte im deutschen Sprachraum frühestens mit und nach 1848 Karriere. Eine systematische Kategorisierung wurde erstmals von Max Weber vorgelegt.

Definitionsversuche

Dieser schreibt: „‚Politik' würde für uns also heißen: Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt."[1] Gemeinhin versteht man als Politik den in bestimmte Körperschaften übersetzten Willen des gesellschaftlichen Souveräns, dessen Handeln im engeren und weiteren Sinn. Politik setzt somit Willen und Entscheidung voraus, ist Folge selbstbestimmter Überlegungen.

Wir halten diesen Konsens nicht nur für verkürzt, sondern für falsch. Er verwechselt in der Politik nämlich Willensinhalt und Äußerungsform. Er überbetont das Wollen und vernachlässigt das Können. Politik wird hier zum Ideen- und Interessenswettstreit, zu einem Spiel verschiedenster Anschauungen und Vorhaben. Doch das ist Politik – wird sie tätig, ist sie mehr als Absicht und Proklamation – nur in äußerst bescheidenem Ausmaße.

Politik ist umgekehrt vielmehr die staatliche Pragmatik der gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Die staatsbürgerliche Freiheit besteht in nichts weniger als in der Einsicht ebendieser.

Das klingt so nüchtern, wie es ist. Aber nur dieser Standpunkt läßt in der Entpolitisierung mehr erkennen als einen bloßen Verlust der Ideale. Die diversen Ideologien sind unabhängig von ihrer ursprünglichen Herkunft zu dechiffrieren als das stets schwächer werdende Kontrahieren um die sie antreibenden Kräfte. „Die Ideologie der Ideologielosigkeit, das heißt der nunmehr stummen, blinden, voraussetzungslosen Übereinstimmung mit den bereits ausgereiften Fetisch-Kriterien der Moderne wurde jetzt zeitgemäß."[2] Nach der Phase der Repulsion befindet sich das gesamte politische System heute in jener der Attraktion. Seine Besonderheiten werden als Absonderlichkeiten liquidiert. Kein Aufruf zur Reideologisierung wird daran mehr etwas ändern.

Dieser berauschend bürgerliche Blick der Politik, der sein höchstes Ideal übrigens in der Politikverehrung der Arbeiterbewegung fand, wird zusehends destruiert. Frägt sich nur, ob man diese Entpolitisierung der Politik beklagen sollte, oder ob man diese Rückführung, ihr Reinwerden nicht denn doch einer anderen Beurteilung zuführen könnte.

Verwaltung statt Gestaltung

Auch auf höchster Ebene ist Politik Verwaltung, nicht Gestaltung. „Wer Politik treibt, erstrebt Macht"[3] (Max Weber), ist so bloß hartnäckiger Schein. Politik ist eben nicht praktizierte Staatsbürgerkunde, sondern Über- und Umsetzung gesellschaftlicher Notwendigkeiten, die bestimmten Basislogiken und darauf aufbauend Basisbewegungen folgen, in die Sprache des Geldes (Budget) und des Rechts (Gesetzgebung). „Die ‚Politik' kann ihrem Wesen nach nicht die ‚Gestaltung' der menschlichen und natürlichen Ressourcen organisieren, obwohl sie die Sphäre der direkten gesellschaftlichen Kommunikation ist; aber diese Kommunikation ist nicht ‚frei' und nicht offen, sondern eingesperrt in die blinden Codierungen der Warenform und ihrer ‚Gesetze', die als bewußtlose Quasi-Naturgesetze der ‚zweiten Natur' allen bewußt gestalteten, juristischen Gesetzen der staatlich-politischen Sphäre immer schon vorgelagert sind."[4]

Politik ist jenes Medium, das die gesellschaftlichen Ergebnisse und Resultate in rechtliche und budgetäre Formen gießt, natürlich auch Korrekturen vornimmt, kurzum ein Ausloten der Möglichkeiten rundum die Notwendigkeiten. Diese Möglichkeiten verlassen jedoch nie den vorgegebenen Rahmen der Notwendigkeiten, können ihn nicht sprengen. Politik kann nur leisten, was Ökonomie zuläßt, wobei die Ökonomie sich natürlich noch viel mehr leisten würde, würde die Politik es zulassen. Politik ist jedenfalls kein Prinzip, das über die Ökonomie hinausgeht: „Die ‚Politik' wird jetzt immer

offener und eindimensionaler zur Wirtschaftspolitik. Wie in den vormodernen Gesellschaften alles und jedes religiös begründet werden mußte, so muß nun alles und jedes ökonomisch begründet werden. Man sollte nur einmal zuhören, wie das Wort ‚Marktwirtschaft' im Munde der versammelten historischen Idioten seit 1989, vom US-Präsidenten über deutsche Grüne bis zu russischen Ex-Kommunisten einen liturgischen Klang annimmt."[5]

Politik ist das Ein- und Auspendeln gesellschaftlicher Möglichkeiten auf der Ebene der aktuellen kapitalistischen Verwertungsbedingungen. Die Entideologisierung verdeutlicht nur, daß diese sich immer direkter und nackter durchsetzen, den Schein der Weltanschauung ganz einfach nicht mehr zulassen können.

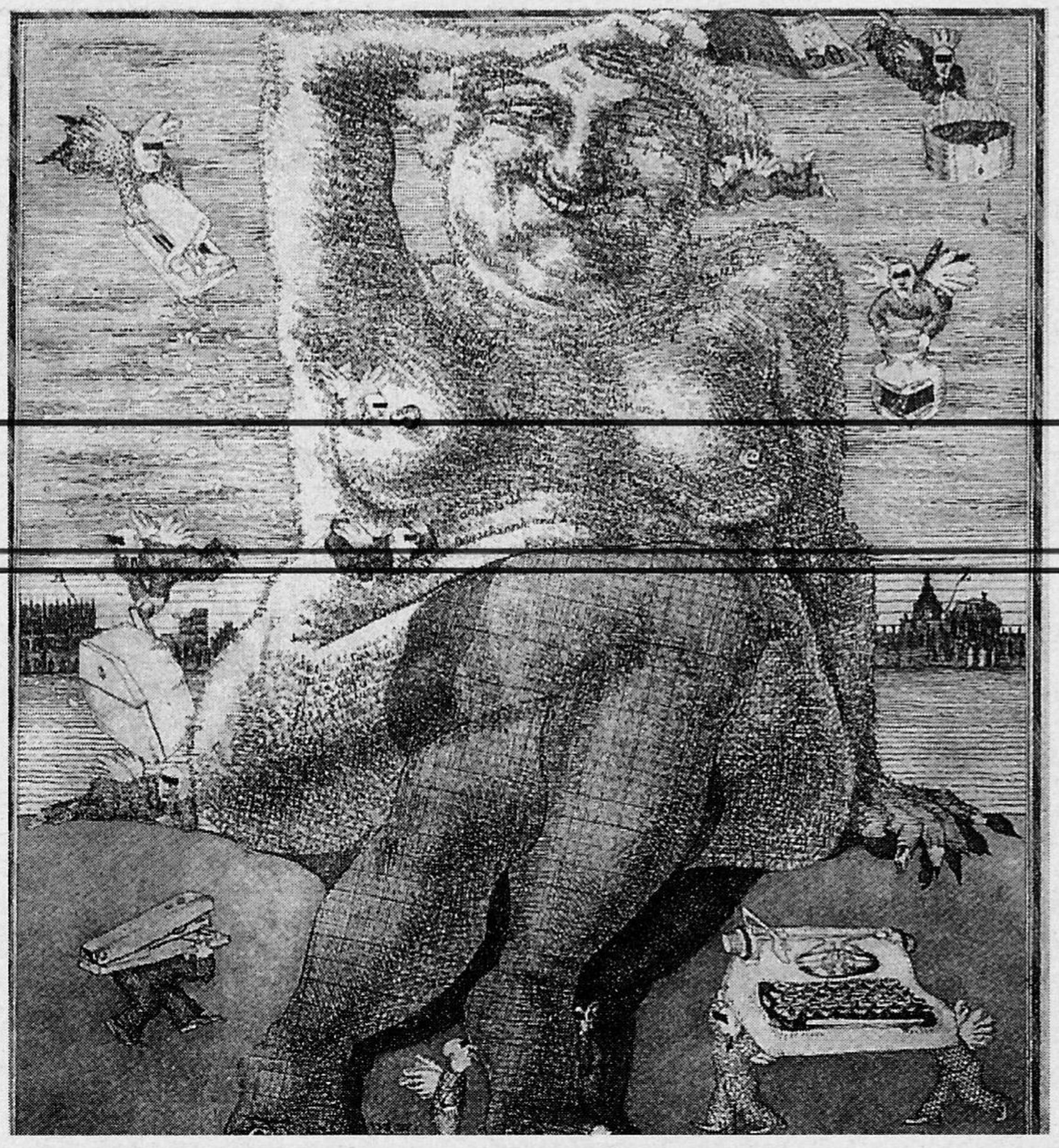
Staatlicher Reinterventionismus

Politik ist die allgemeinste Form des staatlichen Reinterventionismus. Reinterventionismus deshalb, weil dieser primär reaktiv, nicht aktiv vollzogen wird. Politik folgt der Gesellschaft, nicht umgekehrt. In den unterschiedlichsten Ausformungen eines akzentuierten Wollens (Parteien, Verbände, Bewegungen etc.) fluktuiert sie stets um die realfiktive gesellschaftliche Gesamtnotwendigkeit. Politik, in welcher Weise auch immer, ist nichts anderes als die Festsetzung von geringfügigen Abweichungen gesellschaftlicher Vorgaben. Dieser Umstand kommt heute immer mehr zu sich, wurde bisher allzusehr durch die Scheindominanz verschiedenster Ideologien verschleiert. Politik kann als Form gar nicht „grundsätzlich" oder „prinzipalistisch" sein, sie ist a priori Kompromiß.

Politik ist wesensmäßig Zusammenfindung, nicht Trennung. Die ideologischen Ansätze, die letztere nahelegen, sind der Politik vorgelagert, ohne sie jemals ersetzen zu können. Heute erscheint das deutlicher denn je. Lassen wir politische Absonderlichkeiten wie den Obskurantismus und das Sektenwesen beiseite – deren Politik kommt ja letztlich nie durch eine Praxis zu sich, bleibt rein deklamatorisch –, dann sind politische Differenzen überhaupt nichts anderes als verschiedene Umschreibungen von normativen gesellschaftlichen Zwängen.

Das Tun des Politikers ist ein Können, kein Wollen. Mehr Fertigkeit denn Handlung, mehr Handwerk denn Kreation. Instinktiv haben die meisten Politiker das auch begriffen, selbst wenn das Subjekt die deutliche Kapitulation vor den Verhältnissen nicht reflektieren will, geschweige denn gar offen eingesteht. So ist es auch verständlich, daß der Durchschnittspolitiker, der oft aus durchaus idealistischen Motiven in die Politik eingetreten ist, meist zu einem abgeklärten und zynischen Typus Mensch wird. Es ist die unreflektierte Ohnmacht, die er empfindet und doch nicht wahrhaben will. Freiheit und Gewissen, zumindest wie er sie zu denken gelernt hat, sind somit Schimären, Einbildung, nicht Wirklichkeit. Das obligate Politikerschicksal läßt sich so beschreiben: Sie müssen sich dümmer stellen als sie sind, bis sie wirklich so dumm sind, wie sie sich stellen.

Es gibt jedenfalls keinen Grund, die Politiker als gesellschaftliche Ausnahmeerscheinungen vorzuführen, sie gleich Outlaws für vogelfrei zu erklären. Dahingehend ist auch der Begriff der „politischen Klasse", wie ihn der moderne Soziologismus prägte und die Journaille aufgriff, ein Unbegriff. Bei Politikern ist nur leichter sichtbar, was woanders in viel stärkerem Ausmaß passiert. Das Problem der Politiker ist primär jenes: Sie stehen hinter einer Glaswand, sind nicht unter der Tuchent. Und flüchten sie dorthin, liegt bald ein Journalist dabei, stierend investigierend.



Rainer Schade, Bürograzie, Radierung 1977

Form und Inhalt

In der gegenwärtigen Politik minimieren sich die Inhalte der Differenzen. Die wahren Differenzen, die keine wirklichen mehr sind – eben weil sie, obwohl wahrnehmbar, nichts qualitativ Unterschiedliches bewirken –, inszenieren sich in Äußerlichkeiten. Politik wird immer reiner, klärt sich auf in der Normierung und Realisierung der sogenannten Sachzwänge, die freilich nichts anderes sind als Systemzwänge. Durch die weitere Globalisierung der Weltwirtschaft werden die Vorgaben immer deutlicher spürbar und die Handlungsspielräume einzelner Staaten oder gesellschaftlicher Gruppen geringer. Die relative Autonomie der Politik wird noch weiter relativiert.

Der herausgehobene Charakter des Formprinzips Politik verlöscht, es ist immer weniger als gesellschaftliche Repulsion wahrnehmbar, seine Kontraktionen werden schwächer. Vor diesem Hintergrund müssen formale Differenzen in Stil und Design, in Sakko und Bluse natürlich an Bedeutung gewinnen. Politiker sind kaum noch an ihren Ausführungen zu unterscheiden, dafür umso mehr an ihren Aufführungen. Nur führen sie sich nicht selbst auf, sondern werden aufgeführt. Die Medien sind Bühne und Politiker haben zu tun, was ihnen vorgeschrieben und eingesagt wird.

Die Form frißt den Inhalt. Je mehr letzterer verfällt, desto mehr steigt erstere auf. Es handelt sich dabei keineswegs um notwendige Entsprechungen und Spannungen von Inhalt und Form, sondern um einen schlichten Verdrängungsprozeß. Dort, wo der Inhalt kaum noch ein Problem darstellt, ver-

lagert sich das Interesse auf die Form und die Formvollendung. Politisch wird nachvollzogen, was in der Ökonomie analog folgendes bedeutet: Die Verwertung ist blind gegenüber dem Gebrauchswert (Inhalt), sie dimensioniert sich nach dem Tauschwert (Form).

Wahlen transzendieren zu Modeschauen und Hungerkuren. Medientraining, Schminkkurse und Fitneßcenter verdrängen inhaltliche und strategische Überlegungen, oder gar noch besser: sind dieselben. Politik verkommt im ausgehenden bürgerlichen Zeitalter zu einem Supermarkt. Ähnlichste Sortimente prostituieren sich vor ihren Konsumenten. Verkleidung ist wichtiger als Inhalt, denn gut verpackt ist halb gewonnen. Menschen verschwinden hinter Masken. Was interessiert und zu interessieren hat, ist die reine Oberfläche. Alles, was darunter ist, fadisiert. Und zurecht erkennt man die grundsätzlichen Differenzen als nichtig.

Stimmungsmaximierung

„Das übergreifende Moment ist die zunehmende Selbstauslieferung der ‚Politik' an die selbstläufigen ökonomischen Kriterien."[6] Die immer stärker sich abzeichnende Vermarktwirtschaftlichung der Politik, ihr Entschlacken von weltanschaulichen Beigaben und Resten, ist eines der auffälligsten Phänomene der Epoche. Und doch stellt sich damit die Frage, ob Politik sich damit entpolitisiert – so unser bisheriger Befund, oder ob Politik damit nicht vielmehr zu sich kommt – so die gewagtere These. Läßt ersterer von Links bis Rechts nur den Verfall der festen Wertvorstellungen beklagen, so ermöglicht letztere doch ganz andere Einsichten in die strukturellen Gemeinsamkeiten aller Politiken.

Marktwirtschaftliche Politik bedeutet Zwang zur Stimmenmaximierung, die nichts anderes als Stimmungsmaximierung sein kann. Es geht nicht um den kontinuierlichen Aspekt eines Produkts, sondern um den Verkauf zum richtigen Zeitpunkt. Politik wird gerade durch die Dimensionierung der Werbung und die daraus sich noch verstärkende Unterordnung des Inhalts unter die Form indiskret wie jede andere Ware.

Wenn es der Fall ist, daß viele Menschen sich erst in den letzten Tagen, ja Stunden vor der Wahl, oder gar erst in der Wahlzelle entscheiden, so sagt dies ja nur aus, daß das Wahlverhalten immer weniger von Überzeugung oder Bewußtsein getragen wird, sondern von Stimmungen. Wer versetzt den Wähler in die augenblicklich richtige Stimmung, wer kann ihm im richtigen Moment an? Darum geht es.

Taktizismus

Die Handlungsbedürftigen sind so bloß Ausführungsbedienstete – denn wenn sie gegen bestimmte Stimmungen entscheiden, dann drückt sich das in den Stimmen aus. Und wenn die Stimmen nicht mehr stimmen, dann ist es um die Politiker meistens geschehen. Politik hat dahingehend einen immanenten Hang zur Taktik, ihre Interessen sind geleitet von kurzfristig zu erreichenden Erfolgen.

Die heutige Politik – und auch darin manifestieren sich ihre Grenzen – ist taktizistisch geprägt. Taktizismus meint, daß der Politik insgesamt langfristige Ziele und Überlegungen abhanden gekommen sind, sie sich immer ausschließlicher auf den Augenblick konzentriert. Sie bewältigt Situationen, nicht Problemlagen. Erfolg ist nur noch, was unmittelbar folgt. Die Strategie wird somit reduziert auf die Aneinanderreihung taktischer Schachzüge, sie folgt keiner bewußten Logik, ist horizontlos. Es ist in ihr und mit ihr kein spezifisches Ziel auszumachen, das sich in der Substanz von der heutigen Gesellschaft unterscheidet.

Dort, wo es bloß um Wählerstimmenmaximierung geht, müssen Inhalte und Formen der Politik sich ebenfalls angleichen, ideologische Versatzstücke immer mehr in der Versenkung verschwinden. Die Wahlstrategie ist die Abschaffung der Strategie überhaupt, sie ist Taktik pur, die sich bloß von Stimmenfang zu Stimmenfang hantelt.

Der Stammtisch

Die Durchschnittsbürger sind in ihrem Reflex gegen die Etablierten nicht oppositionell, sie sind vielmehr renitent. Ihre Aversionen sind nicht spezifisch, sondern diffus, reproduzieren sich primär nach den vorgelegten Fährten der Demagogen. Damit das bürgerliche Individuum auf Propaganda anspricht, muß es aber dementsprechend vorstrukturiert sein. Ansonsten müßte es ja von der Television bis zu den Zeitgeistmagazinen, vom Boulevard bis zum Hörfunk andauernd in subversives Gelächter ausbrechen. Es tut es nicht, es ist anders programmiert. Dummheit, hier verstanden als die sinnliche Übereinstimmung mit dem Schein der Welt, konsumiert es nicht selektiv, sondern in vollen Zügen.

Der österreichische Stammtisch ist gefährlich. Seine Mentalitäten sind schlimmer als sämtliche Politiken. Seine Wurzeln liegen jedoch nicht primär in der ideologischen Manipulation oder medialen Verführung, sondern in den Arbeitsbereichen der Menschen. Nach wie vor vermitteln Produktionshalle und Büro ein Klima von Hierarchie und Entsolidarisierung, Leistungsdruck und Konkurrenz, selbst wenn die Methoden der Formatierung subtiler geworden sind. Die verinnerlichte Entfremdung der abstrakten Arbeit, der Zwang, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, prägt die Menschen. Autoritätshörigkeit, Ausländerhaß und Denkfeindlichkeit sind Ausdruck dieses Alltags, der sich dann allabendlich in virtuellen, nicht erreichbaren Welten der Television „aufhebt".

Gerade deswegen ist auch jede Aufklärung – deren Notwendigkeit wir natürlich nicht in Abrede stellen wollen – beschränkt, ist eine konstituierte und konsolidierte Einsicht nur mit einer anderen Aussicht herstellbar, nicht mit pädagogischen Kniffs. Allzuoft erweisen sich die Gegensteuerungen als machtlos gegenüber den Zwängen des Alltags. Seine Diktatur ist die eigentliche.

Es ist Abschied zu nehmen von dem banalen Gedanken, daß Politiker und Funktionäre gutwillige Wähler malträtieren und verführen. Wobei hier aber auch nicht umgekehrt des Volkes Stimme, der obligate Mann auf der Straße, die personifizierte Ausgabe des Gesunden Menschenverstands als der die Politik bestimmende Bösewicht zu entlarven ist. Auch er oder sie sind nicht mehr als typologisierte Monaden der gesellschaftlichen Bedingungen, von denen sie partout nicht abstrahieren können, andererseits aber in völliger Verkennung ihrer geistigen Potenz und gesellschaftlichen Situation davon ausgehen, daß die Rezepte eigentlich einfach sind: AK-Gehälter runter! Ausländer raus! Mörder aufhängen! Serben bombardieren! etc., so die dunkelsten Verdichtungen der gemeinen Ganglien.

Die relative Abgehobenheit der Regierenden von ihrem Volk ist daher mehr zu loben als zu kritisieren. Außer in Ausnahmesituationen gilt es sich immer vor Augen zu halten: Die sogenannten Herrschenden sind progressiver als die Beherrschten. Was Bildungsstand, Aufklärung und Toleranz betrifft, stehen die österreichischen

Parteiführungen links von ihren Wählern. Das gilt sogar – wenn auch eingeschränkter – für die Haider-F. Gegenüber dem Stammtischgeraunze gilt es festzuhalten: Die Politiker sind die besten Politiker, wie die Installateure die besten Installateure sind. Oder mit Karl Kraus: „Größere Kretins als unsere Staatsmänner sind wir doch selbst.“[7]

Regieren als Reagieren

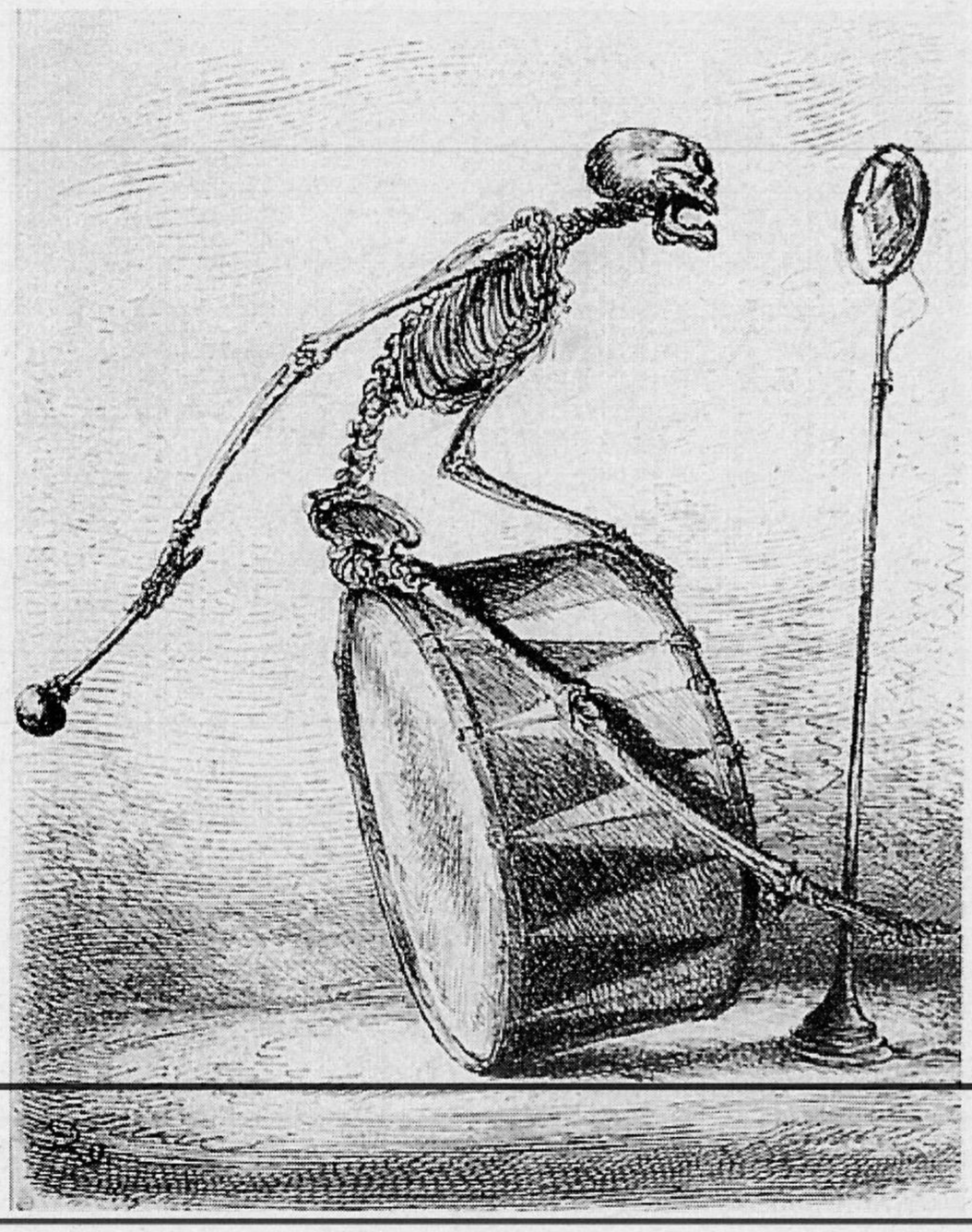
Der demokratische Parlamentarismus lenkt gerade dadurch, daß er für alle so offensichtlich Entscheidungen fällt, Gesetze beschließt, Geld verteilt, immer wieder alle Wünsche, Begierden und Kritiken an seine Adresse. Er wird als die Instanz gesehen, bei der interveniert werden kann. Wir müssen insofern von einer grenzenlosen Überschätzung der politischen Sphäre sprechen. Sie dient als der falsche Reibebaum gesellschaftlicher Interessen, ihre Allzuständigkeit ist rein fiktiv.

Regieren kommt jedenfalls von Reagieren. Auch wenn das etymologisch nicht stimmt, chronologisch ist es richtig. Die Probleme, die auf die Politik zukommen, hat sie in den seltensten Fällen selbst gemacht, aber weil sie diese verwaltet und da und dort mit einem Gesetz, mit einer Förderung, mit einem Appell einspringt, sieht es so aus, als sei sie die Urheberin, als sei etwa die ökologische oder die soziale Misere Folge von Umwelt- und Wirtschaftspolitik und nicht Folge kapitalistischer Produktionsverhältnisse.

Dadurch, daß Politik die Gesellschaft moderiert, erscheint sie als wahres Zentrum, gar als jenes, das eigentlich die Gesellschaft leitet. „Noch heute wird gesellschaftliche Integration oder Lösung aller anderswo nicht lösbaren Probleme zentral von der Politik erwartet.“[8] Die sich wiederholenden Enttäuschungen, die die Politik dann liefert, gründen darauf, daß man ihr und sie sich selbst permanent eine Lösungskapazität bescheinigt, die sie ganz einfach nicht hat. Sie kann nicht, was sie verspricht. Aber sie muß versprechen, was sie nicht kann.

Auch der Einwand, daß woanders Entscheidungen getroffen werden, die eigentlich de jure nur dem Parlament zustehen, geht in die Irre, weil er den Charakter des Parlaments als demokratische Vollzugsmaschine vorgelagerter Zwänge nicht erkennen will, sondern einen hehren Demokratismus gegen den realen behauptet. Eine wahrhafte Demokratie wird der wirklichen Demokratie gegenübergestellt, die österreichische Demokratie lediglich als „Torso“[9] begriffen.

Diese Sicht verstellt freilich jede emanzipatorische Kritik an Demokratie und Parlamentarismus, weil sie die Ausformung der Demokratie als deren Deformierung, nicht als deren Verwirklichung auffaßt. Es ist geradezu ein Kennzeichen der westlichen Demokratie, daß die wichtigsten Entscheidungen nicht im Parlament fallen. Dieses ist primär dazu da, diese nachträglich oder vorsorglich zu legitimieren. Wobei schon das Wort „Entscheidungen“ eine Übertreibung darstellt, unterstellt es doch, daß etwas ausgeschieden werden kann, während andererseits etwas bewußt befürwortet wird. Dies trifft jedoch bei den gesellschaftlichen Verwirklichungen nicht zu. Was das Subjekt verwirklicht und wofür es sich entschließt, ist weitgehend von seinem Willen unabhängig, ist vielmehr bedingt durch die sich in Möglichkeiten übersetzenden gesellschaftlichen Notwendigkeiten.



A. Paul Weber, 1961

Was sich im Parlament realisiert, kann gar nicht dort geschaffen werden. Politik justiert nur Nuancen gesellschaftlicher Zwänge, verteilt um, schwächt ab oder fördert. Sie ist im wahrsten Sinne des Wortes dazu angehalten, die Bedingungen der Kapitalverwertung einerseits zu garantieren, andererseits die ökologisch bedenklichsten und sozial unverträglichsten Entwicklungen abzustellen oder zu mildern. Auch gegen das direkte Interesse dieses oder jenes Kapitals. Dies gleicht natürlich einem Eiertanz, bei dem die Politik immer hintennach ist, in ein Fettnäpfchen nach dem anderen tritt, an der Komplexität der Detaillösungen oft verzweifelt und außerdem noch die medialen Prügel bezieht.

Politikverdrossenheit

Die Krise der Parteienform, die sich natürlich am deutlichsten bei den Großparteien äußert, ist Folge der Krise der Politik, nicht umgekehrt. Nicht die Parteien stürzen die Politik in die Verdrossenheit, sondern das Formprinzip Politik verfault an seinen Instrumenten. Heute muß man sich freilich die Frage stellen, ob die passive und massive Verweigerungshaltung von immer mehr Menschen nicht doch auch progressive Momente in sich birgt. Ob nicht gar das Bejammern der Politikverdrossenheit in Wirklichkeit reaktionärer ist als diese selbst.

Dahingehend hat die allgemeine Politikverdrossenheit neben ihren konjunkturellen Schwächen – sie weiß keine Antworten auf die anstehenden Probleme der Zeit, aber das wissen auch etablierte und oppositionelle Kräfte nicht, nur geben diese es nicht zu – auch strukturelle Stärken. Sie hat nämlich instinktiv erkannt, daß mit Politik heute kaum etwas zu ändern ist.

Fast alles, was die Demokratie trägt (im Sinne jetzt von beinhalten wie konstituieren), ist in Verruf gekommen: Parteien, Politiker, Bürokratien, der Parlamentarismus, die Gesetzgebung, der Proporz. Bejaht, und das dafür umso frenetischer, wird lediglich die leere Hülle, das Füllwort, in dem sich nun aber nichts mehr befindet. Diese Kritik ist antidemokratisch, aber nicht

in einem progressiven Sinn, sondern in einer reaktionären Variante, die davon ausgeht, man könnte Demokratie von ihren gesellschaftlichen Inhalten säubern, jene jedoch gleichzeitig erhalten, ja verbessern. Ein solcher Kampf gegen den Parlamentarismus und seine Ausformungen, da hat der alte Kelsen schon recht, ist nichts anderes als ein Kampf gegen die Demokratie.[10]

Das Verquere an der aktuellen Situation ist nun, daß in einer Zeit, wo die Demokratie sich selbst destabilisiert, weil destabilisieren muß, die subjektiven Träger alternativer Ansätze gerade zu ihrer Rettung antreten, sich nicht überlegen, was nachher kommt, sondern wie sie die Form erweitern können. Um uns nicht mißzuverstehen: „Niemand wird die historische Notwendigkeit der Demokratie und ihre große Bedeutung für ein Hinauskommen über die Enge der ständischen Agrargesellschaft bestreiten. Aber auf diesen Lorbeeren kann sich die Menschheit nicht für immer zur Ruhe setzen. Daß die Demokratie selbst, wie ihr Name schon sagt (Volks-Herrschaft), nur die bisher modernste Form der Diktatur einer zwanghaften gesellschaftlichen Form über die Entwicklung menschlicher Bedürfnisse und Beziehungen ist, kann das absolut in dieser Form befangene demokratische Räsonnement nicht einmal im Traum realisieren.“[11](Robert Kurz)

Demokratie und Emanzipation

Die bürgerliche Demokratie ist nicht mehr entwickelbar, sie ist vielmehr ein Auslaufmodell, das die besten Zeiten hinter sich hat. Der unerträgliche Promi-Kult verdrängt die letzten Inhalte, aber er verdrängt etwas, wo es schon nichts mehr zu verdrängen gibt, seit sich der Typus der Volkspartei endgültig durchgesetzt hat. Die bürgerlichen Politiken, die rechten und die linken, lösen sich auf, weil es um nichts mehr geht außer Nuancen. Die Differenzen sind inszeniert, ein mediales Spektakel, nicht mehr.

Wobei natürlich nicht verschwiegen werden soll, daß für das einzelne Individuum diese Nuancen der Parteiungen sehr wohl elementaren Charakter annehmen können. In unserem Beitrag geht es aber darum, das bisher vernachlässigte Integrative zu betonen, nicht so sehr sich noch einmal an den sekundären Differenzen abzuarbeiten. Die Politiken von rot und schwarz, grün und braun, können dahingehend nicht als bloßes „Einerlei“ bezeichnet werden, so gleich sie in ihrer Struktur auch sind.

Klar sein sollte: Keine Demokratiereform erweitert mehr die realen Möglichkeiten der Menschen. Die direktdemokratischen Ergänzungen sind populistische Überspitzungen der parlamentarischen Demokratie. Sie sind Zeichen der Krise, nicht eines Aufbruchs, Zeichen eines unsicher gewordenen politischen Systems, das der Populismus reitet. Selbstverständlich ist die Demokratie (und zwar mit allen ihren zusammengehörigen Arten und Unarten) gegen diesen zu verteidigen, aber eben nicht mehr von einem demokratischen Standpunkt aus.

Demokratie und Emanzipation sind keine Synonyme mehr, sie sind zu Antipoden geworden. Zu Demokratie ist kein Komparativ mehr möglich, ihre Hochzeiten sind endgültig vorbei. Ihre Kapazität ist am Ende. Die ihr zugrundeliegenden Mechanismen können nicht prinzipiell ausgeweitet werden, ohne sie letztendlich funktionsunfähig zu machen. Die Demokratisierung der Demokratie ist nicht kommunizierbar und kommunikationsfähig. Demokratie hat ihr dynamisches Prinzip unwiederbringbar eingebüßt.

Revolution oder Politik?

Und nun? – Was also tun, sollte unsere fundamentale Kritik stimmen?

Forderungen nach konsequenter Interessenspolitik können kaum noch auf fruchtbaren Boden fallen. Da wächst nichts mehr heran; diese Phase, deren deutlichster Ausdruck der Klassenkampf war, ist vorbei. Die politische Bewegung des variablen Kapitals, die Arbeiterbewegung, ist tot, und nicht nur, weil die Sozialdemokratie sie zum Stillstand gebracht hat, oder der real existierende Sozialismus, der real nie existierte, gescheitert ist. Der neue Sozialismus wird keiner der Arbeiterbewegung sein. Er unterscheidet sich somit von allen Ersten, Zweiten und Dritten Wegen. Der neue Sozialismus wird dort ansetzen, wo Marx angesetzt hat, in der Produktion. Sein zentrales Instrument ist die Wertkritik, an der letztendlich alle gesellschaftlichen Fragen zu diskutieren sind.

Aktuell wollen wir hier aber natürlich keinen politischen Nihilismus verkünden, der meint, aus dem Konstatieren eines Absterbens einen Verzicht auf die Teilnahme am politischen Leben ableiten zu können. Das wäre zu schlicht gedacht. Auch das Absterben ist ein Leben. Nur muß klar sein, wo ihre Grenzen sind, bzw. daß Politik vergeht, eben weil mit ihr immer weniger geht. Nur weil sie abstirbt, können wir uns freilich nicht politisch totstellen. Politik wird daher vorerst noch Begleiter sein müssen, nüchtern behandelt aber, als sich stets relativierendes Prinzip, nicht mehr illusionsbeladen als hehres Ideal, gar verbunden mit dem Wunsche nach einem politischen Zeitalter. Reformistisches Dribbeln eben.

Mittelfristig gilt es freilich, sich radikal umzuorientieren: Was gefragt sein wird, ist keine andere Politik, sondern eine die Politik bewußt aufhebende Anti-Politik, das heißt eine Kommunikationsform, die sich nicht bloß von der etablierten Politik absetzt (um ihr im Ernstfall dann wie bisher zuzusetzen – man denke an das realistische Koalitionssyndrom), sondern von der Politik als Formprinzip überhaupt. Diese Form ist ihr wesentlicher Inhalt, unabhängig von ihren inhaltlichen Erfüllungen. Politik hat bürgerliche Willensform und somit schlußendlich kapitalkonforme Inhalte zur Bedingung. „Das Allgemeine sorgt dafür, daß das ihm unterworfene Besondere nicht besser sei als es selbst“,[12] schreibt Adorno.

Eines der Grundmißverständnisse linker Theorie war die metaphysische Trennung von Form und Inhalt. Diese führte dazu, daß die Form als quasi wesenslose Hülle erscheinen mußte, die mit beliebigen Inhalten auszufüllen sei. Das affirmative wie leere Verständnis von Politik, Recht, Demokratie oder Staat ist Ausdruck dieser Haltung. Diese Begriffe wurden nicht als Realkategorien erkannt, sondern als beliebig verwendbar den wildesten Definitionen und Kombinationen zugeführt. So entstanden Unbegriffe wie sozialistische Demokratie, Arbeiterstaat oder revolutionäre Politik. In der Ontologisierung bürgerlicher Werte und Termini stand die organisierte Arbeiterbewegung dem Bürgertum in nichts nach.

Kommunistische Perspektiven

Gerade weil es an der kommunistischen Perspektive mehr denn je festzuhalten gilt, gilt: Revolutionäre Politik ist unmöglich. Aber nicht weil der Kapitalismus endgültig gesiegt hat und die Revolution ein Hirngespinst ist, sondern weil sozialistische Revolution und bürgerliche Politik ganz einfach nicht zusammenpassen. Politik, die nicht als Metakategorie bewußten Handelns mit Kollektivbezug verstanden werden darf, ist untrennbarer Mo-

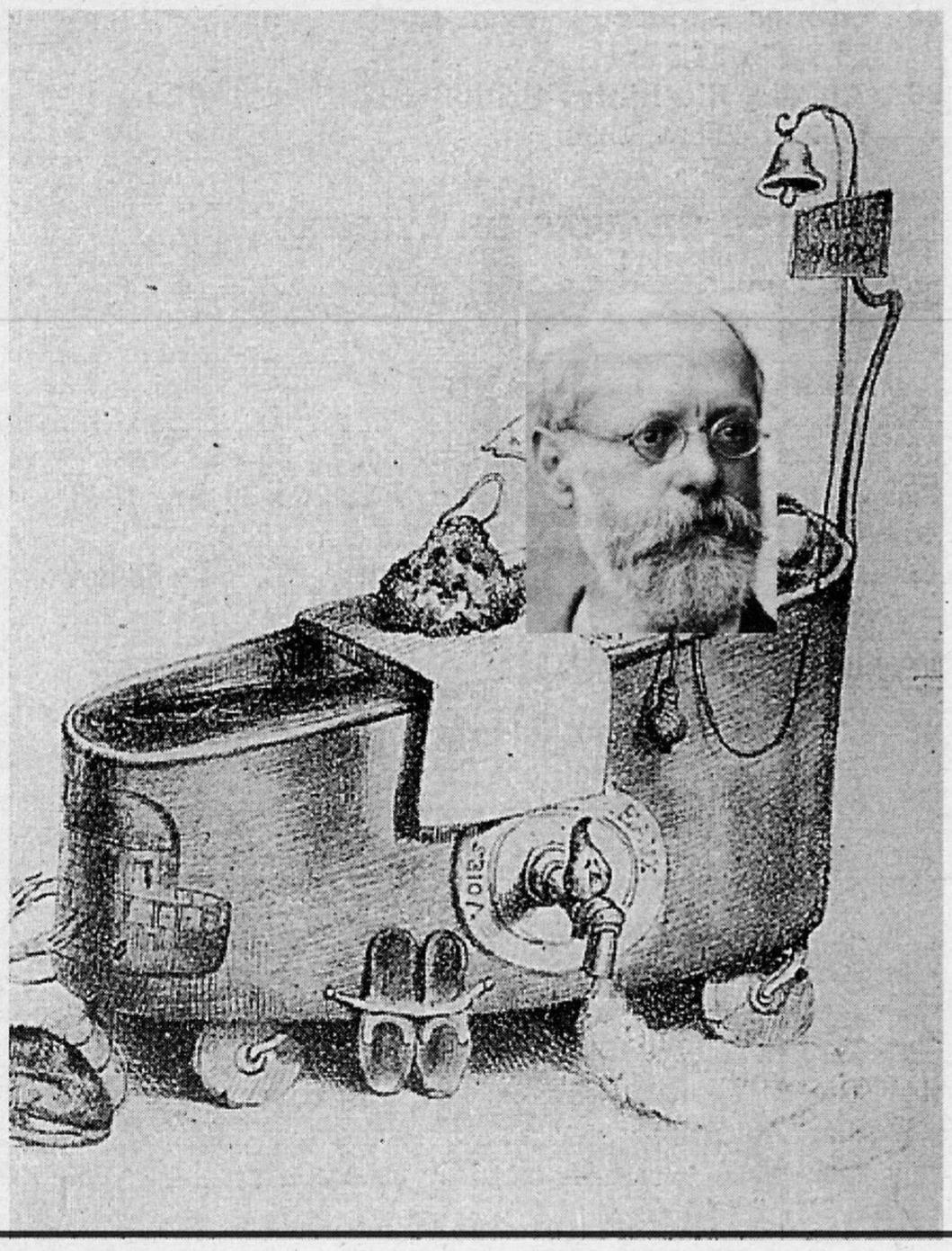
dus der kapitalistischen Warengesellschaft.

Eine prinzipiell andere Politik ist somit ausgeschlossen, ein Widerspruch in sich. Sozialistische oder emanzipatorische Politik ist unmöglich, kann es per definitionem nicht geben. Eine sozialistische Kommunikationsform hat somit erst Chancen, wenn die gesellschaftlichen Zustände sich selbst umwälzend aufheben. Alles andere sind voluntaristische Proklamationen, die sich stets an der Realität blamieren.

Karl Marx dazu: „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint, daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind. Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion als Selbstzweck, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit los-steuern. Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandnen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen."[13]

Das Kind im Bad

Während die gesellschaftliche Entwicklung sie schon längst desavouierte, hat vor allem der linke Flügel der Arbeiterbewegung an den Grundkategorien, Grundmustern und Grundannahmen der II. Internationale festgehalten. Das Kautskyanische Vokabular ist zu entsorgen, aufzuheben als einer bestimmten, endgültig vergangenen



Bilder täuschen – wie so oft: K. wird trotzdem nicht jünger

Epoche des Sozialismus zugehörig. Heute ist es ein Hindernis, eine Altlast, mit der nichts mehr zu erkennen ist. Wo es sich entfaltet, hinterläßt es dürre Erkenntnisse und öde Aussichten. Wer in diesen Kategorien (Klassenkampf, Politik, Demokratie, Arbeiterbewegung, Nation) befangen bleibt, hat keine Zukunft in den Handlungsfeldern emanzipatorischer gesellschaftlicher Kommunikation. Außer Sektierertum und Opportunismus geht hier nichts mehr. Die alternativen Perspektiven lauten Reingehen oder Draufgehen.

Wer nun meint, hier werde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, der hat recht. Genau das. Das Kind ist in diesem trüben Wasser längst ertrunken oder erstickt, und wenn nicht ganz so arg, dann sitzt der alte Kautsky in der Wanne, dem nicht einmal mehr Eselsmilch zu neuer Blüte verhilft. Zeit also, ein neues Kind zu machen, und es alsbald in frischem Wasser zu baden.

Abschied gilt es ebenfalls zu nehmen von bequemen wie unhinterfragten Dogmen wie dem Prinzip der Sachlichkeit und dem Konstruktivismus im Verhalten. Dieser geistlose Fusel, der auch aus diversen linken Beiträgen rinnt, demonstriert nur die aktuelle Verkommenheit sozialistischer Terminologie und Begriffsbildung, die oft bloß ein bißerle nach links versch(r)oben den gleichen nichtssagenden wie vielsagenden Kauderwelsch spricht. Sachlichkeit und Konstruktivismus sind nichts anderes als Korsette oder Leitschienen bürgerlichen Reflektierens. Man fährt Autobahn und glaubt, die Welt liege einem zu Füßen. Nicht erst Verunglückungen sollten die Armseligkeit solcher Sichtweisen offenbaren.

Sozialistische Praxis

Von der Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners ist zu einer emanzipatorischen Kommunikation des größten gemeinsamen Zählers überzugehen. Sozialistisches Eingreifen hat sich nicht zu dividieren, sondern zu potenzieren. Das kann nur gehen, indem alle gesellschaftlichen Probleme a priori und a posteriori in eine farbenreiche, esoterische wie exoterische, alles umfassende Gesellschaftskritik einmünden, die vor allem nicht aus taktischen Gründen entradikalisiert, sondern jene im Gegenteil theoretisch und argumentativ zuspitzt. Eine solche Bündnispolitik hat das Verausgaben, nicht das Vereinnahmen zum Ziel. Sie dient der gegenseitigen Befruchtung, nicht der Sterilisierung.

Freilich ist wenig getan, wenn man die gesellschaftlichen Konflikte – letztendlich allesamt Kontraktionen des Werts, der die gesellschaftliche „Elementarform"[14] (Marx), die Ware bestimmt – nur noch in postmoderner Beliebigkeit nebeneinander stellt und je nach Konjunktur mal dies und mal das als Schwerpunkt gelten läßt. Man darf nicht auf das soziologistische Gerede von der Komplexität und Unüberschaubarkeit hereinfallen. Nur die Erscheinungen sind komplex, das Wesen ist trotz aller Wucherungen und Ausge-

staltungen ganz einfach: Alles und jedes steht direkt und indirekt im Dienste der Verwertung des Werts, der Bildung von Kapital. Daran wird alles ausgerichtet und (im doppelten Wortsinn) hingerichtet. Die konstatierten Komplexitäten sind nichts anderes als die zeitgenössische Übersetzung des Scheins. „Jeder sieht, was du scheinst, und nur wenige fühlen, was du bist“,[15] wußte schon der erste Großmeister der modernen politischen Theorie, Niccolo Machiavelli.

Wohlgemerkt, plädiert wird hier für eine Radikalisierung, nicht für eine Rabiatisierung der Linken. Kompromißlosigkeit und Zuspitzung ist in der Theorie gefordert, nicht jedoch in der Praxis. Ohne das hier in der nötigen Differenzierung ausführen zu können, wird letztere in vielen Bereichen äußerst behutsam und moderat sein müssen. Als Richtschnur mag gelten: Am Ziel festzuhalten, ohne das Maß aus den Augen zu verlieren, das den Weg ermöglicht.

Wir wollen in die Gesellschaft rein, damit sie an uns leichter über sich selbst hinauswachsen kann. Das erfordert eine ganz neuartige Komposition von harten und weichen Komponenten, welche sich sowohl wohltuend von der Starre und Enge kommunistischer Parteien, als auch von der überemotionalisierten Bauchpolitik alternativer Klüngel unterscheidet. Hart und weich, offen und geschlossen, autoritär und antiautoritär, hierarchisch und egalitär, partizipativ und exklusiv sind nicht mit „gut“ und „böse“ zu übersetzen. Diese Paare sind somit keine antagonistischen Widersprüche, sondern müssen als dialektische Gegensätze einer neuen Organisierung entwickelt werden.

Ein konkretes Beispiel: Ebenso inadäquat wie die Aufrechterhaltung eines Kaderprinzips wäre eine generelle Absage. In bestimmten Situationen mag es schon notwendig, ja unabdingbar sein, daß die zu schaffende Formation wie eine Kaderpartei funktioniert, ohne eine zu sein. Nur dümmlichste Monaden können darin bloß eine Einschränkung und nicht umgekehrt auch eine Ausweitung des eigenen Handlungsspielraums erblicken. Freilich gilt es festzuhalten, daß die hier skizzierte Ausnahme nicht Regel sein darf, wie die Regel nicht vergessen darf, daß sie Ausnahmen kennt.

Der Widerspruch Lohnarbeit – Kapital, der immer bloß ein kapitalimmanenter gewesen ist, ist nicht mehr dazu angetan, Theorie und Praxis zu leiten. Daraus aber einen gänzlichen Verzicht auf eine Leitlinie abzuleiten, wäre verkehrt. Heute gilt es, alles an der Wertkategorie zu dechiffrieren, den Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkraftentwicklung, zwischen den materiellen Möglichkeiten der Menschen und den verwertbaren Möglichkeiten des Kapitals, zentral zu thematisieren.

Ökologische Zentrierung

Es ist die Ökologiebewegung, die anders als alle Bewegungen vor ihr im Prinzip keine Sonderinteressen mehr vertritt, sondern Allgemeininteressen. Sie ist die erste Formierung, der dieser Gedanke in umfassendem Sinne zugrundeliegt. Die Bedeutung der Sonderinteressen erfährt durch sie eine markante Relativierung. Der Ökologiebewegung geht es der Intention nach ums Ganze.

Unser Vorwurf an viele Mentoren der Ökologiebewegung geht auch nicht dahin, daß sie das Primat der Ökologie behaupten, sondern richtet sich gegen die daraus resultierende Subtraktion aller anderen Anliegen. Das ist nicht nur bündnispolitisch verkehrt, sondern auch inhaltlich falsch, da es die gesellschaftlichen Probleme nebeneinander und nicht miteinander betrachtet und behandelt, sie sachlich isoliert, eine gemeinsame Grundlage dieser nicht wahrnehmen will. Schließlich die potentiell progressiven Bedürfnisse dividiert statt potenziert, sie auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zurechtstutzt.

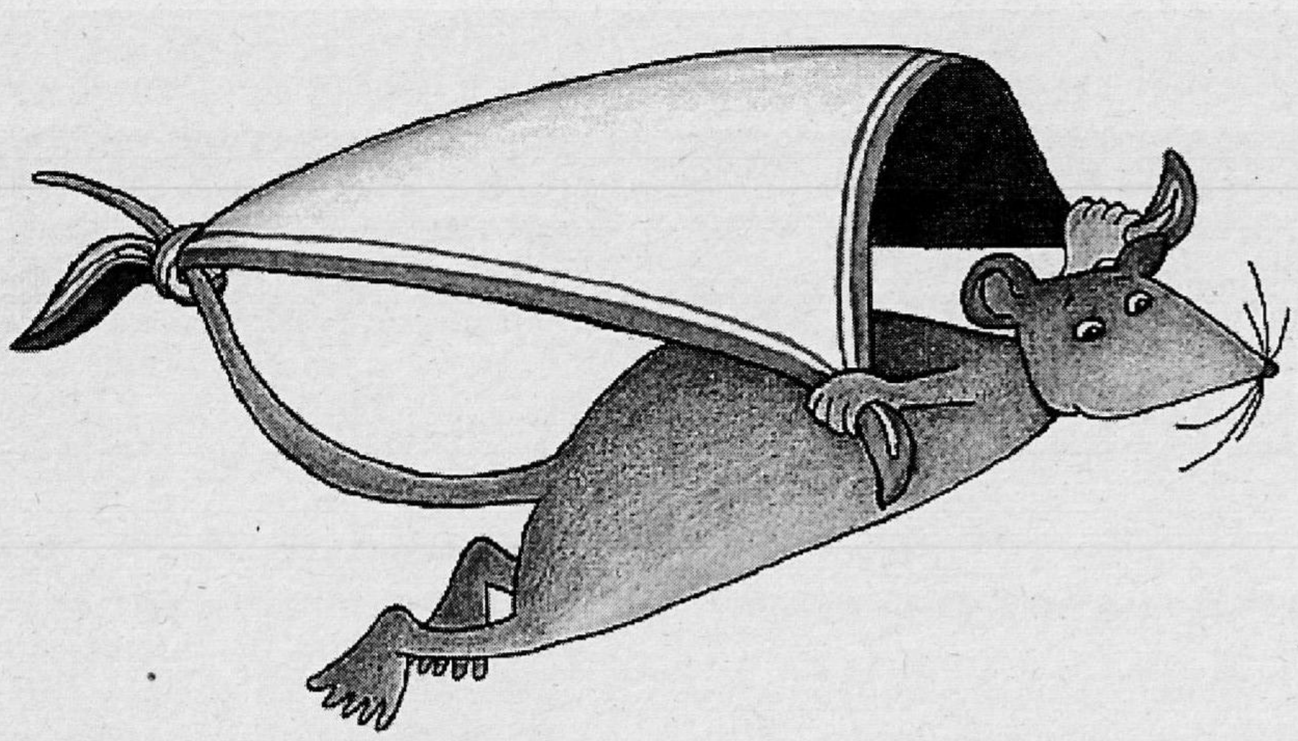
Es geht hier also nicht um eine Neuauflage der völlig unfruchtbaren, ja hirnrissigen Debatte, ob denn nun die Gattungsfrage oder die Klassenfrage dominant ist. Diese Fragestellung ist wahrlich ungefähr so wie jene, ob ein Teil des Ganzen größer sein kann als das Ganze schlechthin. Intelligente Klassenkämpfer wie Wladimir I. Lenin wußten das noch richtig zu beantworten, „denn vom Standpunkt der Grundideen des Marxismus stehen die Interessen der gesellschaftlichen Entwicklung höher als die Interessen des Proletariats“,[16] schrieb er. Dem ist so.

Mit der Zentrierung der Ökologie wurde die abstrakt übergeordnete Frage auch konkret übergeordnet. Es geht ums Ganze, nicht mehr primär um Verwirklichung von Teilen auf Kosten des Ganzen. Die Ökologiebewegung ist die einzige qualitativ neuartige Bewegung, auch wenn ihr Denken und Handeln noch im bürgerlichen Horizont befangen ist. Es ist hier eine Differenzierung anzusetzen, was wesentliche Intention einerseits bzw. wesentliche Ausformung andererseits betrifft. Diese widersprechen sich. Was sie aber ausdrückt und unterscheidet, ist ihr ganzheitlicher Anspruch, kurzum die Gattungsfrage. Ökologische Bedürfnisse können so nicht mehr schlichtweg etwa durch Produktionsausweitung und Produktivkraftentwicklung „gelöst“ und verwaltet werden, wie dies bisher für die Bedürfnisse der metropolitanen Arbeiterklasse gegolten hat.

Ökologische Fragestellungen gehen somit direkt an die Substanz der gegenwärtigen Gesellschaftsformation, auch wenn die aktuellen Lösungsansätze (Vermarktung der Natur, Verursacherprinzip) sich nach den alten Formeln abspulen. Die Ökologiebewegung ist ihrer wesentlichen Intention nach eine Bewegung gegen die privaten und staatlichen Verfügungsgewalten über Produktionsmittel und Produktivkraftentwicklung, sie richtet sich somit gegen die bewußtlose und blindwütige Verwertung des Werts, stellt ihr, wenn auch absolut vage, eine andere Gestaltung der stofflichen Lebenszusammenhänge gegenüber. Die Ökologiebewegung ist in ihrer Potenz die revolutionäre Bewegung. Der biedere und traditionelle Ablauf ökologischer Konfrontationen sollte darüber nicht hinwegtäuschen. Sie rüttelt mehr am Kapitalismus als die Arbeiterbewegung das je getan hat.

Tatsächlich, um gleich zahlreichen empirischen Einwänden entgegenzukommen, ist dem natürlich nicht so. In ihren wesentlichen Ausformungen ist die Ökologiebewegung zahm und artig, vergleicht man sie mit der aufsteigenden Arbeiterbewegung. Ihre Kritik ist von einer Kritik an den Mißständen noch zu keiner Kritik der Zustände vorangeschritten. Sie bleibt isoliert, entwickelt sich an den Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Prozesse (z. B. Umweltschäden, Umweltkatastrophen), ohne diese in einen gesellschaftlichen Kontext einordnen zu können. Anstatt sich diesen Aufgaben zu stellen, verzettelt sie sich in diversen Kleinkämpfen und Aktionen.

Die Ökologiebewegung repliziert geradezu die herrschenden Werte, ja pocht auf deren Einhaltung gegen die herrschende Ökonomie und Politik. Den aktuellen Anforderungen antwortet sie mit Fanatismus oder Pragmatismus. Theorie erscheint ihr als Luxus. Von theoretischen Gehversuchen, die



Zur „Poesie der Revolution“

Ein Raunen ging um,
zur Mitternacht, als der Mond im Nußbaum hing
und stumm drei Enten umherstanden und sich in Schwäne
verwandelten im Traum.
Zu Hochseedampfern wurden die Kräne,
die Hausmaus spielte Fledermaus,
segelnd begegnete sie dem Wind, der seufzte:
„Könnte ich nur, statt mich allein... allein
flüchtig selbst zu verlieren,
ein Nußbaum sein
und so das Streicheln seiner Windschwestern spüren!“

Dorothea Lachner

Aus: Im Pfirsich wohnt der Pfirsichkern,
hg. von Wolf Harranth/Christine Sormann

sich an Markt und Geld versuchen, hat man bisher nichts vernommen. Im Gegenteil, die Ökologiebewegung gefällt sich geradewegs im staatstragenden Ton, singt Loblieder auf die bürgerlichen Werte und den freien Markt, achtet das Gewaltmonopol und preist den Rechtsstaat.

Inhalt und Phrase sind so auch bei der modernen Ökologiebewegung entkoppelt, wobei aber die Phrase durchaus Realität ist, sich täglich in seichtesten Anwandlungen medial ergießt, während ihre Inhalte noch nicht zur Entäußerung, geschweige denn Verwirklichung gekommen sind. Dort, wo ein illusionsloser Pragmatismus nicht greift, tummeln sich bloß die obskursten theoretischen Ansätze: esoterische Spinnereien und traditionssozialistische Eklektizismen, hinterwäldlerische Borniertheiten und basisdemokratische Renitenzen. Wie so oft: „Die Neuheit besteht hier fast immer in dem Rückfall in längst überwundne Standpunkte.“[17]

Und was noch, Marx?

„Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nie Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.“[18]

Karl Marx' Betrachtung der sozialen Revolution des 19. Jahrhunderts trifft auch auf jene des 21. zu: „Die soziale Revolution des neunzehnten Jahrhunderts kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft. Sie kann nicht mit sich selbst beginnen, bevor sie allen Aberglauben an die Vergangenheit abgestreift hat. Die früheren Revolutionen bedurften der weltgeschichtlichen Rückerinnerungen, um sich über ihren eigenen Inhalt zu betäuben. Die Revolution des neunzehnten Jahrhunderts muß die Toten ihre Toten begraben lassen, um bei ihrem eignen Inhalt anzukommen.“[19] In diesem Sinne. ■

Dr. Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.

Anmerkungen

1 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie (1922), Tübingen, 5. Aufl. 1972, S. 822.
2 Robert Kurz, Das Ende der Politik. Thesen zur Krise des warenförmigen Regulationssystems, Krisis 14 (1994), S. 87.
3 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 822.
4 Robert Kurz, Das Ende der Politik, S. 95.
5 Ebenda, S. 88.
6 Ebenda, S. 98.
7 Karl Kraus, Die letzten Tage der Menschheit (1926), München, 6. Aufl. 1979, S. 321.
8 Niklas Luhmann, Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen, 3. Aufl. 1990, S. 168.
9 Sonja Puntscher-Riekmann, Die österreichische Demokratie. Ein Torso, »Impuls Grün«, Nr. 5 + 6/90, S. 2.
10 Hans Kelsen, Der Staat als Integration, Wien 1930, S. 82.
11 Robert Kurz, Die Demokratie frißt ihre Kinder; in: Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen, Unkel/Rhein und Bad Honnef 1993, S. 14.
12 Theodor W. Adorno, Negative Dialektik (1966), Frankfurt am Main 1992, S. 306.
13 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion (1894), MEW, Bd. 25, S. 260.
14 Karl Marx, Das Kapital. Zur Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals (1867), MEW, Bd. 23, S. 49.
15 Niccolo Machiavelli, Der Fürst (1513/32), Stuttgart 1978, S. 74.
16 Wladimir I. Lenin, Entwurf eines Programms unserer Partei (1899), Werke, Bd. 4, Berlin(Ost) 1977, S. 230.
17 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 790.
18 Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (1852), MEW, Bd. 8, S. 115.
19 Ebenda, S. 117.

Das große Geld

Aspekte der Dialektik von Wirtschaft und Politik in Österreich

Lutz HOLZINGER

Eine faszinierende Erkenntnis von Karl Marx besteht im Hinweis darauf, daß die Logik wirtschaftlichen Handelns sich fast immer erst hinter dem Rücken der Akteure einstellt. Hatte es vor Erfindung des historischen und dialektischen Materialismus geheißen, der Mensch denkt und Gott lenkt, so begründete Marx es mit der spezifischen Gesetzmäßigkeit ökonomischer Zusammenhänge, daß das interessengeleitete Wirtschaften einzelner Subjekte zumeist ganz andere Ergebnisse zeitigt, als sie beabsichtigt hatten.

Der Duft der großen weiten Welt

Die volle Liberalisierung der Kapitalmärkte und in Verbindung damit die Herstellung eines schrankenlosen Weltmarkts auf diesem Sektor hatte ursprünglich die Funktion, den Westen für die Niederringung des Ostens fit zu machen. Nachdem dieser Gegner durch Implosion des realen Sozialismus verloren gegangen ist, sind die entwickelten Länder unversehens in die Rolle von Zauberlehrlingen geraten: Nicht sie beherrschen den liberalisierten Weltmarkt für Geldanlagen aller Art, sondern er beherrscht sie.

Anlaß zum Nachdenken über dieses Thema war für viele Experten der 50. Jahrestag der Gründung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Dabei kristallisierte sich als Haupttenor die Feststellung heraus, daß diese beiden Instrumente des früher so genannten Neoimperialismus auch nicht mehr sind, was sie einmal waren. Dazu schrieb der US-amerikanische Wirtschaftsberater Felix Rohatyn (Mitglied der Amerikanischen Akademie der Künste und Wissenschaften) in der Zeitschrift »Lettre« (Nr. 27/1994):

„Trotz der Bedrohungen und Konflikte in verschiedenen Weltgegenden gibt es ... eine Entwicklung, die sich in aller Welt unaufhaltsam fortsetzt: das Wachstum der globalen Kapitalmärkte. Es hat sich ein echter Weltmarkt an Aktien, Schuldverschreibungen, Devisen und anderen Finanzinstrumenten herausgebildet, verknüpft durch moderne Datenverarbeitungs- und Kommunikationstechnologien, und dieser Markt ist vierundzwanzig Stunden am Tag und sieben Tage die Woche in Betrieb. Das anhaltende Wachstum und die Stabilität dieses Marktes sind entscheidend für das Wachstum der Entwicklungsländer wie der westlichen Länder. In den letzten fünfzig Jahren waren die Institutionen von Bretton Woods – Weltbank und Internationaler Währungsfonds – unmittelbar an der Finanzierung der ökonomischen Entwicklung in den neu entstehenden Ländern beteiligt. Diese Rolle wird mehr und mehr von den Kapitalmärkten der Welt übernommen." (S. 46)

Dramatisch hat sich in diesem Zusammenhang der Kapitalfluß – vor allem aus privaten Quellen – von den Zentren in die Peripherie verändert. Und zwar hat er wegen der enorm hohen Gewinnchancen in Ländern wie China, Indien usw. eminent zugenommen. Dazu schreibt Kurt Brandenberger in der Züricher »Weltwoche« (Nr. 43/1994): „Insgesamt wurden aus den privaten internationalen Kapitalmärkten im letzten Jahr [gemeint ist 1993] 155 Milliarden Dollar in Entwicklungsländer geschleust. Von öffentlichen und multilateralen Geldgebern kamen knapp 70 Milliarden." (S. 53)

Der Autor schließt daraus: „Die neuen Herren des Weltkapitalmarktes sind die Investmentbanker der Wall Street, die Fondsmanger der Pensionskassen und die Trésoriers [Finanzmanager] der Multis. Sie lenken die Kapitalströme nicht nach politischen Konditionen oder sozialen Implikationen, sondern nach den Ertragsaussichten – und diese sind in den neuen Industrieländern der Dritten Welt verlockender als in den verkrusteten, ‚überregulierten' Märkten der westlichen Staaten. ... Das bedeutet, daß ... auch der Weltkapitalmarkt und – in letzter Konsequenz – die Volkswirtschaft als Ganzes unter die Fuchtel der privaten Finanzakteure gerät." (»Weltwoche«, Nr. 43/1994, S. 53)

Das folgende Resümee Felix Rohatyns unterstreicht, daß diese Entwicklung auch aus dem Blickwinkel eines Bankiers und Wirtschaftsberaters nicht unproblematisch ist: „Die ungeheure Unbeständigkeit der Effektenmärkte [Wertpapiermärkte] hier und im Ausland ist eine Warnung, daß die heutigen Schutzmaßnahmen nicht ausreichen, wenn riesige Kapitalmengen, von denen ein großer Teil überaus spekulativ ist, das Finanzsystem der Welt überschwemmen. Das gilt auch für Arrangements, um das von den Entwicklungsländern dringend benötigte Kapital aufzubringen. (...) Es ist an der Zeit, die Struktur des Finanzsystems der Welt zu überprüfen, nicht nur um sein Potential zur Erhöhung des Lebensstandards zu stärken, sondern auch um das Risiko enormer Schäden aus einem Zusammenbruch zu verringern, der nicht lokal eingedämmt werden könnte." (»Lettre«, Nr. 26/1994, S. 52)

Reiches Österreich?

Die Überlegenheit der sogenannten „Global players" im Monopoly der gesellschaftlichen Wirklichkeit, an dem auch unser Land teilnimmt, muß gerade dann berücksichtigt werden, wenn man vom großen Geld im österreichischen Maßstab spricht. Bei den ersten Adressen handelt es sich zumeist um Filialen, deren Stammsitze sich im Ausland befinden. Bezeichnend ist jedenfalls, daß es praktisch keine umfassenden Analysen über die Zusammensetzung der Gruppe gibt, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verschämt unter der Bezeichnung „Besitz und Vermögen" firmiert. Diese Tatsache unterstreicht, daß die Kerngruppe der herrschenden Klasse unseres Landes vor allem auf Diskretion bedacht ist. Das ist der Grund, weshalb jeder Annäherungsversuch an Österreichs Reiche und Superreiche einen

Drahtseilakt zwischen anonymen Gesamtzahlen und mehr oder weniger zufälligen Paradeexemplaren darstellt.

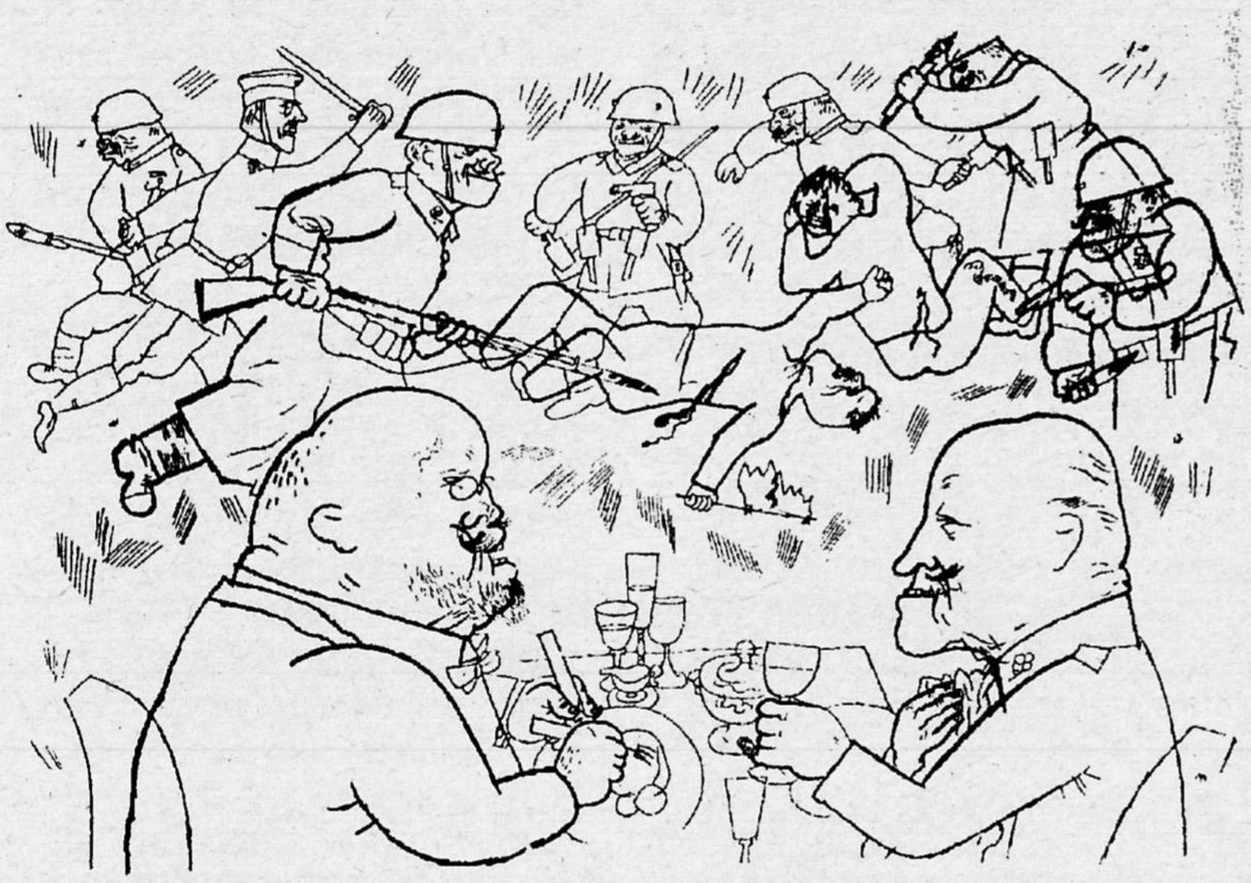
Unter dem Titel „Österreicher besitzen 3300 Milliarden Schilling" schrieb »Die Presse« am 19. April 1994: „Die Österreicher sind so reich wie noch nie. Das Geldvermögen belief sich Ende 1993 auf 3300 Milliarden Schilling, teilte die Oesterreichische Nationalbank mit. Das Plus von 195 Milliarden Schilling im Vorjahr fiel um 18 Milliarden Schilling kleiner aus als 1992, was auf die noch schwache Konjunktur zurückgeführt wird. 48 Prozent des Geldvermögens bestanden aus Einlagen bei Banken, 28 Prozent in Wertpapieren. Gegenüber 1992 wurde aufgrund des Zinsrückgangs kräftig von Bankkonten zu Wertpapieren umgeschichtet. Ebenfalls zugelegt hat das Versicherungssparen, auf das 20 Prozent des Geldvermögens entfallen."

Es zeugt nicht gerade von sorgfältigem Umgang mit der Wahrheit, wenn »Die Presse« ein Geldvermögen von 3300 Milliarden Schilling „den Österreichern" schlechthin unter die Weste jubelt. Tatsächlich schaut die Mehrheit der heimischen Bevölkerung durch die Finger oder verfügt bestenfalls über relativ geringfügige Ersparnisse. Nach einer Statistik der Nationalbank, die im »trend« (Nr. 5/1992) veröffentlicht wurde und die ihrem Wesen nach seither unverändert ist, sieht die Einlagestruktur bei Sparbüchern folgendermaßen aus:

- Fast 90 Prozent der Sparbücher weisen eine Einlage von weniger als 100.000 Schilling auf.
- Bei knapp 10 Prozent beträgt sie zwischen 100.000 und 500.000 Schilling.
- 0,94 Prozent haben Einlagen in der Höhe zwischen 500.000 und 1 Million Schilling.
- Auf 0,34 Prozent liegen zwischen einer und fünf Millionen Schilling.
- 0,1 Prozent der Sparbücher machen die Einlagen von mehr als fünf Millionen aus.

Dazu stellte das Wirtschaftsmagazin wörtlich fest: „Die letzten drei Positionen bergen den eigentlichen Sprengstoff: Diese nahezu lächerlichen 1,28 Prozent aller Sparbücher repräsentieren den gewaltigen Wert von 330 Milliarden Schilling und somit fast die Hälfte aller [damaligen] Spareinlagen." Seit Erhebung dieser auf das Jahr 1991 bezogenen Zahlen hat sich der Verteilungsschlüssel in der Tendenz nicht geändert. Der zunehmende gesellschaftliche Reichtum kommt den Reichen und den Superreichen überproportional zugute. Diese ungleiche Verteilung der Geldrücklagen hat auch politische Implikationen: Um das Anlegerpublikum bei Laune und überschüssiges Kapital in Geldform im Land zu halten, müssen Nationalbank und Finanzminister sowohl für eine stabile Währung und lukrative Zinsen als auch für ertragreiche Anleihe- und Aktienemissionen sorgen. Durch derartige Maßnahmen versucht man zu gewährleisten, daß der Großteil des Budgetdefizits bzw. der Staatsschuld von inländischen Gläubigern getragen wird und möglichst wenig Kapital ins Ausland fließt.

Der Gemeinplatz, wonach Tauben zufliegen, wo Tauben sind, trifft zwar auch auf die äußerst „flüchtigen" Geldrücklagen zu. Viel stärker gilt er noch für die wesentlich beständigeren „Sachwerte": Betriebe und Unternehmungen, Grundbesitz und Realitäten, Antiquitäten und Kunstsammlungen befinden und mehren sich – von Eigenheimen und Landwirtschaftsflächen abgesehen – fast ausschließlich in den Händen der „oberen Zehntausend".



George Grosz, Die Kommunisten fallen, und die Devisen steigen, 1920

Gigantisches Eigentum ohne konkrete Besitzer

Die „oberen Zehntausend" lassen sich immer weniger leicht identifizieren, weil Besitz aller Art sich heute nur mehr zum Teil in der Hand von Einzelpersonen oder -familien befindet. Einerseits existiert in entscheidenden Bereichen weiterhin staatliches, kommunales, gemeinnütziges Kapital und andererseits nimmt der Stellenwert von „anonymem" – gewissermaßen begrenzt vergesellschaftetem – Kapital zu. Letzteres zeichnet sich unter anderem durch die breite Streuung von Aktien aus, was allerdings wieder den diskreten Einfluß von starken, aber an sich nicht mehrheitsfähigen Aktionären oder Aktionärsgruppen begünstigt. Die Sache ist in Österreich besonders kompliziert, weil in unserem Land viele Fäden aus Industrie und Bauwirtschaft bei Großbanken zusammenlaufen, die sich bis jetzt nicht in unmittelbarem Privatbesitz befinden. Beispielsweise haben die Schwierigkeiten, in die vor relativ kurzem Firmen wie Atomic oder Economos geraten sind, deutlich gemacht, daß in diesen Fällen die gewerkschaftseigene BAWAG eine dominierende Rolle spielt. Die unmittelbaren Eigentümer entpuppten sich lediglich als Galionsfiguren, während das Kommando vom Vorstand der Gewerkschaftsbank ausgeübt wird. (Es muß übrigens mit ihrer Eigentümerschaft zu tun haben, daß die BAWAG als bisher erstes unter den heimischen Geldinstituten für sich in Anspruch nehmen darf, nicht wegen Verlusten, sondern Gewinnen bei Spekulationsgeschäften an den Pranger gestellt worden zu sein.)

Wesentlich wichtigere Positionen als die BAWAG, die hier nur aus aktuellem Anlaß als Beispiel gedient hat, nehmen im Rahmen der österreichischen Wirtschaft Finanzinstitute wie Bank Austria oder Creditanstalt, Wiener Städtische oder Bundesländer ein. Sie bilden für sich und zum Teil gemeinsam zentrale Steuerungszentren nicht bloß im Finanzsektor, sondern auch in Schlüsselbereichen von Industrie und Dienstleistungen. Ihre Beson-

derheit besteht übrigens darin, daß sie bis jetzt (samt den mit ihnen direkt verbundenen Unternehmen) nicht voll unter die Kontrolle des Privatkapitals geraten sind. Das soll sich, wenn die Pläne der großen Koalition aufgehen, woran kaum zu zweifeln ist, allerdings demnächst ändern.

Versucht man, die Hierarchie des „Geldadels" in Österreich nachzuzeichnen, so wird man den Stellenwert der („herrenlosen") heimischen Banken und Versicherungen (ein Sektor mit allerdings sehr starker Präsenz von Konkurrenten aus dem Ausland) äußerst hoch ansetzen müssen. Mangels konkreter Eigentümer geben in ihnen bisher Manager den Ton an, die ihrerseits wieder von Gremien bestellt werden, die politisch zusammengesetzt sind und in denen die beiden politischen Vorfeldorganisationen der Sozialpartner, SPÖ und ÖVP das Sagen haben. Einerseits agieren einmal in derartige Funktionen entsandte Parteigünstlinge an der „langen Leine"; andererseits ist schwer vorstellbar, daß sie unmittelbaren Einfluß auf politische Entscheidungen ausüben. Wie sich das nach einem Eigentümerwechsel verhalten wird, ist schwer vorherzusagen. Sicher scheint zu sein, daß die Parteien in den Instituten und bei der Bestellung von Vorständen und Aufsichtsräten wenig zu plauschen haben werden und das spezifische Gewicht privatkapitalistischer Verwertungsinteressen zunimmt.

Geht man vom zentralen Stellenwert der Finanzinstitute in der heutigen Wirtschaft aus, so besteht bei den führenden Instituten auf diesem Sektor vorläufig noch ein beträchtlicher Einfluß der Politik. Dies trifft nicht nur auf die absoluten Spitzeninstitute des Bank- und Versicherungssektors zu: Bank Austria, Creditanstalt, Girozentrale, Erste Österreichische, Wiener Städtische, Bundesländer usw. Als nicht weniger politikfern müssen sämtliche gemeinwirtschaftliche und/oder genossenschaftliche Restbestände in diesem Sektor eingestuft werden: angefangen von Stadtsparkassen und Landeshypobanken über Volksbanken bis zu den Finanzaktivitäten der Raiffeisengenossenschaften. Von diesen Spitzenpositionen aus lassen sich Querverbindungen zu Bauriesen und Großunternehmen sämtlicher Industriesparten herstellen. Umfassende und ins Detail gehende Analysen existieren über diesen Bereich allerdings nicht. Daher muß diese mehr oder weniger taxative Aufzählung von analytischen Ansätzen zur Annäherung an die ganze Wahrheit über das „große Geld" in Österreich genügen.

Multinationale und „obere Zehntausend" im Lodenmantel

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre haben österreichische Unternehmen begonnen, verstärkt im Ausland aktiv zu werden und entsprechend zu investieren. In einer Studie hat das Industriewissenschaftliche Institut die 21 größten Industriegruppen des Landes mit starkem Auslandsengagement untersucht. Das Gewicht dieses „Klubs der Großindustrie" wird dadurch unterstrichen, daß auf ihn ein Drittel aller heimischen Industrie-Umsätze entfällt. Die Liste der großteils als Aktiengesellschaften firmierenden Unternehmen und ihr jeweiliger jährlicher Gruppenumsatz lautet wie folgt in Mio. Schilling:

1.	Austrian Industries	153.900
2.	Frantschach-Gruppe	12.260
3.	Constantia-Gruppe	10.590
4.	Swarovski	9.622
5.	Wienerberger Baustoffe	9.257
6.	Mayr-Melnhof-Gruppe	8.000
7.	Lenzing-Grppe	7.406
8.	Kaindl Holzindustrie	7.000
9.	Montana AG	6.900
10.	Fritz Egger GmbH	4.919
11.	Radex-Heraklith	4.794
12.	Engel-Firmengruppe	3.800
13.	Plasser & Theurer	3.785
14.	Umdasch	3.625
15.	Plansee Metall	3.581
16.	Zumtobl Holding	3.539
17.	Nettingsdorfer Papier	3.288
18.	Greiner Holding	3.030
19.	Hoerbiger-Gruppe	3.000
20.	W. Hamburger-Gruppe	2.806
21.	Blum Verwaltungs GmbH	2.667

Bezeichnend an dieser Aufstellung ist, daß die mittlerweile in ihre Bestandteile zerlegten und teilprivatisierten Austrian Industries allein 57 Prozent des Gesamtumsatzes dieser 21 Spitzenunternehmen gehalten haben. Obwohl die österreichische Abart der Multis auf dem internationalen Parkett eine mehr als untergeordnete Rolle spielt, verdanken nicht wenige heimische Reiche und Superreiche ihre bevorzugte Versorgungslage diesen Betrieben. Bezeichnend ist an der Aufstellung, daß die Daten zum Teil rasch überholt erscheinen. Karl Kahane etwa hat den Sitz seiner Montana AG kurz vor seinem Tod aus Österreich in die Schweiz verlegt; daher muß die Nummer 9 mittlerweile ersatzlos aus dieser Liste gestrichen werden. Verfolgt man die Entwicklung der einzelnen Firmen über mehrere Jahre hinweg, stellt sich heraus, daß sie ihre Positionen je nach Entwicklung von Rohstoffpreisen und Nachfragesituation in den jeweiligen Branchen relativ häufig wechseln. So haben etwa die Planseewerke schon wesentlich günstigere Ranglistenpositionen eingenommen.

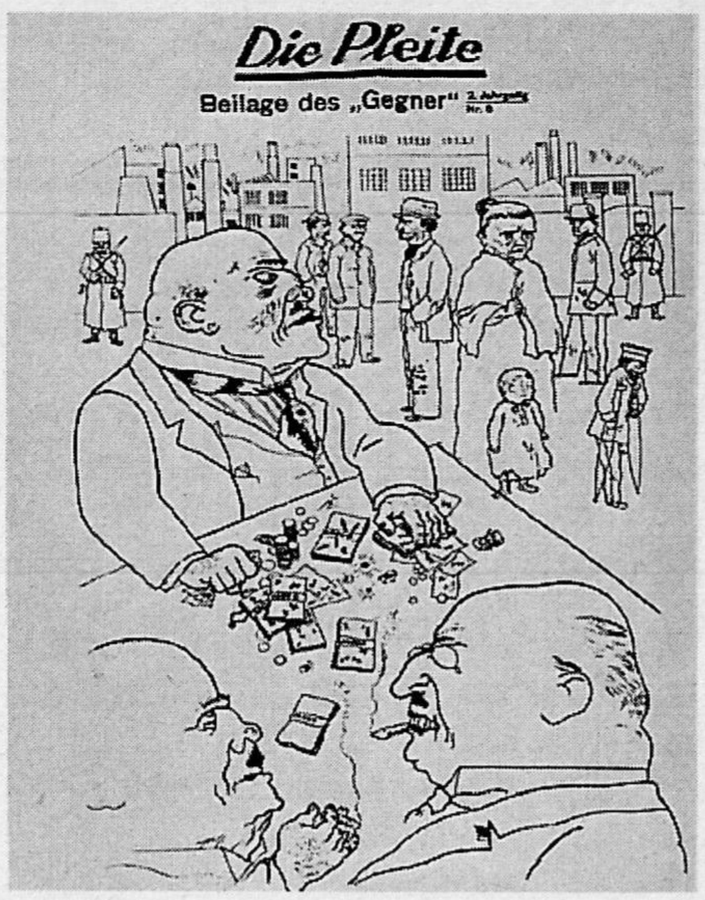
Da auch österreichische Wirtschaftsmagazine sich von der Neugier ihrer Redaktionen und LeserInnen leiten lassen, versuchen sie in regelmäßigen Abständen, die Auflage mit dem Versprechen zu steigern, einen Einblick in die Zusammensetzung der G'stopften zu gewähren. Zum Beispiel hat die Monatszeitschrift »trend« (Nr. 2/1994) „Die Erben der 101 reichsten Österreicher" präsentiert. Bei dieser Gelegenheit wurden notwendigerweise die entsprechenden Vermögen samt Grundlagen und Eigentümern benannt sowie mit Name und Adresse versehen.

Nicht ganz überraschend ist, daß sich in den Spitzenpositionen bereits vor der weiteren Vererbung nicht wenige ausgesprochene ErbInnen befinden – Menschen also, die keinen echten Beitrag zum Zustandekommen des Reichtums geleistet haben, dessen sie sich erfreuen. Unter den Kalibern, die über Vermögen ‚Über fünf Milliarden' verfügen, befinden sich mit Melinda Esterházy, Friedrich Karl Flick, der aus steuerlichen Gründen vom deutschen zum österreichischen Staatsbürger mutiert ist, und Heidi Horten, die sich eines von ihrem verstorbenen Mann ebenfalls in Deutschland erworbenen Vermögens erfreut, durchwegs Personen, die keinen nennenswerten Beitrag zum Aufbau ihrer Reichtümer geleistet, sondern selbst bloß geerbt haben.

Durch den Zufall der alphabetischen Reihung werden erst nach ihnen heimische Vermögen angeführt, die weder auf den Feudalismus zurückgehen – wie im Fall Esterházy –, noch primär von Ausländern im Ausland erworben wurden – wie im Fall Flick und Horten. Die Namen weiterer Inhaber von Vermögen über fünf Milliarden Schilling lauten in alphabetischer Reihenfolge wie folgt: Matthias und Ernst Kaindl (Stiftung Kaindl Holzindustrie KG; Holzverarbeitung), Alexander Maculan (Maculan Holding AG; Bauindustrie), Franz VI. Mayr-Melnhof-Saurau (Mayr-Melnhof-Firmengruppe; Holzgewinnung und -verarbeitung), Familie Meinl (Julius Meinl AG;

Die Pleite Nr. 7, 1923

Die Pleite I/5, 1919



Die Pleite II/6, 1920/21

Erzeugung und Handel mit Lebensmitteln), Familie Palmers (Palmers Textil AG), Familien Piech und Porsche (österreichische Porsche Holding [Autoimport und -handel], Porsche AG in Stuttgart und Porsche-Design), Manfred Swarovski (Swarovski KG; Glaskonzern), Herbert Turnauer (Constantia-Bank und Industriegruppe), Karl Wlaschek (Karl-Wlaschek-Privatstiftung [Merkur, Billa, Bipa, Libro usw.]).

Daß danach schon „Kleinhäusler" der Vermögensklasse von zwei bis fünf Milliarden Schilling firmieren, dürfte unter anderem damit zu tun haben, daß nicht wenige österreichische Superreiche sich äußerst diskret verhalten und öffentlich praktisch nicht in Erscheinung treten. Beispielsweise fallen der Adel und die Klöster fast bzw. völlig unter den Tisch. Dafür nennt das Wirtschaftsmagazin in der zweiten Kategorie eine Menge erst vor relativ kurzer Zeit zu viel Geld gekommene Personen wie den oberösterreichischen Schotterkönig Hans Asamer, den ehemaligen Autohändler und jetzigen Garagenbaron Johann Breiteneder, den Boulevardzeitungszaren Hans Dichand usw. Auf derselben Stufe rangieren allerdings auch Galionsfiguren des heimischen Kapitalismus wie die Mautner Markhofs.

In der »trend«-Aufzählung folgen zwei weitere Kategorien: Vermögen von ein bis zwei Milliarden und Vermögen bis eine Milliarde. Die Nennung der einschlägigen Namen bietet wenig Überraschungen, sondern liest sich hauptsächlich wie ein Personenverzeichnis von „Krens" (die Zahler bei den Einladungen und nicht die „feschen Leut'"), die in den Tratschkolumnen heimischer Tageszeitungen vorkommen. Politisch bringen die genannten Personen, wenn man von lokalen und regionalen Aspekten absieht, kein überwältigendes Gewicht auf die Waage. Das dürfte mit ein Grund dafür sein, weshalb die Sozialpartnerschaft in Österreich so gut funktioniert: Die relativ geringe Größe selbst der größten Privatbetriebe einer Branche förderte die Bereitschaft, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Interessen nicht individuell, sondern kooperativ zu vertreten.

In den Niederungen der Politik

Im Rahmen der Sozialpartnerschaft also, dieser österreichischen Besonderheit, um die uns angeblich – wie es heißt – die ganze Welt beneidet, scheint es nicht zufällig zu Mehrgleisigkeiten zu kommen. Sie dürften vielmehr sogar erwünscht sein. Die Interessen der Papierindustrie etwa werden gleich dreifach vertreten: Erstens durch die Bundeswirtschaftskammer, der gesetzlichen Interessenvertretung der Unternehmer; zweitens durch die freiwillige Mitgliedschaft der einzelnen Betriebe in der Industriellenvereinigung; und drittens durch eine eigene Organisation der österreichischen Papierindustrie. Vor diesem Hintergrund vertrauen die Papierindustriellen darauf, daß effektive und differenzierte Interessenvertreter ihnen ihre Wünsche von den Augen ablesen und sie sich persönlich völlig aus der Politik heraushalten können, ohne dadurch etwas zu verlieren.

Die unmittelbare Mitwirkung von führenden Unternehmern und/oder Vermögensbesitzern an der Politik bzw. der Gestaltung des Gemeinwesens hat in Österreich keine große Tradition. Allerdings kommen (meist kleinere) UnternehmerInnen im Bereich des Wirtschaftsbundes der ÖVP (aber auch im Verband der Freien Wirtschaft der SPÖ) ebenso wie in der F und dem Liberalen Forum als Mandatare sowie in Bundeswirtschaftskammer bzw. Handelskammern auch in Spitzenfunktionen direkt zum Zug. Daß jedoch Personen wie Georg Mautner Markhof, der „Senf-Mautner", oder Hans Peter Hasselsteiner, Miteigentümer der Bauholding, politisch selbst Hand anlegen, ist eher die Ausnahme als die Regel. Kein Wunder, sind echte Großkapitalisten doch gewohnt, die „Dreckarbeit" von anderen erledigen zu lassen. So kommt es, daß Kapital und Lohnarbeit gleichermaßen sich zumeist nicht selbst vertreten, sondern – zum Beispiel auf der Ebene von Bundeswirtschafts- bzw. Bundesarbeitskammer – Funktionäre agieren und Bürokratien gewähren lassen, die nicht unbedingt aus den eigenen Reihen rekrutiert worden sind.

Obwohl auf der Hand liegt, daß die Vermittlung zwischen Politik und Wirtschaft und umgekehrt personenunabhängig und meist äußerst indirekt vor sich geht, ist es nicht ganz uninteressant zu untersuchen, wie die Politik der Wirtschaft gegenübersteht oder etwa die ökonomischen Schlüsselressorts der Regierung besetzt sind, und mit welchem Vorverständnis „die Wirtschaft" für ihre Probleme bei den jeweiligen Amtsinhabern rechnen darf.

Werfen wir zunächst einen Blick auf den beruflich-ökonomischen Hintergrund der Bundeskanzler der Zweiten Republik: Leopold Figl als Landwirt und Julius Raab als Baumeister paßten, was ihre Profession betraf,

erstklassig in die Hunger- und Wiederaufbaujahre Österreichs. Daß die ÖVP mit ihrem Latein am Ende war, als Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre seit langem erstmals wieder „normale" Verhältnisse in Österreich einkehrten, unterstreichen die Berufe der nächsten beiden Kanzler. Alfons Gorbach und Josef Klaus stammten aus der (Landes-)Verwaltung; und das Land zu verwalten, war auch das Ziel ihrer Regierungen. Daß Josef Klaus als Chef der ersten Alleinregierung der Zweiten Republik in die Geschichte eingegangen ist, beruht auf einem Mißverständnis. Und zwar errang die ÖVP bei den Nationalratswahlen des Jahres 1966 deshalb die absolute Mehrheit, weil sie von den „unabhängigen" Tageszeitungen wegen ihrer Haltung zum Rundfunkvolksbegehren als reformfreudige Kraft ausgegeben wurde. Diese grobe Täuschung haben die WählerInnen rasch gemerkt und der ÖVP nachhaltig heimgezahlt.

Dem seiner Gesinnung nach äußerst konservativen, aber vergleichsweise gebildeten Sozialdemokraten Bruno Kreisky – der deshalb und nicht wegen Linkslastigkeit in der Lage war, Karl Marx zu zitieren – verfolgte bis in seinen Tod ein ziemlich falsches und vermutlich nicht mehr korrigierbares Image. In seiner Autobiographie ging er darauf ein und brachte seinen Ärger darüber zum Ausdruck, daß ihm von der österreichischen Presse ökonomische Kompetenz weitgehend abgesprochen wurde. Kreisky hob im Gegenzug ganz besonders hervor, während seines Exils in Schweden eine gründliche betriebswirtschaftlich orientierte Praxis im sozialdemokratischen Genossenschaftsbereich absolviert zu haben. Daher habe er bei Wirtschaftsthemen stets genau gewußt, wovon er sprach. Eine besondere Nähe zur österreichischen Wirtschaft kann man dem Langzeitbundeskanzler der SPÖ (1970 bis 1983) ebenso wie seinem Nachfolger Fred Sinowatz, einem gelernten Lehrer und Landesbeamten, dennoch nicht nachsagen.

Von anderem Kaliber ist da Franz Vranitzky, der als Bankfachmann nicht schlecht in eine Zeit paßt, wo das Finanzkapital ökonomisch den Ton angibt und der Staatsapparat ebenso wie die staatliche Wirtschaft nach den Profitkriterien der Betriebswirtschaft ausgerichtet werden soll. Der aktuelle Bundeskanzler startete seine berufliche Karriere in der Nationalbank. Von dort holte ihn Finanzminister Androsch in sein Büro, das sich, wie man heute weiß, als Sprungbrett für Traumkarrieren erwiesen hat. (Diese Funktion dürfte übrigens im Moment das Büro Vranitzky übernommen haben, wie die Vorstandsposten in der Gemeinwirtschaft für ehemalige Sekretariatsmitarbeiter des Kanzlers unterstreichen.) Vranitzky wechselte aus der Himmelpfortgasse zunächst in die Führungsetage der Creditanstalt und von dort in den Vorstand der damals maroden, mittlerweile gemeinsam mit der Zentralsparkasse zur Bank Austria mutierten Länderbank. Als Generaldirektor des Instituts folgte Vranitzky 1984 zunächst der Aufforderung durch Bundeskanzler Sinowatz, als Finanzminister zu fungieren. Zwei Jahre später löste der Ex-Banker den glücklosen Chef der sogenannten kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ an der Spitze der Regierung und später auch als SPÖ-Vorsitzender ab.

Bei einer Wertung nach objektiven Kriterien, bei der es darum geht, welcher österreichische Bundeskanzler die größte Affinität zum großen Geld aufweist, liefern Julius Raab und Franz Vranitzky einander ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Viel spricht dafür, daß dabei der ehemalige Bankdirektor in letzter Konsequenz die Nase vorn hätte. Daß der SPÖ in Umfragen generell die größere ökonomische Kompetenz als der „Wirtschaftspartei" ÖVP bescheinigt wird, hat vermutlich damit zu tun, daß die Sozialdemokratie mittlerweile scheinbar seit „ewig" den Finanzminister stellt. Allerdings hat sich dabei im Laufe der Zeit ein grundsätzlicher Kurswechsel ergeben: Und zwar wurde die volkswirtschaftliche Orientierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik von der Regierung fallen gelassen und statt dessen die betriebswirtschaftliche Logik zum obersten Prinzip erhoben.

Vizekanzler Erhard Busek, der Gegenpol von Vranitzky in der großen Koalition, hat seine politische Karriere als Funktionär im Wirtschaftsbund der ÖVP gestartet und agiert weiter in dessen Auftrag, weil man in der Volkspartei eine einmal vorgenommene bündische Zuordnung sein Leben lang nicht mehr anbringt. Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel (ÖVP) ist wie Busek alles andere als ein Praktiker aus der Wirtschaft. Auch er fällt in die Rubrik Funktionär und hat sich seine Sporen im „Apparat" verdient – vor allem im Wirtschaftsbund, dessen Generalsekretär er noch einige Jahre nach Eintritt in die Regierung blieb. Die aus der Regierung wieder ausgeschiedene Maria Fekter, Staatsekretärin im Wirtschaftsministerium, wurde direkt aus dem Betrieb ihrer Familie in die Regierung berufen. Es stellte sich allerdings relativ rasch heraus, daß der Besitz von Schotterwerken durch eine Staatssekretärin mit der Vergabe von Tiefbauaufträgen durch das Ministerium nicht besonders gut vereinbar ist. Als fungierende Unternehmerpersönlichkeit in der Regierung wurde Maria Fekter von Martin Bartenstein, Staatssekretär im Verkehrsministerium, abgelöst. Er kommt nicht aus der Baubranche, sondern aus der vermutlich fashionableren Pharmazie.

SPÖ und ÖGB mit falscher Orientierung

Was die Rekrutierung von WirtschaftsexpertInnen in der Regierung durch die SPÖ betrifft, so hat sich dabei im Laufe der Zeit so etwas wie ein Paradigmenwechsel ergeben. In der Vergangenheit wurde direkt auf den Apparat der Arbeiterkammer in seiner Funktion als „Kaderschmiede" zurückgegriffen, wie es etwa das Beispiel von Finanzminister Lacina beweist. (Er kam zunächst unter Kreisky aus der AK-Wien als Staatssekretär ins Bundeskanzleramt, diente dann als Verkehrs- und Verstaatlichtenminister auch unter Sinowatz und wechselte nach Vranitzkys Rochade auf den Ballhausplatz ins Finanzministerium.) Auch gegenwärtig ist die Tätigkeit in der AK zwar kein Ausschließungsgrund; die dabei dominante volkswirtschaftliche Orientierung – die besondere Berücksichtigung der Vollbeschäftigung etwa – reicht aber offensichtlich nicht mehr aus, um in wirtschaftsrelevante Ressorts berufen zu werden. Konkrete Erfahrungen mit der Durchsetzung betriebswirtschaftlicher Logik auf der ersten bis zweiten Führungsebene in einem staatlichen Großbetrieb, scheinen mittlerweile zum eigentlichen Auswahlkriterium geworden zu sein. Viktor Klima etwa wurde als Mitglied des ÖMV-Vorstands in die Regierung berufen. Besonders gut in dieses Schema paßt auch der „Beamten"-Staatssekretär Caspar Einem, der seine Tätigkeit in der Kommunalabteilung der Wiener Arbeiterkammer zugunsten eines Direktionspostens in der ÖMV aufgegeben hat und von dort in die Regierung berufen wurde.

Spricht man von der Verbindung zwischen großem Geld und Politik in Österreich, interessiert naturgemäß auch die Haltung der ÖGB-Spitze zu dieser Thematik. Anders als in den

George Grosz, Früh um 5 Uhr (Das Gesicht der herrschenden Klasse), 1921

meisten vergleichbaren Staaten fallen dabei zwei Faktoren besonders ins Gewicht:

- Erstens führt das Geflecht der Sozialpartnerschaft mit vielen Gelegenheiten der formellen und informellen Abstimmung und des Ausgleichs divergierender Interessen, nicht zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern ihren institutionellen Vertretungen dazu, daß sich zwischen beiden Seiten ein Nahverhältnis entwickelt. Aufgrund der gesellschaftlichen Hegemonie jener Kräfte, die man verharmlosend „Arbeitgeber" nennt, liegt auf der Hand, daß die „Arbeitnehmer" keineswegs Nutznießer dieses guten Einvernehmens der Verbandsfunktionäre sind.
- Zweitens trägt die doppelte Interessenvertretung der Werktätigen – einerseits Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer, andererseits freiwillige Mitgliedschaft in den Fachgewerkschaften des ÖGB – dazu bei, daß die Gewerkschaften in Verbindung mit dem hohen Maß an „Arbeitsfrieden" in Österreich erhebliche Geldreserven anhäufen konnten und unter anderem mit Hilfe der BAWAG in der Wirtschaft angelegt haben. Die ÖGB-Spitze übt über den Aufsichtsrat nicht nur Einfluß auf das Geldinstitut, sondern auch auf Großbetriebe wie Konsum, Steirermühl usw. aus. In dieser Schieflage scheint, wenn schon keine Interessenkollision, so doch eine Interessenverwirrung bei Spitzenfunktionären der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht ausgeschlossen.

Das Verhältnis der österreichischen Politik zum „großen Geld" erscheint jedenfalls als eines der absoluten Unterordnung. Sieht man sich die Sparpläne der Regierung in der neuen Legislaturperiode an, gewinnt man den Eindruck, daß „Besitz und Vermögen" eine mehr oder weniger unantastbare Kategorie darstellen. Die großen Kapital- und Vermögenbesitzer dürften von der großen Koalition als höhere Wesen betrachtet werden, denen näher zu treten nicht geraten scheint, sofern man nicht den eigenen Untergang riskieren will. Daran ist insofern ein Körnchen Wahrheit, als der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und die weltweite Liberalisierung der Kapitalmärkte die Dispositionsfähigkeit der Inhaber großer Vermögen tatsächlich enorm beschleunigt und erleichtert hat. Wer ihnen etwas anhaben will, dem könnte es leicht ergehen wie der französischen Linksregierung, die seinerzeit durch Kapitalflucht sehr rasch in die Schranken gewiesen wurde.

Von „Standortsicherung" spricht man heute, wenn die Steuerbelastung der Reichen und Superreichen gewissermaßen von Amts wegen gesenkt und niedrig gehalten wird. In diesem Sinn ist es Ausdruck des Erfolgs der Steuerpolitik von Ferdinand Lacina, daß Billa-Boß Wlaschek seinen für die Entrichtung der Einkommenssteuer relevanten Wohnsitz nach Österreich zurückverlegt hat. Die günstige Behandlung von Spitzeneinkommensbeziehern im allgemeinen und von Stiftungen im besonderen machte es möglich. Übrigens müssen die Finanzbehörden aller Länder es sich offensichtlich gefallen lassen, daß bestimmte Großverdiener – wobei es meist nur bei Sportlern bekannt wird – sich formal dort niederlassen, wo sie steuerlich am günstigsten behandelt werden.

Die Mobilität der G'stopften gepaart mit der offenkundigen Unfähigkeit der Steuerbehörden aller Staaten, die Reichen und Superreichen wirkungsvoll zur Kasse zu bitten, hat auch in Österreich dazu geführt, daß diese in der Tendenz immer ungeschorener davonkommen. Sprechen Ferdinand Lacina und seine Spießgesellen von Umverteilung, so meinen sie längst lediglich einen sozialen Ausgleich zwischen Lohnabhängigen. Hingegen kommt ihnen gar nicht mehr in den Sinn, die eigentlichen Nutznießer der unselbständigen Arbeit, die großen Unternehmer und großen Vermögensbesitzer, zur Kasse zu bitten. So gesehen, ist zu konstatieren, daß zwischen großem Geld und hoher Politik in Österreich bestes Einvernehmen besteht. ■

Dr. Lutz HOLZINGER ist Journalist und Buchautor.

„Der Fremde ist der Feind“

Über Carl Schmitts Begriff des Politischen

Stephan GANGLBAUER

Es ist nicht schwer, es sich leicht zu machen mit Carl Schmitt. Niemand mit annähernd vergleichbar bedeutenden Beiträgen zur politischen Theorie hat die eigenen Erkenntisse dermaßen belastet, und zwar durch eine erstaunliche „Dummheit aus Gescheitheit“. Da er sich Hitler „geistig unendlich überlegen“ fühlte, meinte der Staatsrechtslehrer allen Ernstes, ihm die politische Ordnung vorschreiben zu können.

Hannah Arendt hat als erste die Herausforderung für jede politische Theorie benannt, die mit der Tatsache der nationalsozialistischen Herrschaft gegeben war: Wie ist zu erklären, daß die Politik mit politischen Mitteln zerstört worden ist?

Die paradoxe Formulierung wird sofort verständlich, wenn sie in die Terminologie Schmitts übertragen wird. Eine politische Einheit, ein politisches Gemeinwesen ist immer eine Rechtsordnung. Deren Gegensatz sei das Chaos, der verschärfte Bürger-„Krieg aller gegen alle“, worin das Leben eines und einer jeden durch alle anderen bedroht ist. In einer solchen Situation kann keine generelle Norm gelten, die Verbindlichkeit und Dauer beansprucht und zugleich schafft. Es ist absurd, an Schmitt den Vorwurf zu richten, er hätte nicht vorhergesehen und nicht für möglich gehalten, was sich menschlichem Erfahrungsvermögen noch heute entzieht: daß Herrschaftsgewalt in der bürokratisch organisierten Massenfabrikation von Leichen ihre Erfüllung gefunden hat; daß nackte Herrschaft Wirklichkeit geworden ist, die Thomas Hobbes' *Bellum omnium contra omnes* an Grauen maßlos übersteigt; daß eine totale Herrschaft zur systematischen Vernichtung getrieben worden ist (oder hat?).

An die Adresse der mittlerweile wieder zahlreich gewordenen Apologeten Carl Schmitts ist der Vorwurf zu richten, daß sie aus dem Schaden, den ihr verehrter Meister anzurichten mitgeholfen hat, kein bißchen klüger, das heißt verantwortungsbewußter geworden sind. Einer aus der Apologetenschar heißt Günter Maschke. Er hat vergessen, wovor er 1980 noch nachdrücklich gewarnt hat, und sich heillos verrannt im „Irrgarten Carl Schmitts“ (so der Titel seines Beitrags in: CORINO 1980). Durch nichts zu relativierende und aus der Welt zu schaffende Tatsachen sind nachdrücklich in Erinnerung zu rufen: Der bedeutende Staatsrechtslehrer Carl Schmitt (1888 bis 1985) gab sich neben drei anderen Juristen zur Ausarbeitung des Reichsstatthaltergesetzes (vom 7. April 1933) her. Er trat am 1. Mai desselben Jahres der NSDAP bei. Er ließ sich von den Nazi zum Preußischen Staatrat ernennen und mit zahlreichen akademischen Ämtern betrauen. Seine Schriften „Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff“ (1938) und „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ (1939) konnten in der konkreten Situation nicht anders denn als Legitimierung der nationalsozialistischen Aggression verstanden werden. Aus seinen zahlreichen Notizen und aus seinen Schriften nach 1945 spricht das Fehlen jeden Unrechtsbewußtseins. Damit hängt zusammen, daß er (soweit mir bekannt) in keiner seiner zahlreichen Schriften das Bemühen erkennen läßt, die Mehrdeutigkeiten seiner Theorie zu überwinden. Deshalb ist seine anhaltende Verantwortung dafür festzuhalten, sein Werk offengehalten zu haben für dubiose politische Verwertungen.

Bis heute ist die Befassung mit seinem wissenschaftlichen Werk ein verfängliches Unternehmen geblieben. Denn der Name Carl Schmitt steht für ein gefährliches Denken. Für das Urteil über seine politische Theorie ist die Frage maßgeblich: Beschwört er die Gefahr herauf oder benennt er sie? Die definitive Antwort auf diese Frage steht bislang aus. Eben deshalb ist es angebracht, jene häßlichen Seiten des bedeutenden Theoretikers hervorzukehren, die geeignet sind, vor irgendwelcher Überhöhung des kleinen Mannes aus Plettenberg zu bewahren. Da sind jene zweifelsfrei gegen seine Überzeugung erfolgten antisemitischen Ausfälle zu nennen, die ihn unwiderleglich als einen feigen Opportunisten ausweisen. Da ist weiters zu erinnern an jene unsäglich dünkelhafte Larmoyanz, die aus „Ex captivitate salus“, seinen Notizen während der Internierung in Nürnberg 1945 bis 1947, spricht. Dort fragt er sich: „Wen kann ich überhaupt als meinen Feind anerkennen? Offenbar nur den, der mich in Frage stellen kann [bezieht sich offenkundig auf Robert Kempner, der in Nürnberg das Verhör gegen ihn geführt hat, sg]. Indem ich ihn als Feind anerkenne, anerkenne ich, daß er mich in Frage stellen kann [dazu war Kempner der Sache nach wirklich nicht imstande, sg]. Und wer kann mich wirklich in Frage stellen? Nur ich mich selbst. Oder mein Bruder. Der Andere ist mein Bruder, und der Bruder erweist sich als mein Feind.“ Die jämmerliche Selbsterhöhung kannte kein Halten, wie die folgende Notiz des Katholiken Schmitt beweist: „Weh dem, der keinen Freund hat, denn sein Feind wird über ihn zu Gericht sitzen. Weh dem, der keinen Feind hat, denn ich werde sein Feind sein am jüngsten Tag.“

Wenn hier die Auseinandersetzung mit Schmitts Werk aufgenommen wird, so aus der Überzeugung, daß es den Blick und den Verstand für sich abzeichnende Gefahren schärfen hilft. Aussichtslos, ja dumm und gefährlich wäre es allerdings, darüber einen Streit beginnen zu wollen, ob die Beanspruchung Schmitts von der „Neuen Rechten“ für sich rechtens sei. Es wäre verantwortungslose (Selbst-)Täuschung oder absichtsvolle Irreführung, die Illusion zu nähren, eine *politische Verwertung* seiner politischen Theorie könnte einer anderen Richtung förderlich sein als einer, die weit, sehr weit nach rechts geht.

Das Problem: Das Politische bezeichnet nicht mehr ein eigenes Gebiet

Solange der Staat das Monopol des Politischen hat, solange sei es selbstverständlich und wissenschaftlich berechtigt, die allgemeinen Bestimmungen des Politischen durch Rückverweisungen an das Staatliche zu gewinnen. Der Staat und die Politik können beinahe synonym gebraucht werden, wenn und solange Staat und Gesellschaft voneinander getrennte Bereiche sind. Trennung von Staat und Gesellschaft ist konstitutiv für den klassischen Nationalstaat, der realgeschichtlich in annähernd reiner Gestalt ausgebildet war im Absolutismus; ideengeschichtlich ist es der (im Irdischen) uneingeschränkt souveräne „Leviathan" des Thomas Hobbes.

Als Indiz dafür, daß noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Identifizierung von Staat und Politik keineswegs selbstverständlich vorausgesetzt war, ist die dem heutigen Bewußtsein überflüssig scheinende Eigenschaftsbestimmung des Staates als politisch. Hegel und der junge Marx sprachen ausdrücklich vom „politischen Staat" im Gegensatz zur „unpolitischen Gesellschaft". Die (geheimgesellschaftliche) Aufklärungskritik wie ihre Abkömmlinge, Liberalismus und Marxismus, forcierten diese völlig selbstverständliche Entgegensetzung von politischem Staat und unpolitischer Gesellschaft zu einer Reihe polemischer Dualismen. Carl Schmitt hat eine anschauliche Darstelllung solcher Gegensatzreihen von der Position des geschichtsphilosophisch überhöhten Fortschrittsglaubens gegeben, wie er für den noch optimistischen Liberalismus bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts typisch war (1932, 74):

Freiheit, Fortschritt und Vernunft	gegen	Feudalismus, Reaktion und Gewalttätigkeit
verbunden mit		verbunden mit
Wirtschaft, Industrie und Technik als Parlamentarismus	gegen	Staat, Krieg und Politik als Diktatur

Zum Ergebnis hatte die Kritik der absolutistischen Willkür aber nicht die Überwindung von Gewalt und Krieg, Herrschaft und Staat, sondern: Die Trennung von Staat und Gesellschaft wurde durchbrochen, als sich gesellschaftliche Interessen politisch artikulierten und geltend machten, d. h. als sich die in den Parteien formierten gesellschaftlichen Interessentengruppen des Staates zu bemächtigen begannen. Daraus sei die Ausweitung der Staatsaufgaben hervorgetrieben worden bis zur völligen wechselweisen Durchdringung und Vermischung des Gesellschaftlichen und des Politischen. In diesem Zustand kann Schmitt nicht die Vergesellschaftung des Staates, die Negation des Politischen durch seine Rückholung in den gesellschaftlichen Verband der Privatbürger erkennen, sondern umgekehrt – den „totalen Staat":

„Ein pluralistischer Parteienstaat wird ... aus Schwäche ‚total'; er interveniert in alle Lebensgebiete, weil er die Ansprüche aller Interessenten erfüllen muß. Insbesondere muß er sich in das Gebiet der bisher staatsfreien Wirtschaft begeben, auch wenn er dort auf jede Leitung und politischen Einfluß verzichtet." (1932, 96)

Neun Jahre vorher hatte Schmitt schon von einer neuen Art Politik der neuen, auf ökonomischer Basis etablierten Macht gesprochen. Nachdrücklich betonte er schon damals: „Aber Politik wird es sein, was sie treiben ..."; sie: die wirtschaftlichen Interessentengruppen. Die typisch wirtschaftlichen Konflikte zwischen Unternehmer(verbänden) und Belegschaften oder Gewerkschaften um Lohn, Arbeitszeit, Schutzbestimmungen können in den schärfsten Formen ausgetragen werden und doch im Kompromiß enden. Der Extremfall, daß sich eine Seite vollständig durchsetzt, ist selten. Die aktivistisch kämpfende Seite der Lohnarbeit ist viel eher darauf angewiesen, ihre ökonomischen Forderungen politisch aufzuladen, um die Kampfbereitschaft zu erhalten, als die auf das staatlich garantierte Eigentumsrecht sich stützende Gegenpartei. Politisch „aufgeladen" werde der aus wirtschaftlichen Interessengegensätzen entspringende Kampf durch eine „Idee", sagt Schmitt. Nahe liegt die Idee des Salut public, der öffentlichen Wohlfahrt, des Common wealth, des Gemeinwohls. „Wer schafft den Reichtum? Wer sichert den Wohlstand?" wären die typischen Streitfragen. Kein großer sozialer Gegensatz ließe sich ökonomisch lösen, meinte Schmitt 1923: „Wenn der Unternehmer den Arbeitern sagt: ‚Ich ernähre euch', so antworten ihm die Arbeiter: ‚Wir ernähren dich', und das ist kein Streit um Produktion und Konsumtion, es ist gar nichts Ökonomisches, sondern entsteht aus einem ... Pathos moralischer oder rechtlicher Überzeugung." (1923, 30) Eine solche, auf einer „Idee" beruhende Überzeugung beanspruche eine spezifische Art Geltung und Autorität. Allerdings könne kein „geistiges Zentrum" mit dem Anspruch verbindlicher Geltung mehr positiv bestimmt werden, nachdem der im 16. Jahrhundert einsetzende Prozeß fortwährender „Neutralisierungen und Entpolitisierungen" der verschiedenen Gebiete des geistigen und kulturellen Lebens an seinem Ende angelangt sei: bei der Technik, genauer: bei der „Religion der Technizität". Diese hält Schmitt für den Massenglauben eines antireligiösen Diesseits-Aktivismus:

„Er ist die Überzeugung einer aktivistischen Metaphysik, der Glaube an eine grenzenlose Macht und Herrschaft des Menschen über die Natur, sogar über die menschliche Physis, an das grenzenlose ‚Zurückweichen der Naturschranke', an grenzenlose Veränderungs- und Glücksmöglichkeiten des natürlichen diesseitigen Daseins der Menschen." (1991a, 93)

Es handle sich um eine „magische Religiosität", die kein Ideal und keine Idee hervorbringen kann, sondern nur das Idol der endlosen Beschleunigung eines reibungslos funktionierenden Prozesses. Die Abfolge der wechselnden Zentralgebiete stellt Schmitt dar als den Weg vom Theologischen ins Metaphysische, von dort ins Humanitär-Moralische und schließlich zum Ökonomischen, das als Kern bereits das Technische enthalte. Wichtig sei die Zwischenstufe des Ästhetischen gewesen, die die Romantik des 19. Jahrhunderts bedeutet habe. „Denn der Weg vom Metaphysischen und Moralischen zum Ökonomischen geht über das Ästhetische, und der Weg über den sublimen ästhetischen Konsum und Genuß ist der sicherste und bequemste Weg zur allgemeinen Ökonomisierung des geistigen Lebens und zu einer Geistesverfassung, die in Produktion und Konsum die zentralen Kategorien des menschlichen Daseins findet." (1991a, 83)

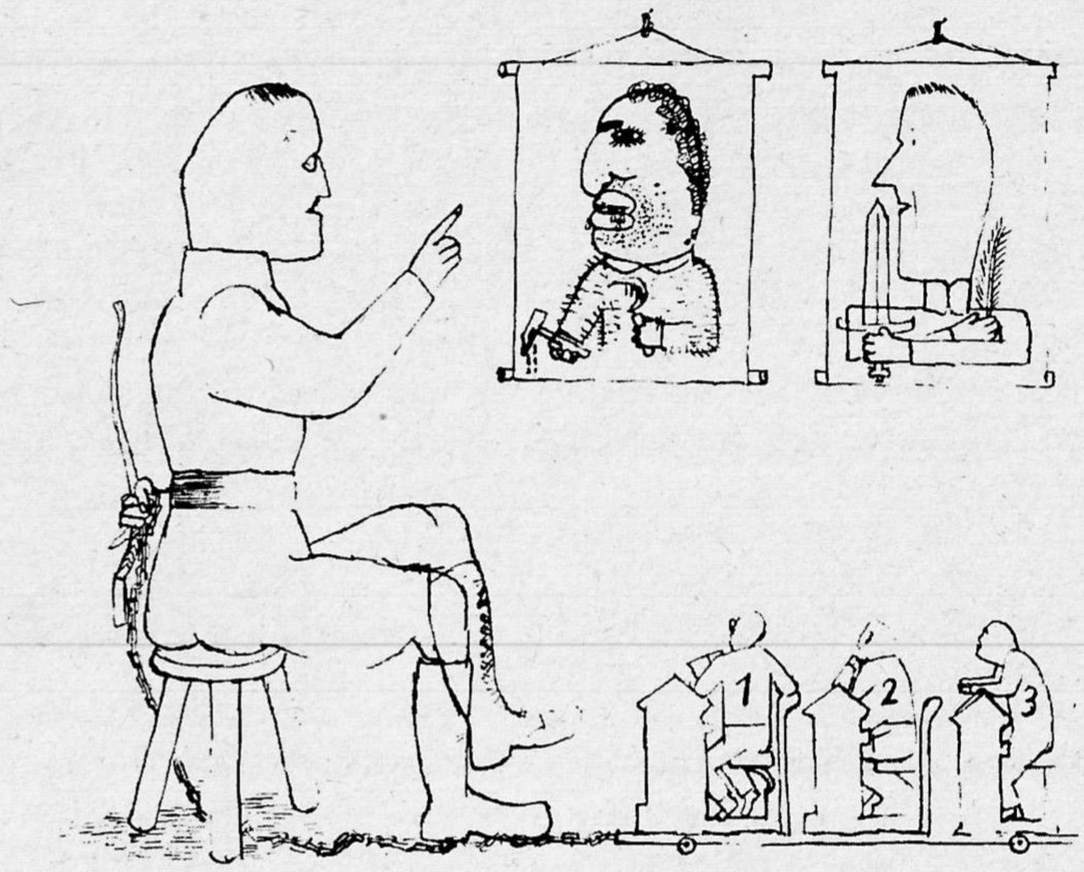
Ob Schmitt es für möglich gehalten hat, noch einmal ein geistiges Zentrum zu etablieren, hat er nicht klargestellt. Keinen Zweifel aber hinterläßt die Lektüre über seine Auffassung, daß das

Geistige im 20. Jahrhundert nur noch von einer starken politischen Macht her behauptet werden könne gegen den scheinbar rein sachlichen Zwang zur Effektivierung und Intensivierung der Abläufe. Was aber heißt es denn, um die politische Macht zu kämpfen oder sie zu behaupten, wenn das Politische nicht länger ein bestimmtes Gebiet, das Staatliche, bezeichnet? Es heißt, sich am ERNSTFALL orientieren, in dem Freund und Feind einander in einem Kampf auf Leben und Tod gegenüberstehen. Jene Gruppierung, die sich am Ernstfall orientierte, sei dessen gewahr, was das spezifisch Politische nun, nachdem der Staat das Monopol des Politischen verloren habe, ausmache: „den äußersten Intensitätsgrad einer Verbindung oder Trennung, einer Assoziation oder Dissoziation zu bezeichnen".

Aus Motiven religiöser, nationaler, wirtschaftlicher, kultureller oder anderer Art würden sich Menschen gruppieren, zu Vereinigungen gegen andere Gruppierungen zusammenschließen. In der Tat ist die Gegnerschaft in einem Meinungsstreit etwa um ästhetische Fragen von erheblich geringerer Intensität als eine daraus erwachsende politische Frontstellung. Die Geschichte der Zusammenführung der unzähligen heimattümelnden, reaktionären, antimodernen, völkisch-nationalistisch-alldeutschen Kultur(schutz)gemeinden, Wandervögel und deutsch-christlichen Pfadfindergruppen in dem von Alfred Rosenberg geleiteten „Kampfbund für die deutsche Kultur" ist für den Anschauungsunterricht in Sachen Politisierung gut geeignet: Die Bündelung der verbreiteten Ressentiments und Aversionen gegen moderne Kunst in dem mit dem Doppelwort „jüdisch"-"kunstbolschewistisch" bezeichneten Feind steigerte nicht nur deren Aktivitäten gewaltig, sondern auch Zusammenhalt und Durchschlagskraft. Die Begrenztheit und äußerste Fragwürdigkeit einer durch die Bestimmung „des Feindes" gebildeten „politischen Einheit" erwies sich allerdings, nachdem die Nazi die Macht erobert hatten. Als „der Feind" geschlagen war, trat die Inhaltsleere der aggressiv-reaktionären Kulturkampfbündlerei wie des Nazitums überhaupt zutage, das heißt zu einer positiven Bestimmung des vielbeschworenen „nationalsozialistischen Kunstwollens" kam es während der Tausend Jahre ebensowenig wie zur Etablierung einer politischen Ordnung. Die Andeutung möge genügen, um die Gefahren einer (ausschließlich) „vom Feind" her sich bestimmenden Politik bewußt zu machen.

Schmitt verwahrte sich nachdrücklich gegen den Verdacht, er hätte eine „bellizistische oder militaristische Freund-Feind-Theorie" vorgelegt.

„Das Politische liegt nicht im Kampf selbst, ... sondern ... in einem von dieser realen Möglichkeit bestimmten Verhalten, in der klaren Erkenntnis der eigenen, dadurch bestimmten Situation und in der Aufgabe, Freund und Feind richtig zu unterscheiden." (...) „Politisch ist jedenfalls immer die Gruppierung, die sich am Ernstfall orientiert." (1991a, 37 und 39)



George Grosz, Schule 1935

Ernstfall, Souveränität, Entscheidung

Wie beinah jede politische Theorie steht auch die des Carl Schmitt unter dem Eindruck einer instabilen, gefährdeten politischen Ordnung, genauer: Unter dem Eindruck drohenden Bürgerkriegs, der bis zum Äußersten verschärft wäre im Krieg aller gegen alle. 1922 hat sich Schmitt zum ersten Mal systematisch mit der Frage der politischen Souveränität auseinandergesetzt. Davon sei aus den allgemeinen Lehrbuchdefinitionen („höchste, nicht abgeleitete Herrschaftsmacht" u. dgl. mehr) kein brauchbarer Begriff zu gewinnen, sagt er, sondern aus dessen Anwendung im Konfliktsfall. Je mehr der Konfliktsfall dem absoluten Ausnahmefall angenähert sei, desto klarer stelle sich die Frage: „wer entscheidet, worin das öffentliche oder staatliche Interesse, die öffentliche Sicherheit und Ordnung, das Gemeinwohl etc. besteht". Erst dieser Fall, in dem im Sinn des parlamentarischen Gesetzgebungsstaates keine Kompetenz vorliege, da deren Voraussetzungen wie ihr Inhalt nach Lage der Dinge nicht begrenzt sein könnten, sei als absoluter Ausnahmefall zu bezeichnen und nicht jede polizeiliche Notstandsmaßnahme oder Notverordnung.

„Der Souverän entscheidet sowohl darüber, ob der extreme Notfall vorliegt, als auch darüber, was geschehen soll, um ihn zu beseitigen. Er steht außerhalb der normal geltenden Rechtsordnung und gehört doch zu ihr, denn er ist zuständig für die Entscheidung, ob die Verfassung in toto suspendiert werden kann", führt er aus (1922, 13), und selbstverständlich gingen alle modernen rechtsstaatlichen Tendenzen dahin, den Souverän in diesem Sinn zu beseitigen. Es sei nur folgerichtig im Sinne des Rechtspositivismus, wenn Hans Kelsen, den Schmitt als seinen Antipoden auf staatsrechtlichem Gebiet anerkennt, zur Forderung gelange: „Der Souveränitätsbegriff muß radikal verdrängt werden." (zit. n.: ebenda) Die in diese Richtung unternommenen Bemühungen, den Ausnahmezustand möglichst eingehenden Regelungen zu unterziehen, beurteilt Schmitt polemisch als „den Versuch, den Fall genau zu umschreiben, in welchem das Recht sich selber suspendiert" (ebenda, 21). Der Sache nach beurteilt Schmitt Kelsens Forderung als die alte liberale Negierung des Staates, der Politik überhaupt. Schwer zu widerlegen ist Schmitts Einwand gegen die rechtspositivistische Tendenz zur Eskamotierung des Ausnahmezustands, daß hier keine juristisch zu entscheidende Frage vorliege: Ob man das

Vertrauen und die Hoffnung habe, der extreme Ausnahmefall könnte wirklich aus der Welt geschafft werden oder nicht, hänge ab von (geschichts-)philosophischen oder metaphysischen Überzeugungen.

Nachdrücklich betont werden muß, daß Schmitt den Ausnahmefall wohl abgrenzt einerseits gegen den „Normalfall", in dem generelle Normen unangefochten Geltung beanspruchen können, und gegen das Chaos, die Anarchie, als dem Zustand ohne jede Ordnung. Der Ausnahmezustand ist bei Schmitt aber ein pathetisch aufgeladener Begriff: „Das Normale beweist nichts, die Ausnahme beweist alles; ... In der Ausnahme durchbricht die Kraft des wirklichen Lebens die Kruste einer in Wiederholung erstarrten Mechanik." (ebenda 22)

Was da in Schmitts Vorstellung durchbrochen würde, hat ein anderer mit einer anderen Metapher bezeichnet: Die unausweichlich der Rationalisierung unterworfenen Lebenstätigkeiten hätten ein „ehernes Gehäuse der Hörigkeit" geschaffen, sagt Max Weber. Nahegelegt ist die realitätsnähere Vorstellung von massiveren Wänden aus einem härteren Material, nicht die einer dünnen Haut aus erkalteter zäher Flüssigkeit; und „dem wirklichen Leben" hat Weber gewiß nicht die Kraft zugemutet, dies Gehäuse zu zerbrechen. „Das wirkliche Leben" hätte Weber wohl eine (existentialistische) Literatenphrase genannt, ungeeignet den Grund zu erfragen, „der die Verschiebung der Chancen für die eine oder die andere Form sozialen Handelns und der sozialen Beziehungen bewirkt". Das Gerede von der Kraft des wirklichen Lebens hätte ihm als einer der Fälle gegolten, den tatsächlich höchst vielfältigen Gründen für die Verschiebung der Chancen im Lebenskampf einen ganz ungeeigneten einheitlichen Ausdruck zu geben. „Es besteht dabei stets die Gefahr", schreibt Weber mit unverhohlener Verachtung, „unkontrollierte *Wertungen* in die empirische Forschung zu tragen und vor allem: Apologie des im Einzelfall oft rein individuell bedingten, also in diesem Sinn des Wortes: ‚zufälligen', *Erfolges* zu treiben." (WEBER 1990, 21)

Hätte Weber Schmitts Apologie des Souveräns gekannt, er hätte das als eines der vielen Beispiele der Apologie des rein zufälligen Erfolges rubriziert, von denen, wie er sagt, die letzten Jahre mehr als zuviel gebracht hätten. Umgekehrt hat Schmitt geahnt und ernst genommen, daß er solchem Urteil durch den nationalliberalen Herrschaftssoziologen unterliegen würde. Direkt gegen Weber zielt sein Apodiktum, daß staatliche Souveränität nicht durch das Zwangs- und Gewaltmonopol, sondern durch das Entscheidungsmonopol zu definieren sei (1922, 20). Darin mündet schließlich alle angestrengte Kritik, das heißt gedanklich scharfe Unterscheidung, für die Krise gerüstet zu sein, die *reine Entscheidung aus dem (normativen) Nichts* erfordern würde. Als Versuch, die nackte Willkür der, jeder inhaltlichen Bestimmung bloßen Dezision zu verhüllen, muß seine Gleichsetzung von *Souveränität* mit *Autorität* gekennzeichnet werden. Das potentiell Verhängnisvolle eines solchen Verhüllungsversuches offenbart die damit einhergehende Verharmlosung von *Herrschaft* als Autorität.

Autorität, Macht, Herrschaft

In seinem unerbittlichen, bis ins Wahnwitzige getriebenen Bestreben, sämtliche, von ihm für die „Chancen" der Lebensgewinnung als erheblich erachteten, „Ordnungen, Verhältnisse, Beziehungen" aller Gebiete menschlicher Lebenstätigkeit in eine Reihe von Paragraphen zu zwingen, gab Max Weber folgende Definitionen von Staat und politisch:

„ 17. Politischer Verband soll ein Herrschaftsverband dann und insoweit heißen, als sein Bestand und die Geltung seiner Ordnungen innerhalb eines angebbaren geographischen Gebiets kontinuierlich durch Anwendung und Androhung physischen Zwangs seitens des Verwaltungsstabes garantiert werden. Staat soll ein politischer Anstaltsbetrieb heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwangs für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt. – ‚Politisch orientiert' soll ein soziales Handeln, insbesondere auch ein Verbandshandeln, dann und insoweit heißen, als es die Beeinflussung der Leitung eines politischen Verbandes ... bezweckt." (WEBER 1990, 29)

Für das volle Verständnis der Weberschen Bestimmungen muß auf die 16 vorstehenden Paragraphen verwiesen werden, in denen er die „soziologischen Grundbegriffe" durchbuchstabiert, von denen die für seine Definition von „Staat" zentralen hervorgehoben sein sollen: „Ordnung", „Verband", „soziales Handeln", „Betrieb", „Anstalt", „Herrschaft". Was in den Ohren von Individualisten mit ihren liberalistischen Freiheitsidealen und post-"realsozialistischen" Linken mit ihren moralistischen Ressentiments schrecklich klingt, drängt zur Frage: Ist das Schreckliche Weber anzulasten, oder spricht Weber im Gestus betonter Unerschrockenheit aus, was wirklich ist oder droht? Symptomatisch für seine an der Kategorie „Herrschaft" orientierte politische Soziologie ist das Eingeständis, daß sein Definitionsvermögen vor der „Macht" versagt. „Der Begriff ‚Macht' ist soziologisch amorph", heißt es lapidar. Daher müsse der soziologische Begriff „Herrschaft" präziser sein und könne „nur die Chance bedeuten: für einen Befehl Fügsamkeit zu finden" (ebenda, 28f.).

Schmitt bevorzugt die Umschreibung des Herrschaftsverhältnisses in den Worten des vom Bürgerkrieg erschrockenen Thomas Hobbes: „Gehorsam und Schutz". Ausgeblendet bleiben im Konstrukt einer absolut souveränen Autorität, der die auf ihre Privatheit verwiesenen Bürger als schutzbefohlene Gehorsamspflichtige unterworfen wären, die realgeschichtlichen Gründe für den Sturz der absolutistischen Antwort auf den Zerfall der religiös gebundenen Ordnung: die Gefährdung von Unversehrtheit und Leben der Privatbürger durch die absolutistische Willkür und die Ausbildung der Kritik des Politischen aus der ins Unpolitische, ins Nicht-Öffentliche abgedrängten Sphäre der privaten Gewissensfreiheit. Daraus hätten sich, nachdem die Erfahrungen der Religions- und Bürgerkriege allmählich verblaßt waren, die Geheimgesellschaften und Gelehrtenrepubliken entwickelt, in denen das Selbstbewußtsein der aufgeklärten Kritik ausgebildet worden sei, die sich schließlich zur obersten Instanz aufschwingen sollte. Vom höchsten Richterstuhl der herrschaftsfreien, doch machtlosen Vernunft aus sollte das vernichtende Urteil über den absolutistischen Fürsten gesprochen werden.[1]

Hannah Arendts wertvollen, philosophisch und theologisch gebildeten Beiträgen zur politischen Theorie ist die Einsicht zu danken, daß heute die Frage, was Autorität sei, richtig heißen müsse: Was war Autorität? Signum des modernen Autoritätsverlustes sei der radikale Zweifel – nicht an der Legitimität gerade herrschender Gewalten, sondern – an der Legitimität von Autorität überhaupt. Der Autoritätsverlust sei das letzte, entscheidende Stadium der neuzeitlichen Entwicklung, in der

über Jahrhunderte Tradition und Religion erschüttert worden seien. Der Verlust der Tradition bedeute den Verlust gewissermaßen des Geländers, an dem sich das Denken sicher entlang bewegen könne, da es die Verbindung der Gegenwart mit der Vergangenheit sichere, woraus zuversichtliche Zukunftserwartung gespeist sei. Am Religionsverlust kann keinen Zweifel hegen, wer nicht religiöse (Rück-)Gebundenheit und persönlichen Glauben verwechselt. Die Emanzipation der Philosophie aus dem Status einer Magd der Theologie ist durch den radikalen, keinen Halt mehr findenden Descartes'schen Zweifel hindurch erfolgt, und habe die Philosophie in eine Schule des Mißtrauens verwandelt.

Der Grund, warum die konservative Reaktion auf den modernen Autoritätsverlust durch die Behauptung einer spezifischen „Autorität überhaupt" geglaubt werden kann, liege darin, daß Autorität immer mit dem Anspruch des Gehorsams auftrete, weshalb sie gemeinhin für einen Zwang besonderer Art gehalten werde, klärt Arendt die verbreitete Verwechslung auf. Sie präzisiert: „Autorität jedoch schließt gerade den Gebrauch jeglichen Zwanges aus, und wo Gewalt gebraucht wird, um Gehorsam zu erzwingen, hat Autorität immer schon versagt. Andererseits ist Autorität unvereinbar mit Überzeugen, welches Gleichheit voraussetzt und mit Argumenten arbeitet. Argumentieren setzt Autorität immer außer Kraft (...) Will man also Autorität überhaupt definieren, so würde es sich vor allem darum handeln, sie klar sowohl gegen Zwang durch Gewalt wie gegen Überzeugen durch Argumente abzugrenzen. Denn die autoritäre Beziehung beruht weder auf einer beiden Teilen gemeinsamen Vernunft noch auf der Macht des Befehlenden. Was beide gemeinsam haben, ist die Hierarchie selber, deren Legitimität beide Parteien anerkennen und die jedem von ihnen seinen von ihr vorbestimmten, unveränderten Platz zuweist." (ARENDT 1994, 160)

Schmitts Antwort auf die Tendenz des Liberalismus zur Zurück- oder Verdrängung des Politischen ist davon keineswegs so unbeeindruckt, wie seine schroffe Kritik suggeriert. Die Befangenheit seines Denkens in dem von Thomas Hobbes vorgezeichneten Horizont erwiese sich bei eingehender Untersuchung als im Kern – liberalistisch. Dies müßte in einem eigenen Artikel ausgeführt werden. Hier muß die Betonung der einen Konsequenz aus Schmitts Inkonsequenz genügen: Da er keine inhaltliche Begründung der politischen Autorität zu leisten vermag, erweist sich seine Rede davon als eine Irreführung, die an entscheidender Stelle hinter Weber zurückfällt.

Weltherrschaft

Brigitte Hommerich hat überzeugend dargelegt, daß Webers Werk verstanden werden muß als die am Rande der Verzweiflung geleistete ungeheure Anstrengung, den „Willen zur Herrschaft" (über die eigenen psychophysischen Beschränktheiten, über die Natur) als den einzigen Weg aus dem drohenden Untergang alles Individuellen (im emphatischen Sinn des humanitär-liberalistischen Freiheitsideals) im unaufhaltbar scheinenden Rationalisierungsprozeß zu begründen.[2] Nichts anderes besagt seine Begründung, warum aus der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg die innenpolitische Konsequenz des Parlamentarismus gezogen werden müsse. Seine Begründung lautet: „*Nur Herrenvölker haben den Beruf, in die Speichen der Weltentwicklung einzugreifen.*" Er wendet sich in beispielloser Schärfe gegen den verbreiteten Rassismus und stellt klar: „Unter einem ‚Herrenvolk' verstehen wir dabei nicht jenes häßliche Parvenügesicht, welches Leute daraus machen, deren nationales Würdegefühl ihnen gestattet, von einem englischen Überläufer, wie Herrn H. St. Chamberlain, sich und die Nation darüber unterrichten zu lassen: was ‚Deutschtum' ist." Kein Mißverständnis zulassend stellt er den Zusammenhang von Politik nach außen und politischer Ordnung im Inneren heraus: „Der ‚*Wille zur Ohnmacht*' im Innern, den die Literaten predigen, ist mit dem ‚Willen zur Macht' in der Welt, den man in so lärmender Weise hinausgeschrieen hat, nicht zu vereinigen." (WEBER 1988, 442)

Carl Schmitt scheut davor zurück, sich in vergleichbarer Offenheit für deutsche Großmachtpolitik auszusprechen und über die seiner Meinung nach erforderliche innenpolitische Neuordnung. Eher implizit denn ausdrücklich sieht auch er die „große Politik" auf dem internationalen Feld angesiedelt, auf dem einander starke Staaten als die bedeutenden politischen Einheiten gegenüberstehen. Diese beinah selbstverständliche Voraussetzung politischen Denkens ist ein Grund für die immer wieder zu beobachtende Fassungslosigkeit (die sich in erschrockenem Staunen oder in meines Erachtens unbedachter Ignoranz äußert), wenn die an die vergleichsweise harmlose Bescheidenheit österreichischer Kleinstaatspolitik gewohnte Wahrnehmung von Politik mit großmachtpolitischem Denken konfrontiert ist. Schmitts Begriff des Politischen kann nicht anders verstanden werden denn als Beitrag eines Staatsrechtlers, der sich orientiert an der Möglichkeit von Konflikten um die Weltherrschaft.

Ich fürchte, daß die sterile Aufgeregtheit des bloßen Moralisierens den mit Österreichs EU-Beitritt geschaffenen Gegebenheiten endgültig mehr als unangemessen geworden ist. Es kann nur angedeutet werden, was der absehbare Fall der Neutralität für Österreichs Situation heißen wird in dem vom CDU-Strategen Wolfgang Schäuble konzipierten „Kern-Europa". Dessen Realisierung ergäbe eine neue politische Einheit. Die Prognose, wer innerhalb derer die dominierende politische Einheit sein würde, bereitet keine allzu großen Schwierigkeiten: Es droht ein von den nationalen Interessen Deutschlands dominierter, in sich nach dem Grad der Anbindung an das Machtzentrum gegliederter, europäischer „Großraum".

Erst in diesem Kontext weitet sich der Blick für die wirklichen politischen Gefahren der Haiderei, die hier nur indiziert werden können.

- Sein Konzept einer „Dritten Republik" ist als verfassungsrechtlicher Reformvorschlag nicht seriös zu beurteilen, weil sich der politische Gehalt einer Verfassung an den gesatzten Kompetenz- und Verfahrensregelungen erweist. Die F-Papiere sind von präzisen gesetzlichen Fassungen der behaupteten Absichten weit entfernt. Sie müssen als die Propagierung einer „plebiszitären Führerdemokratie" verstanden werden, die in die Wirklichkeit am ehesten als gestaltlose Herrschaft treten würde, wie sie in der (bisher noch nicht vollständig durchgeführten) Verwandlung der FPÖ in eine dem Führer folgende „Bewegung" vorgebildet ist.
- Der politische Gehalt der Haiderei erschöpft sich in „Feind"-Bestimmungen: „die kriminellen, ‚unseren' Wohlstand gefährdenden Ausländer und die unfähigen, faulen, parasitären ‚Bonzen' der Altparteien und Interessenverbände". Bislang noch nicht sind die weithin beliebig der Situation anzupassen-

den „Feind"-Bestimmungen gebündelt in dem „einen Feind", der als „der Grund allen Übels" „vernichtet" werden müßte.

- Der österreichische Rahmen ist dafür zu klein, und Österreichs irgend denkbare weltpolitische Bedeutung zu gering, als daß sich die Haiderei hier voll entfalten könnte. Deshalb scheint es angeraten, seine häufigen Auftritte im großen Nachbarland zumindest zu registrieren und sich Gedanken darüber zu machen, was der Zweck des Aufbaus von Kontakten zur ordoliberalistischen Plattform in der FDP um den ehemaligen Generalbundesanwalt von Stahl, zu namhaften CSU- und bislang zu weniger namhaften CDU-Politikern sein könnte.

„Feindschaft" als Antwort auf die „Tyrannei der Werte"

Befragt man Schmitts Theorie nach der anderen Seite des „Feindes", findet sich dieselbe Inhaltsleere wie bei dessen Bestimmung: „Der politische Feind braucht nicht moralisch böse, er braucht nicht ästhetisch häßlich zu sein; er muß nicht als wirtschaftlicher Konkurrent auftreten, und es kann vielleicht sogar vorteilhaft sein, mit ihm Geschäfte zu machen. Er ist eben *der andere, der Fremde*, und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existentiell etwas anderes und Fremdes ist, so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind, die weder durch eine im voraus getroffene generelle Normierung, noch durch den Spruch eines ‚unbeteiligten' und daher ‚unparteiischen' Dritten entschieden werden können... Die Begriffe Freund, Feind und Kampf erhalten ihren realen Sinn dadurch, daß sie insbesondere auf die reale Möglichkeit der physischen Tötung Bezug haben und behalten. Der Krieg folgt aus der Feindschaft, denn diese ist seinsmäßige Negierung eines anderen Seins." (SCHMITT 1991a, 27 u. 33)

Schmitt war kein Phantast, der für einen der zahlreichen obskuren völkischen Zirkel geschrieben hat. Er war sich dessen bewußt, daß in „normalen, ruhigen" Zeiten auch ein jeder normativen dauernden Geltung entleerter, den bürokratischen Reglementierungsbedürfnissen des Verwaltungsstaates gemäßer, „funktionalistisch-technischer Gesetzesbegriff", den er als charakteristisch für den von den Parteien okkupierten „parlamentarischen Gesetzgebungsstaat" ansah, das stillschweigend vorausgesetzte Vertrauen in die Legitimität der Legalitätsordnung nicht erschüttern würde. Als ein typisches Signal der Legitimitätskrise des Parlamentarismus beurteilte er den auch heute weitverbreiteten Sprachgebrauch etwa anläßlich einer der vielen Skandalisierungen von hohen Politiker- und Funktionärsbezügen, wenn die Formel: „Streng legal, doch den höheren Maßstäben dessen, was für legitim gehalten wird" gebraucht wird. Die Redensart gibt Kunde von der „Entwertung" der spezifisch parlamentaristischen Legitimität, der Legalität.

Damit ist die dem Liberalismus eigene spezifische Legitimität selbst jenem nach Schmitts Auffassung typischen Prozeß der Wertsetzungen, Auf- und Abwertungen, Entwertungen und Für-Unwert-Erklärungen erfaßt. Dies wäre nach Schmitt als der wirkliche Prozeß zu verstehen (jedenfalls unterliege es dieser Gefahr), in dem sich das spezifisch liberale Pathos in Wirklichkeit geltend mache, das er versteht als ein eigentümliches Schwanken zwischen zwei Polen. Den einen bildete das Ideal der in einen universalistischen gebetteten individuellen Freiheitsrechte, den anderen das ökonomisch-technische Optimum des reibungslosen Funktionierens. Er sah die Gefahr, daß sich ein höchstes Ideal, wie das des Pazifismus, zur politischen Konsequenz steigern, und sich als fähig erweisen könnte, sich der, jeder ausreichend starken Politik zur Verfügung stehenden Technik zu bemächtigen. Deren gigantische Vernichtungskapazität in Verbindung mit einem absoluten Menschheitsideal müßte – in reiner Folgerichtigkeit – zum Äußersten vorangetrieben werden, das heißt in einem furchtbaren Vernichtungskrieg den potentiellen Feind restlos vernichten.

Schmitt hat sich nach 1945 durch das Geschehene nicht belehren lassen. Sonst hätte er nicht zum unveränderten Abdruck freigegeben, was 1929 noch als plausible Befürchtung hatte gelten können. Er schrieb, „daß heute der schrecklichste Krieg nur im Namen des Friedens, die furchtbarste Unterdrückung nur im Nahmen der Freiheit und die schrecklichste Unmenschlichkeit nur im Namen der Menschheit vollzogen wird". Die schrecklichste Unmenschlichkeit wurde kurze Zeit später im Namen der Unmenschlichkeit begangen, wie auch ihm bekannt geworden sein müßte. Die Leugnung, daß die Wirklichkeit Grund für seine Befürchtung gibt, diente jedoch nur der Beruhigung darüber, daß heute in der Tat im Namen der Menschlichkeit unter dem Mantel der Weltorganisation „Police bombing" angedroht wird, wenn die technisch höchstgerüsteten Mächte ihre „vitalen Interessen" bedroht sehen. Kann heute ausgeschlossen werden, daß übermorgen die schrecklichsten Vernichtungswaffen eingesetzt werden könnten, wenn zwischen den darüber verfügenden Mächten Konflikte entstehen sollten: welche Macht welche Gebiete der Erde als ihren „Großraum" gegen „den raumfremden Feind" „zu verteidigen" das Recht hätte?

Es wäre, wie eingangs gesagt, nicht schwer gewesen, es sich mit Schmitt leicht zu machen. Ohne Schwierigkeiten lassen sich Zitate montieren zum „Beweis" einer vulgären „Freund-Feind-Theorie". Doch ist es schlicht absurd, ihm ein Plädoyer für eine Art diktatorischen Kriegerstaat zu unterschieben. Das Vieldeutige seiner äußerst scharf scheinenden Bestimmungen des Politischen sei abschließend an dem von ihm wiederholt betonten Ziel seiner theoretischen Bemühungen demonstriert. Mit der „Hegung des Krieges" im jus publicum Europaeum sei eine große Leistung gelungen, denn es hätte den im Krieg unterlegenen Feind davor bewahrt, daß er als Verbrecher behandelt worden wäre. Sein Bemühen um gedankliche und sprachliche Präzision läßt ausschließen, daß ihm ausgerechnet bei dieser häufig wiederkehrenden Formulierung eine unbedachte Ungenauigkeit unterlaufen wäre. Doch Hegung bedeutet nicht nur Eingrenzung und Begrenzung, sondern auch Pflege. Wer für die Pflege des Krieges eintritt, forciert die Mehrdeutigkeit: Er will den Wildwuchs verhindern, auf daß er prächtig gedeihe.

PS: Gegen die verbreitete Beliebtheit der Verwechslung einer theoretischen Auseinandersetzung mit einem Gerichtsverfahren wird es auch nicht viel nützen, an Hannah Arendts Überraschung zu erinnern, als sie beim Eichmann-Prozeß Bekanntschaft mit „Der Banalität des Bösen" machen mußte. Der schlechte Idealismus liefert einfach eine bequemere Erklärung als verlangt ist von der Tatsache, daß nicht der Gedanke am Anfang der Untat gestanden ist, sondern die Gedankenlosigkeit. ■

Dr. Stephan GANGLBAUER ist freiberuflicher Historiker.

Anmerkungen

1 Vgl.: KOSELLECK 1973.
Mit dem aufschlußreichen Untertitel „Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt“ hat Reinhart Koselleck die Geschichte der Aufklärung als den Weg von der Kritik zur Krise, und aus der Krise zur Hypokrisis, das heißt zur Heuchelei der tugendhaften Menschlichkeit dargestellt. In einem weiterführenden Essay läßt er Diderot ausführlich zu Wort kommen, um die Gefahren einer aus der moralischen Anklage resultierenden Politik vorzuführen.
Diderots Kritik des aufgeklärten Absolutismus hat einen modernen Ausgang: „Unter dem Despotismus wird das über seine lange Leidenszeit erbitterte Volk keine Gelegenheit versäumen, seine Rechte wieder an sich zu nehmen, Aber da es weder Ziel noch Plan hat, gerät es von einem Augenblick zum anderen aus der Sklaverei in die Anarchie. Inmitten dieses allgemeinen Durcheinanders ertönt ein einziger Schrei – Freiheit. Aber wie sich dieses kostbaren Gutes versichern? Man weiß es nicht. Und schon ist das Volk in die verschiedenen Parteien aufgespalten, aufgeputscht von sich widersprechenden Interessen. (...)
Nach kurzer Zeit gibt es nur noch zwei Parteien im Staat; sie unterscheiden sich durch zwei Namen, die, wer sich auch immer dahinter verbergen mag, nur noch lauten können ‚Royalisten‘ und ‚Antiroyalisten‘ [in die Gegenwart übertragen: ‚Parlamentaristen‘ gegen ‚Antiparlamentaristen‘, sg]. Das ist der Augenblick der großen Erschütterungen. (...) Der Royalismus dient dabei ebenso als Vorwand wie der Antiroyalismus. Beide sind Masken für Ehrgeiz und Habgier. Die Nation ist jetzt nur noch eine von einem Haufen von Verbrechern und Bestochenen abhängige Masse. In dieser Lage bedarf es nur noch eines Mannes und eines geeigneten Augenblicks, um ein völlig unerwartetes Ergebnis eintreten zu lassen. Kommt dieser große Augenblick, erhebt sich auch schon der große Mann. (...) Er spricht zu den Menschen, die gerade noch alles zu sein glaubten: Ihr seid nichts. Und sie sprechen: Wir sind nichts. Und er spricht zu ihnen: Ich bin der Herr. Und sie sprechen wie aus einem Munde: Ihr seid der Herr. Und er spricht zu ihnen: Hier sind die Bedingungen, unter denen ich euch zu unterwerfen bereit bin. Und sie sprechen: Wir nehmen sie an. (...) Wie wird die Revolution weitergehen? Man weiß es nicht ...“ (zit. n.: KOSELLECK 1989, 36).
Diderots bemerkenswerte Prognose stammt aus dem Jahr 1774. Sie sollte Anlaß der Würdigung eines aufgeklärten Denkens, das sich seiner Grenzen bewußt ist, sein. Die dem Anlaß gemäße Würdigung ist sicher nicht: verzweifelte Preisgabe der Vernunft angesichts der vorherrschenden Unvernunft; Zerstreuung des Vernünftigen in postmodernen Spielereien; Schwächung der reflektierenden Erfahrung durch die Sehnsucht nach dem unmittelbaren intensiven Erlebnis; empörte Selbsterhöhung in der bloß moralischen Verurteilung des und der der Sache nach unbegriffenen „Üblen“; die Flucht zurück ins Naturmagische.

2 HOMMERICH 1986.
Die radikale, meines Erachtens überzogene, gefährlich nah an den Abgrund des Irrationalismus getriebene Zivilisationskritik der „Dialektik der Aufklärung“ ist gar nicht zu verstehen, wenn Max Webers „heroischer Rationalismus“ als Hintergrund ausgeblendet wird (vgl.: KRÖLL 1992).

Literatur

ARENDT Hannah, 1987[2]: Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays (1967 u. 1971), München (sp 36)

ARENDT Hannah, 1991[2]: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft (I. Antisemitismus, II. Imperialismus, III. Totale Herrschaft; 1951), München (sp 1032)

ARENDT Hannah, 1993: Was ist Politik? Aus dem Nachlaß, hg. von Ursula LUDZ; mit einem Vw. von Kurt SONTHEIMER, München

ARENDT Hannah, 1993[8]: Macht und Gewalt (1970), München (sp 1)

ARENDT Hannah, 1994: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I, (Essays aus den Jahren 1953-1971), hg. von Ursula LUDZ, München (sp 1421)

HOMMERICH Brigitte, Der Wille zur Herrschaft und der Hunger nach Glück. Max Webers Werk aus der Sicht der Kritischen Theorie, Opladen 1986 (Westdeutscher Verlag).

KODALLE Klaus-Michael, 1973: Politik als Macht und Mythos. Carl Schmitts „Politische Theologie“, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz (Kohlhammer)

KOSELLECK Reinhart, 1989: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten (1979), Frankfurt (stw 757)

KOSELLECK Reinhart, 1992[7]: Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt (1959), Frankfurt (stw 36)

KRÖLL Friedhelm, Entzauberung der Welt. Fortschritt als Verhängnis? in: »Weg und Ziel« 4/1992

MASCHKE Günter, Im Irrgarten Carl Schmitts, in: CORINO Karl (Hg.), 1980: Intellektuelle im Bann des Nationalsozialismus, Hamburg (Hoffmann und Campe)

SCHMITT Carl, 1925[2]: Politische Romantik, München und Leipzig (Duncker & Humblot)

SCHMITT Carl, 1931: Der Hüter der Verfassung, Berlin

SCHMITT Carl, 1933[2]: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität (1922), München – Leipzig (Duncker&Humblot)

SCHMITT Carl, 1938: Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff, München – Leipzig (Duncker&Humblot)

SCHMITT Carl, 1947: Ex captivitate salus. Erfahrungen der Zeit 1945/47, Köln

SCHMITT Carl, 1954: Gespräch über die Macht und den Zugang zum Machthaber, Pfullingen

SCHMITT Carl, 1956: Hamlet oder Hekuba. Der Einbruch der Zeit in das Spiel, Düsseldorf – Köln

SCHMITT Carl, 1970: Politische Theologie II. Die Legende von der Erledigung jeder Politischen Theologie, Berlin (Duncker&Humblot)

SCHMITT Carl, 1982: Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols (1938), mit einem Nachwort von Günter MASCHKE (Hg.), Köln („Hohenheim“)

SCHMITT Carl, 1984: Römischer Katholizismus und politische Form (1923, 1925), Stuttgart (Klett-Cotta)

SCHMITT Carl, 1988[4]: Legalität und Legitimität (1932), Berlin

SCHMITT Carl, 1989[7]: Verfassungslehre (1928), Berlin

SCHMITT Carl, 1991: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht (1939, 19414), Berlin (Duncker&Humblot)

SCHMITT Carl, 1991a[3]: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien (3. Auflage der Ausgabe von 1963), Berlin

SCHMITT Carl, 1991b[7]: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1923), Berlin

SCHMITT Carl, 1992[3]: Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen (1963), Berlin (Duncker&Humblot)

WEBER Max, 1988[5]: Gesammelte politische Schriften, Tübingen (UTB, J. C. B. Mohr), darin: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, Sommer 1918

WEBER Max, 1990: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie (1921 aus dem Nachlaß von Marianne Weber hg., in der vorliegenden 5., revidierten Studienausgabe von Johannes Winckelmann, erstmals 1972), Tübingen (J. C. B. Mohr)

Gewerkschaftliche Interessen-vertretung im Wandel

Fritz VERZETNITSCH

1995 ist ein Jahr der Jubiläen. Nicht nur für die Republik, die den 50. Jahrestag ihrer Wiedererrichtung nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft in den Apriltagen des Jahres 1945 feiert, sondern auch für die Arbeiterbewegung. Am 26. Februar 1995 jährte sich zum 75. Mal der Gründungstag der Arbeiterkammern und am 26. April werden der ÖGB und seine Gewerkschaften den 50. Jahrestag der Gründung des überparteilichen ÖGB feiern.

Der Zusammenfall so vieler Jubiläen ist mehr als ein historischer Zufall: Er zeigt, daß die Interessenvertretungen der Arbeiterbewegung mit der Republik Österreich, insbesondere aber mit der Zweiten Republik und ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erfolgsgeschichte, untrennbar verbunden sind.

Der ÖGB als Resultat gemeinsamer Erfahrungen

Der ÖGB ist nicht nur das Ergebnis sachlicher, vernunftorientierter Überlegungen einiger vorausschauender Funktionäre wie Josef Battisti, Johann Böhm, Lois Weinberger und vieler anderer Gewerkschafter, die nach den Jahren der Arbeitslosigkeit, des Faschismus und des Krieges eine umfassende Interessenvertretung der Arbeitnehmer gründeten. Ebenso bestimmend für den ÖGB und seine Gewerkschaften wurde die Einigung des Jahres 1945 vor allem dadurch, daß die sozialistischen, christlichen und kommunistischen Gewerkschafter der Ersten Republik im Laufe des grünen und braunen Faschismus in Österreich durch ihr gemeinsames Ringen um die Wiedergeburt Österreichs Partner und Kampfgefährten wurden.

Vom Gewerkschaftsstaat zum „Koloß auf töneren Füßen"...

Nicht wenige haben im Jahre 1945 dem überparteilichen Gewerkschaftsbund kein langes Leben vorausgesagt. Auch fehlte es in all den Jahren seit seiner Gründung nicht an Kritik am ÖGB.

Galt anfangs die Skepsis der Tatsache, daß Gewerkschafter unterschiedlichster politischer Zugehörigkeit in den Gewerkschaften und im Gewerkschaftsbund solidarisch zusammenarbeiteten, so wurde später, als die Gewerkschaftsbewegung in Österreich und die von ihr mitgetragene Sozialpartnerschaft als anerkannte innenpolitische Faktoren erkennbar geworden waren, behauptet, seine Stärke gefährde die demokratische Republik. Der ÖGB, so wurde verlangt, müsse „rechtlich eingebunden" werden, ein Gewerkschaftsgesetz müsse das besorgen, um den ÖGB einer stärkeren Kontrolle zu unterwerfen und die Entwicklung der Zweiten Republik hin zu einem „Gewerkschaftsstaat" zu unterbinden.

Es mag wie eine Ironie der Geschichte aussehen, daß die Behauptung, der ÖGB sei ein „Koloß auf tönernen Füßen" gerade zu jenem Zeitpunkt aufkam, als die österreichische Gewerkschaftsbewegung über eine funktionierende und auch konzeptiv agierende Sozialpartnerschaft auf innerstaatlicher Ebene ihre stärkste Integration in die sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse erreicht hatte (also in den siebziger und achtziger Jahren). Eben weil der ÖGB und seine Gewerkschaften über die Sozialpartnerschaft in alle für die österreichischen Arbeitnehmer wichtigen Entscheidungsprozesse eingebunden waren – und natürlich noch immer sind –, war das gewerkschaftliche Agieren mit Protestaktionen, Streikandrohung und Streik eher die Ausnahme als die Regel. Dies wurde aber von manchen Stimmen der veröffentlichten Meinung nicht als Stärke, sondern als Schwäche interpretiert.

...und wieder zurück

Heute, Mitte der neunziger Jahre, sind wir mit einem neuerlichen Wechsel der Einstellung in der veröffentlichten Meinung konfrontiert. Der Widerstand des ÖGB und der Gewerkschaften gegen sozial unausgewogene Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung wurde von manchen als „Wiedererwachen des ÖGB", als „neues Selbstbewußtsein der Gewerkschaften" oder

St. Manchester: Personifizierung des sog. Manchesterliberalismus, »Süddeutscher Postillon« Nr. 47/1885

ähnliches interpretiert – und war doch nichts anderes als der ÖGB seit seiner Gründung vor 50 Jahren immer tat: Die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wahrnehmen, und zwar ohne Ansehen, welche Parteien augenblicklich Regierungsverantwortung tragen.

Vom Gewerkschaftsstaat zum „Koloß auf tönernen Füßen" und wieder retour: Das veröffentlichte Bild der österreichischen Gewerkschaftsbewegung besteht aus einer Reihe von Momentaufnahmen aus unterschiedlichen Blickwinkeln und taugt daher nicht als Zustandsbeschreibung, aus der sich organisatorische Strategien für die Zukunft ableiten lassen.

ÖGB: Enge Verflechtungen als besonderes Kennzeichen

Wählen wir einen anderen Zugang zum Thema. In vielen offiziellen und offiziösen Dokumentationen über Österreich ist unter dem Stichwort ÖGB in etwa die folgende Charakterisierung zu finden: „Die österreichische Gewerkschaftsbewegung ist heute eine 1,6 Millionen Menschen – genauer: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie in vielen Organisationsbereichen auch Pensionisten – umfassende Organisation. Der ÖGB versteht sich als überparteilicher, wenn auch nicht unpolitischer Verein, und beruht als einziger großer Interessenverband Österreichs auf einer freiwilligen Mitgliedschaft. Personell ist er über seine Funktionäre und organisatorisch über seine Fraktionen mit den Parteien ebenso verflochten wie mit den Kammern für Arbeiter und Angestellte, den gesetzlichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer."

Dieser Satz von der engen Verflechtung mag eine Erklärung dafür sein, daß der ÖGB und seine Gewerkschaften heute fest in die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse unseres Landes eingebettet sind, obwohl dieses Mitentscheidungsrecht in bestimmten Belangen und Bereichen immer wieder in Frage gestellt wird.

Korporatismus als österreichisches Markenzeichen

Ein anderer, in meinen Augen viel schwerwiegenderer Grund für dieses Eingebettetsein in Entscheidungen, für das Mittragen und Mitverantworten auch in Bereichen, die über die rein gewerkschaftliche Interessenvertretung hinausgehen, liegt in dem in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg installierten und bis heute funktionierenden korporatistischen Sozial- und Wirtschaftssystem.

Österreich hat eines der stabilsten Sozialpartnermodelle

Damit steht Österreich im internationalen Vergleich einzigartig da: Das österreichische Modell der trilateralen Kooperation von Staat, Gewerkschaft und Arbeitgebervertretung hat sich bisher trotz dramatischer Änderungen der internationalen Rahmenbedingungen als äußerst stabil und zugleich anpassungsfähig erwiesen.

Stabil, weil es die divergierenden Interessen in den vergangenen fünf Jahrzehnten unter unterschiedlichsten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen ausgleichen konnte, und anpassungsfähig, weil es im Laufe seiner Entwicklung ohne wesentlichen substantiellen Verlust überholte Aufgaben, beispielsweise die Regelung der Versorgung, abgeben und neue – etwa im Bereich der Forschungs- oder der Umweltpolitik und der europäischen Integration – übernehmen konnte.

Korporatismus als traditionelles Grundmuster

Korporatismus als Grundmuster der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgesellschaft ist im übrigen keine spezielle Errungenschaft der Zweiten Republik. Ihre Anfänge reichen in das späte 19. Jahrhundert zurück, als die Handelskammern als Interessenvertretung des aufstrebenden Handels, Gewerbes und der Industrie errichtet wurden. Mit der Einrichtung der Arbeiterkammern im Jahre 1925 wurde ein langgehegter Wunsch der Arbeiterbewegung Wirklichkeit, mit eigenen gesetzlichen Interessenvertretungen ein Gegengewicht zu den Handelskammern der Arbeitgeberseite zu bilden. In den Arbeiterkammern fand die in der Ersten Republik in Richtungsgewerkschaften aufgespaltene Gewerkschaftsbewegung jene Plattform, auf der ein gemeinsames Agieren im Interesse der Arbeitnehmer möglich war.

Diese kurze Beschreibung des österreichischen Systems der Sozialpartnerschaft und der Rolle des ÖGB in ihr mag für viele Gewerkschafter aus dem Ausland fast wie eine Idylle wirken. Als österreichische Gewerkschafter sind wir jedoch Akteure in diesem Prozeß der Interessenabwägung und -durchsetzung und wissen daher sehr genau, wo uns welche Erosionsprozesse in der politischen Landschaft zu schaffen machen und welche Ursachen sie haben. Die wichtigsten davon sind:

Wachsende Unterschiedlichkeit der Sozialstruktur

Eine Ursache dafür, daß gewerkschaftliche Interessenvertretungspolitik heute wesentlich sensiblere Methoden erfordert als die Urforderung nach dem Acht-Stunden-Tag, ist die zunehmende Unterschiedlichkeit der zu vertretenden Personengruppen. Konnte sich beispielsweise früher die gewerkschaftliche Interessenvertretung in einer Industriebranche im wesentlichen auf zwei große Gruppen, die Arbeiter und die Angestellten, konzentrieren, so ist es heute erforderlich, Rücksicht auf die verschiedensten Untergruppen der Arbeitnehmer zu nehmen.

Organisationspolitisch bedeutet dies für uns Gewerkschafter, daß wir einerseits neue, integrative Formen gewerkschaftlicher Organisation suchen und auch anbieten müssen, die den notwendigen Interessenausgleich auf betrieblicher Ebene, innerhalb einer Branche oder zwischen verschiedenen Branchen auch für das einfache Mitglied transparent, begründbar und mitgestaltbar machen.

Mit dieser organisationspolitischen Veränderung, die eigentlich eine Neuorganisation unseres gesellschaftspolitischen Grundwertes „Solidarität" bedeutet, müssen auch große Anstrengungen in der gewerkschaftlichen Informations- und Bildungsarbeit einhergehen, um bei den Mitgliedern die wissensmäßige Basis für diese verstärkte Mitwirkung zu legen.

Auflösung der Dominanz der sozialen Milieus

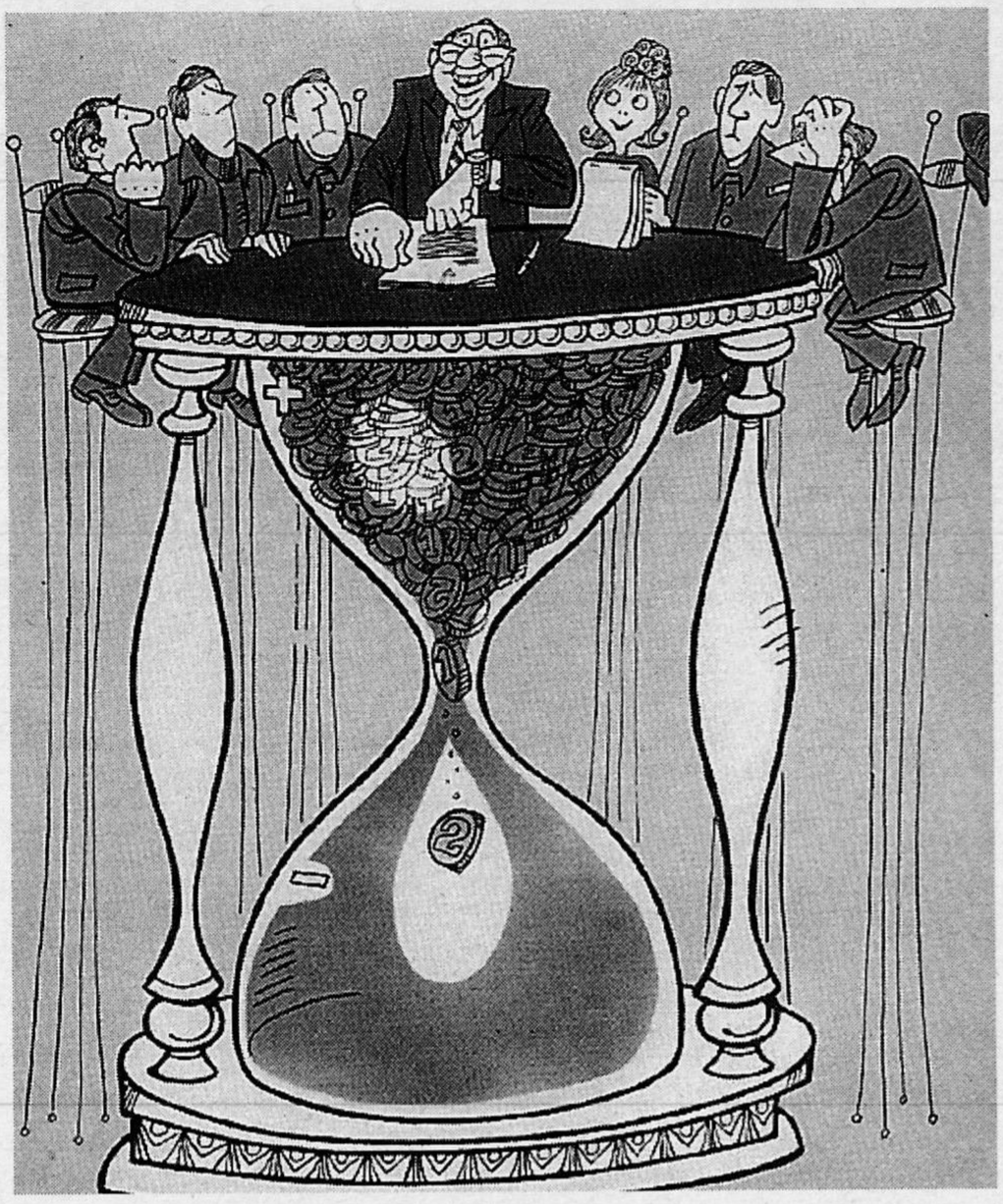
Die politische Szene Österreichs war durch viele Jahrzehnte durch eine Zwei-Lager-Mentalität gekennzeichnet, die fast alle Bereiche des Lebens bestimmte. Diese zwei Lager standen sich in der Zeit vor und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg unversöhnlich feindlich gegenüber. Es gab weder tragfähige politische noch kulturelle Brücken zwischen den sozialen Milieus, in denen diese großen gesellschaftlichen Gruppen, nämlich Selbständige, Unselbständige und Bauern, lebten.

Nach den Erfahrungen mit dem

Hitlerfaschismus im Dritten Reich erfolgte dann in der Zweiten Republik zwar vorerst keine Auflösung dieser zwei Lager, immerhin aber entwickelten sich praktisch-politische und wirtschaftliche Kooperationsformen, eben die österreichische Spielart der Sozialpartnerschaft, und auf Regierungsebene die Große Koalition. Die beiden politischen Parteien, die die Große Koalition bildeten, und die Verbände, die die Sozialpartnerschaft praktizierten, wurden von den dazugehörigen sozialen Milieus auf breitester Basis als „ihre" Institutionen akzeptiert und legitimiert.

Nun ist aber seit den siebziger Jahren bei der Selbstzuordnung der Menschen zu einem sozialen Milieu unverkennbar eine Veränderung festzustellen. Eine Zuordnung zum „Arbeitermilieu" beispielsweise wird heute von den Betroffenen vielfach nicht mehr unwidersprochen hingenommen, auch wenn die objektive wirtschaftliche und soziale Lage dies als plausibel erscheinen läßt.

Umgekehrt wird ein junger, selbständig Erwerbstätiger, für den das Image „zeitgeistig, dynamisch, unkonventionell" ja geradezu eine Geschäftsgrundlage zu sein scheint, sich nur schwer mit den traditionellen Wertorientierungen patriarchalischer Fabriksherren identifizieren. Und auch ein Bauer, der seinen Hof voll rationalisiert hat und unter nahezu industriellen Bedingungen wirtschaftet, wird wohl kaum noch Zugang zu den konservativ-katholischen Werten seiner Vorfahren finden.



Louis Rauwolf: „Die Versammlung über die bessere Ausnutzung der Arbeitszeit ist eröffnet! Aber beeilt Euch, in drei Stunden ist nämlich Feierabend." »Eulenspiegel«, Nr. 43/1969

Gegenseitige Durchdringung der sozialen Milieus

Die gegenseitige Durchdringung der sozialen Milieus ist hauptsächlich bei der jüngeren Generation zu beobachten und ist vor allem ein Ergebnis der Wende in der Bildungs- und Ausbildungspolitik zu Beginn der siebziger Jahre, als die sozialen Schranken beim Zugang zu den Bildungseinrichtungen sukzessive beseitigt wurden. So erfreulich das Resultat des freien Zugangs zur Bildung an und für sich ist: Es fordert über die bewußtseinsmäßige Auflösung der sozialen Milieus die großen Verbände und Parteien – und damit auch den ÖGB und seine Gewerkschaften heraus, weil diese Institutionen nicht mehr automatisch als einer bestimmten Gruppe zuordenbar verstanden werden.

Vom Zugehörigkeitsgefühl zur rationalen Überzeugung

Die Konsequenz, die wir als Gewerkschafter daraus ziehen müssen, ist folgende: Wir dürfen nicht mehr nur mit der eher gefühlsmäßigen Identifikation mit den Gewerkschaften rechnen und daraus die erforderliche Legitimität für unser politisches Handeln ableiten. Es muß auch die argumentativ begründbare Legitimität gewerkschaftlicher Interessenvertretung stärker in den Vordergrund gerückt werden. Dies freilich, ohne die Bedeutung einer emotionellen Bindung an die Gewerkschaftsbewegung zu leugnen oder sie sogar als überholt zu negieren (schließlich setzen auch Konzerne, Parteien, Bürgerinitiativen oder Kirchen auf sie).

Praktisch bedeutet dies auf der einen Seite noch wesentlich mehr Anstrengungen bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Information unserer Mitglieder – auch um ein unzeitgemäßes Image abzulegen, auf der anderen Seite die Entwicklung neuer, durchschaubarer Organisationsformen, in denen die Mitglieder „ihre Interessenvertretung" leichter erkennen können und die sie leichter in die Lage versetzen, ihren Willen in die Politik der Organisation einzubringen – und damit wieder Identifikation, politisches Heimatgefühl, zu erleben.

Veränderter Handlungsspielraum durch Internationalisierung

War es noch vor 20 oder 30 Jahren unter den Bedingungen einer von Außeneinflüssen weitgehend abgeschirmten Volkswirtschaft möglich, im Rahmen der Sozialpartnerschaft auf Österreich „maßgeschneiderte" Lösungen zu vereinbaren, so ist es durch die Internationalisierung der Wirtschaft heute wesentlich schwieriger, „rein nationale Lösungen" zu paktieren.

International agierenden Unternehmen und österreichischen Unternehmen, die unter Weltmarktbedingungen operieren müssen, stehen auf der anderen Seite Gewerkschaften gegenüber, die erst in Ansätzen beginnen, effektive internationale Durchsetzungsmechanismen und -strategien zu entwickeln.

Die internationale Gewerkschaftspolitik, die lange Zeit etwas „folkloristische Züge" (Austausch von Delegationen, gemeinsame kulturelle Veranstaltungen u. ä.) getragen hat, gewinnt daher immer mehr an Bedeutung. Die immer vordringlicher werdende Notwendigkeit, es bei der Behandlung internationaler Probleme, die Arbeitnehmer betreffen, nicht bei Resolutionen und sonstigen Absichtserklärungen bewenden zu lassen, sondern konkrete, internationale gewerkschaftliche Strategien zu entwerfen und auch umzusetzen, muß schließlich den Mitgliedern, die solche Maßnahmen über ihre Beiträge finanzieren, entsprechend vermittelt werden.

Europa als neues gewerkschaftliches Handlungsfeld

Das oben Gesagte gilt natürlich im vollen Umfang auch für die gewerkschaftliche Interessenvertretung auf europäischer Ebene, wobei das Interesse an und die direkte Betroffenheit der Arbeitnehmer bei europäischen Belangen natürlich wesentlich größer ist.

Unter dem Dach des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), der – ähnlich dem ÖGB – ein Dachverband europäischer Gewerkschaftsbünde unterschiedlichster politischer Prägung ist, soll mehr entstehen als eine funktionierende Lobby für europäische Interessen der Arbeitnehmer bei und in den Organen der Europäischen Union.

Der EGB versteht sich heute auch als Pressure group und zunehmend auch als gewerkschaftliche Kampforganisation zur Durchsetzung des Projektes Europa. Eines Europa, das in seinen geographischen Grenzen seinen Bürgern neben den demokratischen Grundrechten, wie sie in jeder liberalen Verfassung verankert sind, auch Frieden und soziale Grundrechte wie jene auf Arbeit, auf ausreichende und gerechte Entlohnung, menschenwürdiges Wohnen, Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, in den Familien und in Staat und Gesellschaft, eine intakte Umwelt sowie offenen Zugang zu Bildung und Kultur garantieren kann.

Dieses Projekt Europa, das sich zugleich als Ergänzung und als Antithese zu einem Europa ohne Grenzen für Kapital, Waren und Dienstleistungen versteht, erhielt durch die Verträge von Maastricht, aber auch in der Diskussion über die Verträge der EU im Jahre 1996, neue Schubkraft. Auch wenn heute die anfängliche Euphorie über die Europäische Union in allen Mitgliedsländern einer realistischeren Betrachtungsweise gewichen ist: Das Projekt Europa ist trotz aller Zögerlichkeiten bei seiner Umsetzung bereits auf dem Weg. Und mit der Einrichtung Europäischer Betriebsräte sind die gewerkschaftlichen Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten auf betrieblicher und Konzernebene auch in eine europäische Dimension hineingewachsen.

Organisatorische Anpassungsdefizite als „hausgemachte" Probleme

Bin ich bisher bei den Chancen, aber auch den Schwierigkeiten, auf die wir bei unserer Arbeit treffen, hauptsächlich auf externe Faktoren eingegangen, so gebietet es die Redlichkeit, auch auf unsere hausgemachten Probleme und Schwierigkeiten hinzuweisen – auch wenn bei dem einen oder anderen Problem die Vaterschaft nur schwer zuordenbar ist – es also strittig ist, ob es von externen, internen oder von beiden Faktoren beeinflußt ist.

Der Politologe Ferdinand Karlhofer weist in seinem Beitrag „Geschwächte Verbände – stabile Partnerschaft?", der im Sammelband „Sozialpartnerschaft" im Verlag für Gesellschaftskritik erschienen ist, auf einige organisatorische Probleme des ÖGB und seiner Gewerkschaften hin.

Unter dem Titel „Organisationskrise des ÖGB" schreibt er unter anderem, daß

- es dem ÖGB in den westlichen Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg nicht gelinge, die gegenüber dem Osten Österreichs deutlich höheren Zuwachsraten bei den Beschäftigtenzahlen in Mitgliederzuwächse umzusetzen – wobei er die Ursache in der Dominanz der für Gewerkschaften schwer erschließbaren Branchen (z. B. des Tourismus) in Westösterreich sieht;
- das seit 1945 ansatzweise umgesetzte Industriegruppenprinzip nicht konsequent angewandt wurde und heute Korrekturen nur mehr sehr schwer vorzunehmen sind, und schließlich
- die Alterspyramide des ÖGB kopfsteht, weil es immer weniger gelingt, jugendliche Mitglieder über die traditionellen Schienen zu rekrutieren.

Ohne mich in Diskussionen über Details verlieren zu wollen, muß ich feststellen, daß die von Karlhofer aufgezeigten organisatorischen Entwicklungen teilweise zutreffen und von den Verantwortlichen im ÖGB schon frühzeitig erkannt wurden.

Sanfte Organisationsreform als Anpassungsstrategie

Gerade weil die Probleme für jeden, der in unserer Organisation arbeitet, schon vor einigen Jahren offen zutage traten, gab es auch verhältnismäßig früh Bestrebungen, Fehlentwicklungen in der Organisation zu korrigieren und Defizite in der gewerkschaftlichen Vertretung zu beseitigen (in diesem Kontext sei beispielsweise auf die Zusammenlegung der Gewerkschaften der gastgewerblichen Arbeitnehmer und Persönlicher Dienst zur Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst und der Gewerkschaften Land-Forst-Garten und Lebens- und Genußmittelarbeiter zur Gewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuß hingewiesen).

Der 12. ÖGB-Bundeskongreß hat deshalb im Oktober 1991 den Bundesvorstand beauftragt, einen Organisationsausschuß einzurichten, der die Grundlagen für eine, wie ich es nenne „sanfte Organisationsreform nach dem Modell intensiver Kooperation" ausarbeiten soll.

Eine „sanfte Organisationsreform" sollte deshalb angestrebt werden, weil zum einen ein abrupter Wechsel der organisatorischen Strukturen nach der Devise „kein Stein bleibt auf dem anderen – und aus den Trümmern bauen wir ein neues Haus" weder durchsetzbar noch wünschenswert gewesen wäre. Zum zweiten bestünde bei einer derartigen Radikalreform die Gefahr, daß sich die Mitglieder in einer so umgemodelten Organisation nicht mehr erkennen würden.

Auch inhaltliche Neupositionierungen notwendig

Zum dritten aber, weil allzu radikale organisatorische Reformen den Blick für andere Notwendigkeiten versperren würden, so zum Beispiel für die ebenso notwendige inhaltliche Neupositionierung unserer Politik in einigen Bereichen, weil der ÖGB ja keine statische Organisation ist, sondern in und mit der Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft lebt. So ist beispielsweise unsere Stellung zur weiteren Entwicklung der Industriegesellschaft, zu den entstehenden Systemen der Datenautobahnen oder zu einem neuen System von Arbeitszeit und Freizeit ebenso zu diskutieren wie das Problem, wie eine stärkere Fragmentierung der Gesellschaft in Arbeitende und Arbeitssuchende vermieden werden kann oder welche Strategien einzuschlagen sind, um das soziale Sicherheitssystem funktionsfähig zu erhalten.

Diese inhaltliche Neupositionierung ist die eigentliche Aufgabe, die wir nur im Vorwärtsgehen lernend bewältigen können. Klar ist, daß wir die geeigneten organisatorischen Strukturen schaffen müssen – hier sind wir bereits am Wege –, aber ohne Inhalte, die die Menschen in ihren Bann ziehen und ihnen die Hoffnung auf den weiteren sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg in einem menschenwürdigen, demokratischen Gemeinwesen bieten, bliebe auch die perfekteste Organisationsstruktur des ÖGB nur ein leeres, unbewohntes Haus.

Wir wollen eine Bewegung in Bewegung bleiben. ■

Fritz VERZETNITSCH ist Präsident des österreichischen und des internationalen Gewerkschaftsbundes.

Europäische Gewerkschaftsaktionen als Überlebensstrategie

Hubert SCHMIEDBAUER

Die Frage nach der Zukunft der Interessenvertretungen ist eine Frage nach der Zukunft der Lohnabhängigen insgesamt und der Entwicklung ihrer Rolle in der Gesellschaft: Solidarische Kraft oder in Einzelindividuen atomisierte Ellbogengesellschaft, preisgegeben den „Sachzwängen", die wir lieber weiterhin kapitalistische Profitwirtschaft nennen wollen.

Das Thema war stets ein internationales. Mit der Internationalisierung von Wirtschaft und Politik beschleunigt sich die Anforderung an die Gewerkschaften, landesübergreifend zu handeln. In Europa ist eine dieser Ebenen der Europäische Gewerkschaftsbund. Der folgende Beitrag greift einige Aspekte heraus.

„Der in allen Ländern festzustellende wirtschaftliche Aufschwung hat keine nennenswerten positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt der Europäischen Union. Dieser Aufschwung wird vor allem von Exporterfolgen getragen, während die Binnennachfrage stagniert. (...) Eine Politik der ‚negativen Flexibilisierung' – vor allem Lohnsenkung, Abbau der Sozialleistungen und Minderung der Arbeitnehmerrechte, verschlechtert die Lebensqualität von Millionen Menschen, drängt Menschen mit niedrigen Einkommen in die Armut und grenzt Arbeitslose aus."

Diese Sätze stammen aus dem „Düsseldorfer Manifest", einer Erklärung des Europäischen Gewerkschaftsbundes anläßlich des EU-Gipfels Anfang Dezember 1994 in Essen. Die EU wird aufgefordert, „eine neue Phase der europäischen Integration einzuleiten. Europa muß eine Sozialunion werden. Es muß die bestehenden Ungleichgewichte zwischen wirtschaftlicher und sozialer Integration überwinden". Damit ist eigentlich schon gesagt, was die EU nicht ist.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), der sich vor rund zwanzig Jahren unter Ausgrenzung der „Ost"gewerkschaften und der klassenkämpferischen Gewerkschaften Westeuropas als Dachverband konstituiert hat, drückt mit der Kritik an der Entwicklung in der EU aus, was in den einzelnen Gewerkschaften der EU-Länder auf der Tagesordnung steht.

Es ist die Betroffenheit nicht nur der 45 Millionen organisierten EGB-Mitglieder, sondern der vielfachen Masse von Arbeitern, Angestellten, Beamten. Es ist der zunehmende Druck einer kapitalistischen, unmenschlichen Wirklichkeit, von der schließlich auch die Existenz der Gewerkschaften selbst bedroht ist – durch Vertrauensverlust bei Untätigkeit sowie durch politische Liquidation über Medienkampagnen und Einschränkung ihrer Rechte. Die alte Erfahrung von der Einheit sozialökonomischer, politischer und ideologischer Auseinandersetzung bestätigt sich aufs neue.

Im folgenden wird versucht, den gegenwärtigen Stand dieser Auseinandersetzung am Beispiel EGB festzustellen. Hierzu dienen – außer dem „Düsseldorfer Manifest" – unter anderem einige Materialien, die zur Vorbereitung des im Mai in Brüssel stattfindenden EGB-Kongresses vorliegen. Da der EGB ein Dachverband vieler fachlich und national unterschiedlicher Organisationen ist, deren spezifische Situation, Traditionen und Diskussionsstand differieren, enthalten die EGB-Unterlagen manchmal auch widersprüchliche Feststellungen.

Die Wirtschaft und ihre „Zwänge"

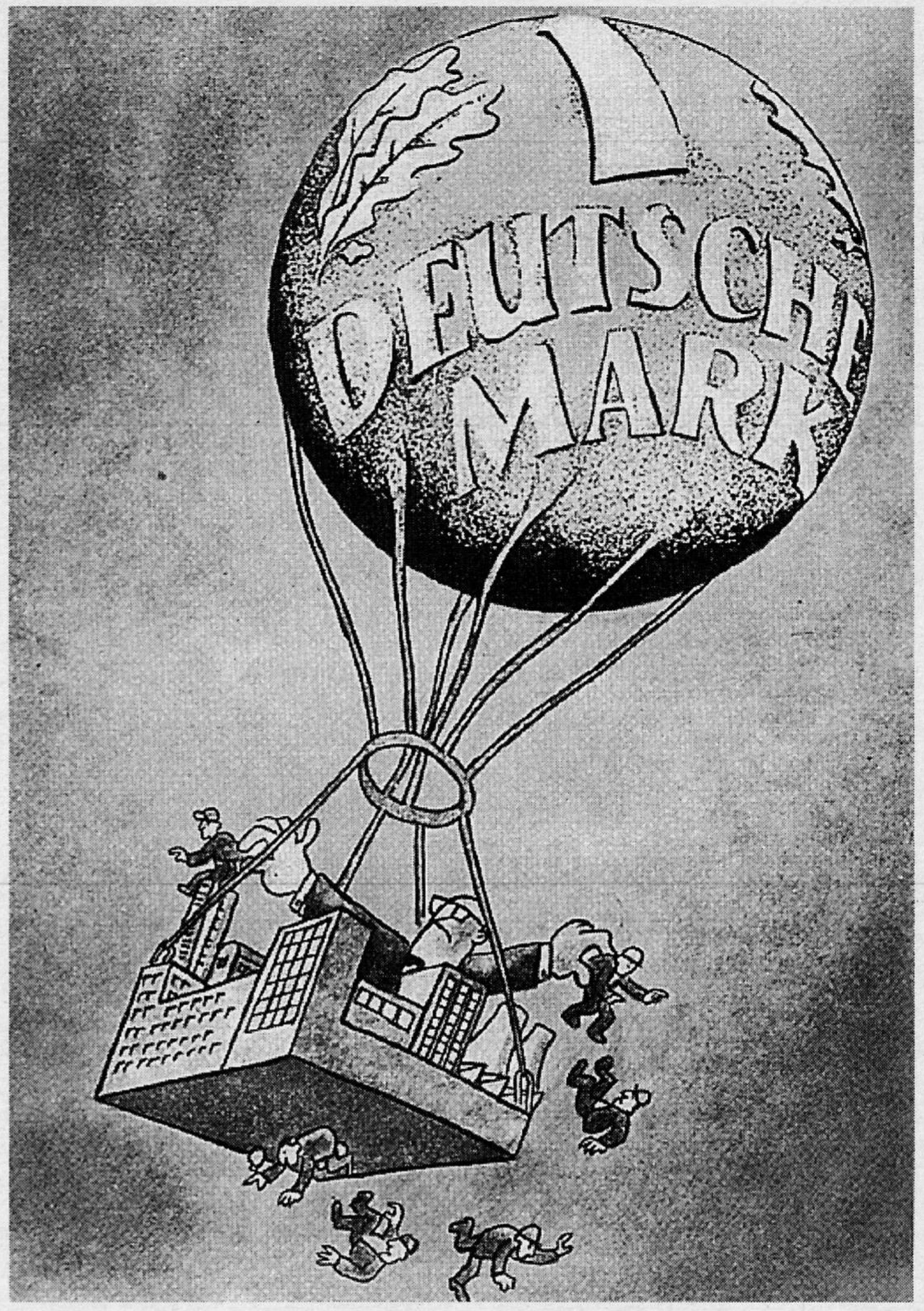
Die Kritik am herrschenden Wirtschaftssystem ist vernichtend. Sie bleibt allerdings an den Oberflächenerscheinungen hängen und setzt bei den Forderungen und Alternativkonzepten an, aus deren Inhalten noch mehr über die Mängel des Systems herauszulesen ist als aus der direkten Kritik. Einer der wichtigsten Auslöser für die kritische Analyse ist die Massenarbeitslosigkeit, die ungeachtet der Konjunkturschübe andauert. Politische Auswirkungen – im folgenden wird hier aus den Unterlagen referiert – sind nicht nur zunehmender Rechtspopulismus, sondern auch Druck auf das Sozialsystem „durch Arbeitgeber und konservative Kreise". Wachstum allein genügt nicht, um die Arbeitslosigkeit zu bewältigen, zumal das traditionelle Wachstumskonzept, allein auf Quantität ausgerichtet, Lebensqualität und Umwelt bedroht. Die Veränderungen der Industriestrukturen durch Auslagerung von Betriebsteilen führt einerseits zu starker Zunahme der Klein- und Mittelbetriebe, andererseits zu wachsender internationaler Verflechtung. Neue Technologien erfordern fortgesetzte Änderung der Arbeitsorganisation. Das Wachstum traditionell diskriminierter Gruppen von Arbeitskräften (Frauen, Zuwanderer) hat spezifische Unternehmensstrategien in Richtung zusätzlicher Ausbeutung zur Folge. Die wirtschaftliche Integration ist dem Ausbildungs- und Sozialsystem weit vorausgeeilt.

Die Verflechtung der Volkswirtschaften hat an der weltweiten Armut nichts zum Positiven geändert. Nicht zuletzt wird der Welthandel mit seinen jüngsten Abkommen (GATT) so eingeschätzt, daß diese neuen Verträge nicht den sozialen und Umweltanforderungen Rechnung tragen.

Den Vorgängen im Bereich der Wirtschaft entsprechen die Entwicklungen in den politischen Strukturen Europas. Der Druck in Richtung Wirtschafts- und Währungsunion macht laut EGB den sozialen Schutz zum „Spielball eines Abwertungswettbewerbs". Aber stets ist in den EGB-Papieren von „wirtschaftlichen Zwängen", von „Zwängen des wirtschaftlichen Umbruchs", von der „Wirtschafts- und Sozialkrise", der „konjunkturell bedingten Rezession", der „strukturell bedingten Krise", den „Zwängen und Bedürfnissen der Unternehmen" die Rede. Als seien das vom Menschen unabhängige Naturerscheinungen.

Die EU oder die „konservativen"(?) Kräfte als Träger der politischen Kom-

petenz zur Berücksichtigung dieser „Zwänge" werden natürlich kritisch hergenommen. Da wird Steuerdumping festgestellt, doch die grundlegenden Verteilungsverhältnisse scheinen bisher in der Argumentation nicht auf. Es wird die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft als „Festungswall gegen die Vorherrschaft des Privatsektors", als „Bollwerk gegen soziale Ausgrenzung" betont oder er wird kritisiert, daß die „Wettbewerbsfähigkeit" überbewertet und zugunsten einer nachfrageorientierten Wirtschaftsdynamik zurückgedrängt werden solle – solche Positionen des EGB sind zwar zu würdigen, zugleich muß aber die Begrenztheit dieser Analyse und damit auch der Schlußfolgerungen erkannt werden. Was haben denn die Gewerkschaften gegen Privatisierung und verschärfte Ausbeutungsmethoden getan? Wer sich „Zwängen" unterwirft, begnügt sich schließlich mit „Sozialplänen". Insgesamt gesehen besteht ein Defizit in der Analyse der Entwicklung des Profitsystems unter den Bedingungen des transnationalen Industrie- und Finanzkapitals.



Hans-Joachim Eggstein, Sozialpartnerschaft in der Wegwerfgesellschaft, »Eulenspiegel« Nr. 47/1974

Sozialsystem: Kollaps oder Offensive?

In der Auflistung der sozialen Folgen des Wirtschaftssystems schildern die EGB-Papiere, was seitens der linken Sozialpolitik schon vor rund zehn Jahren als Beginn einer „Langzeitoffensive des Kapitals" und von Wirtschaftswissenschaftern als „neoliberal" bezeichnet wurde. Die ersatzlose Zerschlagung des „ost"europäischen Sozialsystems wurde mittlerweile weitere Quelle kapitalistischer Erfolgsbilanzen. Umgekehrt macht gerade das dem EGB zusätzlich zu schaffen, denn das Lohn- und Sozialdumping in den Reformstaaten trifft die eigene Seite. Darum dezente Kritik an der EU, die nicht nur Marktinteressen berücksichtigen, Investitionsströme und andere Transfers fördern solle, sondern auch bei der Neustrukturierung der Sozialsysteme helfen müsse.

Das klingt wie ein frommer Wunsch, denn gleichzeitig werden die realen Verhältnisse in der EU selbst dargestellt, vor allem die Machtverhältnisse: Etwa die Blockade der Bemühungen um eine europäische Kollektivvertragspolitik durch die EU-Industriellenvereinigung UNICE. Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften werde ausgehöhlt, die Legitimation von Gewerkschaftsaktionen in Frage gestellt.

Im Grunde genommen gibt es heute keinen Sektor des Sozialsystems, in dem nicht die Substanz gefährdet wäre. Ausgenommen im Gesundheitswesen und bei der Sicherheit am Arbeitsplatz habe die europäische Sozialpolitik kaum Fortschritte gemacht, stellt der EGB fest, und an anderer Stelle wird durch die Deregulierungen im Bereich der Arbeitszeit auch für diese beiden Sektoren Gefahr angezeigt. Das „europäische Sozialmodell" wird unter anderem als „Kompromiß zwischen Marktkräften und demokratischem Staat" bezeichnet, die Angriffe und die Deregulierungsbestrebungen als „Ableger eines ideologischen Vorurteils". Die Bestrebungen zum Sozialabbau und zur Deregulierung sind weniger „ideelle" als recht eindeutig materielle Interessen des Kapitals!

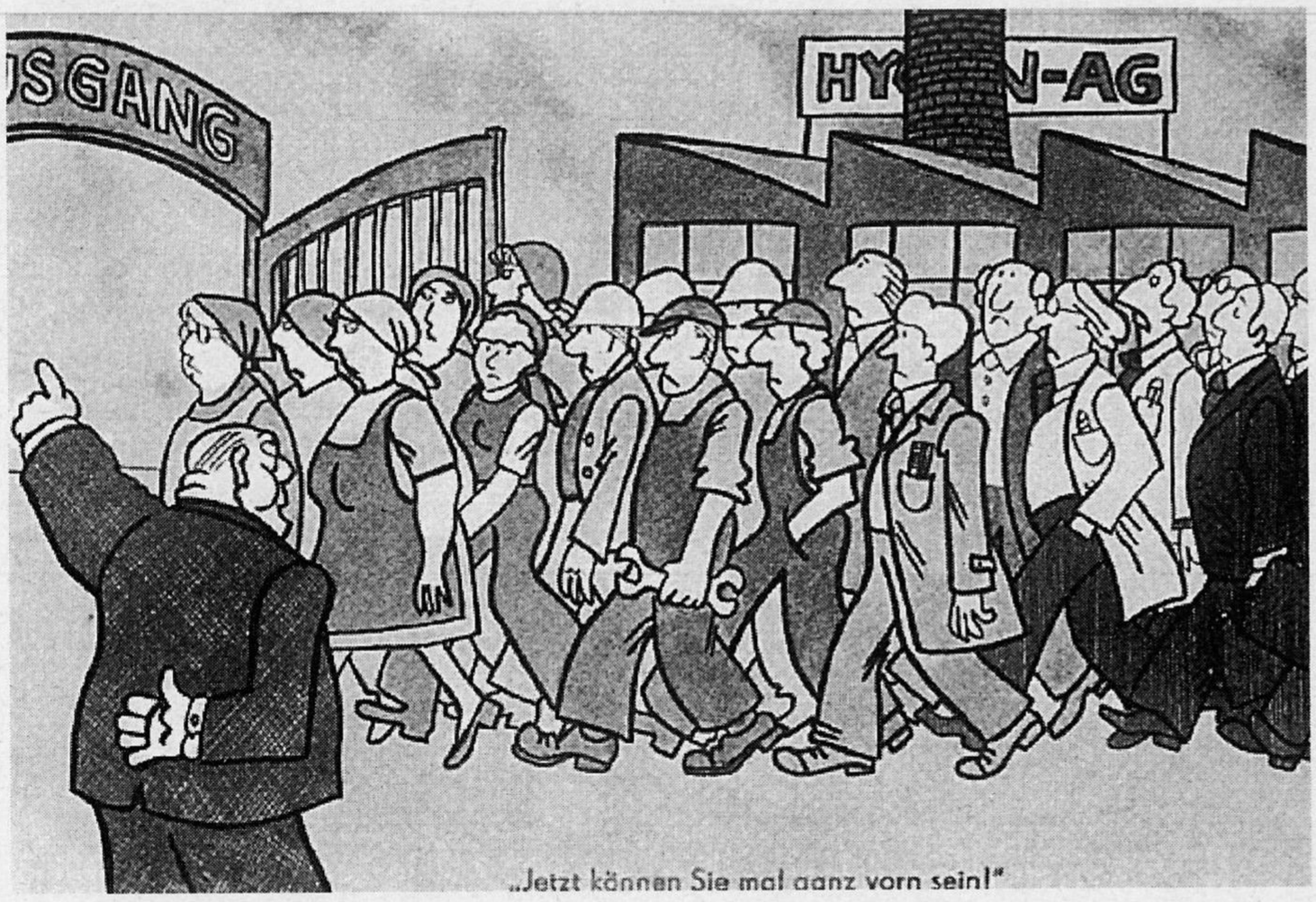
Hierzu wäre vielleicht hilfreich, die Entstehung dieses Sozialmodells nicht auf die 50 Jahre seit Ende des Zweiten Weltkrieges zu beschränken, wie es im EGB gesehen wird, sondern die kampfreiche Geschichte von 150 Jahren mit den wesentlichen Durchbrüchen wie Organisationsfreiheit, Achtstundentag, Wahlrecht, Sozialversicherungen, Demokratie (Österreich: Betriebsrätegesetz 1919, AK 1920), Kollektivvertragsrecht, öffentliches Gesundheitssystem, kostenlose Bildung und Ausbildung, Arbeitszeitgesetze usw. stets aufs neue darzustellen. Das würde dem Widerstand gegen „negative Flexibilisierung" – Lohnsenkung, Abbau von Sozialleistungen, Minderung der Arbeitnehmerrechte, wie sie im „Düsseldorfer Manifest" angesprochen ist – zu mehr Geschichtsbewußtsein und solidarischer Kampfmoral verhelfen.

Die Einbrüche ins Sozialsystem und die weitergehenden Gefahren sind nicht im Detail aufzuzählen. Hier in groben Zügen die wichtigsten Tendenzen, wie sie im EGB behandelt werden: Massenarbeitslosigkeit mit zunehmender sozialer Ausgrenzung und Segmentierung des Arbeitsmarktes (benachteiligte Gruppen: Frauen, Ausländer, Jugendliche, ältere Arbeitnehmer); „passive Arbeitslosenpolitiken", die nicht einmal Mindesteinkommen garantieren; Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitszeitformen; doppelte Diskriminierung der Frauen – in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft; vernachlässigte soziale Bedürfnisse wie Gesundheit, Bildung, Familienpolitik usw.; Gewichtsverschiebung von der Arbeitszeitverkürzung zur Teilzeitarbeit.

Die EU befaßt sich seit geraumer Zeit mit der „sozialen Dimension". Die Sozialcharta von 1989 blieb unerfüllt; man redet sich auf Großbritannien aus, das sie nicht unterzeichnet hat. Aber auch sonst geht nicht viel weiter. Das Delors-Weißbuch, Ende 1993 veröffentlicht, wird vom EGB gerne als Konzept zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit angeführt. Was wir gegenwärtig erleben – Belastungspaket, Versuche der Lohnsenkung für Junge und Alte sowie Umverteilung von Unternehmersteuern zu Massensteuern unter dem Titel „Arbeitsplatzsicherung" usw. – wurde auch schon im „Weißbuch" deponiert. Wie die EGB-Forderung nach Vollbeschäftigung – „für jeden Mann und jede Frau einen Arbeitsplatz" – durchgesetzt werden soll, ist ohne Eingriff in die Gesetze der „freien Marktwirtschaft" schleierhaft.

Inzwischen geht es um die Verwirklichung der Maastricht-Kriterien mit zusätzlichem Druck auf die Sozialsysteme. Nun hofft der EGB auf die geplante Revision des EU-Vertrages im kommenden Jahr und daß die soziale Verantwortung mitsamt einer Reihe von Rechten stärker auf EU-Kompetenz und Europa-Parlament übertragen wird. Als Erfolg wird auch das Abkommen über die Konzernbetriebsräte in transnationalen Unternehmen gesehen – genau besehen ein bescheidener und zum Teil auch zweifelhafter Erfolg. Aber der EGB formuliert immerhin eine Reihe von wichtigen Forderungen und Alternativen. (Da sich in diesem Heft ein anderer Beitrag darauf konzentriert, wird dieser Teil nur kurz gestreift, zugleich aber auf Grenzen und Widersprüche verwiesen.)

„Meine Damen, Sie fühlen sich hintenangesetzt?"



„Jetzt können Sie mal ganz vorn sein!" Barbara Henninger, »Eulenspiegel« Nr. 47/1975

Welcher Weg hat Zukunft?

Nach der Zustandsschilderung anhand der EGB-Analysen müßte es nicht schwer sein, Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Beschleunigung gesellschaftlicher Veränderungen erfaßt die ganze Welt. Nationale Politiken genügen nicht mehr, sagt der EGB: Es sind Mechanismen für europäische gewerkschaftliche Gegenaktionen zu entwickeln, die Konvergenz der gewerkschaftlichen Strukturen ist zu fördern, die Initiativfähigkeit des EGB (in der EU, gegenüber den EU-Unternehmervertretungen) sowie die Mobilisierungsfähigkeit (an der Basis) auszubauen. Es müsse „Gewerkschaftsaktionen in europäischem Ausmaß" geben, ebenso „die Europäisierung nationaler Aktionen".

Im „Düsseldorfer Manifest" heißt es unter anderem – mit dem Hinweis, daß die EU in ganz Europa, gegenüber den Mittelmeerländern und den Ländern der Dritten Welt Öffnung und Zusammenarbeit betreiben müsse: Die EU sei aufgefordert, „weiterhin die Aufnahme von Sozialklauseln in internationale Handelsabkommen zu fördern", in denen sich die Unterzeichner verpflichten, „die internationalen Sozialstandards zu respektieren, insbesondere was das Koalitionsrecht und das Recht auf Tarifverträge, das Verbot der Kinderarbeit und jeglicher Diskriminierung, das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die Zwangsarbeit angeht". Und weiter: „Die politische und die gesellschaftliche Verantwortung verlangen den Kampf gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Der EGB und seine Mitgliedsorganisationen werden alles tun, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden."

An einigen Beispielen seien noch andere Widersprüche gezeigt. Da stehen im „Düsseldorfer Manifest" unter anderem folgende Forderungen: den Aufschwung konsolidieren, um durch Verbesserung der Kaufkraft neue Ar-

beitsplätze zu schaffen; das Zinsniveau niedrig halten; qualitatives Wachstum fördern. Weder die EU-Behörden noch die nationalen Organe und schon gar nicht die Unternehmer oder der Finanzsektor lassen sich durch solche Forderungen beeindrucken. Sie machen genau das Gegenteil.

Dasselbe passiert mit dem anderen Forderungsblock: Verbesserung von Bildung und Berufsbildung, Förderung neuer sozialer Dienstleistungen, Verkürzung und Umverteilung der Arbeitszeit. Sowohl auf Betriebsebene als auch im staatlichen Bereich läuft es ganz anders – denn da sind die „Zwänge" Wettbewerb, Sparpolitik, Umverteilung von unten nach oben stärker.

Etliche Gewerkschaften – auch in Österreich – diskutieren zur Zeit heftig die Frage nach der Umverteilung von oben nach unten und bringen die entsprechenden Analysen und Argumente. Das hat noch kaum Auswirkungen auf die konkrete Politik, sieht man von einigen Korrekturen am Belastungspaket ab. Natürlich muß sich Gewerkschaftspolitik auf die kontinuierliche Praxis der Interessenvertretung durch Kollektivvertragsverhandlungen oder über den Weg von Gesetzen orientieren. Darauf zielt auch der EGB, dem bisher noch nicht die entsprechenden Kompetenzen zugestanden werden. Dieser politische Kampf ist zu führen. Kann sich die europäische Gewerkschaftsbewegung aber auf Dauer damit begnügen, vom Kapital und seinen willigen Regierungen hingehalten zu werden, ohne Kampfmittel einzusetzen?

Aus den Formulierungen in den EGB-Papieren und -Diskussionen sind unterschiedliche Gewichtungen zu entnehmen. Manche zeigen totale Abhängigkeit von Ideologien, die von einer profitorientierten Wirtschaft über alle Wege der Manipulation und der Verschleierung tatsächlicher Verhältnisse in die Köpfe projiziert werden:

- der Glaube an das Kapital und seine Vertreter bzw. die Unternehmerseite als Teil einer angeblichen Partnerschaft;
- die Suche nach „Marktlücken" und der Slogan von Wettbewerbsfähigkeit im Kampf um Absatzmärkte, ohne den Widerspruch zur Forderung nach bedarfsorientierter (nachfrageorientierter) Produktion aufzudecken bzw. zu einer Exportpolitik, die nicht allein auf Verdrängung und Export von Arbeitslosigkeit beruht;
- die Illusion von einer Durchsetzung der „sozialen Dimension" in der EU, der sozialen Verantwortung der EU-Instanzen, wenn doch alle Versprechen bisher unerfüllt blieben und die sozialen Kompetenzen wohlweislich von vornherein auf die nationalstaatliche Ebene abgeschoben und schließlich durch die Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages kastriert wurden;
- der fromme Wunsch zur Revision der Richtlinie über die maximale Wochenarbeitszeit und zur Reduzierung der Überstunden, wenn zugleich massive Angriffe der Unternehmer (und mancher Regierung) auf weitere Deregulierungen nahezu keinen Widerstand vorfinden;
- wenn die Absicht formuliert ist, sowohl den Wünschen der Arbeitnehmer als auch der Unternehmer gerecht zu werden, unter anderem durch das Modell „zeitlich begrenzter Arbeitszeitverkürzung" – also einer Art unbezahlter Kurzarbeit, die de facto Sozialabbau bedeutet und den Kampf um Arbeitszeitverkürzung unterläuft;
- nicht zuletzt alle Varianten direkter oder indirekter Lohnsenkung zur angeblichen Sicherung von Arbeitsplätzen;
- die Berufung auf einzelne soziale Fortschritte – in Österreich etwa auf die Pflegevorsorge – geschieht meist unter Verzicht auf den Hinweis, daß die Opfer und Abstriche aus dem Sozialabbau viel größer sind.

Es geht um die Existenz

Aus dieser Gegenüberstellung unterschiedlicher Erfahrungen und Positionen läßt sich ablesen, wie schwierig der Konsolidierungsprozeß der europäischen Gewerkschaftsbewegung ist. Heute hat sich die Gewerkschaftsbewegung gegen eine ungeheure Macht der Meinungsmanipulation durch die Massenmedien zu behaupten. Das wird zu einer Existenzfrage, denn die Gewerkschaften – wie auch die Arbeiterkammern – sind nicht unangreifbar.

Am Ende dieser Spirale stehen schwindende Mitgliederzahlen, da vor allem die junge Generation den manipulativen Diffamierungen der Interessenvertretungen widerstandslos ausgesetzt ist.

Die Gegenstrategie des EGB muß so aufgebaut werden, daß sie greift, und das ist nur über die Strukturen der dutzenden Einzelgewerkschaften in den europäischen Ländern möglich.

Der EGB sieht seine Aufgabe unter anderem darin, eigene Instrumente für Forschung, Bildung und Information zu schaffen. Es wäre gewiß zweckmäßig, den Kapitalkreislauf und die Verteilungsströme in der EU zu analysieren – wenn die EGB-Instrumentarien den Zugang zu den entsprechenden Informationen bekommen. Das ist zu erkämpfen! Es ist sicher auch sinnvoll, das Europa-Parlament für Initiativen zu nutzen – wenn es endlich Kompetenzen erhält, die unmittelbar auf die Exekutivorgane der EU wirken. Europäische Kollektivverhandlungen können zweifellos eine Perspektive sein – wenn sie mit Gewerkschaftsaktionen europäischen Ausmaßes verbunden sind. Dabei ist hier der ganze Problemkomplex des Verhältnisses von entwickelten zu Entwicklungsländern, die unausweichliche Frage nach einer neuen, gerechten Weltwirtschaftsordnung gar nicht behandelt. Weder die kapitalistische Ökonomie noch die traditionelle Gewerkschaftspolitik können hier Wege zeigen.

Eine „Sozialpartnerschaft" nach österreichischer Tradition nun in Brüssel anzustreben, wäre gegenüber den Zielsetzungen für eine aktionsbezogene Gewerkschaftspolitik wie auch gegenüber den globalen Problemen ein unlösbarer Widerspruch. Eine Darstellung der Aufgaben des EGB geht davon aus, die europäische Integration solle *auch* sozialen Fortschritt mit sich bringen. Auch? Was sonst soll die ungeheure und weitgehend noch ungenutzte Schaffenskraft der Menschheit denn bringen?

Würden die Interessenvertretungen der übergroßen Mehrheit der Menschen in den entwickelten Industriestaaten sich in ihrer Auseinandersetzung mit dem Kapital defensive Ziele setzen, hätten sie wirklich keine Zukunft. Dann würden wohl an ihre Stelle irgendwann andere, neue Organe treten. Dazwischen aber läge eine mehr oder weniger lange Zeitspanne des sozialen Niedergangs, der Entsolidarisierung, des Rückfalls in frühkapitalistische Verhältnisse, der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Unsicherheit. Diese Verantwortlichkeit scheint sich in der Mehrheit der im EGB organisierten Gewerkschaften zu entwickeln. Der EGB-Kongreß im Mai wird Aufschluß darüber geben, wie rasch diese Entwicklung voranschreitet. ■

Hubert SCHMIEDBAUER ist Journalist.

Reformen in AK und ÖGB

Bei Orientierungen und Inhalten ansetzen

Oswald BROZ

Die Zukunft der Interessenvertretungen in Österreich wurde während der letzten Monate vor allem unter dem Eindruck von Skandalisierungen in den Medien diskutiert. Zweierlei ist hier zu Beginn festzustellen:

1. Die Gewerkschaften, zuletzt auch die Arbeiterkammern, sind als Interessenvertretungen der Lohnabhängigen als Ergebnis mühevollen politischen Ringens in den Jahrzehnten zwischen 1840(!) und 1920 entstanden, haben sich weiterentwickelt und sind nach wie vor unverzichtbar.

2. Die Arbeiter, Angestellten und öffentlich Bediensteten dürfen sich die Gestaltung ihrer eigenen Organisationen nicht von außen – schon gar nicht von der Unternehmerseite und ihren politischen Instrumenten – diktieren lassen.

Und noch eine Vorbemerkung: Die Politik der Gewerkschaften und Arbeiterkammern muß sich im Rahmen der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten bewegen. Vorherrschend in Wirtschaft, Politik und Meinungsbildung sind nach wie vor die Interessen des Großkapitals. Auch in den Köpfen der meisten Menschen sind unbewußt „die herrschenden Ideen als Ideen der Herrschenden" vorhanden.

Die Verantwortung der Interessenvertretungen beginnt also bei ihrer Verantwortung dafür, wie stark und in welcher Form sie sich in den Köpfen der Menschen etablieren. Eine Arbeiterkammer als vielseitiges gesetzliches Instrument zur Sicherung und Durchsetzung der grundlegenden Lebensinteressen wird anerkannt und verteidigt; wenn sie jedoch zur „Säule der Sozialpartnerschaft" mit allen ihren negativen Auswirkungen degradiert wird, dürfte sie von der Mehrheit als überflüssig angesehen werden. Die Gewerkschaften wiederum können ihren Einfluß und die Zahl ihrer Mitglieder nur vergrößern, wenn sie als lebendiges Organ an jedem Arbeitsplatz nicht nur wahrgenommen werden, sondern jeden und jede in den Kampf um Lebensinteressen und deren Verteidigung einbeziehen. Je weniger sich diese Institutionen von Regierungspolitik und „wirtschaftlichen Sachzwängen" abheben, desto größer ist die Gefahr, daß sie – vor allem von der jungen Generation – als überflüssig angesehen werden.

Die Rahmenbedingungen

Das sich in den letzten Jahren radikal verändernde politische Umfeld, der Zusammenbruch der „realsozialistischen Staatengemeinschaft" als möglicher gesellschaftspolitischer Alternative zum kapitalistischen Ausbeutersystem, der Beitritt Österreichs zur EU und die damit verbundenen radikalen gesellschaftlichen Veränderungen, vor allem aber auch die starke Zunahme nationalistischer und neonazistischer Strömungen in nahezu allen Staaten Europas in Verbindung mit den gewaltigen Veränderungen in der Arbeitswelt, sind Hauptursache für die Krise bzw. Stagnationserscheinungen, mit welchen die Gewerkschaften in nahezu allen EU-Ländern heute konfrontiert sind. Wobei die Entwicklungen der letzten Jahre auch an den österreichischen Gewerkschaften nicht spurlos vorübergingen.

Die Preisgabe und der Ausverkauf österreichischer Interessen in der Industrie- und Wirtschaftspolitik, in Verbindung mit der Liquidierung der Verstaatlichten Industrie und der permanenten Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben führten zu einem Ansteigen der Produktivität und der Leistungsdichte, was wiederum für die Unternehmer- und Kapitalseite zu einer gewaltigen Verbesserung der Ertragslage führte. Für die Arbeitnehmer aber bedeutet dies den Verlust von zehntausenden qualifizierten und hochwertigen Industriearbeitsplätzen, insbesondere in den letzten Jahren. Die Anzahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und in der Industrie reduzierte sich von 1981 bis 1993 um rund 100.000 (Ewald Nowotny in der Festschrift „75 Jahre Kammern für Arbeiter und Angestellte"). Hohe Arbeitslosenzahlen (laut »Arbeit & Wirtschaft« im Dezember 1994 251.513 Personen = 7,6 Prozent), der Abbau von innerbetrieblichen, aber auch gesetzlichen Sozialleistungen – Sparpaket, Pensionsanpassung – mit einer Umverteilung im Einkommens- und Steuerbereich zugunsten der hohen Einkommen und Gewinne, unterstreichen recht deutlich, daß das Kapital die sich ihm bietenden neuen Verwertungsbedingungen in den Betrieben, in der Arbeitswelt konsequent zur Profitmaximierung auf Kosten des Faktors Arbeit/Arbeitskraft nützt.

Daß wir es mit einem Großangriff des Kapitals auf in Jahrzehnten erkämpfte arbeits- und sozialrechtliche Errungenschaften der österreichischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu tun haben, unterstreicht das jüngste Manifest der Industriellenvereinigung an die Österreichische Bundesregierung. Darin werden ganz offen massive Verschlechterungen, Streichungen, aber auch ein starker Ausbau von Selbstbehalten in allen Bereichen der Sozialversicherung (Pensions-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung) eingefordert. Mit der Forderung nach flexiblen Arbeitszeiten, insbesondere nach Einführung von sogenannten Jahresarbeitszeitmodellen, ist nicht nur ein Angriff auf geltendes Arbeitszeitrecht und den hart erkämpften 8-Stunden-Tag verbunden. Großen Teilen der Arbeitnehmer – vor allem im Bereich der Bauwirtschaft und des Fremdenverkehrs – drohen gewaltige Einkommensverluste. Gleichzeitig bewirkt die Flexibilisierung der Arbeitszeit, in welcher Form auch immer, bei nahezu allen Arbeitsverhältnissen eine Intensivierung der Arbeit. Dies bedeutet für die Arbeitnehmer erhöhten Leistungsdruck. Die alltäglichen Erfahrungen der Menschen belegen aber eindeutig, daß erhöhter Leistungsdruck zur Steigerung der Produktivität führt, deren Nutzen in Form von verbesserter Ertragslage und höheren Gewinnen auf die Konten der Betriebseigner und Aktienbesitzer fließt. Gleichzeitig werden vehement

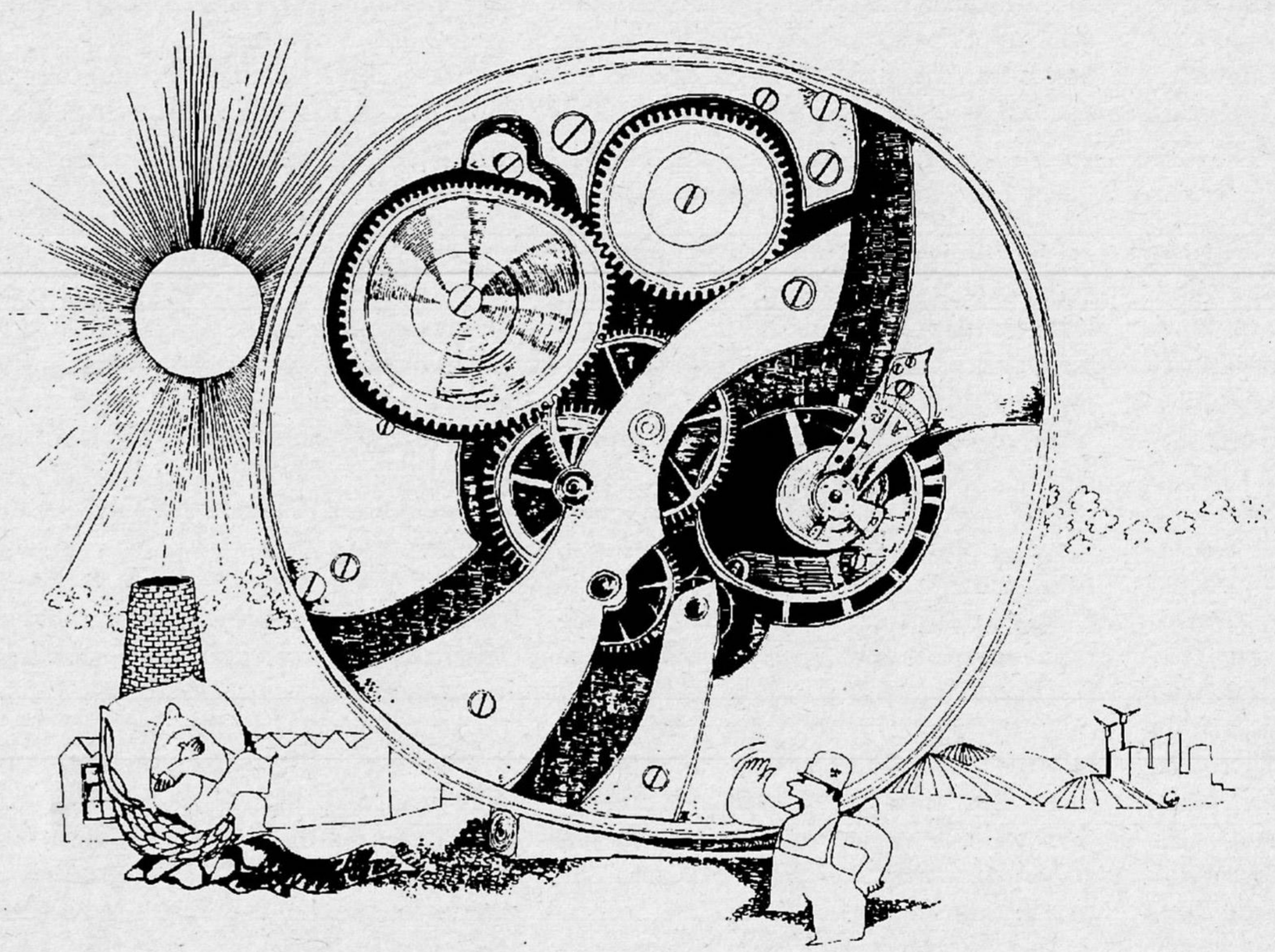
Umschichtungen sowohl im Bildungsbudget als auch bei der Familienförderung urgiert und eingefordert.

Zusehends verschärft sich die Situation im Bereich des Wohnens, wo wir permanent mit einem enormen Ansteigen der Mieten, mit zunehmender Wohnungsnot, mit Spekulantentum und Ablösewucher konfrontiert sind. Diese für die Arbeitnehmer immer deutlicher spürbaren Ergebnisse der realen Politik, mit all ihren negativen Erscheinungen und Belastungen in Verbindung mit den ungeheuren Privilegien und exorbitant hohen Einkommen von Spitzenfunktionären im Bereich der Arbeiterkammern und der Selbstverwaltung, führte zu einer Vertrauenskrise bei vielen Arbeitern, Angestellten und öffentlich Bediensteten gegenüber ihren Interessenvertretungen.

Angriffe von Rechts

Mit Hilfe der Medien gelang es dem Rechtspopulisten Haider die Gewerkschaftsbewegung – vor allem die Arbeiterkammern, diese wichtige politische Interessenvertretung der Arbeitnehmer – als Institution insgesamt zu diskreditieren und in Frage zu stellen. Die niederschmetternd geringe Wahlbeteiligung bei den AK-Wahlen war letztlich Ausdruck des Vertrauensverlustes und einer tiefen Unzufriedenheit der Lohn- und Gehaltsabhängigen mit ihrer Interessenvertretung. Auffallend ist, daß diese Entwicklung immer mehr GewerkschaftsfunktionärInnen dazu veranlaßt, über das System der Sozialpartnerschaft und die damit verbundenen gesellschaftlichen Verteilungskriterien sowie über die Position der Arbeiterkammern und Gewerkschaften in diesem System nachzudenken.

Die Angriffe von rechts, die Versuche, Kritik von außen mit dem Ziel der Zerschlagung der Gewerkschaften und Arbeiterkammern und damit der Entwaffnung der Lohnabhängigen in die Organisationen hineinzutragen, müssen abgewehrt werden. Damit verbunden ist die Gefahr, daß die notwendige Kritik innerhalb der Organisationen, ihre Reform, die Wiederbesinnung auf notwendige „traditionelle" Qualitäten, die Demokratisierung behindert werden. Diese Gefahr ist auszuschalten! Ein Blick auf die Mitgliederstatistiken der österreichischen Gewerkschaften signalisiert für die Verantwortlichen deutlichen Handlungsbedarf. Obwohl im internationalen Vergleich ein deutlich höherer Organisationsgrad ausgewiesen wird, belegen die Mitgliederzahlen – bereinigt um die gewerkschaftlich organisierten PensionistInnen – auch in Österreich einen Rückgang des Organisationsgrades unter den aktiven Arbeitnehmern.



Hans-Joachim Jordan, „Weißt Du, warum die geht? Weil 'ne Unruhe drin ist." »Ökonokomik« 1975

Welche Reformen?

Wie man sieht, besteht aufgrund der Entwicklung für die österreichische Gewerkschaftsbewegung, vor allem für den Österreichischen Gewerkschaftsbund ÖGB, der heuer sein 50-Jahr-Jubiläum feiert, akuter Handlungsbedarf. Akuter Handlungsbedarf ist insbesondere aber auch im Bereich der Arbeiterkammern gegeben. Reformen, die nicht nur im organisatorischen Bereich, sondern vor allem in der politischen Orientierung und Positionierung der Gewerkschaften bzw. des ÖGB gegenüber der Bundesregierung und den Sozialpartnern ihren Niederschlag finden müssen, sind unumgänglich.

Bereits im vergangenen Jahr wurde – mit dem in Jahrzehnten praktischer „Sozialpartnerschaft" bewährten Josef Staribacher als Vorsitzendem – der Organisationsausschuß des ÖGB aktiviert. Dieser sollte im Hinblick auf den im Herbst des heurigen Jahres stattfindenden ÖGB-Kongreß eine umfassende Analyse der Organisationsstruktur und daraus resultierend entsprechende Entscheidungsgrundlagen vorbereiten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, sieben Monate vor dem Kongreß, sind die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe der gewerkschaftlichen Basis bestenfalls den Mitgliedern des ÖGB-Präsidiums bekannt. Erwartungen in Richtung einer breiten Demokratisierung, Mitwirkung und Mitgestaltung interessierter Gewerkschaftsmitglieder an der Erarbeitung und Umsetzung der Gewerkschaftspolitik sind daher mit gedämpftem Optimismus, wenn nicht sogar mit berechtigter Skepsis zu betrachten.

Im Gegensatz zum ÖGB, wo die Reformdiskussion im kleinsten Kreis nach wie vor unter Ausschluß der gewerkschaftlichen Basis vor sich geht, findet in den Arbeiterkammern, vor allem in der Wiener Arbeiterkammer, eine sehr breite Reformdiskussion statt. Unter dem Slogan „AK 2000" finden sich einfache Mitglieder, Beschäftigte, BetriebsrätInnen, ArbeiterkammerrätInnen und Spitzenfunktionä-

rInnen aller Fraktionen zu fruchtbaren, konstruktiven Diskussionen und Erarbeitung von Reformvorschlägen zusammen, wobei Ende März in einer außerordentlichen Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer eine erste politische Weichenstellung getroffen werden soll. Erfreulich in diesem Zusammenhang: Die Reformvorschläge des Gewerkschaftlichen Linksblocks – von mir bei zahlreichen Diskussionen eingebracht – fanden Resonanz und Zustimmung.

Der Gewerkschaftliche Linksblock betont die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Reform als Voraussetzung für die Existenz der Arbeiterkammern und ihrer Legitimität in den Augen der Mitglieder, wobei die gesetzliche Mitgliedschaft beibehalten werden soll. Die vom GLB vorgeschlagenen Reformmaßnahmen lassen sich in vier Wesenszügen zusammenfassen.

1. Die Arbeiterkammern müssen eine klare und kompromißlose Politik im Sinne der Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Sie müssen sich von der Unterordnung unter das Diktat der Sozialpartnerschaft aber auch jener gegenüber der Koalitionsregierung und den politischen Parteien befreien.

2. Die Entscheidungen der Arbeiterkammern und ihr interessenpolitisches Agieren müssen auf den Grundlagen weitestgehender Mitspracherechte der Mitglieder, weitestgehender Transparenz und Kontrolle sowie einer umfassenden Rechenschaftspflicht der Organe gegenüber den gewählten Vollversammlungen geschehen. Dies würde eine echte Aufwertung der Vollversammlungen, die Transparenz der Entscheidungsfindungsprozesse aber auch die Rechenschaftslegung von in Gremien der Sozialpartnerschaft delegierten Vertretern der Arbeiterkammern vor der Vollversammlung bedeuten.

3. Die Arbeiterkammern dürfen nicht Hort der Privilegien- und Parteibuchwirtschaft sein. Hier geht es vor allem um die Entflechtung von Funktionen und die Festsetzung von Einkommen für Spitzenfunktionäre. Das Gesamteinkommen führender Funktionäre soll bei 70.000 bis höchstens 80.000 Schilling brutto monatlich angesiedelt sein.

4. Das Arbeiterkammerwahlrecht ist dahingehend zu demokratisieren, daß künftig jede Stimme gleiches Gewicht hat. Dabei geht es um die Abschaffung der durch kein Argument zu rechtfertigenden Aufspaltung der Wahlberechtigten in drei Wahlkörper – Arbeiter, Angestellte, Verkehrsbedienstete – und die umgehende arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten unter Einbeziehung der prekären Arbeitsverhältnisse.

Angesichts des akuten Handlungsbedarfes und des derzeitigen Reformdiskussionsprozesses darf trotz peinlichster sozialpartnerschaftlicher Lobhudelei anläßlich der Festveranstaltung der Bundesarbeiterkammer „75 Jahre Kammern für Arbeiter und Angestellte“ (am 26. Februar in Wien) damit gerechnet werden, daß die verantwortlichen Funktionäre, aber auch die beiden die Arbeiterkammern dominierenden politischen Fraktionen FSG und ÖAAB zu umfassenden Reformen und einer radikalen Demokratisierung der Arbeiterkammern bereit sind.

Die richtigen Maßstäbe

In einer Zeit sich zuspitzender gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Verteilungskämpfe, von Sozialabbau, Sparpaketen und hohen Arbeitslosenzahlen werden Gewerkschaften und Arbeiterkammern auch daran gemessen, in welchem Maße sich die Mitglieder mit ihren Interessenvertretungsorganisationen identifizieren und solidarisieren. Gemessen werden Gewerkschaften und Arbeiterkammern aber auch daran, ob sie sich ihre Konfliktfähigkeit bewahrt haben und notfalls bereit sind, kämpferisch zu agieren. Dazu brauchen sie die Mitglieder – ja sie müssen sichtbar machen: Wir sind die Mehrheit! Aber die kann nicht am grünen Tisch sitzen, die braucht mehr Platz, sich zu zeigen ...

Im Sinne einer konsequenten Interessenvertretung, von Vertrauen und Akzeptanz einer breiten Mitgliedschaft, geht es für Arbeiterkammern und ÖGB also vorrangig darum, sich von den eingefahrenen Spielregeln, den Fesseln der Sozialpartnerschaft, aber auch von der Bevormundung durch die Koalitionsregierung sowie von den Rücksichten auf Parteisekretariate zu lösen.

Die Ideologie „Wir sitzen alle in einem Boot!“ war schon in den vergangenen Jahrzehnten falsch, wenn auch nicht so deutlich erkennbar. Aber in unseren Zeiten zeigt sich offen die stete Vertiefung der sozialen Kluft. Die Reichen werden immer reicher, das Kapital wächst im Verhältnis zur Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer überproportional an. Immer mehr Menschen müssen ihr Leben unter der Armutsgrenze bewältigen. Drückende Wohnungsprobleme und unmäßig steigende Wohnkosten belasten große Teile der Arbeitnehmer schwerstens. Das soziale Netz wird immer löchriger. Die Zweiklassenmedizin breitet sich aus. Eine große Gruppe „im gemeinsamen Boot“ rudert und ist zunehmend einem immer stärkeren Druck ausgesetzt. Die andere Gruppe, eine privilegierte Minderheit, läßt sich rudern, übernimmt kaum mehr Verantwortung und trägt nahezu kein Risiko. Das sollte im heurigen Jubiläums- und Kongreßjahr für Arbeiterkammern und ÖGB Anlaß sein, aus der bisherigen sozialpartnerschaftlichen Orientierung Konsequenzen zu ziehen und eine Neupositionierung vorzunehmen.

Zur Bekämpfung der aggressiven Politik des Kapitals bedarf es seitens der Arbeiterkammern und des ÖGB, sich mit voller Kraft und Konsequenz auf die aktuellsten Themen zu konzentrieren und deren Realisierung durchzusetzen. Eine Auflistung müßte unter anderem folgende Ziele enthalten: Vollbeschäftigung, aktive Bekämpfung der Schwarzunternehmer, umgehende Arbeitszeitverkürzung: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, rasche arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten unter Einbeziehung der prekären Arbeitsverhältnisse, Sicherung der Massenkaufkraft durch aktive Lohnpolitik und Umverteilung, Abgeltung der gestiegenen Produktivität, Anhebung des Spitzensteuersatzes und Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer bei kumuliertem Grundbesitz, Schließung der Steuerlücken bei Erträgen der Kapitalgesellschaften, Eintreibung der Steuerschulden des Kapitals, strengere Handhabung der Steuergesetze – Intensivierung der Kontrollen, Einführung von wertschöpfungsbezogenen Abgaben, kein Stillstand in der Sozialpolitik.

Solche Zielsetzungen stoßen unweigerlich auf das Problem der Internationalisierung der Wirtschaft, der sozialökonomischen Zusammenhänge und der Politik. Dem muß eine Internationalisierung der Interessenvertretungen mit koordiniertem Vorgehen entsprechen. Auch das kann nur erfolgreich sein, wenn die Entwicklung solidarischer Aktionen vorangetrieben und nicht von einer übernationalen „Sozialpartnerschaft“ erstickt wird. ■

Oswald BROZ ist Arbeiterkammerrat und ÖGB-Sekretär (Gewerkschaftlicher Linksblock).

Jugendbeiräte

Alibiinstitutionen oder Mitbestimmungsmöglichkeiten?

Immer wieder stellt sich vor allem für Jugendorganisationen die Frage nach Mitbestimmungsmöglichkeiten für Menschen, die noch nicht die Mögschen, die noch nicht die Möglichkeit haben, an Gemeinde-, Landtags- und Nationalratswahlen teilzunehmen. Oft reagieren die diversen Landesregierungen und Stadträte auf solche Forderungen mit der Einrichtung von sogenannten „Jugendbeiräten".

All diese Gremien sind jedoch weder demokratisch legitimiert, noch fähig, Anliegen von Jugendlichen wirklich zu vertreten. Eine wichtige Forderung, diese Mißstände zu beheben, wäre also nicht nur eine entschiedene Senkung des Wahlalters, sondern auch eine radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche (Schule, Betriebe, etc.). Erst wenn dies durchgeführt werden kann, ist es für Jugendliche auch möglich mitzuentscheiden.

„Jugendbeiräte" können also nur ein Schritt in die richtige Richtung sein, ein Ziel an sich können sie aber sicher nicht sein. Aktuell kann vermutlich jedoch nur ein solcher „Schritt in die richtige Richtung" sofort umsetzbar sein. Daher ist es durchaus sinnvoll, zu überlegen, wie ein „Jugendbeirat" aussehen könnte, der keine Alibifunktion besitzt, sondern echte Mitbestimmungsmöglichkeiten hat. Ich will dies im folgenden am Beispiel von „Ausländerbeiräten" versuchen.

In verschiedenen Städten Westeuropas, besonders in Deutschland, gibt es schon seit Jahren (teilweise schon seit über zwei Jahrzehnten) sogenannte „Ausländerbeiräte". Auch in Österreich entsteht nun ein solcher in Salzburg, und auch in einigen anderen Städten ist einer zumindest von Initiativgruppen geplant. Die Erfahrungen in Deutschland zeigen, daß die Errichtung dieser „Ausländerbeiräte" einen äußerst positiven Einfluß auf das Zusammenleben von „Aus-" und „InländerInnen" hatte, eine echte Mitbestimmungsmöglichkeit darstellte und ein Ansprechpartner für unsere „ausländischen" MitbürgerInnen geschaffen wurde.[1]

Da die bestehenden „Jugendbeiräte" in den meisten Städten und Bundesländern Österreichs sich offensichtlich als völlig untauglich erweisen, die Interessen Jugendlicher zu vertreten, da sie weder demokratisch legitimiert sind, noch ein wirkliches Mitbestimmungsrecht haben (sie sind nur „Beiräte" die aus verschiedenen Vereinsfunktionären bestehen, deren Auswahl oft nach seltsamen Regeln erfolgt, die unter anderem dazu dienen, neue, kleinere Jugendgruppen draußen zu halten – was sich auch finanziell nachteilig auswirkt), zahlt es sich aus, die Parallelen von Ausländer- und Jugendbeiräten zu betrachten und davon ausgehende Alternativen zu den bestehenden Jugendbeiräten zu entwickeln.

Das Beispiel von „Ausländerbeiräten" zeigt, daß es durchaus möglich wäre, solche Beiräte anders zu gestalten. Beide haben eine durchaus vergleichbare Aufgabe und Ausgangsposition:

1. Beide, „Ausländerbeirat" wie „Jugendbeirat" sollen eine Bevölkerungsgruppe in den demokratischen Prozeß einbinden, die von den Rechten eines „erwachsenen" „Inländers" ausgeschlossen sind. Der „Ausländerbeirat" vertritt „ausländische" Menschen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, der „Jugendbeirat" sollte Jugendliche vertreten, die aufgrund ihres Alters noch nicht wahlberechtigt sind, für die aber die Entscheidungen der „Erwachsenen" oft noch wesentlich gravierendere Folgen haben als für diese selbst, vor allem dann, wenn es sich um Entscheidungen handelt, die erst langfristige Auswirkungen haben werden.

2. Sowohl bei „Ausländern" als auch bei „Jugendlichen" handelt es sich um Menschen, die in der Politik wie auch in der Gesellschaft selten ernst genommen, ja oft sogar zu „Randgruppen" gemacht werden, besonders dann, wenn sie beides in einer Person vereinen („ausländische" Jugendliche).

3. Beide Bevölkerungsgruppen dienen, wenn sie einmal zu „Randgruppen" gemacht worden sind, oft als Konfliktstoff und als „Reibebaum" für manche anderen Teile der Bevölkerung.

Analog zu den „Ausländerbeiräten" ließen sich nun folgende Grundbedingungen formulieren, die für einen funktionierenden „Jugendbeirat" unbedingt notwendig wären:

1. Jugendbeiräte müssen demokratisch legitimiert sein. Das heißt, sie dürfen nicht durch Ernennung oder durch Entsendung von Vereinsfunktionären entstehen, sondern müssen durch eine demokratische Wahl zustande kommen. Ob es sich dabei um eine Listenwahl wie bei den meisten „Ausländerbeiräten", um eine Personenwahl oder um irgendeine Art Delegiertensystem mit jederzeit abberufbaren Räten handelt, ist zweitrangig; wichtig ist die demokratische Legitimation. Das aktive und passive Wahlrecht sollten all jene Jugendlichen besitzen, die nicht für die Wahlen der „Erwachsenen" zugelassen sind, also alle Jugendlichen unter 18 Jahren, egal ob sie die österreichische oder eine andere Staatsbürgerschaft besitzen. Eine begonnene Funktionsperiode könnte jedoch unter Umständen bis zum Ende derselben ausgeübt werden, auch dann, wenn der/die Gewählte in der Zwischenzeit wahlberechtigt geworden ist.

2. Der Jugendbeirat soll kein „Geldverteilungsgremium" sein, sondern ein politisches Gremium, das die Jugendlichen in die Entscheidungen der Stadt einbindet. Deshalb sollten auch Vereinsförderungen nicht mehr davon abhängen, ob Mitglieder eines Vereins im Jugendbeirat sitzen, sondern nur von der Tätigkeit eines solchen Vereines. Doppelförderungen wie zum Beispiel aus dem Sport- und aus dem Jugendbudget für ein und dieselbe Tätigkeit sollten verhindert werden.

3. Der „Jugendbeirat" muß rechtlich abgesichert sein und konkrete Kompetenzen besitzen. So sollten alle Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen etc., die direkt die Jugendlichen betreffen, nach dem Beschluß des Gemeinderates in den „Jugenbeirat" getragen werden. Dieser soll dann eine Stellungnahme abgeben. Ist diese negativ, so muß der Gemeinderat in Kenntnis dieser noch einmal den Beschluß wiederholen. Erst dann kann er als beschlossen gelten.

4. Der „Jugendbeirat" muß die Möglichkeit haben, seine Stellungnahmen in die Öffentlichkeit zu tragen. So soll diese mit der betreffenden Entscheidung des Gemeinderates, auf Wunsch des „Jugendbeirates" im jeweiligen Gemeindeblatt oder der Zeitschrift der Landesregierung veröffentlicht werden.

5. Der Jugendbeirat muß das Recht haben, eigene Vorschläge und Initiativen in den Gemeinderat bzw. Landtag einzubringen, die dann dort zu besprechen und abzustimmen sind.

Die genaue Umsetzung dieser fünf Punkte muß wohl von Gemeinde zu Gemeinde, von Bundesland zu Bundesland variieren. „Jugendbeiräte", die weder demokratisch legitimiert sind, noch bestimmte verbindliche Kompetenzen haben, dienen hingegen eher der Imagepflege, eine wirkliche Einbindung der Jugendlichen können sie aber nicht bewirken. ■

Thomas SCHMIDINGER studiert Politikwissenschaft. Er lebt in Vorarlberg

Anmerkungen

1 Siehe dazu: Eugene Sensenig, Multikulturelle Mitbestimmung auf lokaler Ebene, »ÖZP« (Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft) 3/1994/; Redaktion: Institut für Staats und Politikwissenschaft, Hohenstaufengasse 9/7, 1010 Wien;
Zarik Avakian, Modelle gewählter Ausländerbeiräte in Deutschland;
Lutz Hoffmann, Einwanderungspolitik und Volksverständnis; »ÖZP« 3/1994

Vom Wagnis, ein Geschichtenerzähler zu sein

Die späte Anerkennung des Schriftstellers Franz Kain

Judith GRUBER

Eine „schöne, späte Ehrung" widerfuhr dem oberösterreichischen Schriftsteller Franz Kain Ende des vergangenen Jahres. Der Zweiundsiebzigjährige erhielt den Adalbert-Stifter-Preis des Landes Oberösterreich und damit die höchste Ehrung, die einem Literaten in diesem Bundesland zuteil werden kann. Doch wirft gerade diese Preisverleihung die Frage auf, warum Franz Kain, dessen erste Lyrik immerhin bereits 1948 und dessen erste Erzählung 1953 in Österreich erschienen ist, erst jetzt die landesoffizielle Anerkennung als Schriftsteller erfährt.

Der offizielle österreichische Literaturbetrieb hat das Kunststück zuwege gebracht, den Schriftsteller Franz Kain jahrzehntelang totzuschweigen, ihn so weit zu ignorieren, daß sein Werk nur einer relativ kleinen Gruppe Eingeweihter bekannt war. Seine Erzählbände und Romane wurden in Österreich kaum rezensiert, womit von vorne herein eine breitere Öffentlichkeit ausgeschlossen war, aber selbst in den Kreisen, die sich berufsmäßig mit Literatur beschäftigen, blieb Franz Kain viele Jahre hindurch völlig unbeachtet und unbekannt.

Geschah dies, weil Franz Kain ein Kommunist ist oder weil sein literarisches Werk von einer konsequent antifaschistischen Haltung geprägt ist? Ist der Grund schlicht und einfach darin zu finden, daß er bis vor wenigen Jahren vor allem in der DDR verlegt wurde? Oder hat es etwas mit seiner Technik des Erzählens zu tun, schloß ihn die „große Prosa", die er schreibt, die konventionelle Art des Erzählens, aus?

Franz Kains literarisches Werk ist wie bei kaum einem anderen heimischen Autor dieser Zeit von seiner Biographie bestimmt. Und das nicht nur, weil er sehr oft autobiographisch erzählt, sondern weil die Themen, deren er sich annimmt und auch die Erzähltechnik sehr stark dadurch geprägt wurden.

Mit vierzehn schon im Gefängnis

Im Jahr 1922 in Bad Goisern in Oberösterreich als Sohn eines Maurers geboren, fand er schon in frühester Jugend seinen politischen Weg, dem er bis heute treu geblieben ist. Mit vierzehn Jahren trat er dem Kommunistischen Jugendverband bei und wurde kurz danach das erste Mal wegen Verstoßes gegen das Staatsschutzgesetz verhaftet und zu zwei Monaten strengem Arrest verurteilt. Als wegen eines politischen Deliktes Vorbestrafter hatte der noch nicht Fünfzehnjährige in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit keine Chance mehr, eine Lehrstelle zu bekommen. Er schlug sich zuerst mit Gelegenheitsarbeiten durch und wurde schließlich Holzknecht.

Diese Jahre der Arbeit in den Bergwäldern rund um Bad Ischl prägten Franz Kain in entscheidendem Maße. In politischer Hinsicht ebenso wie im Erleben von Natur und natürlich im Erleben einer Arbeitswelt, die zwar extreme Schwerarbeit aber auch wenig entfremdete Arbeit bedeutete. Daß er nach der Okkupation Österreichs durch Hitler-Deutschland politischen Widerstand leistete, war für ihn keine Frage. Im Frühjahr 1941 wurde die gesamte kommunistische Jugendgruppe, der er angehörte, verhaftet, Franz Kain wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Um dem Zuchthaus zu entgehen, meldete er sich „freiwillig" zu einer sogenannten Bewährungseinheit, der berüchtigten Strafbrigade 999. Mit ihr führte sein Weg nach Afrika, wo er in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet und in die USA gebracht wurde.

Schon als Kind hatte Franz Kain, angeregt durch seinen Vater, viel gelesen, im Gefängnis begann er Gedichte zu schreiben, in den US-Gefangenenlagern verfaßte er Artikel für die Lagerzeitungen, erste Erzählungen und viele Gedichte. Als er im Frühling 1946 nach Österreich zurückkehrte, erwartete ihn bereits ein Brief der Landesleitung der KPÖ-Oberösterreich, in der er aufgefordert wurde, sich in der Redaktion der »Neuen Zeit«, der oberösterreichischen Ausgabe des KPÖ-Zentralorgans »Volksstimme«, zu melden. So begann Franz Kain seine Laufbahn als kommunistischer Journalist, mit dem berühmten Journalisten, Dramatiker und Schrifsteller Arnolt Bronnen als Lehrer.

Bis zu seiner Pensionierung blieb Franz Kain Redakteur der »Neuen Zeit«, war zehn Jahre lang kommunistischer Gemeinderat in Linz, viele Jahre Mitglied des Zentralkomitees der KPÖ und ist noch heute aktiv.

Schon in den ersten Jahren in Linz veröffentlichte Franz Kain eine Reihe von Sonetten und einige wenige Erzählungen in Österreich. Den wirklich großen Auftrieb zur literarischen Arbeit und die endgültige Hinwendung zur Prosa brachten die Jahre 1953 bis 1956, die Franz Kain als Sonderkorrespondent der »Volksstimme« in Berlin verbrachte. Kontakte mit Bert Brecht, Elisabeth Hauptmann, Johannes R. Becher, Peter Huchel, Herbert Ihering, Anna Seghers und Arnold Zweig wurden prägend für den österreichischen Schriftsteller. Noch während seines Aufenthaltes in Berlin erschien im Aufbau-Verlag seine Erzählung „Romeo und Julia an der Bernauerstraße". Von da an blieb er dem Aufbau-Verlag bis Ende der achtziger Jahre treu. Zwar verlegte ein kleiner westdeutscher Verlag 1969 den Erzählband „Die Donau fließt vorbei", auch erschienen mit großer Regelmäßigkeit Erzählungen in oberösterreichischen Literaturzeitschriften und literarischen Jahrbü-

chern, doch der Verlag, mit dem es die engste Zusammenarbeit gab, blieb der Berliner Aufbau-Verlag.

Erst 1989 fand sich ein österreichischer Kleinverlag, die „Bibliothek der Provinz", geleitet von Richard Pils, und veröffentlichte zuerst zwei Erzählbände und schließlich Franz Kains großen autobiographischen Roman „Am Taubenmarkt". Es folgten zwei weitere Erzählbände und erst vor wenigen Monaten der neue Roman „In Grodek kam der Abendstern".

Diese „Übersiedlung" zu einem anerkannten österreichischen Verlag brachte in Franz Kains literarischem Werdegang sicherlich eine Wende. Wenngleich auch die Auflagen niedrig sind, so war es doch nicht mehr so leicht, diesen oberösterreichischen Schriftsteller totzuschweigen. Er, der doch mit seinen Themen so sehr in Österreich verhaftet ist, fand nun endlich auch hier einen breiteren Leserkreis und – wie die Verleihung des Adalbert-Stifter-Preises zeigt – auch die entsprechende Anerkennung und Würdigung seines Werkes.

Ausgegrenzt als Kommunist?

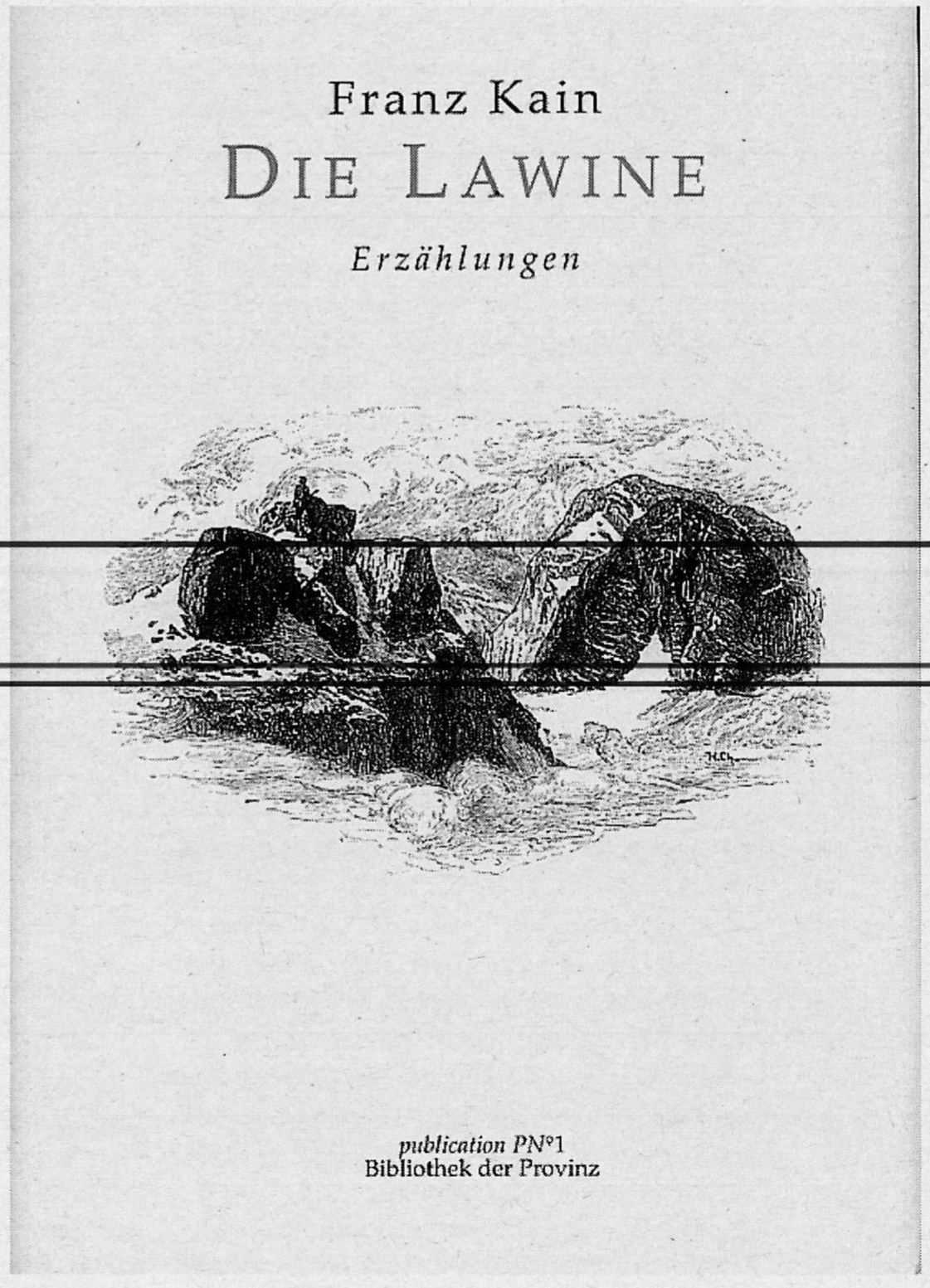
Franz Kain zu ehren habe auch immer etwas von Wiedergutmachung, denn man habe ihn zu lange nicht geehrt und nur wenig beachtet, meinte Walter Wippersberg in seiner Laudatio anläßlich der Verleihung des Stifter-Preises Ende November im Linzer Landhaus.[1]

Natürlich war Franz Kain für Österreich immer ein unbequemer Zeitgenosse. Er war und ist seit seinem vierzehnten Lebensjahr Kommunist, nicht heimlich, sondern offen deklariert, einer, der nie ein Hehl aus seiner politischen Anschauung macht, der sich immer engagiert und sich damit nicht nur Freunde, sondern sicher noch viel mehr Feinde geschaffen hat.

Vor allem aber läßt sich Franz Kains literarisches Werk nicht von seinem politischen Leben trennen. Nicht nur, daß er in einigen stark autobiographischen Erzählungen und in zwei autobiographischen Romanen seinen eigenen politischen Werdegang beschreibt. Sucht man sein Werk nach einer Grundhaltung des Autors ab, so findet man sehr rasch heraus, daß die Aufarbeitung österreichischer Geschichte sein Hauptthema ist und damit Faschismus in allen seinen Spielarten und Antifaschismus im Mittelpunkt stehen.

Da braucht wohl einer bei uns in Österreich kein deklarierter Kommunist zu sein, das Anfassen dieser Themen allein genügte schon, um ihn von den fünfziger bis zu den neunziger Jahren suspekt zu machen, um ihn auszugrenzen und ihm die literarische Anerkennung zu versagen.

„Die Geschichte mit Hilfe von Geschichten zu beleuchten, die im Schatten ihrer Zäsuren wachsen, ist ein Akt nationaler Selbstkritik", schrieb Franz Kain in seinem Schlußessay zum Erzählband „Der Weg zum Ödensee".[2] Daß es gerade diese nationale Selbstkritik ist, die ihn trotz unbestritten hoher literarischer Qualität im heimischen Literaturbetrieb zum Aussätzigen machte, liegt auf der Hand. Hinzu kommt noch, daß er selbst den Anspruch an sich stellte, die weißen Flecken auf der literarischen Landkarte betreten zu wollen. „Wer sie betritt, spürt recht bald, daß sie freigeblieben sind, weil die Herrschenden und ihre bewußten und unbewußten Diener nicht wünschten, daß darüber geredet wird. Aber man muß darüber reden, damit alles gesagt ist."[3] Und Franz Kain ist einer, der sich nie gescheut hat zu reden, etwa darüber, was 1934 in Österreich geschehen ist, wie sich der Faschismus ausgewirkt hat, was er in den Menschen angerichtet hat, und daß er als Gefahr noch immer aktuell ist. Deshalb hat er auch jahrzehntelang zu spüren bekommen, daß dies bei uns unerwünscht ist.



Aufbau-Verlag: seine literarische Heimat

Daß Franz Kains Stammverlag rund 35 Jahre hindurch ausgerechnet der Aufbau-Verlag in der DDR war, machte es denen, die in Österreich den literarisch rechten Ton angaben, natürlich leicht, ihn auszugrenzen. Wer als Österreicher in der DDR verlegte, ließ sich ohne große Probleme zum politischen und literarischen Ausländer stempeln, den man nicht weiter beachten mußte.

Für Franz Kain selbst waren der Aufbau-Verlag und die DDR in diesen Jahrzehnten tatsächlich so etwas wie seine literarische Heimat. Dabei ging es nicht nur um die politische Anerkennung des antifaschistischen Schriftstellers, die er dort genoß, sondern auch darum, daß er sich hier unter Freunden befand. So manchen der Verantwortlichen im DDR-Literaturbetrieb kannte er noch aus den amerikanischen Kriegsgefangenenlagern, während seines dreijährigen Aufenthaltes in Berlin schloß er neue Freundschaften, die wiederum Jahrzehnte hielten. Beim Aufbau-Verlag beheimatet zu sein, hieß für ihn also unter Freunden zu sein.

Hinzu kommt, daß das damalige österreichische Verlagsspektrum ein recht kleines war, und die meisten dieser wenigen Verlage gaben sich absolut staatstragend. Dort unterzukommen, war für den Kommunisten und Antifaschisten Franz Kain aussichtslos. „Den Ton im Literaturbetrieb gaben in dieser Zeit, wir wissen es, ja die gleichen Autoren an, die

schon zur NS-Zeit arriviert waren. Eine Entnazifizierung hat es in diesem Bereich nicht gegeben", meint daher auch Walter Wippersberg.[4] Erst als Mitte und Ende der achtziger Jahre eine ganze Reihe von Kleinverlagen gegründet wurden, die sich in jeder Hinsicht radikal von den alteingesessenen Verlagen unterscheiden, konnte Franz Kain sein Werk in Österreich publizieren. Daß einander ausgerechnet Franz Kain und die „Bibliothek der Provinz" trafen, ist sicherlich kein Zufall, kann man sich doch schwerlich eine größere Harmonie als zwischen diesem Autor und diesem Verlag und seiner Verlagsphilosophie vorstellen.

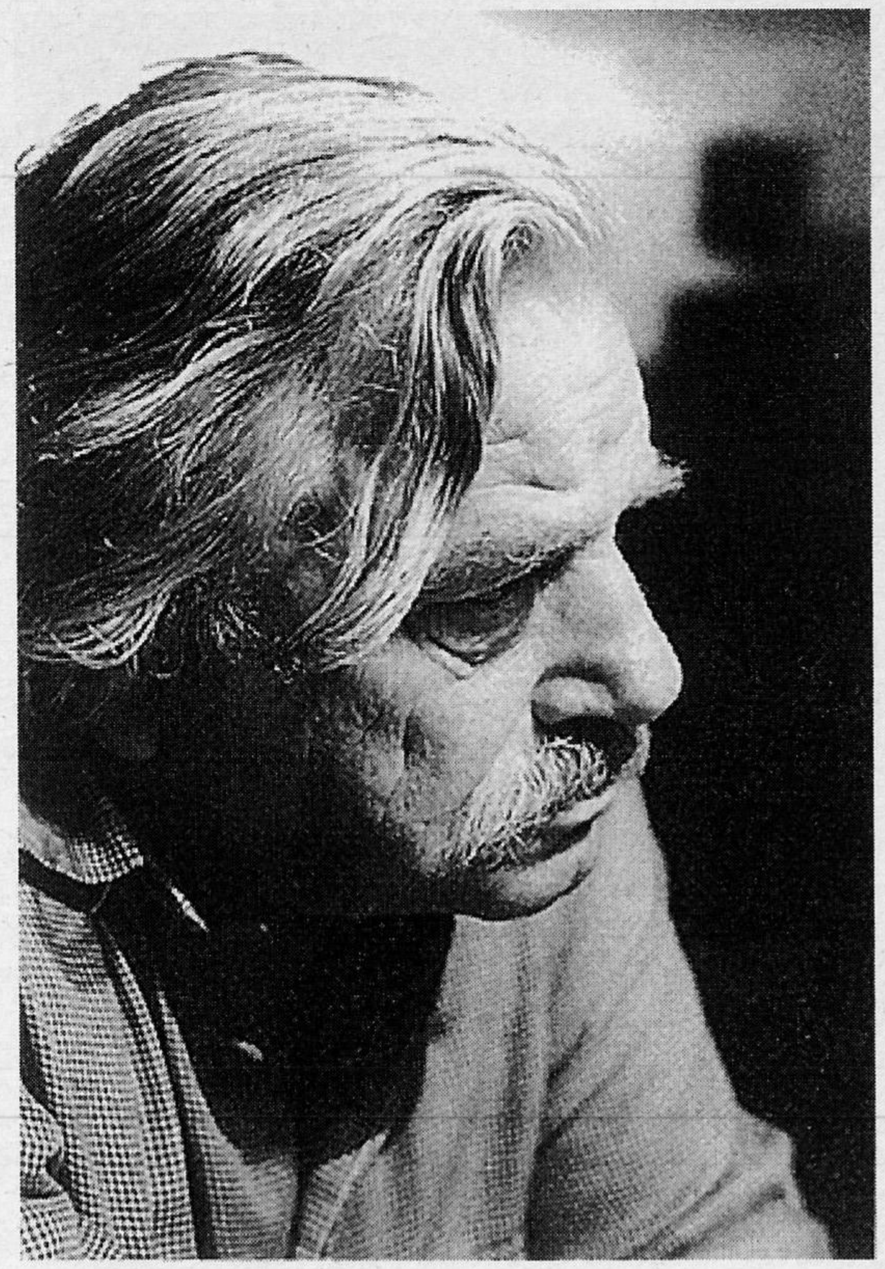
„Große Prosa"

Franz Kain schreibe „große Prosa", und genau das sei es, was ihn so sehr heraushebe aus der österreichischen Literaturszene, meint Verleger Richard Pils, und er sieht darin auch den Hauptgrund dafür, daß man diesen Schriftsteller in Österreich bis vor kurzem so wenig beachtet hat. Auch Walter Wippersberg vertritt diese Auffassung: „Als dann Ende der sechziger Jahre das Interesse an jenen Themen, über die Franz Kain schon so lange schrieb, neu erwachte, da stand die Art seines Erzählens einer breiteren literarischen Anerkennung im Wege. Er galt als konventioneller Erzähler, und damals durfte, wer etwas gelten wollte, wir erinnern uns, alles, bloß nicht einfach erzählen."[5]

Während meiner Arbeit an einer Dissertation über Franz Kain[6] zu Beginn der achtziger Jahre gab es im Dissertantenseminar am Wiener Germanistischen Institut immer wieder Diskussionen darüber, daß Franz Kain leider ein gar so konventioneller Erzähler sei. Bieder, unmodern, altertümlich, nicht zeitgemäß nannte man seinen Erzählstil und sprach ihm damit in gewisser Weise jede Professionalität ab. Gleichzeitig schwärmte so mancher Kollege gerade damals von Gabriel García-Márquez' Romanen. Lateinamerikanischen Autoren gestand man den konventionellen Erzählstil zu, ließ sich auch von ihm begeistern, einen heimischen Autor diskreditierte die traditionelle Erzählweise.

Zehn Jahre später zeichnet sich hier eine Trendwende ab. Erzählen ist wieder salonfähiger geworden, wird wieder stärker geachtet und als professionell anerkannt. Dies kommt Franz Kain heute sicherlich auch zugute.

Daß auf dem Titelblatt seines Bandes des „Der Weg zum Ödensee"[7] nicht „Erzählungen", sondern „Geschichten" steht, darf man nicht als Spielerei abtun. Franz Kain ist ein Geschichtenerzähler, und er bekennt sich dazu. Er beschreibt in seinen Geschichten nicht nur menschliches Verhalten und das, was dem Menschen widerfährt, sondern er sieht dabei auch die großen gesellschaftspolitischen Zusammenhänge und bettet seine Figuren darin ein.



Franz Kain

Unabhängig von jeder Mode in der Literatur ist er seinem Wagnis, Geschichten zu schreiben treu geblieben. Und er wird sicher in die österreichische Literaturgeschichte eingehen als der Schriftsteller der Nachkriegszeit, dem es gelungen ist, österreichische Geschichte durch Geschichten darzustellen.

Späte Anerkennung

Daß Franz Kain Mitte der neunziger Jahre endlich seine Anerkennung in Österreich findet, ist sicherlich auf eine Vielzahl von Gründen zurückzuführen. Da ist der Einstieg bei einem heimischen Verlag, der ihm den Makel, eine Art DDR-Schriftsteller zu sein, nahm. Hinzu kommt, daß seine konventionelle Erzähltechnik nun nicht mehr so sehr aus dem Rahmen fällt wie noch vor zwanzig oder dreißig Jahren, „große Prosa" heute also eher anerkannt wird. Außerdem hat die Auseinandersetzung mit Franz Kains Leitthema – Faschismus und Antifaschismus – Ende der achtziger Jahre und ganz besonders heute eine neue Akzeptanz erfahren. Und da läßt sich auch ein Autor wie er nicht mehr einfach unter den Teppich kehren. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt aber sicherlich auch der Zusammenbruch des realen Sozialismus. Das Feindbild Kommunismus hat an Schärfe verloren, ein Kommunist scheint daher heute weniger gefährlich zu sein, und ein kommunistischer Schriftsteller muß nicht mehr so vehement ausgegrenzt werden wie früher.

Der schöne Satz von der literarischen Qualität, die sich allen Hindernissen zum Trotz irgendwann doch einmal durchsetzt, weil sie eben so gut ist, reicht also bei weitem nicht aus, um das typisch österreichische Phänomen vom jahrzehntelang ignorierten und zuguterletzt doch anerkannten Schriftsteller zu erklären. „Daß die Gesellschaft keine harmonische ist, sondern eine zerrissene, ist ein alter Hut. Für den Geschichtenschreiber kommt es darauf an, wie sie ihn trägt und erträgt." schreibt Franz Kain.[8] ■

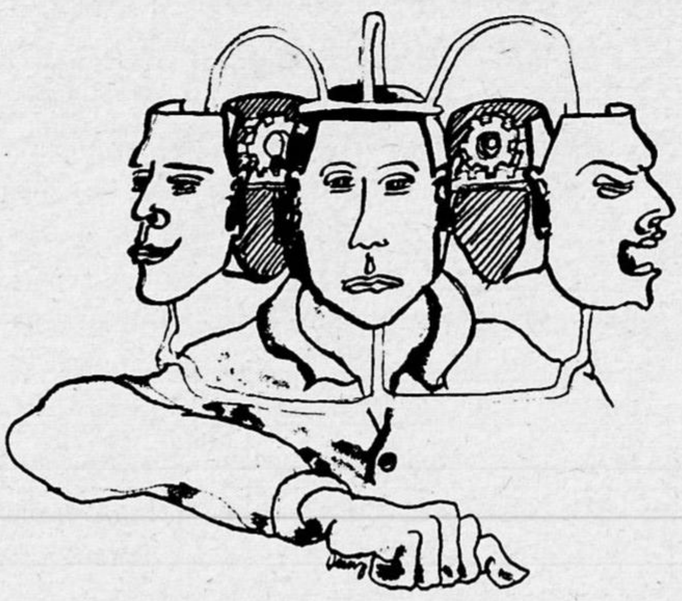
Dr. Judith GRUBER ist Germanistin. Sie arbeitet als Schriftstellerin und Journalistin.

Anmerkungen

1 Wippersberg, Walter, Über Franz Kain, in: Beispiele '94. Kulturpreise des Landes Oberösterreich, Linz 1994
2 Kain, Franz, Der Weg zum Ödensee. Geschichten. Berlin 1973, S. 191f.
3 Ders., Vom Wagnis, Geschichten zu schreiben, in: »Facetten«, Linz 1975, S. 6 und in: Der Schnee war warm und sanft, Weitra 1989, S. 88
4 Wippersberg, wie Anm. 1
5 Ebenda
6 Gruber Judith, Franz Kain – Eine Monographie, Dissertation, Wien 1985
7 Kain, wie Anm. 2
8 Ders., Vom Wagnis, Geschichten zu schreiben, in, Der Schnee war warm und sanft, Weitra 1989, S. 87.
Einen Überblick über Franz Kains Leben und Werk sowie eine vollständige Bibliographie bietet: »Die Rampe. Hefte für Literatur« Portrait über Franz Kain, OÖ Landeskulturreferat, Linz 1994.

Hypnose ist eine erlernbare menschliche Verhaltensrolle

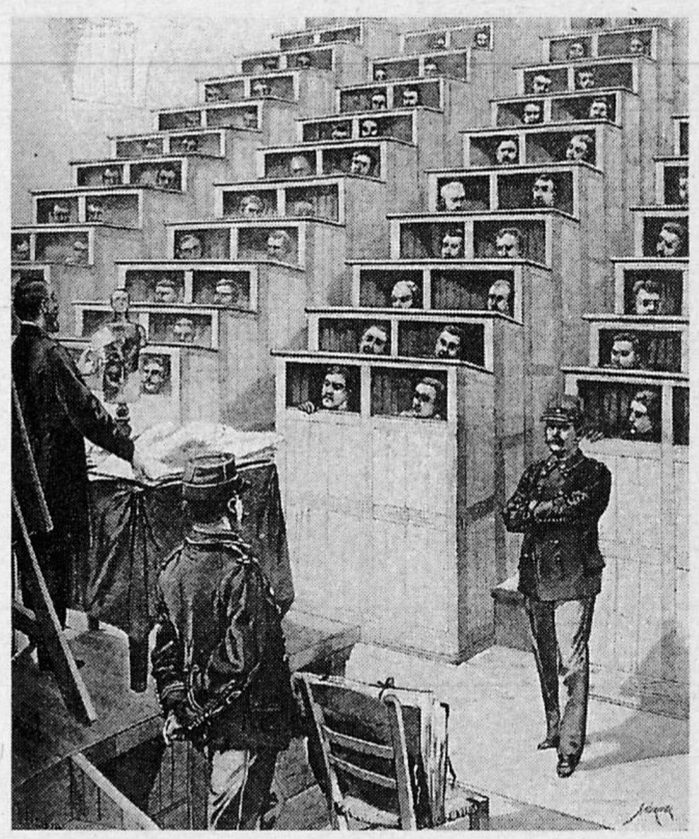
Martin POTSCHKA



Jeder Mensch nimmt in seinem Leben eine Vielzahl von *Rollen* ein; als Kind, als Erwachsener, am Arbeitsplatz, in der Familie, in der Kirche, als Soldat im Krieg, als Liebhaber, unter Frauen, unter Männern, mit Kollegen, mit dem Chef, im Kino, als Musikliebhaber, bei einem Vortrag, am Sportplatz, unter Drogen, bei der Meditation, im Schlaf. Jede Rolle erfordert unterschiedliche Verhaltensweisen und bedingt unterschiedliche Weisen des Erlebens. Der Mensch adaptiert also eine Vielfalt unterschiedlicher *Ich-Zustände*, gleichsam Schemata seiner Innenwelt, zwecks adäquatem Umgang mit der Außenwelt. Dieses „Spiel der *Masken*", traditionell eher negativ besetzt, ist für eine pluralistische postmoderne Konstruktion der Welt unabdingbar. Denn positivistische Eindeutigkeit ist nie erzielbar, wohl aber emotive Vielfalt, Dynamik, Entwicklungsfähigkeit, Verwandlungsfähigkeit. Die Außenwelt tendiert dabei dazu, sich der jeweiligen Innenwelt vollständig aufzudrängen, von ihr Besitz zu ergreifen und sie gleichzuschalten. Das Ich neigt umgekehrt dazu, sich Teile der Außenwelt als Objekte einzuverleiben und wird in jedem Fall bemüht sein, eine entkoppelte innere Existenz aufrecht zu erhalten; Existenz in der Differenz. Nicht in der Erstarrung zu bloß einer Maske, unwandelbar, statisch, selbst-ident entfaltet sich das Ich, auch nicht im Wechsel stereotyper *Schablonen*, sondern durch die Integration zeitlich wechselnder Ich-Zustände zu einer durchgängigen, einander durchdringenden, mehr oder weniger ganzheitlichen und reifen Persönlichkeit.

Daß das innere Erleben eines Menschen selbst situationsabhängig ist, ist eine unvermeidliche Folge seiner Entwicklung. Unser Inneres formt sich ja erst im Verlauf vieler Einzelreaktionen gegenüber der Umwelt durch Anpassung und Bewältigung. Erst dadurch erreicht die Innenwelt eines Menschen überhaupt eine stabile (Re-)Konstruktion der Realität. Die Erinnerungsfähigkeit an frühere Situationen bedingt jedoch eine kreative Vermischung der verschiedenen sukzessiven Einzelreaktionen, sodaß die Innenwelt mehr als nur ein momentanes Abbild der Außenwelt darstellen kann und deshalb stets eine gewisse Differenz erhalten bleibt. Auch wenn das Ich seinen Zustand den jeweiligen momentanen Bedingungen anpaßt, erfolgt dies dem individuellen Charakter entsprechend unterschiedlich, also nie unter vollständiger Aufgabe aller vorher erlebter Existenz. Absolute Selbstidentität ist deshalb reine Fiktion; sie hätte die kontinuierliche Gleichschaltung mit einer in sich gleichgeschalteten Umwelt zur Voraussetzung.

Jeder einzelne derartig geformte Ich-Zustand ist aber nicht ein unabhängiges, gerade ausgewähltes System, auch nicht ein Teilsystem des Ich, sondern eben bloß ein bestimmter *Systemzustand*. Unter System wird dabei die formale Organisation mentaler Aufgaben verstanden, deren anatomisch-zellbiologische Zuordnung sich erst in weiterer Folge stellt. Keinesfalls darf unter System eine Reduktion auf partikulare kybernetische Regelmodelle verstanden werden. Ich-Zustände sind somit *mentale Konstellationen* des gleichen interaktiven Systems, das jedoch hierarchisch in voneinander weitgehend unabhängige Teilsysteme gegliedert sein kann, wobei jedem Ich-Zustand eine bestimmte Konstellation aller Teilsysteme entspricht. Was auf den ersten Blick unnötig komplex und störanfällig scheint, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als essentieller Geniestreich biokybernetischer Evolution. Wechselnde *Positionen* bedingen wechselnde Sichtweisen und damit zwar Entfremdung; nämlich Verlust des gerade noch sicher Geglaubten. Die erst im Kontrast des Wechselns bewußt werdende Entfremdung verfremdet und verzerrt aber die gegenwärtigen Positionen selbst, und diese Dynamik ist deshalb unentbehrliche Voraussetzung zum Erzielen neuer Einsichten (aber keine Garantie dafür). Ein System, das immer gleich funktioniert, ist weder lernfähig noch kann es Bewußtsein seiner selbst entwickeln.



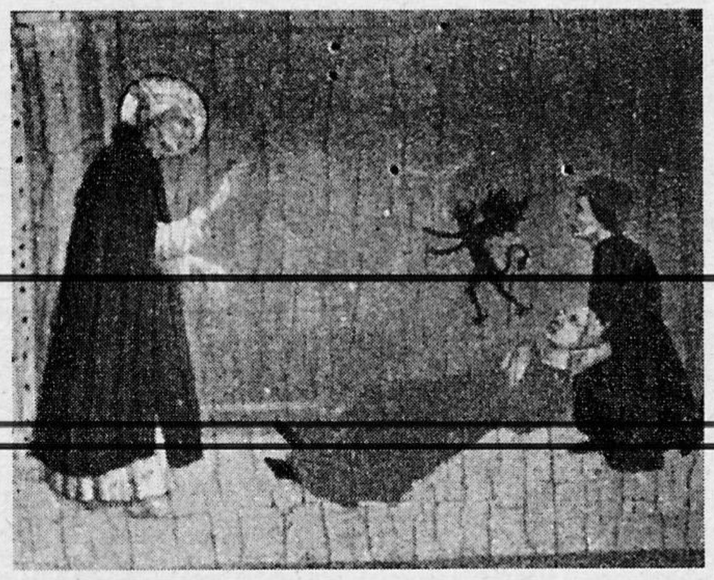
Für die etwa 200 Forscher und Therapeuten, die sich im August 1993 in Wien zum Sechsten Europäischen Kongreß über Hypnose in der Psychotherapie und psychosomatischen Medizin trafen (mit zahlreichen Teilnehmern aus Übersee), ist Hypnose weder ein bestimmtes Konzept noch ein mentaler Zustand, sondern ein Fachgebiet. Also darf man darüber nach wie vor unterschiedlicher Meinung sein, wobei sich verschiedene Therapeuten teilweise bloß einer unterschiedlichen Sprache bedienen, teilweise divergieren die Interpretationen aber erheblich. Dazu tragen sicher auch die vielfältigen Hypnoseformen bei, die zur Anwendung kommen, ohne daß diese hinreichend deklariert würden. Die gängige Unterscheidung „autoritär, direktiv, indirekt, permissiv, interaktiv" kann die dabei wesentlichen Details auch nicht annähernd erfassen, sondern benennt eher eine dem kulturellen

Wandel der Zeit entsprechende Frage des Stils und Tonfalles.

Gerade wegen des verbreiteten Unterfangens, Hypnose zu definieren, muß man aufzählend beschreiben:

- Hypnose ist ein Satz von Anleitungen, um einen veränderten Bewußtseinszustand zu induzieren;
- Hypnose ist eine Therapiestrategie, gleichrangig und komplementär zu anderen;
- Hypnose ist ein physiologischer Prozeß;
- Hypnose ist ein Ritual;
- Hypnotisierbarkeit ist eine notwendige Konsequenz eines autopoietischen Systems im Sinne von Maturana und Varela, das heißt eines sich selbst schaffenden, auf sich selbst bezogenen und von der Umwelt autonomen Systems im Unterschied zu einer Maschine mit einer durch Andere extern vorgegebenen Funktion;
- Hypnose ist eine durch Andere extern vorgegebene Funktion;
- Hypnose ist jedenfalls mehr als die bloße Frage, wie der Zustand der Hypnose zu erzielen sei;
- Hypnose ist ein Verhalten, das auf einem Zuweisungsprozeß des Klienten an den Therapeuten beruht.

Ungeachtet aller stilistischer Unterschiede empfiehlt deshalb Peter Gathmann, Universität Wien, sich zur autoritativen Essenz jeder Hypnose zu bekennen; auch indirekte und interaktive Führungstechniken bleiben Führungstechniken.



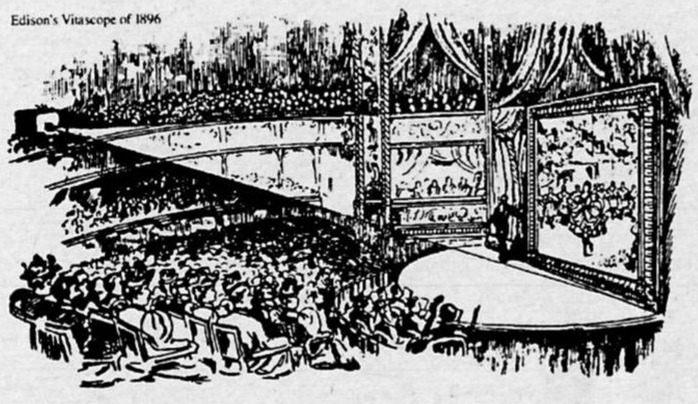
Der hl. Vincent befreit eine besessene Frau, die ihn beschuldigt hat, sie zu verführen, Francesco da Rimini, 15. Jh.

Die unterschiedlichen Hypnosetheorien eindeutig bestimmten Autoren zuzuschreiben ist oftmals problematisch. Was K. S. Bowers 1973 „Zuweisungsprozeß" nennt, hat zuvor schon Sigmund Freud als Grundmuster von Suggestion, Hypnose und Hysterie identifiziert und „Übertragung" genannt. Der Paradigmenwechsel erfolgte jedoch schon 1819 als Abbé Faria die Hypnotisierbarkeit zur Eigenschaft des Klienten erklärte. Bis dahin war angenommen worden, es handle sich um eine Kraft des Hypnotiseurs; fortan galt der Hypnotiseur bloß als „Konzentrator" psychogener Felder.

Franz Anton Mesmer war 1779 erstmals mit einem physikalistischen Begründungsversuch der bis dahin geltenden Dämonen-Theorie entgegengetreten, zufällig(?) im Todesjahr seines Zeitgenossen Pater Johann J. Gassner, der noch ein besessener Exorzist war. Mesmers Aktivitäten in Paris wurden aber keinesfalls von allen positiv beurteilt, sodaß König Louis XVI 1784 die für ihre aufklärerische Tradition berühmte Académie des Sciences beauftragte, ein Gutachten zu erstellen. Im gedruckt jedem zugänglichen Kommissionsbericht wird Mesmers Theorie des animalischen Magnetismus zurückgewiesen und die Bedeutung von „Nachahmung" und „Einbildung" hervorgehoben. Weiters heißt es: „Hier liegt der Kern einer neuen Wissenschaft, nämlich der Einflußnahme des Spirituellen über das Physikalische." Anders als später Abbé Faria endet das Akademie-Gutachten allerdings mit der Feststellung: „Ein Mensch befiehlt und die Anderen sind bloß seine Instrumente, ... er erschüttert ihr Nervensystem ... ohne ein Fluidum zu Hilfe zu nehmen. Dies ist ein gefährliches Phänomen". Die Cyberwar Comics leben noch heute davon. Nichtsdestotrotz weiß man mittlerweile, daß physiologische Prozeße involviert sind. Der Mesmerismus jedenfalls markiert im Frankreich des 18. Jahrhunderts die Wende von der Aufklärung zur Französischen Revolution.

Unterschiedliche Hypnose-Rituale induzieren jedoch erheblich divergierende Verhaltens- und Wahrnehmungszustände, und jeder Mensch reagiert dabei mit der Einmaligkeit seiner mentalen Ganzheit. Unter den vielen Kriterien, die man in der Literatur über Hypnose findet, ist nur eines weitgehend allgemeingültig, nämlich, daß sie eine veränderte Form der Informationsverarbeitung bewirkt. Aber die Grundzüge dieser Informationsverarbeitung sind normal und alltäglich, und verändert ist eher die Dichte und Einseitigkeit gewisser Prozesse und ihre klare Abgrenzung von anderen Erlebniszuständen; statt einer dynamischen Balance und Parallelität verschiedener Subsysteme der Informationsverarbeitung spaltet sich der Mensch in klar unterscheidbare Ich-Zustände, zwischen denen er hin und her schaltet wie zwischen verschiedenen Sendern auf seinem Radio.

Zahlreiche Therapeuten haben beobachtet, daß Hypnose erlernbar ist. Es handelt sich also um eine Anpassung der Innenwelt an die Erfordernisse der hypnotisch-therapeutischen Interaktion, um ein Rollenverhalten. Dafür ist das Verhalten des Hypnotiseurs zwar wesentlich, aber als Objekt des Hypnotiseurs ist man nicht mehr unter fremder Kontrolle, als dies bei vielen anderen menschlichen Reaktionsmustern der Fall ist, die sich durch die jeweils gemachten Erfahrungen eingeprägt haben. Jean-Martin Charcot, im späten 19. Jahrhundert in Paris ein Pionier der Hypnoseforschung, war das erste Opfer dieses Lernprozesses, als er nicht erkannte, daß seine Theorien bloß auf der spezifischen Verhaltenskonditionierung seiner Patienten beruhten.



Was nun sind die wesentlichen Eigenschaften der Informationsverarbeitung? Hier lassen sich zwei Pole fixieren: erzählend oder erklärend. Jeder hat schon erlebt, wie er beim Lesen eines Romans, *im Theater* oder im Kino beginnt, mit dem Helden mitzuleiden; sobald er sich auf die Poesie einläßt, von ihr mitgerissen wird; er Distanz verliert; ein ozeanisches Gefühl aufkommt. Erst im nachhinein wird das Erinnerung Gewordene analysiert, man geht wieder auf Distanz und wird kritikfähig, man erklärt und begründet, was zuvor nur erlebt wurde. Im Zustand poetischer Fesselung dagegen waren die inneren gewohnten Verlaufsentscheidungen des Denkens durch den äußeren Anweisungsfluß ersetzt. Georges Duhamel beschreibt 1930, als das Medium Film noch neu war, und keine unreflektierte Selbstverständlichkeit, das Wesen des Filmes so: „Ich kann schon nicht mehr denken, was ich denken will. Die beweglichen Bilder

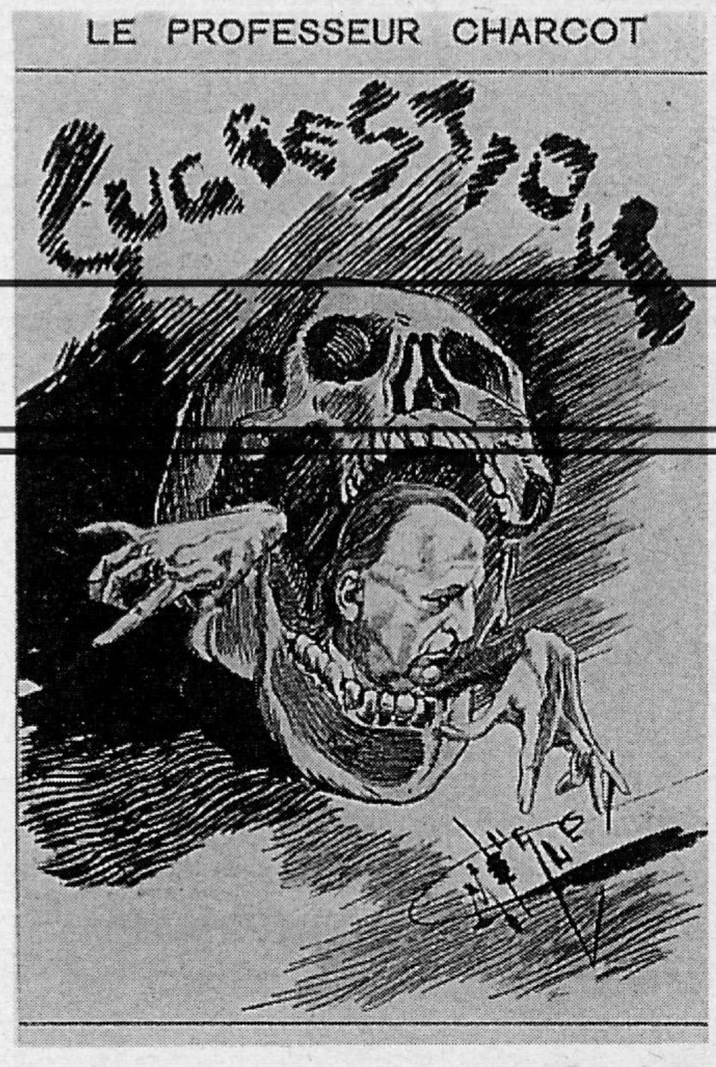
haben sich an den Platz meiner Gedanken gesetzt". Entscheidend ist der zeitliche Ablauf; die Leinwand eines Gemäldes oder ein Standphoto können den Betrachter nicht von sich aus hypnotisch fesseln.

Im Zustand der Fesselung werden Informationen zwar erhalten (und zumindest zum Teil auch gespeichert), aber nicht prozessiert. Sie sind unterbewußt wirksam, aber noch nicht bewußt verfügbar. Erst am anderen Zustandspol werden die dem Bewußtsein hinzugefügten Bilder mit den Erfahrungen des vorhandenen Gedächtnisses vernetzt und integriert. Eine derartige Fesselung kann nicht nur von außen kommen, sondern dem „Ich" gegenüber auch vom Unterbewußtsein, etwa im Traum. Assimilation der Außenwelt (und damit Verschmelzung) und autonome Strukturierung der Innenwelt (und damit Abgrenzung) sind komplementäre Prozesse, die sich im zeitlichen Wechsel oft besser verwirklichen lassen als in echter Gleichzeitigkeit. Während aber im Alltag diese Systemzustände glatt ineinander übergehen, sodaß sich Menschen dieser Unterschiede oft gar nicht bewußt werden, kondensiert die Hypnose einen Pol (den des vorübergehenden Verzichts auf Ich-Kontrolle) nachhaltig zu einem abgespaltenen „veränderten Bewußtseinszustand", umgangssprachlich Trance genannt. Es ist also nicht weiter verwunderlich, daß Hypnose ohne Psychotherapie, das heißt ohne Integrationsprozesse, keine dauerhafte Wirkung hat.

In weiterer Folge gehen die Meinungen aber zum Teil erheblich auseinander. Milton Erickson, der Begründer der heute am weitesten verbreiteten Hypnoseschule meint, jeder solle sein Unterbewußtsein die Aufgaben erledigen lassen; 1830 ist diese Position für Georg Wilhelm Friedrich Hegel ein Rückfall in die bloß fühlende Naturlebendigkeit, in der das Subjekt seine im verständigen Bewußtsein wurzelnde Freiheit einbüßt. Auch Sigmund Freud kritisiert die passive Rolle unter Hypnose; die dabei auftretende „Übertragung" fördere nur die Abhängigkeit des Klienten und erschwere gerade dadurch die eigentliche Krisenbewältigung. Inwieweit Hypnose im heute üblichen Rahmen als Technik der Bewußtwerdung dennoch einsetzbar ist, gilt besonders unter analytisch orientierten Therapeuten als umstritten.

Goethe wendet sich vor allem gegen die zu seiner Zeit übliche Form der kollektiven Hypnose und ihrer Rituale. 1830 urteilt er über das damals Mesmerismus Genannte: „Zwar zweifle ich nicht, daß diese wundersamen Kräfte in der Natur des Menschen liegen, ja sie müssen darin liegen, aber man ruft sie auf falsche, oft frevelhafte Weise hervor."

Einer modernen Sprachregelung folgend, handelt es sich bei Trance, Hysterie, Besessenheit, hypnotischem Zustand etc. um Formen „außergewöhnlicher Bewußtseinszustände". Diesen unterschiedlichen Bezeichnungen entspricht ihr unterschiedlicher historischer Kontext und Inhalt und sie drücken kulturellen Wandel aus. Der modernen Umgangssprache ist der Begriff der Trance wohl am geläufigsten, gleichermaßen bleibt es ein Sammelbegriff unterschiedlichster Erscheinungsformen. Der gemeinsame Kern weitverbreiteter und altbekannter Erscheinungen beschäftigt gleichermaßen Psychoethnologen, Religionspsychologen und Massenpsycholo-



Franz. Karikatur um 1890

Heute teilen sich die Theoretiker vor allem in zwei Lager. Einerseits die Dissoziationstheorie von Pierre Janet (1925) und Ernest R. Hilgard (1974), wonach unterschiedliche kognitive Verarbeitungssysteme existieren; eine zentrale Kontrollstruktur reguliert deren Interaktion gemäß den jeweiligen Erfordernissen. Die Dissoziation der Subsysteme führt zu einem veränderten Bewußtseinszustand und kann unter Hypnose so weit gehen, daß die mentalen Strukturen selbst erkennbar werden. Durch Veränderung in der Hierarchie der Kontrollsysteme kann das Ich auch seine (normalerweise) dominante Funktion verlieren. Im wesentlichen werden diese Konzepte allerdings auch von der psychoanalytischen Theorie der Ich-Regression beschrieben, bloß mit anderen Worten. Nicolas P. Spanon und Theodore X. Barber kritisieren 1974 daran vor allem, daß es keinen bestimmten „besonderen Bewußtseinszustand" gibt, keine eindeutig einmalige Grenze zwischen normalem und dissoziiertem Verhältnis unter den Subsystemen. Ferner seien nicht innere sondern äußere Dispositionen im Sinne eines konditionierten Rollenverhaltens, wie es Clark Hull 1933 und Theodore R. Sarbin 1950 postulierten, entscheidend. Allseits unbestritten ist hingegen die erstmals 1866 von Auguste A. Liébeault formulierte zentrale Bedeutung der Suggestion, also externer Anleitungen, und Autosuggestion zur Induktion hypnotischer Bewußtseinslagen.

In den letzten Jahren ist eine Tendenz zu mathematisierenden Formulierungen auch auf dem Gebiet der Hypnose feststellbar. Die Abgrenzung dessen, was ein autonomes System darstellt, fällt allerdings unterschiedlich aus. David P. Fouries ökosystemischer Ansatz spricht 1987 von einer autopoietischen Gemeinschaft, während die ebenfalls aus 1987 stammende Selbstorganisationstheorie der radikalen Konstruktivisten Peter Kruse und Vladimir A. Gheorghiu vom autopoietischen Ego spricht.

Marquis de Puységur, ein Schüler Mesmers, hypnotisiert in einem Pariser Salon Ende des 18. Jh.

gen, Psychiater, Semio-Linguisten und Künstler. Ihre Erscheinungsformen aber hängen stark von der jeweiligen kulturellen Tradition ab; sie sind also nicht nur individuell, sondern auch kollektiv bedingt, jedoch nicht archaisch. Dennoch findet man Gemeinsamkeiten, und um diese soll es hier gehen.

Während des Kongresses wurde dagegen deutlich, daß sich die Mehrheit der Therapeuten eher mit Fragen der therapeutischen Technologie befaßt, mit praktischen Problemlösungen für den psychischen Alltag und nicht mit den erkenntnistheoretischen Grundlagen der Hypnose. Viele Therapeuten, besonders jene, die Hypnose praktizieren, und alle Formen der Kurzzeit-Therapie, haben zum Ziel, „neurotische" Konflikte abzubauen und das Wohlbefinden zu erhöhen, wozu im allgemeinen eine Einsicht in den Therapieprozeß nicht nötig ist (und in der Kürze der Zeit auch gar nicht möglich wäre). Hypnose dient dabei dazu, die Integrität des Wachbewußtseins zu schwächen um Verhaltensveränderungen herbeizuführen, die vom bewußten Ich blockiert werden.

Im folgenden soll das Charakteristische an den Verarbeitungsstrukturen der Trance (im weiteren Sinne) präzisiert werden. Nämlich: Rational dialogische Sprachstruktur und Trance schließen einander aus; sobald man versucht den Wahrheitsgehalt zu hinterfragen, springt man aus dem Zustand der Trance. Bloß der Versuch, zwei Aussagen des Erzählflusses, die einander nicht unmittelbar folgen, gedanklich zu verbinden, aktiviert meist die Innensteuerung und unterbricht zumindest vorübergehend die Trance (weil eben die Aufmerksamkeit auf ein Element der Erinnerung zu springen versucht, statt linear dem anschließenden Satz zu folgen). Da ein Rückgriff auf die eigene Erinnerung in diesem Moment nicht mehr möglich ist (beziehungsweise ein Umschalten der mentalen Konstellation erzwingt), können Realität und Fiktion nicht mehr unterschieden werden; unbewußte Prägungen bleiben aber in unterschiedlichem Ausmaß aufrecht. Bei Tagträumen, deren Informationsverarbeitung ähnlich verläuft (serielle Gedankenkette, Realitätsverlust, Psycho-Logik), hat man dagegen oftmals erhebliche Kontrolle über den Verlauf der Erzählung. Auch hypnotische Anweisungen, wie „Sie denken jetzt an etwas Schönes", delegieren vorübergehend Kontrolle. Umgekehrt erlebt man manchmal auch, daß der eigene Wille vorübergehend nicht stark genug ist, sich gegen den Trance-Zustand durchzusetzen.

Dies alles zeigt, daß die Beschreibung zweier Zustandspole (nämlich Normalität und Trance) nicht schon Elemente der Informationsverarbeitung identifiziert, sondern bloß charakteristische, häufig beobachtete Konstellationen. Sie zu dualen Gegensätzen eines *univariaten (somit eindimensionalen)* Beschreibungssystems zu machen, ist eine gröbliche Vereinfachung des biologisch Möglichen. Als eines unter vielen sogenannten Achensyndromen hingegen entspricht, was dann gemeint sein könnte, nicht mehr dem eigentlichen Umfang der Begriffe Normalität und Trance (von der grundsätzlichen Problematik jeder zweiwertigen Logik einmal abgesehen).

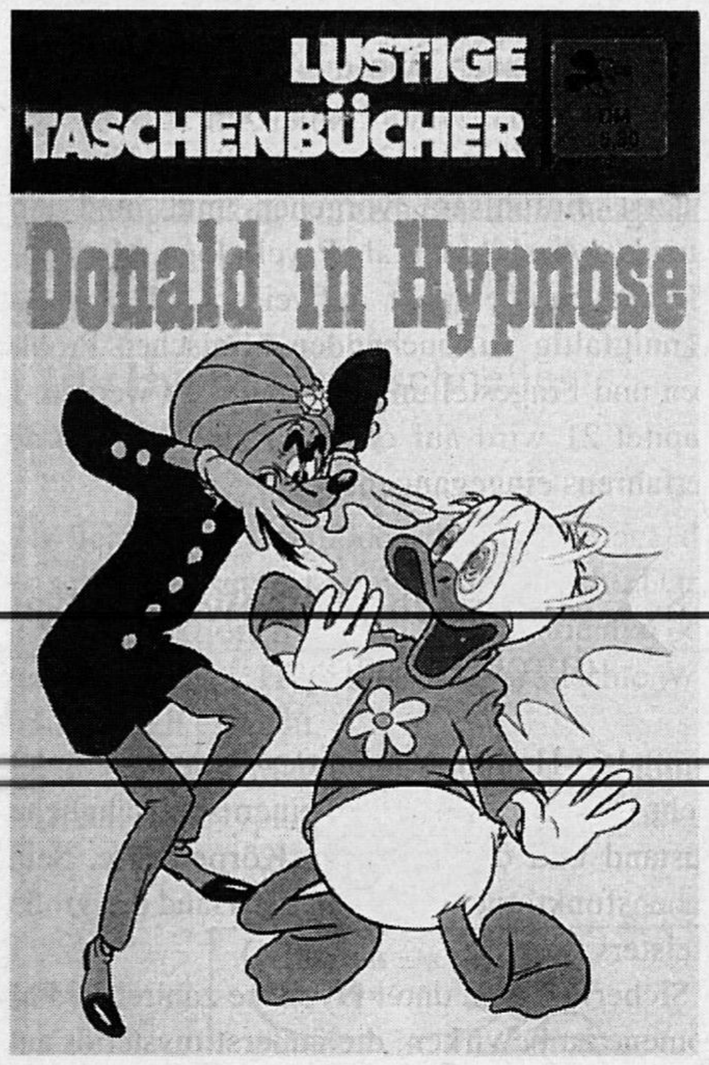
Das Ausmaß der Selbstkontrolle ist jedenfalls ein von der Beschränktheit der Informationsverarbeitung unabhängiger Parameter. Auch die Erinnerungsfähigkeit nach Beendigung der Trance ist ein separater Aspekt; Gedächtnisschwund (Amnesie) wurde ursprünglich für ein wesentliches Beschreibungskriterium der Hypnose gehalten, tritt aber heute nur in etwa zehn Prozent der Fälle auf. Selbst dieser Angabe ist aber mit Vorsicht zu begegnen, da dies ganz sicher von der Art und Form der Hypnose abhängt und in der modernen therapeutischen Alltagspraxis gar nicht angestrebt wird. Hingegen ist die Erinnerungsfähigkeit während der Trance per definitionem eingeschränkt. Amnesie ist somit eigentlich nur ein Indiz für das Weiterbestehen eines hypnotisch eingeengten Zustandes.

Weitere unabhängige Dimensionen der Trance sind eine Vielfalt von Halluzinationen, die auftreten können, aber nicht müssen. Alle diese zusätzlichen Aspekte der Hypnose sind zumindest teilweise suggestionsbedingt, sind eine Folge konkreter Inhalte und nicht eine strukturelle Eigenschaft der Hypnose. Eine wesentliche Konsequenz der beschriebenen Verarbeitungsstruktur ist eben ihre Empfänglichkeit für Suggestion, sodaß Suggestion heute weitgehend zum Maßstab der Hypnotisierbarkeit geworden ist. Unter Suggestion versteht man Behauptungen, die nicht begründet werden oder begründbar sind, auch wenn sie den Anschein der Objektivität erwecken. Die Möglichkeiten zur Suggestion sind schier unbegrenzt. So kann man suggerieren, daß der Körper steif wird und tatsächlich partielle oder vollständige Muskelstarre induzieren (Mediziner verwenden dafür den griechischen Begriff Katalepsie, was lexikalisch sowohl Vereinnahmung als auch Begreifen bedeuten kann). Oder man kann eine Dissoziation des motorischen und sensorischen Nervensystems induzieren, also eine Entkoppelung ihres gewohnten Zusammenspiels, sodaß das unwillkürliche Heben des Armes erlebt wird, als ob er von einem unsichtbaren Dritten gehalten würde; dieses als Handlevitation bekannte Phänomen gehört mit zu den beliebtesten Extremerfahrungen, die Menschen suchen.

Inwieweit Suggestivität auf besonderen linguistischen Strukturen beruht, wurde kontroversiell diskutiert, und zwar abhängig von den jeweils bezogenen semiotischen Begriffsdefinitionen. Zweifellos spielt die Intonation eine erhebliche Rolle. Aber erzeugt nicht bereits der abstrakte Text in der Wahl seiner Sprache bestimmte Stim-

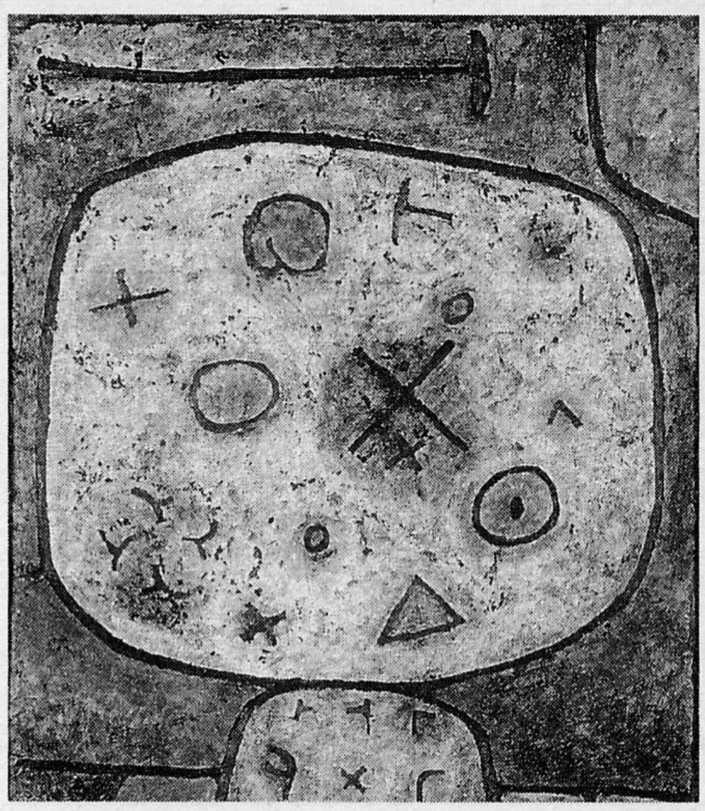
mungen? Zweifellos beeinflußt die Gesamtsituation die Rezeption der in ihr vorkommenden linguistischen Zeichen. Denn fehlt den Worten oder Satzfetzen die Einbettung in einen hinreichend umfangreichen Kontext, so werden sie mehrdeutig, beliebig und belanglos. Welche Rolle spielen verborgene Zeichen dabei wirklich?

Auch ethische Fragen wurden behandelt. Wenn Juan Berlin, ein deutscher Therapeut, recht hat, daß man unter Hypnose das Gehirn selektiv reprogrammieren kann, ist Schaden und Nutzen nur eine Frage der Intentionen des Hypnotiseurs. Kann man manipulierte Erinnerungsinhalte von jenen unterscheiden, die man tatsächlich erlebt hat? Die Diskussion ob Erinnerungen gefälscht sein können, beschäftigt in den USA mittlerweile die Gerichte; vor allem im Zusammenhang mit vorgeblichem Kindesmißbrauch, über den sich Betroffene erstmals Jahre später nach erfolgter therapeutischer Hilfe artikulieren. Die dennoch unter Kriminalisten anzutreffende Ansicht, daß Hypnose bei Verhören nützlich sei, wurde am Kongreß nicht nur wegen dieser Empfänglichkeit für Suggestionen abgelehnt, sondern weil auch das Unterbewußtsein lügen kann.



Hyppolite Bernheim, der gemeinsam mit Auguste A. Liébeault erstmals die zentrale Bedeutung der Suggestion erkannte und zu den Pionieren der Psychotherapie (Schule von Nancy) zählt, führt bereits 1888 als wesentliches Kriterium der hypnotischen Trance an, daß der „kritikfähige Apparat" ausgeschaltet wird; es kommt zum Verlust der Kontrolle und reflexartigem Verhalten. Davon kann nur das Denken betroffen sein, sodaß das veränderte Verhalten von der Außenwelt kaum wahrgenommen wird. Es kann die Stimmbildung und Mimik erfassen und sich damit sprachlich artikulieren, oder es kann den gesamten Muskel- und Bewegungsapparat erfassen (sowohl in Form von Katalepsie wie auch unwillkürlich erregt). Motorisch agitierte Formen der Trance sind vor allem in Stammesritualen und bei Massenhysterie häufig, eine andere Extremvariante ist das Nachtwandeln (Somnambulismus). Der Schweizer Auguste Forel beschreibt 1889 die Stadien der Hypnose sinngemäß als: Benommenheit – Unterwerfung – unwillkürliche Motoraktivität.

Die ersten Versuche, den Grad der Bewußtseinsveränderung quantitativ zu fassen, beruhten dann auch auf einer Bewertung der Schwierigkeit, bestimmte unwillkürliche motorische Leistungen zu suggerieren. André M. Weitzenhoffer, ein Senior der Hypnoseforschung in den USA, war einer der Urheber des sogenannten Stanford-C-Tests, dem Klassiker unter den noch immer verwendeten objektiven Skalen zur Bestimmung der Tiefe einer Hypnose und damit der individuellen Hypnotisierbarkeit. Bei diesem Test spielen zusätzlich die Suggerierbarkeit diverser Halluzinationen sowie das Auftreten von Amnesie eine Rolle. Weitzenhoffer machte am Kongreß aber deutlich, daß die subjektive Bewertung des inneren Erlebens mit diesen klinisch-objektiven Kriterien überhaupt nicht statistisch korreliert. Denn auch die reflexive Wahrnehmungs- und Erlebnisfähigkeit ist durch entsprechende suggestive Inhalte beeinflußbar. Während der eine seinen hypnotisch-eingeengten Zustand bewußt als solchen miterlebt, wird ein anderer, nach seinem in restlicher Hinsicht gleichen Zustand befragt, vehement leugnen, überhaupt hypnotisiert zu sein. Inwieweit mit einem standardisierten Fragebogen (das heißt gemessen am empirischen Mittelwert einer repräsentativen Population) das Ausmaß der eingeschränkten Befindlichkeit eines einzelnen Individuums, dessen Bandbreite der Wahrnehmungs- und Verarbeitungsfähigkeit und deren induzierte Beeinträchtigung wenigstens objektiv eruierbar ist, bleibt dahingestellt. Das eigentliche Grundproblem jeder univariaten Maßzahl sei jedoch, so Weitzenhoffer, daß unser Denkapparat kein Kontinuum ist, sondern sich stets in einer Konstellation diskreter, jedenfalls diskontinuierlicher Zustände befindet. Weitzenhoffer stellt damit bewußt sein eigenes, früheres Konzept einer Hypnose-Tiefe in Frage.



Paul Klee, Blumen in Stein, 1939

Ein weiterer wesentlicher Aspekt in der Beschreibung veränderter Informationsverarbeitung ist deren logisch-mathematische Struktur. Auch hier ist die bloße Unterscheidung zwischen einer sogenannten objektiven formalen Logik und einer Psycho-Logik (oftmals auch als Traum-Logik, Mytho-Logik oder primärprozeßhaftes Denken bezeichnet) eine gröbliche Vereinfachung der schier unbegrenzten Zahl axiomatischer Systeme, die mit unterschiedlichen logischen Verknüpfungsregeln (Operator ist der mathematische Fachausdruck dafür) konstruierbar sind. Kant nannte diese logisch-mathematischen Grundstrukturen Denkformen, hielt sie aber für a priori gegeben und unveränderlich. Die Denkformen verschiedener Menschen sind sicherlich unterschiedlich und jeder einzelne verfügt über verschiedenartige. Zweifellos weisen aber poetische Logik, Träume, Trancezustände, Schizophrenie, bedeutsame Gemeinsamkeiten auf. Es scheint, daß die sogenannte Psycho-Logik nur eine beschränkte Zahl der im Laufe der Evolution entwickelten logischen Operatoren anwendet. Dazu ein Beispiel: Primäre logische Aussagen sind symmetrisch, etwa „Hans sitzt neben Eva", „Eva sitzt neben Hans"; der zweite Satz folgt zwingend aus dem ersten und ist mit diesem äquivalent. Sogenannte sekundäre logische Aussagen sind asymmetrisch, „Uwe erweist Kurt einen Gefallen". Das Unterbewußtsein prozessiert diese Relation jedoch stets symmetrisch, impliziert also, daß auch „Kurt Uwe einen Gefallen erweist"; ge-

rade diese unterbewußte Umkehrung motiviert dann Uwes scheinbar selbstlosen Entschluß, obwohl sie formal-logisch falsch ist.

Es gibt noch weitere klare Unterschiede in der Form der Informationsverarbeitung. So kennt das Unterbewußtsein keine Verneinung, weil es auch ganz allgemein keine Widersprüche kennt, worauf bereits Sigmund Freud hingewiesen hat. Die Aufforderung „Haben Sie keine Angst" erfordert zuerst, sich klar zu machen, was Angst ist, um dann im Verlaufe eines komplexen Denkprozesses einen adäquaten Gegenbegriff zu ermitteln (unser Denken basiert eben nicht auf einer zweiwertigen Logik). Sind die dazu erforderlichen Verarbeitungsstrukturen suspendiert, verstärkt eine derartige Aufforderung nur das Gefühl der Angst (deshalb der Slogan: „Positiv Denken"). Der Wiener Philosoph Eduard von Hartmann und in seiner Folge Sigmund Freud meinten ferner, daß die Psycho-Logik zeitlos sei, das heißt keinen Begriff von Zeitlichkeit hat.

Es wäre nun falsch anzunehmen, daß willentliche bewußte Informationsverarbeitung automatisch schon vernünftig und objektiv wäre. Die uns heute geläufigen Regeln der formalen Logik sind ein langsam gewachsenes Kulturprodukt, das man erlernt, und sind ein Hilfsmittel der Wahrheitsfindung. Natürlich ist ein Argument noch lange nicht semantisch wahr, bloß weil es formal korrekt ist. Es kann nicht richtig sein, wenn es nicht zugleich auch die semantischen Voraussetzungen sind. Überdies fällt kein Mensch Urteile nur aufgrund des objektiven Inputs und unter Anwendung formaler Regeln, sondern stets unter Bezug auf Erinnerung, Absichten und andere oftmals unbewußte Hinweise, wobei alle diese internen Co-Faktoren nur in den seltensten Fällen deklariert werden. Um die Grenzen der formalen Logik noch deutlicher zu fassen: Die poetische Logik ist oftmals absurd, trotzdem versteht sie der Leser, und zwar auch im sogenannten Normalzustand ohne Trance und Auslieferung.

Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Verarbeitungsstrategien, hie Bewußtheit, da Trance, läßt sich daher besser mit folgendem Bild beschreiben: Zum einen eine Parallel-Verarbeitung eines Stimulus in vielfältigen feinen Äderchen meines Bewußtseins gemäß gewisser interner Regeln, die aber keinesfalls mit den Regeln der sogenannten objektiven formalen Logik ident sind oder sein müssen. Der Verlauf dieses Denkprozesses unterliegt bewußter innerer Steuerung, und zwar indem sie der im Laufe des Lebens akkumulierten individuellen inneren Struktur und ihren semantischen Notwendigkeiten folgt. Diese Informationsverarbeitung hat, soll sie funktionieren, eine wesentlich höhere Prozeßgeschwindigkeit als die Kommunikation zwischen Innen- und Außenwelt, bei der nur die Ergebnisse dieser Informationsaufbereitung weitergegeben werden. Zum anderen eine serielle Reise durch mein gespeichertes Bewußtsein im Tempo der externen (das heißt außerhalb des „Ich" liegenden) Stimulierung, deren Verlauf von den akkumulierten Möglichkeiten aber auch von den Blockaden der inneren Logik meines Bewußtseins unbeeinflußt bleibt (wohl aber auf das Repertoire von Bewußtseinsfragmenten angewiesen ist). Situationsbedingt können dabei auch entwicklungsgeschichtlich ältere, unter Umständen archaische, Verarbeitungsmuster freigelegt werden (man spricht dann von einer Regression). Auf diese Weise sind wir in der Lage, fremde Verarbeitungsmuster zu absorbieren, um sie in der Folge unserem eigenen Repertoire einzuverleiben. Soweit hat das noch nichts mit Hypnose zu tun. Wieviele Äderchen allemal noch gleichzeitig Verwendung finden, hängt von der Komplexität des Stimulus und der Eingeschränktheit der jeweiligen Befindlichkeit ab. Die Dissoziation der mentalen Teilsysteme, vor allem der Übergang von paralleler zu serieller Verarbeitung und eine mögliche nachhaltige Fokussierung der Aktivität auf eine begrenzte Funktion sind semantisch bedingt, sind Resultat der spezifischen Rollensituation.

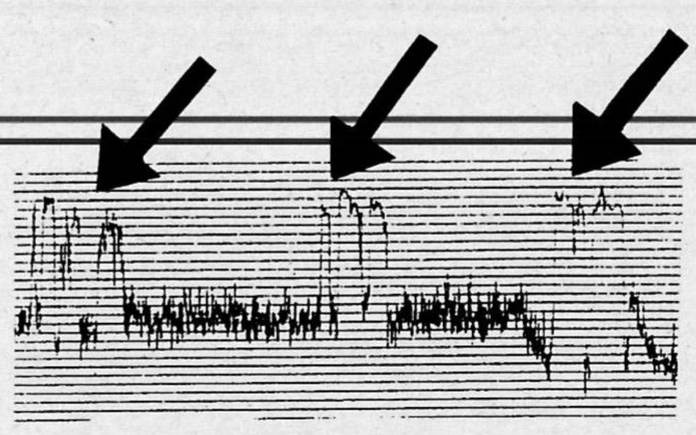
Im nun folgenden letzten Abschnitt soll zusammengefaßt werden, wie sich derzeit die moderne Naturwissenschaft den hier aufgeworfenen Fragen widmet, und welche Schlußfolgerungen daraus gezogen werden können. Allem voran stellt sich da die Frage: Läßt sich das bisher vorgestellte kybernetische Modell durch die apparative Wissenschaft belegen? Die Schwierigkeiten beginnen schon beim strukturellen Wesen der beschriebenen Verknüpfung von Innen- und Außenwelt. Alle biologischen Kriterien hängen nicht nur vom objektiv meßbaren Reiz ab, sondern entsprechen der subjektiven Wahrnehmung, welche durch Erwartungshaltung und allgemeine innere Prädisposition entscheidend beeinflußt wird. Diese Struktur ist heute unter dem Begriff der „Doppelten Quantifizierung der Reaktionsstärke" weitgehend anerkannt. Dies bestätigend hat Walter Bongartz, Universität Konstanz, vergeblich versucht, 42 physiologische Parameter mit „Hypnose" zu korrelieren.

Das bedeutet aber nicht, daß Hypnose keinerlei physiologische Wirkungen zeitigt. Das relativ neue interdisziplinäre Fach der Psychoimmunobiologie etwa hat es sich zum Ziel gesetzt, die Zusammenhänge des limbischen, endokrinen und Immun-Systems aufzudecken. Man weiß heute, daß eine Vielfalt gleichartiger Transmittersubstanzen (das sind chemische Botenstoffe, die als Informationsüberträger zwischen Zellen und Organen wirken) und deren korrespondierende zelluläre Oberflächenrezeptoren sowohl im Gehirn als auch von Zellen des Immunsystems produziert werden. Und wesentlich ist, daß diese lokal, nahe dem Ort ihrer Synthese wirken. Ihre Zirkulation im Körper gilt aber als umstritten. Weltweit beschäftigen sich zahlreiche Forschungsgruppen mit dieser paradigmatischen Problemstellung. Auf der Wiener Konferenz war es ein Team aus Neuseeland, das eindrucksvoll berichtete, wie allergische Reaktionen nicht nur von der Histamin-Ausschüttung abhängen, sondern auch von der emotionalen Befindlichkeit, und daß das Ausmaß einer Allergie durch hypnotische Behandlung reduziert werden kann. Eine elegante prinzipielle Bestätigung der Kopplungshypothese zwischen Gehirn und Immunsystem, die vorläufig noch keinerlei Einblick in den eigentlichen Mechanismus gibt.

Des weiteren sind diverse biochemische Parameter, etwa die Neurotransmitter-Ausschüttung, durch Hypnose beeinflußbar, aber unspezifisch. Hypnose reduziert „Streß" und damit auch die Zirkulation der Neurotransmitter vom Typ der Katecholamine (z. B. Adrenalin). Hypnose verändert daher auch andere üblicherweise Katecholamin-gekoppelte Körperreaktionen. So bewirkt Hypnose eine erhöhte Haftfähigkeit der Lymphozyten (einer Art weißer Blutkörperchen) im Gewebe und damit Reduktion ihrer im Blut zirkulierenden Zahl; sie erhöht also ihre lokale Wirksamkeit, veringert *dadurch* aber ihre Verfügbarkeit und damit den raschen Antransport in einer Streßsituation. Hypnose wirkt auch schmerzstillend, beeinflußt allem Anschein nach aber nicht die Zirkulation der Endorphine, einer anderen Gruppe von Neurotransmittern mit vor allem schmerzlindernder Funktion.

Der Versuch, psychische und mentale Funktionen gehirn-anatomisch zu lokalisieren, ist nicht neu. Unter den Therapeuten erfreut sich das Hemisphären-Modell auch tatsächlich großer Beliebtheit. Demnach bekommt (für Rechtshänder) die rechte Gehirnhälfte die Attribute emotional, empathisch, musisch, weiblich, yin; die linke ist sprachorientiert, männlich, yang, vernüftig, rational, sowie etwas, das sich in der englischen Sprache prägnant mit dem Wort „deliberate" (lateinisch „wohlerwogen") ausdrücken läßt, im Deutschen aber umschrieben werden muß als intentional, bewußt, überlegt, willfähig, wissentlich, untersuchend, frei. Unter Bedachtnahme auf die gerade erfolgten Überlegungen erscheint es allerdings erheblich, „deliberate" und vernünftig nicht zu verwechseln. Damit scheint klar, daß Trance und die darin subsumierte Form der Informationsverarbeitung rechts-seitige weibliche Eigenschaften sind. Die sich aus diesem Analogieschema aufdrängende Konsequenz, es sei unweiblich, überhaupt logisch denken zu wollen, ist natürlich nur eine Verirrung eben jener männlichen Logik.

In der modernen Hirnforschung sind dergleichen Modelle, die auf der anatomischen Lokalisation biologischer Teilsysteme wie etwa Sprachzentrum, Sehzentrum etc. beruhen, eher umstritten, wenn es sich um höhere Funktionen, das heißt um mentale Konstellationen, handelt. Unter den wenigen Konferenzteilnehmern, die selbst derartige apparative Forschung betreiben, meint etwa die Hälfte, einen Zusammenhang zwischen Hypnose und Aktivierung der rechten Gehirnhemisphäre gefunden zu haben, während die anderen keine statistische Signifikanz dafür erbringen konnten und dementsprechend auch anderen Berichten gegenüber skeptisch bleiben. Im Gegensatz zur klassischen anatomischen Funktionslokalisation, die auf organisch-pathologischen Gehirnläsionen beruht, kamen bei diesen Hypnosestudien bildgebende Verfahren mit gesunden Probanden zur Anwendung. Gemessen wurden die Aktivitäten verschiedener Gehirnregionen über den Grad ihrer Durchblutung und der von ihnen verursachten Gehirnströme; und zwar sowohl ihre elektroenzephalographische Aktivität (EEG), die zu diesem Zweck in ihre unterschiedlichen Frequenzkomponenten getrennt (und mit griechischen Buchstaben klassifiziert) wird, wie auch das galvanische Hautpotential (die Gleichstromkomponente des EEG). Je nach Suggestion kann dabei jede beliebige anatomische Region angesprochen werden. Diese Meßverfahren unterscheiden demnach nicht zwischen Wachzustand und Trance, beziehungsweise den verschiedenen Modi der Informationsverarbeitung, sondern zwischen unterschiedlichen emotionalen Zuständen sowie Funktionszentren, entsprechend dem jeweiligen Inhalt der Suggestion. Nach klassischen Kriterien der Suggestibilität nur schlecht hypnotisierbare Probanden zeigen auch eine entsprechend geringere EEG-Aktivierung. Ein Unterschied besteht nur insofern, als es in der Trance zur funktionellen Dissoziation und Einengung kommt und deshalb eine „Spot"-Aktivierung einzelner Funktionszentren induziert werden kann, während das Gehirn normalerweise viel gleichmäßiger ausgelastet ist. Entsprechend der Suggestionsfolge flackert die Hirnaktivität sowohl zwischen rechter und linker anatomischer Hemisphäre, als auch zwischen den spezifischen Zentren, kann aber auch anhaltend fokussiert werden. Diese anatomischen Befunde, die überwiegend aus der Wiener Universitätsklinik (Henriette Walter und Bernd Saletu) stammen und die mit Mitteilungen anderer Forscher übereinstimmen, sind kein ausreichender Beweis, widersprechen aber auch nicht der im ersten Teil präsentierten phänomenologisch-kybernetischen Beschreibung, welche auf Erfahrungsprotokollen beruht.



„Hypnos" heißt auf griechisch Schlaf und dafür wurde die hypnotische Trance, einem Vorschlag von James Braid aus 1843 folgend, auch lange Zeit gehalten. Bereits Abbé Faria spricht 1819 vom Sommeil lucide, dem Klarheit verschaffenden Schlaf. Man kann heute mit Sicherheit sagen, daß dies nicht der Fall ist; denn selbst wenn diverse apparative Parameter funktionell uninterpretierbar bleiben, widerlegt die Beobachtung unterschiedlicher Meßwerte für Hypnose, Schlaf etc. eindeutig die Identität dieser Zustände. Allerdings gibt es den „Schlaf" gar nicht; Schlaf ist eine Abfolge verschiedener physiologischer Zustände. Wenn überhaupt, wäre eine Ähnlichkeit mit der REM-Phase zu erwarten, jenen Abschnitten des Schlafes, in denen man träumt, und noch vor wenigen Jahren vermeinte man dies auch experimentell nachgewiesen zu haben. Neuere Messungen zeigen jedoch, daß sich das EEG einer Hypnose auch von jenem der REM-Schlafphasen unterscheidet. Allerdings hat auch die Hypnose einen charakteristischen Verlauf unterschiedlicher Abschnitte, welcher vom Verlauf und der Art der Suggestionen abhängt und wobei jede Phase ein anderes EEG zeigt. Allen Stadien der Hypnose gemeinsam ist nur eine Reduzierung der EEG-Intensität insgesamt. Wenn die Konzentration im Zustand tiefer Trance stark aufs Einzelne fixiert ist, zugleich allgemeine Verlangsamung eintritt, beobachtet man eine erhöhte Theta-Wellenaktivität (das sind Frequenzen im Bereich von 4-8 Hertz). Dieselbe erhöhte Theta-Aktivität beobachtet man zwar auch für alle Phasen des Schlafes, viel mehr aber noch bei intensiver Meditation (Yoga samadhi). Man hielt diesen Zustand früher für ernährungsbedingt. Die im Schlaf erhöhte Delta- Aktivität (EEG-Komponenten mit weniger als 4 Hertz Frequenz) war in einer der präsentierten Studien erhöht, in einer anderen erniedrigt, hängt also vielleicht auch von der Form der Hypnose ab. Auch Akupunktur beeiflußt das EEG und wirkt ebenso wie Hypnose schmerzdämpfend, das Frequenzprofil des EEG ist in beiden Fällen jedoch unterschiedlich. Bei der Beurteilung diverser apparativer Messungen sollte man aber nicht übersehen, daß motorisch agitierte Zustände aus methodischen Gründen ausgeklammert bleiben mußten.

Die Interpretation derartiger apparativer Parameter scheitert zumeist schon am Wesen der Sprache. Dazu ein Beispiel, wie problematisch eine sprachliche Interpretation von Meßdaten werden kann, wenn sie aus dem Kontext der Meßumstände gerissen wird, wenn die Kenntnis operational-methodischer Details fehlt: I. Meszaros, Universität Debrecen, beobachtet eine Abnahme der 40-Hertz-EEG-Intensität sowohl bei Hypnose wie auch bei anderer Entspannung. Er ordnet

dem Meßparameter die Eigenschaft „attentive“ zu, was relativ unmißverständlich als „aufmerksam“ zu übersetzen ist, aber deswegen keinesfalls eindeutig ist. Giselher Guttmann, Universität Wien, berichtet, daß das galvanische Hautpotential (i. E. die Gleichstromkomponente des EEG) während des Schlafes erheblich positiver geladen ist als im Wachzustand. Eine klassisch europäisch durchgeführte Hypnose zeigt keinerlei Einfluß, wohl aber die von Felicitas Goodman praktizierten indianischen Ethno-Hypnosen, bei denen das galvanische Hautpotential im Gegensatz zum Schlaf deutlich negativer wird. In einer normalen psychologischen Testsituation bewirkt ein Umwelt-Stimulus einen momentanen Ausschlag, gefolgt von einem Aktionspotential, das sich stufenförmig abbaut. Guttmann interpretiert diesen erstmals von seinem Team gemessenen Parameter als Maß für „alert“, ein breitgefächerter Begriff, den man auf deutsch mit einer Reihe von Worten umschreiben muß: wachsam, alarmbereit, aufmerksam, geistig beweglich. Mit jedem dieser Begriffe lassen sich sowohl Aussagen formulieren, die auf Hypnose zutreffen, wie auch solche die sich als falsch erweisen. Aber haben die beiden Wissenschaftler in ihren zeitlich und räumlich getrennten Vorträgen ihre Terminologie überhaupt aufeinander abgestimmt? Meinen sie nicht beide „aufmerksam“, jedoch in jeweils unterschiedlichem Sinne, entsprechend dem unterschiedlichen Verhalten ihrer Meßparameter? Aus anderen Befunden weiß man nämlich, daß die selektive „Konzentration“ in der Hypnose wesentlich erhöht sein kann, während die „Ablenkbarkeit“ reduziert ist. Erst im Kontext und durch Kenntnis der jeweiligen Versuchsanordnungen wird die Bedeutung klar: Hypnose ist ein Zustand eingeschränkter, aber konzentrierter Aufmerksamkeit.

Trotz erheblicher Fortschritte und interessanter Resultate kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß alle diese instrumentellen Strategien einem Informatiker gleichen, der versucht, durch die Untersuchung der Computer-Hardware den Softwarecode des gerade laufenden Programmes zu rekonstruieren.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Hypnose, beziehungsweise Trance, Sammelbegriffe für eine Vielzahl verschiedener Verhaltens- und Erlebnisweisen sind, die sich aus den jeweiligen Umständen, und da vor allem aus den jeweiligen semantischen Inhalten der Suggestionen und ihrer Abfolge, ergeben. Erst durch erhebliche Differenzierung der Beobachtungen wird es möglich werden, die Elemente der Informationsverarbeitung besser zu erkennen. Manches was heute als Hypnose angeboten wird, wird dann aufgrund klarerer Kriterien von dieser Bezeichung ausgeschlossen werden. Nach heute vorliegenden Kriterien handelt es sich um Aggregate komplexer Umstände, die zwar typische Fälle beschreiben können, aber ungeeignet sind zur klaren Abgrenzung im Randbereich. Folglich ist es nicht möglich, den hypnotischen Zustand zu definieren und zu erklären, sondern bloß, seine verschiedenen Aspekte zu beschreiben, was hoffentlich gelungen ist. Hypnose ist weder nur „Rollenverhalten“, noch nur „besonderer Bewußtseinszustand“, sondern beides. Es handelt sich nicht um konkurrierende Theorien, sondern bloß um komplementäre, einander bedingende, äußere und innere Aspekte derselben Situation. Die Situation selbst ist erlerntes menschliches Verhalten. Ohne den Selbsterfahrungswert, den hypnotische Verfremdung haben kann, aber nicht immer hat, zu leugnen, ist Hypnose auf Dauer jedenfalls eine der denkbar schlechtesten Möglichkeiten, menschliche Ressourcen zu nutzen. ■

Dr. Martin POTSCHKA ist Naturwissenschaftler. Die Illustrationen stammen teilweise von Deniz Coskun.

Anmerkungen

J. S. Bailly, Akademie-Gutachten. Bericht der von dem Könige von Frankreich ernannten Bevollmächtigten zur Untersuchung des thierischen Magnetismus, Allenburg 1785.

G. Duhamel, Scenes de la vie future, Paris 1930, S. 52.

J. W. v. Goethe, Goethes Unterhaltungen mit dem Kanzler Friedrich von Müller, Gespräch vom 10. 2. 1830, 2. Auflage, Stuttgart 1898, S. 221.

G. W. F. Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, Kapitel „Die fühlende Seele“ (1830), Ausgabe 1970, S. 406.

Inhaltsüberblick

Ausgehend von Überlegungen, die durch C. G. Jung weite Verbreitung fanden, sowie solchen von Jean Piaget, wird einleitend der Prozeß der Individuation entwicklungspsychologisch präsentiert. Unter Betonung der verhaltenstheoretischen Komponente wird dies mit einer allgemeinen Theorie der Entfremdung in Zusammenhang gebracht und systemtheoretisch formuliert. Der Mensch wird dabei als ein sich beim Beobachten beobachtendes System verstanden. Auf dieser knapp dargestellten Grundlage wird im weiteren Text das Phänomen der Hypnose beschrieben, und zwar sowohl seine wesentlichen Merkmale als auch die Vorgangsweisen ihrer Erforschung. Dabei erweisen sich zwei konkurrierende Grundmodelle als besonders bedeutsam. Ein Teil der Fachleute geht davon aus, daß es sich bei der Hypnose um einen „besonderen Bewußtseinszustand“ handelt, andere dagegen gehen von einem Rollenverhalten aus. Dieser Beitrag versucht zu zeigen, daß Bewußtsein und Verhalten bloß sich wechselseitig bedingende Aspekte menschlicher Existenz sind. Er versucht Erfahrungen, die in der einen oder anderen Form wohl jeder Mensch macht, so weit zu strukturieren, daß aus der Position derartiger systemtheoretischer Überlegungen neue Sichtweisen der Alltagserfahrung möglich werden. In konsequenter Anerkennung seiner Ausführungen versteht sich der Text aber nicht als definitiv, sondern ist selbst wieder nur Verfremdung.

Um einen gesellschaftlich relevanten Bezug zum aktuellen Stand der Diskussionen herzustellen, bedient er sich des Materials einer internationalen wissenschaftlichen Fachtagung, die im August 1993 stattfand. Dabei wird nicht versucht zu entscheiden, ob die Hypnotherapie in ihrem theoretischen Fundament der Freudschen Psychoanalyse überlegen ist (was viele Hypnotherapeuten von sich behaupten), sondern beschränkt sich auf eine phänomenologische Darstellung der Kontextualität. Dieser Diskurs anerkennt, daß kontroversielle Positionen nicht immer positivistisch eindeutig aufgelöst werden können. Im Sinne postmoderner Semiotik soll eine in den menschlichen Denkformen begründete Ambivalenz der Sprachmittel auch gar nicht geleugnet werden. Sehr wohl wird aber anhand des Phänomens der Hypnose versucht, die Begriffe von Bewußtsein und Verhalten zu entmystifizieren. Weder kann ein solcher Diskurs die Aufgaben einer Therapie erfüllen, noch kann eine Therapie den Diskurs ersetzen.

Zur Kritik der Hypnose

Peter MOESCHL

„Die hypnotische Therapie sucht etwas im Seelenleben zu verdecken oder zu übertünchen, die analytische etwas freizulegen und zu entfernen. Die erstere arbeitet wie eine Kosmetik, die letztere wie eine Chirurgie." (S. Freud)

Die Unzulänglichkeit der Hypnose liegt also in ihrer Unbewußtheit und dem Versuch, das Unbewußte unmittelbar zu manipulieren. Die Gefahr in esoterische Irrationalismen zu verfallen ist demnach evident.

Ist damit aber schon jede Beschäftigung mit Hypnose sinnlos, sind dadurch alle Aspekte des Phänomens Hypnose bereits hinfällig?

Um es vorweg zu sagen: Ich finde, daß heute ein Thema wie Hypnose und deren direkte Bewußtseinseinwirkung keineswegs irrelevant ist, ja daß der hierüber symptomatisch werdende emotionale, sowie der automatisiert-rationale „Stützapparat" des Bewußtseins (in seiner vor-, un-, oder unterbewußten Funktion mit all seinen ideologischen Implikationen!) zunehmend von Interesse sein wird:

Erstens ergibt sich dieses Interesse aus unmittelbar gesellschaftspolitischen Gründen, zumal heute der „direkte" Weg zur Beeinflussung des Bewußtseins ohne ein aktives, analytisch geleitetes Bewußtwerden in den diversen esoterischen Praktiken immer mehr an Bedeutung gewinnt. Dies betrifft keineswegs nur Einzelpersonen in ihren esoterischen „Egotrips", es scheint auch der weithin verbreiteten Sehnsucht nach einem kollektiv geführten „einfachen Leben", wie es in den suggestiv wirksamen, mythischen Lebenspraktiken der frühen ethnischen Gemeinschaften Ausdruck findet, zugrunde zu liegen.

Zweitens aber ist das Thema Hypnose auch aus grundlegenden theoretischen Überlegungen relevant, zumal hier ein noch zu überwindendes Vorurteil der klassischen Psychoanalyse sichtbar werden dürfte: Zu Recht nämlich attackierte der Sowjetwissenschaftler Woloschinow bereits vor Jahrzehnten die Psychoanalyse Freuds, indem er ihr ankreidete, das Unbewußte nur unter dem Aspekt des Bewußtseins, oder genauer, nur unter dessen Möglichkeit der aktiven Bewußtwerdung zu untersuchen. Zweifellos muß aber auch eine Vielzahl von unbewußten Prozessen existieren, die unser individuell aktives Leben und dessen Bewußtseinsprozesse strukturieren, obwohl sie in ihrer Funktion nie bewußt werden können, ja – gerade wegen ihrer Nähe zum Bewußtsein – gleichsam als dessen Stützapparat – niemals dem Individuum bewußt verfügbar sein können. Schließlich wäre unser großteils stereotyp ablaufendes, und von bestenfalls „halbbewußten" emotionalen Wertungen getragenes Alltagsleben gar nicht anders zu bewältigen! Darauf hat auch A. Arnold in seiner materialistischen Kritik des Unbewußten und Unterbewußten (Publikationsreihe der Kritischen Psychologie) ausführlich hingewiesen. Andere psychologische Richtungen, wie die georgische Schule der Einstellungspsychologie (Udznadze), haben dieses Problem ebenfalls erkannt und auf eigene Weise behandelt.

Unbewußtes, welches in seiner Funktion unbewußt bleibt, aber das Bewußtsein strukturiert und somit qualitativ bestimmt, muß dann aber auch einer Kritik – vergleichbar der des „falschen Bewußtseins" – zugänglich gemacht werden. Tiefer noch als ein falsches Bewußtsein könnte nämlich ein falsches Unbewußtes unsere Lebensvorstellungen zu einer Lüge machen! Einer derart „falschen" Struktur wäre das Individuum gerade dadurch ausgeliefert, daß allein das Unbewußte dem einzelnen – auch ohne Zutun des persönlichen Bewußtseins! – seine Selbstgewißheit verleiht (z. B. als strukturelle Funktion jeglicher Ideologie).

Damit stellt sich natürlich die Frage, ob über die klassisch analytischen Bewußtwerdungstechniken (zum Beispiel Psychoanalyse) bereits ein ausreichender Zugang zum Unbewußten zu finden ist. Könnten hier nicht wieder die von den Bewußtseinspsychologien verachteten, althergebrachten „unmittelbaren" Techniken, wie etwa die der Hypnose, empirisch faßbare Fortschritte bringen? Heutzutage stünde diesbezüglich jedenfalls ein bei weitem ausgereifteres wissenschaftliches Setting zur Verfügung als zu Beginn des Jahrhunderts!

Über das bisher Gesagte hinausgehend sollte heute jedoch auch klar sein, daß der, in der Philosophie der Aufklärung geprägte Begriff des individuellen Bewußtseins – nämlich als der eines individuell geschlossenen, einheitlichen Bewußtseins, als der er bis jetzt auch allgemein fungiert hat – aufgegeben werden muß. Zunehmend wird heute bereits in den verschiedensten psychologischen Forschungsrichtungen erkannt, daß das Individuum nicht mehr wie bisher als ein einheitliches, substantielles – quasi monadenhaftes – Subjekt vorausgesetzt werden kann, sondern daß die – subjektive – Ich-Funktion der Individuen immer kommunikativ/gesellschaftlich gebildet und prozessiert wird, daß also das Ich eine Spaltung, ein gesellschaftliches Verhältnis repräsentiert. Dementsprechend muß auch der individuell verabsolutierte Bewußtseinsbegriff der Aufklärung heute einer kommunikations- und gesellschaftstheoretisch grundlegenden, und das heißt auch: einer strukturellen Kritik unterzogen werden.

Damit ist aber auch das Verhältnis des Bewußtseins zum Vor-, Un- oder Unterbewußten neu zu überdenken, ja darüber hinaus begrifflich neu zu fassen. Derartige Versuche sind, ausgehend von Lacan, seit einigen Jahrzehnten in den linguistisch ausgerichteten Zweigen der Psychoanalyse im Gange. Da der Großteil der klassisch orientierten Psychoanalyse jedoch noch immer mit dem individuellen Bewußtseinsbegriff der Aufklärung operiert, ist deren althergebrachte Kritik an den unbewußten Psychotechniken, wie etwa der Hypnose, auch nur bedingt zu verwerten.

Als psychische Ausnahmezustände (z. B. Trance) interessieren diese unbewußten Psychotechniken aber nicht sui generis, sie sind auch kein Ersatz für die Bewußtseinstechniken der Psychoanalyse. Ihre aktuelle Bedeutung erlangen sie vielmehr erst dadurch, daß sie über diese Ausnahmezustände einen eigenen analytischen Zugang zu denjenigen Funktionen des Unbewußten eröffnen, die über die Aktivität des Bewußtwerdens gerade nicht zureichend freigelegt werden können. – Darin liegt ihre späte Aktualität. ■

Univ.-Doz. Dr. Peter MOESCHL ist Chirurg.

Wer kritisiert schon gern sich selber?

Für politische Parteien gilt das genau so. Für kommunistische Parteien, die sich auf den Marxismus berufen, ist die Versuchung, Geschichtsschreibung als Fortsetzung der Agitation mit anderen Mitteln zu verstehen, zwar verständlich, aber unzulässig. Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht darin, daß eine politische Partei nicht nur aus Führung und Strukturen, sondern aus Menschen, die Kommunistische Partei in Österreich in der Mehrheit ihrer älteren Mitglieder aus antifaschistischen Kämpfern besteht, mit heroischen Biographien im einzelnen, die in Österreich aus bekannten Gründen nur in den seltensten Fällen in der Öffentlichkeit gewürdigt werden. Trotzdem, die Geschichte der Kommunistischen Partei in Österreich nach 1945 ist natürlich keine Erfolgsstory und ein ernsthafter Erneuerungswille hat die schonungslose Offenlegung aller Ursachen des stetigen und manchmal auch sprunghaften Rückgangs des Einflusses der Partei mit zur Voraussetzung. Eine solche kritische Aufarbeitung trotz einiger Ansätze in der Ende der achtziger Jahre veröffentlichten Geschichte der KPÖ steht noch aus. Und sicher kann sie nicht allein aus der „Innensicht" damaliger und heutiger Protagonisten entstehen.

Trotzdem bieten sich nur zwei prinzipielle Standpunkte für dieses Herangehen an: Erstens das notwendige Scheitern jeder auf eine sozialistische Perspektive orientierten Partei nachzuweisen, oder zweitens die Ursachen zu ergründen, welche konkreten objektiven und subjektiven Faktoren in einer geschichtlichen Periode ein solches Scheitern bewirkt haben. Die Geschichte der KPÖ nach 1945 kann man natürlich aus einem solchen Kontext nicht herausnehmen.

War die Geschichte unmittelbar nach der Befreiung 1945 in Richtung Sozialismus offen? Ungeachtet aller späteren Illusionen und darauf aufbauender Politik? Der Artikel Fritz Kellers enthält unausgesprochen eine negative Antwort, und ist somit der erstgenannten Herangehensweise zuzuordnen. Eine kritische Würdigung der Politik der KPÖ ist von daher nicht zu erwarten. Insofern muß auch das „Experiment", die Geschichte der KPÖ nach 1945 aus trotzkistischer Sicht (bei Fritz Keller handelt es sich um einen trotzkistisch orientierten Autor) produktiv zu nutzen, als gescheitert betrachtet werden.

Die Grundfragen, die es zu beantworten gilt, versucht der Autor hinter der genüßlichen Aufzählung bekannter und weniger bekannter, „eingestandener" und „ungern eingestandener" Fehlentwicklungen und eingestreuter Verleumdungen zu kaschieren. Mit einer Ausnahme, die einzige, die auch heute von eminenter politischer Bedeutung ist: Fast denunziatorisch wird dargestellt, daß die Kommunisten mit der von ihnen „seit 1937 propagierten Theorie von der österreichischen Nation für diese Konzentrationsregierung aller Nicht-Nazis (im April 1945, M. G.) die staatspolitische Legitimation liefern". Was sonst? Hier wird das grobe politische Raster des Autors sichtbar: Die KPÖ hätte nur eingebracht, was der sowjetischen Besatzungsmacht in den Kram paßte. Es ist eben die Tragik des trotzkistischen Weltbildes, die Parallelität der nationalen Interessen des österreichischen Volkes nach Unabhängigkeit und des Interesses der Sowjetunion nach Zerschlagung des faschistischen Deutschlands nicht anerkennen zu wollen. Im übrigen war die Wiederherstellung eines selbständigen und unabhängigen Österreich seit 1943, wie bekannt, Kriegsziel aller Alliierten.

Daß die theoretische Begründung und politische Orientierung der KPÖ auf die Sicherung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der österreichischen Nation auch gleichzeitig die Grundlagen für die spätere Herrschaftsform der Sozialpartnerschaft geliefert habe, ist natürlich ebenfalls eine Behauptung, die von Bedürfnissen der heutigen Diskussion um den Stellenwert der nationalen Frage für Österreich geprägt ist.

Im Grunde reduziert sich Fritz Kellers Ansatz auf das Feindbild Sowjetunion; Was konnte schon für eine kommunistische Partei herauskommen, die sich zur damaligen Zeit auf diese orientierte? Zu einem Zeitpunkt wohlgemerkt, an dem die Sowjetunion als Sieger über Hitlerdeutschland über das größte Prestige nicht nur bei den Kommunisten, sondern weit über deren Reihen hinaus verfügte. Natürlich ist es Aufgabe jeder kritischen Geschichtsschreibung, hinter den vorgegebenen Zielen politischer Kräfte nach möglicherweise anderen, verborgenen zu suchen. Den damaligen Kommunisten – sowohl ihrer Führung als auch den zehntausenden Mitgliedern – zu unterstellen, sie hätten eigentlich ausschließlich andere Motive als die im antifaschistischen Befreiungskampf vertretenen – für die auch Tausende ihr Leben eingesetzt haben – nach 1945 durchzusetzen versucht, ist schlicht das Gegenteil der Wahrheit. Warum gab es 1945 keine sichtbaren oppositionellen Tendenzen in der KPÖ, fragt sich Keller hilflos. Die Wahrheit ist, daß die von der als „Moskauer Clique" denunzierten KP-Führung vertretene Konzeption eines Wegs des konsequenten Antifaschismus mit den Erfahrungen und Bestrebungen fast aller Kommunisten übereinstimmte.

Auch die Übernahme primitiver Klischees durch angeblich linke Autoren sind wenig hilfreich. Die besondere Anhänglichkeit nicht nur der Mehrheit der KPÖ-Führung, sondern auch der durch den antifaschistischen Kampf geprägten Mitglieder zur Sowjetunion läßt sich nicht durch finanzielle Abhängigkeiten erklären, denn zum Unterschied zu anderen kommunistischen Parteien gab es zu keiner Zeit relevante Zuwendungen seitens der KPdSU, die diese übrigens nicht von ideologischem Wohlverhalten abhängig machte (siehe KPI nach 1968). Über die tatsächliche Finanzierung der KPÖ ist in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit ja zur Genüge berichtet worden.

Die offensichtliche Ignoranz Kellers gegenüber der Bedeutung ideologischer Motivation in der KPÖ führt zu den klischeehaftesten Phrasen und klammert erst recht die eigentlich aufzuarbeitenden Probleme aus.

Eine bewährte Methode der Denunziation besteht in der Vereinseitigung und Verabsolutierung einer oder einiger Seiten geschichtlicher Prozesse. Daß die Übernahme stalinistischer Strukturen und ideologischer Verzerrungen die KPÖ nach 1945 weitgehend prägte, ist unbestritten. Sie aber darauf zu reduzieren, findet man allerdings kaum mehr bei ernsthaften Zeitgeschichtlern verschiedener Couleur. Eine Wertung der Quellen ausschließlich aus diesem Blickwinkel ist das Gegenteil einer kritischen Würdigung aller zur Verfügung stehenden Quellen. Es verwundert deshalb nicht, daß bei Keller die Memoiren Helmers und Schärfs unkritischen Eingang finden, ebenso die ausschließlich über die Innensicht der KPÖ herangezogenen Erinnerungen Ernst Fischers und Josef Meisels. Das führt auch zu solchen Lächerlichkeiten, zwar den ideologischen Nachvollzug stalinistischer Kulturtheorie durch führende KPÖ-Intellektuelle zu registrieren, die Existenz der Scala oder etwa die Literaturproduktion des Globus und ihre Bedeutung für das Wiener und österreichische Kulturleben aber auszuklammern.

Die KPÖ hat in ihrer programmatischen Orientierung am Linzer Parteitag einen Bruch mit allen stalinistisch geprägten Strukturen und Vorstellungen über Sozialismus vollzogen. Aber „wir wollen uns von unserer Vergangenheit nicht verabschieden, sondern nehmen sie in ihrer Widersprüchlichkeit an" („Grundzüge einer Neuorientierung"). Diese Selbstverpflichtung gilt natürlich nicht für Gegner der KPÖ. Das wissenschaftliche Niveau der Auseinandersetzung auch mit diesen hängt allerdings von beiden Seiten ab.

Michael Graber

Welche Historiker?

Leserbrief zu Fritz KELLER, Die KPÖ 1945-1955, in »Weg und Ziel« 1/ 1995

Volker Braun sagt in seinem Gedicht „Da bin ich noch..." sicher nicht leichten Herzens: „Ich selber habe ihm den Tritt versetzt" und meint damit sein Land, bekennt damit die schmerzhaft gewonnene Einsicht über sein eigenes Verhalten.

Das Redaktionskomitee von »Weg und Ziel« sollte Ähnliches empfinden, nachdem es den bereits anderswo publizierten Keller-Artikel – wenn auch gekürzt – nachdruckt.

Wenn es der WEG ist, unsere Geschichte von uns nicht freundlich Gesinnten erarbeiten zu lassen – was ist dann das ZIEL? Betrachtet man den wohl als wissenschaftliche Legitimierung aufgeblähten Quellennachweis, so wird klar, was der Verfasser aufzuwärmen bemüht ist.

Unbestritten sei Kellers Recht auf seine Interpretationen, die nicht unwidersprochen bleiben sollten, aber da der Herausgeber von »Weg und Ziel« noch immer die KPÖ ist, ist es einem Mitglied dieser Partei unbenommen, zu fragen, welche Historiker warum herangezogen werden, um zur sicher notwendigen Aufarbeitung unserer Geschichte beizutragen.

Heinz Zaslawski, Wien

Offenlegung der Wahrheit

Leserinbrief zu Fritz KELLER, Die KPÖ 1945-1955, in »Weg und Ziel« 1/1995

Werte Freunde!

Als gelegentliche Leserin von »Weg und Ziel« habe ich in der Nummer 1/1995 den Artikel „Die KPÖ 1945 bis 1955" mit Interesse gelesen. Wie Euch bekannt sein dürfte, war ich selbst fast 50 Jahre lang aktives Mitglied und Funktionärin der KPÖ. Selbst die Tatsache, daß mein Mann, ein italienischer aufrechter Antifaschist und Kommunist in der SU 1937 vom NKWD verhaftet und erschossen wurde, hatte meine Bindung an die österreichische Partei nicht erschüttert. Ich kann dem Inhalt dieses Artikels nur beipflichten.

Die Parteiführung, die sich immer an russischen Vorbildern orientierte, war ihren Mitgliedern gegenüber unaufrichtig. Während sie die kleinen Vertrauensleute anhielt, sich die Füße wundzulaufen, um für die „mittellose kleine Arbeiterpartei" neben den Mitgliedsbeiträgen auch Spenden für den Kampffond zu kassieren, hatte sie Geldmittel in einem für mich schwer vorstellbaren Ausmaß auf in- und ausländischen Konten angehäuft. Wo es Kritiker gab, die eine andere als die vorgegebene Meinung äußerten, wurden sie isoliert, diffamiert und politisch und menschlich fertiggemacht, wie ich es bei mir und anderen Genossen erlebt habe.

Ich halte daher die Veröffentlichung dieses aufschlußreichen Beitrages für einen richtigen Schritt gegenüber den Mitgliedern in Richtung einer schon lange fälligen Offenlegung der Wahrheit über die Vergangenheit der Partei. Dies wäre der einzig mögliche Weg für die KPÖ, um ihre Vertrauenskrise zu bewältigen.

Rosa Puhm
Gründungsmitglied von „Memorial"-Österreich

Lügenhetze, Schattenseiten und Halbwahrheiten ...

...das widerspiegelt der Artikel „Die KPÖ 1945 bis 1955" in »Weg und Ziel« 1/1995. Wir meinen, so geht das nicht. Das ist keine Aufarbeitung der Geschichte unserer Partei.

Wir lehnen entschieden ab, daß Antikommunisten in einer von der Partei finanzierten Zeitschrift in der Art die Partei und führende Genossen, wie Genossen Koplenig, herabmachen. Wird doch in diesem Artikel alles, was an Schlagworten aus der Zeit des Kalten Krieges vom Gegner verwendet wurde, wie Russenpartei, stalinistische USIA-Partei, undemokratische Apparatschik-Partei, nicht nur wieder verwendet, sondern mit „Argumenten" verstärkt. Ja sogar für die Einführung der Sozialpartnerschaft und das Buhlen um die ehemaligen Nazis sei die Partei verantwortlich.

Das alles zu Beginn des Jubiläums „50 Jahre Befreiung vom Faschismus". Das ist in unseren Augen eine nicht erträgliche politische Instinktlosigkeit.

Wir wollen nicht mißverstanden werden: Wir sind für die Aufarbeitung der Geschichte. Dieser Artikel trägt jedoch bestimmt nicht dazu bei.

Jetzt hört man, daß diese Art wie »Weg und Ziel« Fragen aufrollt, bei den Leuten ankommt. Das mag schon sein, es ist nur die Frage, bei wem das ankommt. Wir wissen, daß Kommunisten durch die Art abgestoßen werden. Wir wissen, daß eine Reihe von Genossinnen und Genossen »Weg und Ziel« abbestellt oder nicht mehr bezahlt hat, aber die Zeitschrift dennoch weitere Monate zugeschickt erhält. Es wäre daher ganz interessant zu erfahren, wie hoch die Auflage ist und wieviel bezahlte Abos es gibt.

Die Leitung des Klub 34
Otto Brichacek, Anni Friedler, Barbara Kundi, Franz Karger, Lisl Lichtenegger, Walter Opferkuh, Ernst Wolrab, alle Wien

Zinsfuß senken

Leserbrief zu Adam SCHAFF, Was die Linke wissen muß, in »Weg und Ziel« 1/1995

Ein Marxist muß *immer* zuerst den Tatbestand analysieren, und erst dann seine Schlußfolgerungen daraus ziehen. Adam Schaff meint, die Anzahl der Arbeiter und Angestellten in der Industrie gehe zurück und zieht daraus die Schlußfolgerung, daß es *daher* eine immer steigende Arbeitslosigkeit geben *muß*. Sehen wir uns den tatsächlichen Entwicklungsstand in Österreich an. Es stimmt, die Zahl der in der Industrie Beschäftigten ist stark zurückgegangen.

Die Anzahl der Beschäftigten in der österreichischen Industrie betrug:

1973: 676.488, 1983: 558.935, 1993: 481.321.

Das heißt, daß in der österreichischen Industrie 1973 um 40 Prozent mehr Menschen beschäftigt waren, als 1993. Diese Entwicklung verläuft parallel zu ähnlichen Entwicklungen in allen entwickelten Industrieländern der Welt. Heißt das, daß Adam Schaff mit seiner Einschätzung recht hat, daß die Arbeitslosigkeit steigen muß? Sehen wir uns die Entwicklung der Anzahl der Lohnabhängigen (bei Marx und Lenin als Proletarier bezeichnet) an.

Die Anzahl der Lohnabhängigen in der österreichi-

schen Wirtschaft betrug (in 1000):

1937: 1,402, 1947: 1,848, 1960: 2,282, 1970: 2,389, 1980: 2,769, 1993: 3,225.

Ist das nicht ein Widerspruch? Wieso ist die Zahl der Lohnabhängigen so stark gestiegen, wenn die Zahl der in der Industrie Beschäftigten so stark zurückgegangen ist? Die Zahl der Lohnabhängigen ist deshalb so stark gestiegen, weil die Zahl im Dienstleistungssektor gestiegen ist. Und je höher die Gesamtkaufkraft, desto weniger Arbeitslose gibt es, unabhängig von der technischen Entwicklung.

Zwischen 1973 und 1980 bewegte sich die Anzahl der Arbeitslosen in Österreich zwischen 41.000 und 58.000, also zwischen zwei und drei Prozent. Mitte der siebziger Jahre begannen die entwickelten kapitalistischen Industrieländer Westeuropas mit einer schnellen, radikalen Verschuldungspolitik der Regierungen. Als Folge dessen begann in allen diesen Ländern nach einem bestimmten Terminverzug die Arbeitslosigkeit zu steigen. Also nicht als Folge der technischen Entwicklung, sondern als Folge der Verschuldung der Regierungen, Steigerung des Zinsfusses, und der hohe Zinsfuß führte wieder zu einem schnelleren Wachstum der Verschuldung und zu einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit. Wenn wir uns an Jean Baptist Say, Karl Marx, John Maynard Keynes, Sir Roy Forbess Harrod und andere Politökonomen halten, dann wissen wir, daß man sich mit gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Problemen nur makroökonomisch beschaftigen kann. Das Entscheidende ist die Gesamtkaufkraft, die gleich ist der Gesamtproduktion (einschließlich Dienstleistungen) minus Schatzbildung (nach Marx). Der hohe Zinsfuß begünstigt ein Wachsen des parasitären Kapitals, das zu einem Großteil Schatzbildung ist.

Die GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten Österreichs) stellt in ihrer Schrift »Umverteilung« (1993) folgendes fest.

„... in den achtziger Jahren war die Explosion der Vermögenseinkommen das auffälligste Phänomen." „Mit dem Übergang von der 'Produktionsökonomie zur Vermögensökonomie' sind Verlagerungen ökonomischer Aktivitäten aus der Produktion zu den Finanzleistungen ebenso verbunden wie eine im Vergleich zu den Produktionseinkommen zunehmende Bedeutung von Vermögenseinkommen." „Interessenpolitisch bedeutet dies eine Machtverschiebung ... von der Realwirtschaft und der Industrie zu der Finanzwirtschaft und den Banken."

Die GPA tritt gegen die Hochzinspolitik der Nationalbank ein. „Hohe Zinsen bedeuten: für die Unternehmer eine Verteuerung der Investitionen, für die Konsumenten eine Verteuerung der Konsumkredite, für den Staat eine höhere Zinsenbelastung. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu."

„Die Stärkung der Realwirtschaft gegenüber den Finanzinteressen ist ein wichtiges Ziel. Zur Stärkung der Produktionsinteressen ist eine Allianz zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in diesem Bereich gegen die Finanzinteressen notwendig."

Der Finanzminister hat 1994 etwa 100 Milliarden Schilling an Zinsen an die Banken und an Wertpapierbesitzer und etwa 70 Milliarden Schilling an Tilgungen gezahlt. Er hat 1994 etwa 100 Milliarden Schilling an Anleihen emissioniert bzw. Kredite aufgenommen. Aber die Verschuldung steigt weiter, sodaß wir in den nächsten Jahren noch mehr „Sparpakete" zu sehen bekommen werden. Der Ausweg sind aber nicht „Sparpakete", sondern eine Senkung des Zinsfußes und zinsfreie und tilgungsfreie Kredite der Nationalbank an die Regierung. 1994 ist der Zinsfuß der von Lacina emissionierten Anleihen von dem äußerst hohen Wert 6,1 Prozent auf den noch höheren Wert 7,6 Prozent angestiegen. Das sind um mehr als 15 Milliarden Schilling mehr an Zinsenzahlungen der Regierung an Wertpapierbesitzer. Die Schweiz hatte zu Jahresbeginn 1994 einen Zinsfuß von 4,1 Prozent. Allein das Heruntergehen auf den Schweizer Zinsfuß würde einem „Sparpaket" von mehr als 25 Milliarden Schilling entsprechen. Die österreichische Nationalbank „hält" sich im wesentlichen an deutsche Werte. Die Verschuldung der deutschen Regierung liegt bei 48,5 Prozent, die Verschuldung der österreichischen bei 62,5 Prozent. Warum versucht nicht der Herr Finanzminister auch bei diesem Punkt deutsche Werte zu erreichen? Das Budget(defizit) ist in Wirklichkeit eine Umverteilung wesentlicher Steuereinnahmen von der großen Masse der Steuerzahler an das parasitäre Kapital.

Das sind jene Dinge, die jeder, der sich der Linken angehörig fühlt, wissen muß.

Leo Maché-Suniza, Wien.

Sozialismus oder Barbarei

Leserbrief zu Adam SCHAFF, Was die Linke wissen muß, in »Weg und Ziel« 1/1995

Dank für den großartigen Artikel meines alten Freundes Adam Schaff! Wie klar hat er die Grundproblematik unserer Zeit begriffen: Die gesellschaftliche Revolution des kapitalistischen Systems durch die technische Revolution, die Computer, Roboter usw. gebracht haben, und die gegenwärtige schlimmste Folge unter der Herrschaft des Kapitals, eine ungeheuerliche und tendenzmäßig steigende Arbeitslosigkeit.

Aber Adam Schaff hat eine Weisheit, die uns Marx und Engels übermittelt haben, vergessen. In ihrer Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie", der sogenannten „Junius-Broschüre", schreibt Rosa Luxemburg (Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 62):

„Friedrich Engels sagt einmal: Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei." Gedruckt liegt eine solche Äußerung von Engels nicht vor. Vielleicht hat sie, da Rosa Luxemburg Engels nicht gesprochen hat, ihr Clara Zetkin übermittelt. Ich habe sie von Kautsky als von Marx stammend so gehört: „Vor der Menschheit steht die Alternative Sozialismus oder Barbarei. Aber ich glaube, daß der Sozialismus siegen wird." Der erste Satz ist die Schlußfolgerung eines Wissenschaftlers, der zweite die Hoffnung eines Gläubigen, so wie auch Moses, Christus und Mohammed Gläubige waren.

Und es ist die Alternative Barbarei, die Schaff nicht sieht, obgleich wir bereits die ersten Schritte auf dem Wege in die Barbarei tun. Schaff nennt in seinem Artikel die Zahl von 125 Millionen Arbeitslosen in der Welt. Man sollte die Zahlen von 5 Millionen Obdachlosen in Westeuropa, ferner die von Millionen Drogensüchtigen und Kriminellen aus reiner Not hinzufügen.

Ja, wir haben bereits die Grenzen des Kapitalismus überschritten in Richtung auf Barbarei – ein Ausdruck, den mit Recht weder Marx noch Engels noch Lenin je auf den Kapitalismus selbst angewandt haben.

Aber natürlich besteht noch Hoffnung, daß wir den alternativen Weg zum Sozialismus, zur Rettung der Menschheit einschlagen können und werden. Es wird noch einige Zeit dauern, bis wir ihn einschlagen werden. Die meisten Leser dieser Worte werden ihn aber noch selbst gehen, und ich, als Neunzigjähriger, darf meine Vorfreude auf diese Zeit schon heute haben.

Jürgen Kuczynski, Berlin

Entschuldigung

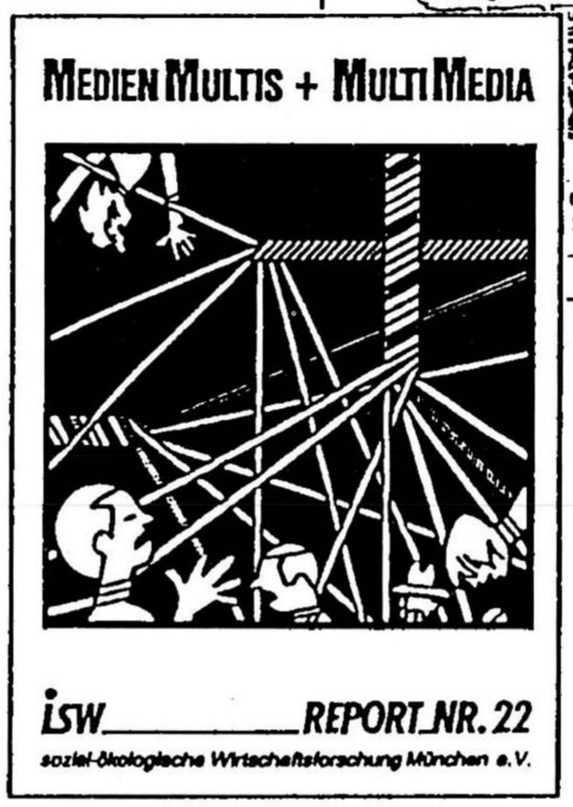
Im Leserbrief „Medien und Bewußtsein– von Ht in der letzten Ausgabe haben wir irrtümlich sechs Wörter unterschlagen. Richtig muß der sechste Absatz heißen: Die Verwirklichung des Brechtschen Anliegens: „Wie soll der, der seine Lage erkannt hat aufzuhalten sein..." scheitert nicht am Nicht-erkennen der eigenen Lage, sondern am Nicht-wahrhaben-wollen.

Die Redaktion

isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V

Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

Neu bei isw



Analysen des isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-report
(erscheint vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo)
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Energie - Müll - Verkehr
(Nr. 18, Januar 1994)
Alternativen zum Neoliberalismus
(Nr. 19, April 1994)
Sackgasse Neoliberalismus
(Nr. 20, August 1994)
Markt, Umweltschutz, Energiesteuer
(Nr. 21, Oktober 1994)
MedienMultis + MultiMedia
(Nr. 22, Januar 1995)

isw-spezial
Forza Italia - Vorwärts in die Vergangenheit
(Nr. 7, Mai 1994), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo extra
Standort D (2. überarbeitete Auflage)
(Nr. 17, Mai 1994), DM 5,- + Versand
Lohn, Preis, Profit '95
Argumente & Fakten zur Tarifrunde
(Nr. 20, Januar 1995) 4,- + Versand)

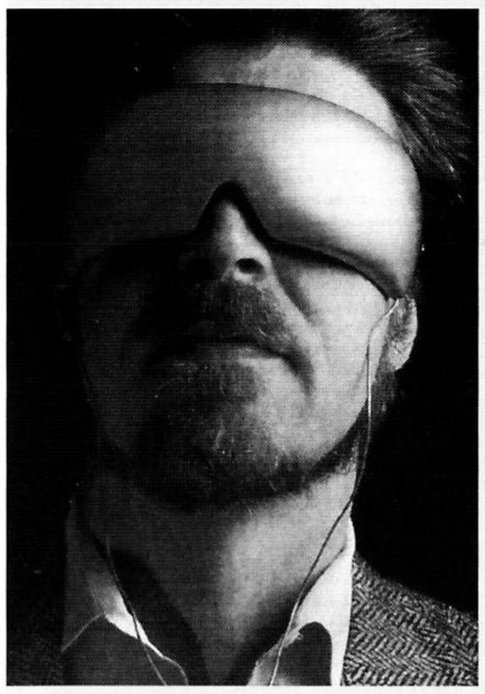
Bestellungen, Prospekte, Infos bei isw e.V.,
Georg-Wopfner-Str. 46, 80939 München,
Tel. 089-323 17 80, Fax: 168 94 15
Konto Sparda Bank München
Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Austauschinserate

JURIDIKUM

Zeitschrift im Rechtsstaat — Nummer 1/95

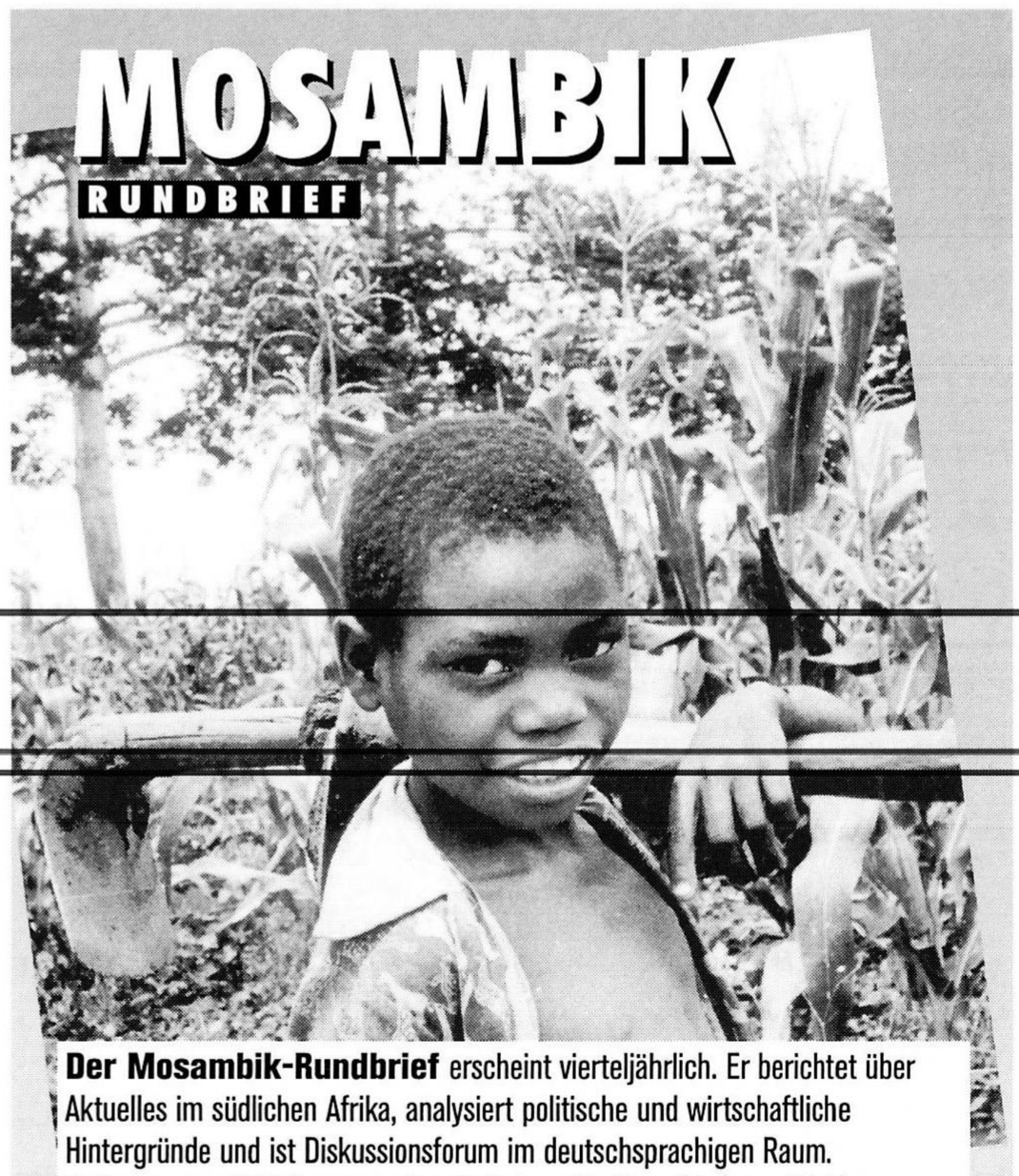
Thema
CYBERLAW - Digitales Recht



Klaus Richter:
Bibliotheken, Datenbanken und Spielereien
P. Purgathofer/K. Fuchs:
Demokratie simulieren
Jan Kuhlmann:
Tickets für die Datenautobahn
O. Brigar/K. Fuchs:
Europa ohne Datenschutz?
Klaus Richter:
Im virtuellen Raum sollen
Kurt Fuchs:
Der Clipper-Chip
Michael Wimmer:
The Pursuit of Public Happiness

Erhältlich im gut sortierten Buchhandel:
z.B.: Wien: Löwenherz, Kolisch, Winter, Juristenshop/Juridicum, Südwind, Zentralbuchhandlung, Steppenwolf, Reisebuchladen, Hartleben.
Graz: ÖH-Service Center; *Salzburg:* Rupertusbuchhandel; *Klagenfurt:* Drava
sowie direkt beim Verlag:
CONTEXT, Bergsteiggasse 43/16, A-1170 Wien, Tel: 40 36 993, Fax 40 88 985; Preis: 30,- S zzgl. Porto
Jahresabo (5 Ausgaben): ÖS 120,-

Alles, was Recht ist.



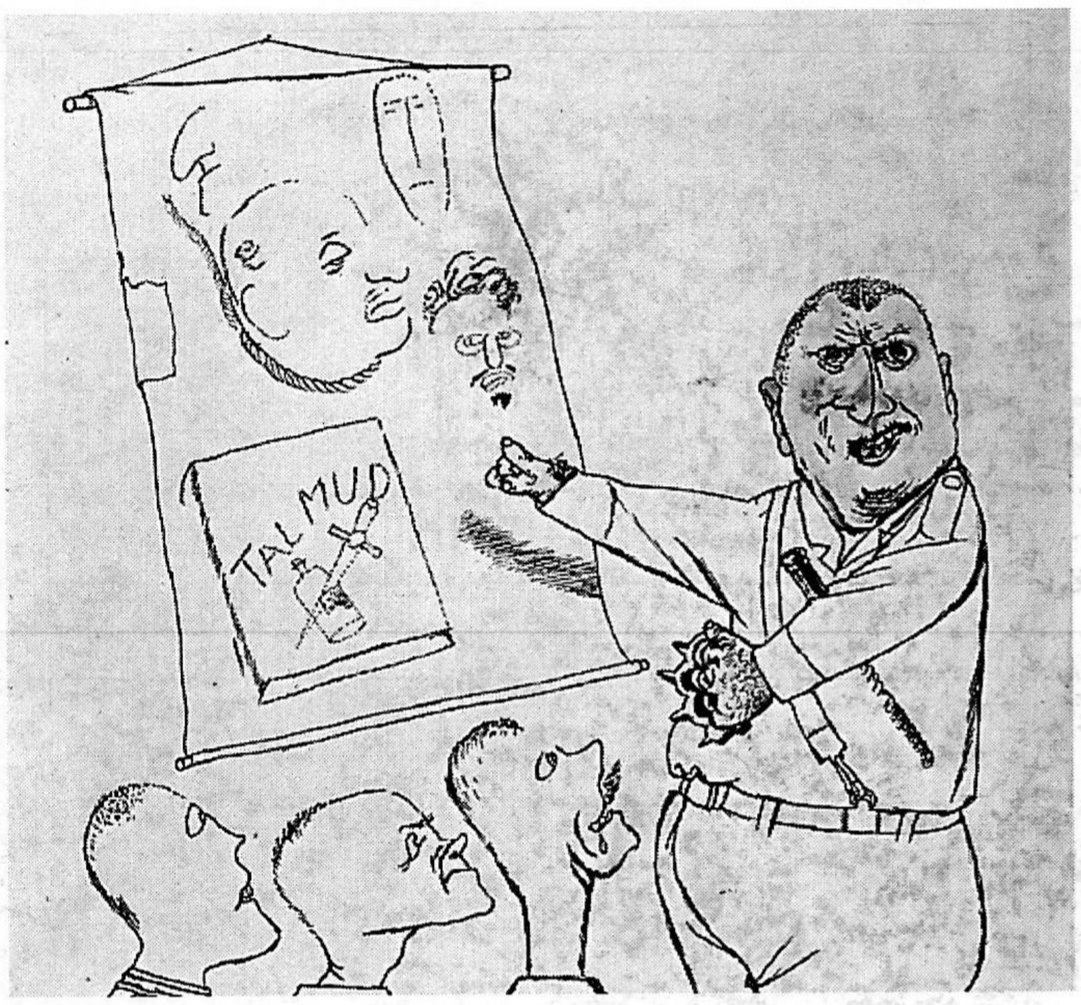
Der Mosambik-Rundbrief erscheint vierteljährlich. Er berichtet über Aktuelles im südlichen Afrika, analysiert politische und wirtschaftliche Hintergründe und ist Diskussionsforum im deutschsprachigen Raum.
Schwerpunkt-Themen der letzten Hefte: Frieden + Wahlen, Landkonflikte, Kooperation im Südl. Afrika, Minen, DDR-Entwicklungspolitik, Die Situation der Kinder, Neue Parteien, Flüchtlinge, Ruine Gesundheitswesen ..

Einzelpreis: öS 35,-, **Jahresabo** (4 Ausgaben): öS 150,-
Probehefte, ältere Exemplare und Abobestellungen bei:
Mosambik-Komitee, Schlickgasse 3/22, 1090 Wien

NATION = NATIONALISMUS

Symposium 23./24. Juni 1995 im WUK, Wien

Veranstalter: WUK – Werkstätten- und Kulturhaus, Internationales Dialektinstitut, »Volksstimme«, »Weg und Ziel«, »Forvm«, Kritische Europa Information



Koordinationsteam: Günter Hopfgartner/Andrea Dampier (»Volksstimme«), Julius Mende/Maria Wölflingseder (»Weg und Ziel«), Anni Donninger (Marxistisches Zentrum), Vincent Abbrederis (WUK), Lajos Glücksthal (Kritische Europa Information), Gero Fischer (Universität Wien), Katharina Riese/ ??Waldner (Dialektinstitut)

Gefördert von: Kulturamt der Stadt Wien, WUK – Werkstätten- und Kulturhaus, KPÖ, Dialektinstitut, Volksstimme

Vorläufiges Programm:
Freitag, 23. Juni 1995

Geschichte der Nationalwerdung – Nationsdebatte in der demokratischen Bewegung

Wolf Dieter NARR – Sozialwissenschafter, Univ.-Prof., Berlin
Winfried GARSCHA – Historiker, Dokumentationsarchiv des österr. Widerstandes, Wien
COUGHLAN – Sozialwissenschafter, Universität Dublin
Karl STUHLPFARRER – Historiker, Universität Wien
(angefragt: Anton Staudinger, Ernst Bruckmüller)

Samstag, 24. Juni 1995

Aktuelle Politik

Walter BAIER – Bundesvorsitzender der KPÖ, Wien
Johann GALTUNG – Friedensforscher, Stockholm
Elisabeth GAULTIER – KPF
(angefragt: Johannes Voggenhuber, Janko Messner, Marian Sturm, Friedhelm Kröll)

Sprache – Kultur

Thomas METSCHER – Anglizist, Kulturtheoretiker, Univ.-Prof., Bremen
Gero FISCHER – Slawist, Univ.-Doz., Wien
Peter JIRAK – Philosoph, Ligurien und München
Gerhard SCHEIT – Philosoph, Wien

Ein Ersuchen des Verlags an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit.

_____

_____

Straße/Gasse Hausnummer/Stiege/Stock/Tür

_____

Postleitzahl Ort

Besten Dank

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien